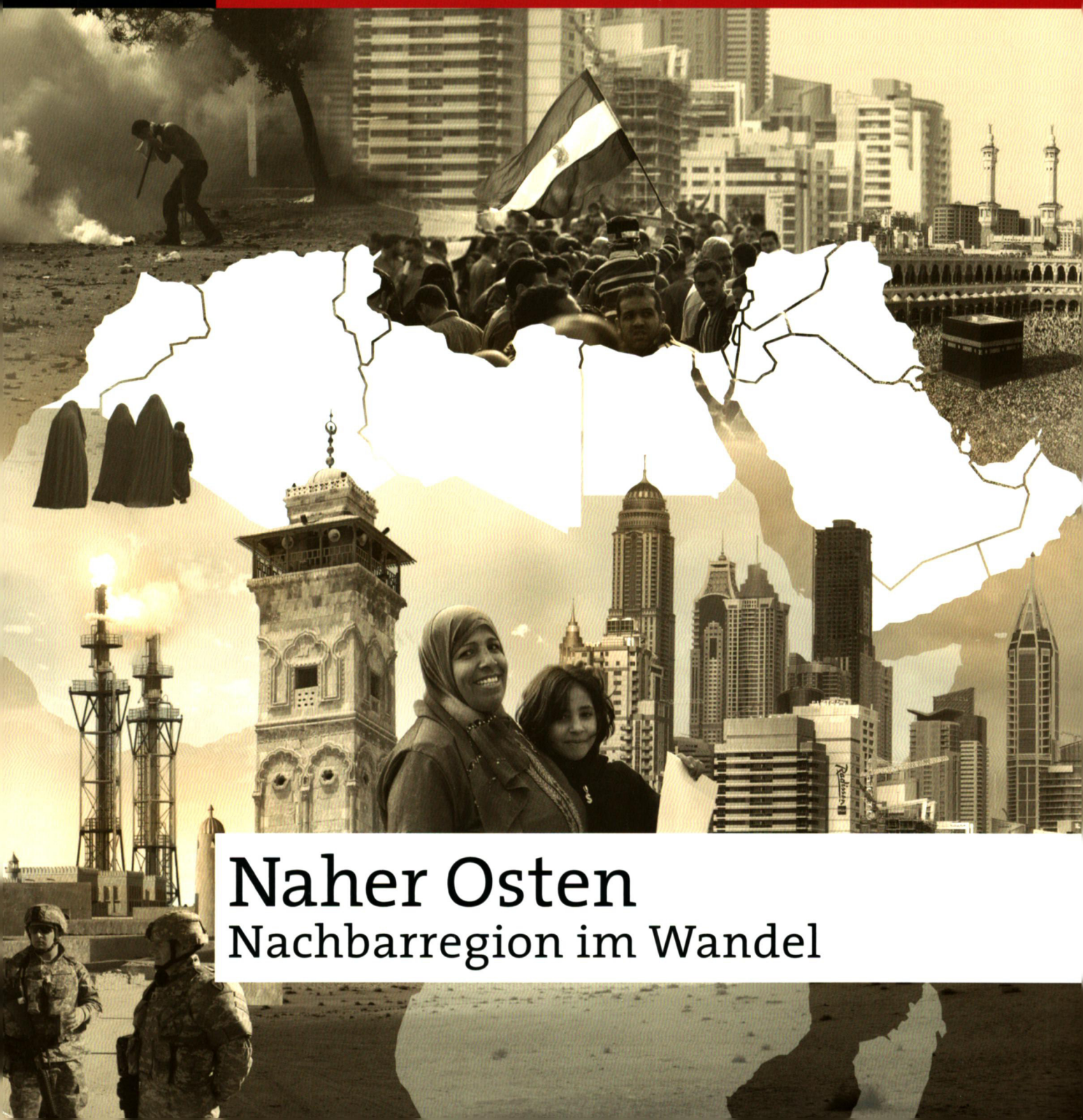


Informationen

317 zur politischen Bildung / izpb

bpb:

4/2012



Naher Osten
Nachbarregion im Wandel

Inhalt

Was ist der Nahe Osten? – eine Einführung	4
Kulturen und Religionen	8
Kulturgeschichte des Vorderen Orients	8
Die Religion des Islam	12
Politischer Islam	16
Zwischen Kolonialismus und Nationenbildung	20
Staatsbildung im Schatten des Verrats	21
Islamismus oder Nationalismus	21
Antizionismus als Identitätsfaktor?	24
Arabische Liga und Gründung Israels	25
Von der formalen zur realen Unabhängigkeit	27
Erdöl als historischer „Wirkstoff“	29
Die Epoche der Autokraten	31
Die Republiken	31
Die konservativen Monarchien	36
Entwicklung und Struktur der Wirtschaft	38
Beginnende Industrialisierung	38
Importsubstitution und Strukturreform	39
Abhängigkeit vom Erdöl und boomende Golfregion	40
Tourismus und neue Technologien	42
Einfluss der Entwicklungszusammenarbeit	44
Gesellschaftliche Herausforderungen	46
Alters- und Bevölkerungsstruktur	46
Zustand des Bildungssystems	47
Jugendarbeitslosigkeit	48
Urbanisierung	49
Wasserversorgung und Umweltpolitik	49
Die Rolle der Frau	51
Regionales System und Machtbalance	54
Der Arabische Kalte Krieg 1945 bis 1967	54
Vom Sechstagekrieg bis zum Umbruch 1989/90	55
Zweiter Golfkrieg und Nahost-Friedensprozess	58
Der 11. September 2001 und folgende nahöstliche Kriege	59
Regionale Dynamik	63
Die arabischen Protestbewegungen von 2011	65
Ursachen der Proteste	65
Mobilisierungskanäle	67
Akteure der Protestbewegung	69
Unterschiedliche Protestverläufe	72
Reaktionen des Auslandes	77
Wirtschaftliche Auswirkungen	78
Perspektiven	80
Literaturhinweise	82
Internetadressen	82
Autorinnen und Autoren	83
Impressum	83



► Leserinnen und Leser, die des Arabischen mächtig sind, werden feststellen, dass für arabische Namen und Begriffe eine vereinfachte Umschrift gewählt wurde, und zwar möglichst eine, die in den in Deutschland verbreiteten Medien gebräuchlich ist. Leitprinzipien waren dabei Lesbarkeit und Erkennbarkeit. Bei der Wiedergabe der Lautung speziell in den Fremdtextritten aus unterschiedlichen Quellen, die wir unverändert übernehmen, können dennoch leichte Abweichungen in der Schreibweise ein und desselben Begriffs vorkommen.

Editorial

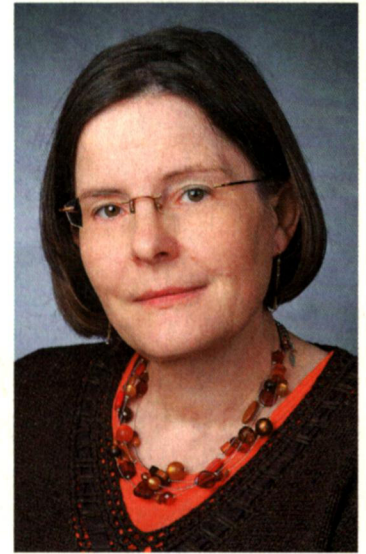
2011 elektrisierte der „Arabische Frühling“ die globale Öffentlichkeit: Die Proteste vorwiegend junger Menschen, darunter viele Frauen, für mehr Freiheit und Demokratie im scheinbar so fest zementierten politischen und gesellschaftlichen Gefüge Nordafrikas und des Nahen Ostens weckten Erstaunen und Sympathie. Auch das Augenmerk der Europäer richtete sich verstärkt auf die Nachbarregion jenseits des Mittelmeers – nicht etwa, wie allzu oft, mit dem Fokus auf den Nahostkonflikt, die Erdölversorgung oder den Terrorismus. Mit Spannung waren nicht für möglich gehaltene Entwicklungen zu beobachten: der Sturz von Regimen, die zuvor für die Ewigkeit gemacht zu sein schienen, aber auch blutige Bürgerkriege, die in manchen Ländern begannen.

Nach zwei ereignisreichen Jahren ist weithin Ernüchterung eingeleitet. So ist inzwischen in der Presse vom „Arabischen Herbst“ (die Zeitschrift *IP*) oder gar „Arabischen Winter“ (*DER SPIEGEL*) die Rede. Der gerade angestoßene Wandel scheint ins Stocken zu geraten oder gar zurückgenommen zu werden. Zwar gelang es, in Ägypten, Libyen, Tunesien und im Jemen die autokratischen Herrscher abzulösen. Aber in Syrien kämpft das alte Regime verbissen um seine Macht; in anderen Ländern konnten die Regierenden die Revolten niederschlagen. Die Sicherheitslage Israels jedenfalls hat sich dadurch nicht verbessert.

Aus den freien Wahlen sind nicht diejenigen als Gewinner hervorgegangen, die für Freiheit und Demokratie auf die Straße gingen, sondern häufig islamistische Parteien, wie beispielsweise die Muslimbruderschaft in Ägypten oder die Ennahda-Partei in Tunesien. Diesen kam zugute, dass sie lokal gut vernetzt und organisiert sind und durch ihre langjährigen sozialen Aktivitäten großes Vertrauen in weiten Teilen der Bevölkerung genießen. Insbesondere die auf dem Land lebende, eher wertkonservativ eingestellte Mehrheit stützt die islamistischen Parteien, die in unsicheren Zeiten, in denen gesellschaftliche Umbrüche stattfinden und alte Gewissheiten an Wert verlieren, Halt im Vertrauten versprechen. Aber auch die Zerstrittenheit und mangelnde Organisiertheit der eher säkular ausgerichteten Parteien trugen zu diesem Ausgang bei.

Entscheidend für den langfristigen Erfolg der islamistischen Parteien wird sein, wie sie die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in den Griff bekommen, ob es ihnen gelingt, Arbeitsplätze und verbesserte Lebensverhältnisse, ein sicheres Einkommen für die Massen, vor allem für die jungen Menschen, zu schaffen. Sie müssen nicht nur die Netzwerke der alten Eliten auflösen, sondern auch all jene pluralistisch eingestellten Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, die nicht nach ihrem Gesellschaftsmodell leben wollen. „Die derzei-

tigen Regierungen werden sich daran messen lassen müssen, was sie für Frauenrechte, Menschenrechte, Partizipation, Würde und Gerechtigkeit leisten“, befand die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer.



Die erneut aufbrechenden Konflikte in Ägypten und Tunesien zeigen, dass die angestoßenen Transformationsprozesse Zeit brauchen und es zu Rückschlägen kommen kann. Insgesamt scheinen die Entwicklungen aber nachhaltige Wirkung zu entfalten. „Die Menschen sind größer geworden, die politischen Führer kleiner – und zwar in allen Staaten der Region. Deshalb gleich weniger Konflikte – über die Verteilung von Chancen und Ressourcen, die Definition von Freiheit und guter Ordnung und die Gestaltung der regionalen Verhältnisse – zu erwarten, wäre allerdings ziemlich geschichtsvergessen“, meint der Nahostexperte Volker Perthes.

Der rasche Wandel im Nahen Osten hat alte Gewissheiten erschüttert. Europa und die USA müssen sich daran messen lassen, wie sie ihre Politik gegenüber den neuen Regimen, aber auch gegenüber den weiterhin autokratisch regierenden Machthabern gestalten wollen.

Mit diesem Heft soll das grundlegende Verständnis für die Besonderheiten der Nahostregion neu geweckt werden. Als Teil der historisch gewachsenen Kulturgemeinschaft rings um den Mittelmeerraum hat der Nahe Osten stets enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Europa unterhalten. Von ihm gingen wichtige Impulse für die europäische Kultur und Philosophie aus. Zugleich war er Ausgangspunkt und Schauplatz für kriegerische Konflikte im Namen der Religion und später häufig Ziel und Zankapfel kolonialer, politischer und wirtschaftlicher Machtansprüche.

Folgt man in Grundzügen dieser Entwicklung, wie sie im Heft überblickshaft dargeboten wird, erklärt sich vieles, was die gegenwärtige Situation der Region charakterisiert.

Neben Überblicken über Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Nahen Ostens analysieren die Autorinnen und Autoren des Heftes, profunde Experten für die Nahostregion, die regionalen Machtverhältnisse und skizzieren die Bedeutung des Raums im internationalen Machtgefüge. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den jüngsten Entwicklungen, deren Herausforderungen, Chancen und Risiken.

Jutta Klaeren

Henner Fürtig

Was ist der Nahe Osten? – eine Einführung

Im Mittelalter war der Nahe Osten führend in Wissenschaft und Kunst. Später wurde er zum Ziel blutiger Kreuzzüge und schließlich unter den europäischen Kolonialmächten aufgeteilt. Seit dem „Arabischen Frühling“ erheben sich die Araber gegen ihre Diktatoren – mit ungewissem Ausgang.

Begrifflichkeiten

Der „Arabische Frühling“ von 2011 entfachte erneut lebhaftes Interesse an der arabischen Welt und knüpfte damit an eine Faszination an, die Europa seit Jahrhunderten für seine südliche und südöstliche Nachbarregion empfindet. Dieses Interesse steht allerdings in auffälligem Kontrast zu den eher unklaren Vorstellungen über die geografische Eingrenzung dieser Region und zu ihrer stets vagen Benennung: „Orient“, „Morgenland“, „Arabische Welt“, „Nahe Osten“, „Mittlerer Osten“, „Mittelmeerregion“ und viele andere Bezeichnungen stehen häufig nebeneinander oder werden synonym verwendet, ohne dass klar wäre, was sie jeweils konkret bedeuten.

Die älteste Namenszuweisung stammt aus der römischen Antike, die den „Orient“ als eine von vier definierten Weltgegenden ausmachte und zwar als „Osten“, in dem die Sonne aufgeht (lat.: *sol oriens*). Demgegenüber stand der „Okzident“, der Westen, in dem die Sonne untergeht (lat.: *sol occidens*). Den Römern verhalfen diese Begriffe in erster Linie zu einer besseren Orientierung in der ihnen bekannten Mittelmeerwelt. Mit dem Mittelmeer im Zentrum hat auch die arabische Sprache diese Zuordnung übernommen: *Maschreq* bezeichnet den Osten des Mittelmeers, *Maghreb* dessen Westen. Deutsche Quellen übersetzten „Orient“ und „Okzident“ erstmals im 17. Jahrhundert als „Morgen“- bzw. „Abendland“, wobei das antike Griechenland quasi den „Nullmeridian“ markierte. Erst im 18. Jahrhundert war mit „Abendland“ das gesamte westliche Europa gemeint, während das „Morgenland“ eine Ausdehnung bis in die zentralasiatischen Steppen erfuhr.



Seit jeher übt der Orient eine Faszination auf die Menschen in Europa aus. Religiöse venezianische Botschafter in Damaskus. Ölgemälde um 1511 von Giovanni

Im 19. Jahrhundert dehnten die Europäer ihren Einflussbereich weltweit aus. Nun übertrugen sie endgültig die ursprünglich nur auf die Welt des Mittelmeers gemünzten Begriffsbestimmungen auf den gesamten Globus. Der „Nullmeridian“ wanderte von Griechenland zu den Zentren der Kolonialmächte in Westeuropa. Von hier aus gesehen war der östliche Mittelmeerraum nun „nah“, während Ostasien und namentlich China und Japan in der „Ferne“ lagen. Die nun nicht länger ausschließlich geografisch und kulturell, sondern vielmehr politisch verstandenen Begriffe „Nahe Osten“ und „Ferner Osten“ fanden Eingang in die Alltagssprache der Europäer. Die politische „Aufladung“ der Begriffe wird nicht zuletzt durch die Tatsache verdeutlicht, dass im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert „Nahe Osten“ oder „Vorderer Orient“ nicht mehr nur den östlichen Mittelmeerraum definierte, sondern das gesamte außereuropäische Einflussgebiet des Osmanischen Reiches. Die so bezeichnete Region begann, im Westen von Nordafrika flankiert, in der Regel in Ägypten und endete – unter Einschluss der Arabischen Halbinsel – entweder an der West- oder der Ostgrenze Persiens (des heutigen Iran).

Im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland, dessen Kolonialreich einen besonderen Schwerpunkt in Indien hatte, wurde dagegen die Verbindung zwischen Mittelmeerregion und den indischen Besitztümern als „Mittlerer Osten“ bezeichnet. Die lange koloniale Prägung dieses „Mittleren Ostens“ zeigt sich unter anderem auch darin, dass die Bewohner der Region die Übersetzung des Begriffs (*asch-scharq al-ausat*) in ihre Sprache übernommen haben. In Euro-



Kultur und Architektur zogen die Menschen in den Nahen Osten. Empfang eines Hiccolo Mansueti

pa ist allerdings seit dem Ende des Ersten Weltkrieges (1918) und dem Ende des Osmanischen Reiches (1922) ein synonyme Gebrauch von „Naher“ und „Mittlerer“ Osten zu beobachten.

Außensicht und Selbstverständnis

Alle bisher behandelten Begriffe existieren in der Gegenwart weiterhin nebeneinander. Doch wird inzwischen „Naher“, „Mittlerer“ und „Ferner Osten“ in der Regel verwendet, wenn soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen bzw. Situationen im jeweiligen Raum erklärt werden sollen. Der Begriff „Orient“ dominiert dagegen vor allem im religiös-kulturellen Diskurs. Mit ihm verbinden sich Faszination und eine konstruierte Andersartigkeit: Während noch die Eroberung des Balkans und die erste Belagerung Wiens durch die Osmanen (1529) im „Abendland“ die „Türkenangst“ geschürt hatten, ließ diese nach der 1683 gescheiterten zweiten Belagerung Wiens spürbar nach. Nun vollzog sich in Europa eine Idealisierung des „Orients“, die sich insbesondere in Kunst und Architektur verdichtete. Exotik, Genuss und Sinnlichkeit wurden ebenso mit ihm assoziiert wie Weisheit und verfeinerte Kultur. Goethes „Ost-Westlicher Diwan“ (1819/27), Voltaires „Zadiq oder das Schicksal“ (1747) und Mozarts „Entführung aus dem Serail“ (1782) sind nur die bekanntesten Beispiele der künstlerischen Auseinandersetzung Europas mit dem „Orient“.

Dieser exotische Raum wurde so auch zum Gegenentwurf für Mechanisierung, Beschleunigung und Prüderie, kurz für alle Defizite und jegliches Unbehagen der westeuropäischen

Gesellschaften zur Zeit der industriellen Revolution. Diese Idealisierung ignorierte nicht nur die tatsächlichen Gegebenheiten im „Orient“, sondern sie stand auch in krassstem Gegensatz zu der fast gleichzeitig einsetzenden kolonialen Durchdringung dieses Raumes im Zeichen eines aggressiven Imperialismus. Er veränderte zudem den europäischen Blick auf die Einheimischen negativ. Vorurteile und Verzerrungen bestimmten nun für viele Jahrzehnte das landläufige europäische Bild vom „Orient“ und fanden erst in der sogenannten Orientalismusdebatte seit den 1970er-Jahren – zumindest in der Wissenschaft – eine erste Korrektur. Vor allem der in den USA wirkende palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said (1935–2003) kritisierte die westliche Tradition, Okzident und Orient zu trennen, Letzteren als „das Andere“ zu konstruieren und aus eurozentrischer Sicht zu deuten.

Die Bewohner der Region wären dagegen nie auf den Gedanken gekommen, sich selbst als „Orientalen“ zu bezeichnen. Sie definierten sich in der Regel vielmehr durch ihre Familien, Clangemeinschaften sowie durch ethnische und konfessionelle Bindungen. Dieser Kern der kollektiven Identität wurde erst seit dem 20. Jahrhundert – im Zuge des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches – ergänzt durch ein mehr oder minder ausgeprägtes Nationalgefühl. Zuvor hatte das Mittelmeer den Menschen des „Nahen Ostens“ als fiktiver Mittelpunkt gegolten, als Begegnungsraum verschiedener Völker, Kulturen, Religionen und Staaten, deren Zusammenleben durch unterschiedlich lange friedliche und konfliktreiche Phasen gekennzeichnet war. Aus dieser Sicht gehörten die zivilisatorische Befruchtung des nördlichen Mittelmeerraums durch die arabisch-islamische Wissenschaft, Kunst und Kultur seit der Eroberung der iberischen Halbinsel im Zeichen des Islam ab 711 genauso zu den gemeinsamen Erfahrungen wie die Heimsuchung durch die Kreuzzüge oder die Rückeroberung Spaniens und Portugals (*Reconquista*) durch christliche Herrscher.

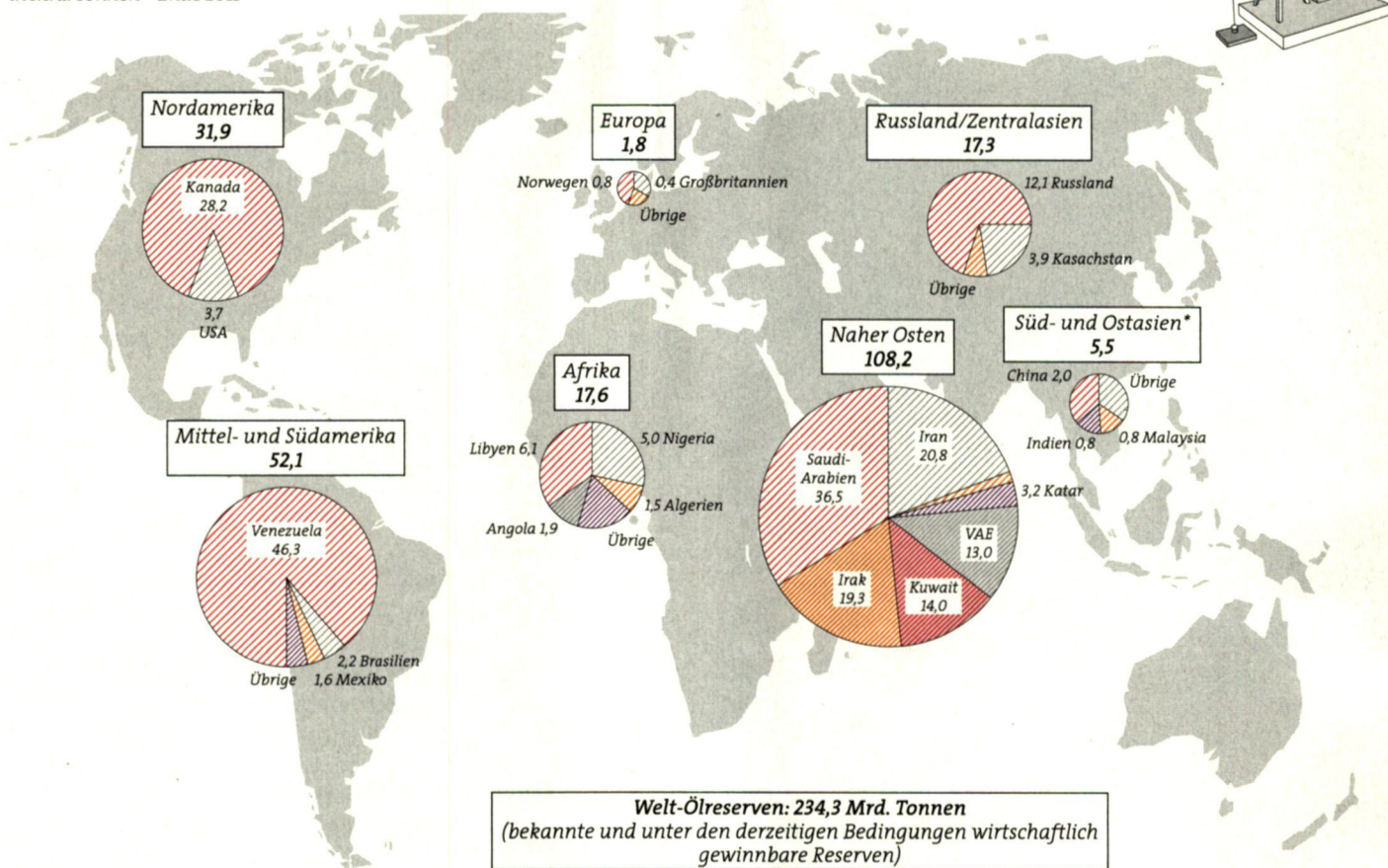
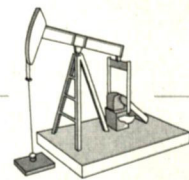
Die Wahrnehmung einer fundamentalen Trennung stellte sich bei den Menschen im „Nahen Osten“ erst ein, als die europäischen Nachbarn, darunter besonders Frankreich und Großbritannien, im 19. und 20. Jahrhundert Kolonialherrschaften errichteten. Sie wurden auf Grund der offensichtlichen Unrechtmäßigkeit zäh bekämpft, aber noch viel stärker als grundlegende Anomalie empfunden. Der „Nahe Osten“, wie wir ihn heute kennen, existiert in dieser Form erst seit der europäischen Kolonialherrschaft und der in diesem Zuge vorgenommenen, künstlichen geografischen Zuordnung. Trotzdem hält sich der Begriff hartnäckig, vor allem, weil sich bisher keine Alternative durchsetzen konnte.

Bedeutung für Europa

Den gegenwärtigen Gepflogenheiten folgend, umfasst die in der vorliegenden Darstellung als „Nahe Osten“ beschriebene Region jedenfalls einen Raum, der sich von Marokko im Westen über die arabische Halbinsel bis nach Iran im Osten erstreckt und im Norden auch die Türkei einschließt. Unstrittig ist der Nahe Osten damit unmittelbarer Nachbar Europas im Süden und Südosten. Als Schnittstelle der Kontinente Asien, Afrika und Europa, als Geburtsstätte der drei großen monotheistischen Religionen des Judentums, des Christentums und des Islam und als eine Wiege der menschlichen Zivilisation in Ägypten und Mesopotamien hat der Nahe Osten globale Bedeutung. In der Antike ein wichtiges Wirtschaftszentrum und seit der Eröffnung des Suezkanals 1869 zunehmend auch für

Erdölreserven der Welt

in Mrd. Tonnen – Ende 2011



Quelle: BP; Berechnungen von Bergmoser + Höller; © Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 647310

* einschließlich Australien

die Weltwirtschaft von Bedeutung, gelangte der Nahe Osten spätestens mit dem Siegeszug des Erdöls, des seit einem Jahrhundert wichtigsten Einzelrohstoffs der globalen Wirtschaft, in eine strategische Schlüsselposition. Hier befinden sich etwa zwei Drittel der weltweiten Erdölreserven und knapp 44 Prozent der Erdgasreserven, von hier kommen mehr als ein Drittel der globalen Erdölförderung und etwa 20 Prozent der Erdgasförderung. Deshalb ist der Nahe Osten für die gegenwärtige und zukünftige Versorgung der Welt mit diesen Rohstoffen von zentraler Bedeutung.

Neben den natürlichen Ressourcenvorkommen weckten bereits seit dem 19. Jahrhundert auch die strategische Lage und erhoffte Absatzmärkte das europäische Interesse am Nahen Osten. Aus den gleichen Gründen wurde er in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum heftig umkämpften Zankapfel des Kalten Krieges zwischen den Weltmächten USA und UdSSR. Der Widerstand gegen die Kolonialherrschaft und die strategische Instrumentalisierung im Kalten Krieg sind die Hauptgründe für die außerordentliche Konflikthäufung in der Region im vergangenen Jahrhundert. Allein seit 1945 fanden hier knapp ein Dutzend zwischenstaatliche Kriege statt. Umstürze und Revolutionen verstärkten die regionale Instabilität. Mit dem Islamismus entstand – insbesondere seit dem Sieg der „islamischen Revolution“ in Iran 1979 – zudem eine politische Bewegung und Ideologie, die sich als Kontrastprogramm zu aus dem Westen „importierten“ Gesellschaftsmodellen definiert. Insgesamt förderten Instabilität und Fremdbestimmung trotz des Ressourcenreichtums die

wirtschaftliche und politische Stagnation und vertieften das Entwicklungsgefälle zu den westlichen Staaten. Während diese ein Kraftfeld der globalisierten Weltwirtschaft und ein Hort stabiler Demokratien wurden, blieb die Wirtschaftskraft der nahöstlichen Staaten hinter der europäischen Entwicklung zurück, und die politische Herrschaft hatte in der Regel autokratischen Charakter.

Durch dieses Entwicklungsgefälle wird Europa für immer mehr Menschen im Nahen Osten ein attraktives Auswanderungsziel. Während das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner im Nahen Osten 2009 per Saldo bei etwa 5000 € lag, beträgt es in Europa durchschnittlich 15 000 € pro Jahr. Doch die Einkommensunterschiede sind nicht allein ausschlaggebend. Auch mangelnde Zukunftsperspektiven durch steigendes Bevölkerungswachstum bei zunehmender Arbeitslosigkeit und die Unfähigkeit der Regierungen, der immer jünger werdenden Einwohnerschaft ein Auskommen zu bieten, verstärken den Drang, im Ausland das Glück zu suchen. Dazu zählen sowohl Ziele in der reicheren Nachbarschaft (Golfregion) als auch in Nordamerika, aber nur Europa verbindet die Hoffnung auf demokratische Freiheit und wirtschaftliches Auskommen mit geografischer Nähe. Die europäischen Regierungen sehen diese Entwicklung mit Sorge, müssen sich aber auch eigene Versäumnisse wie etwa eine anhaltende Marktabstottung und die langjährige Unterstützung autokratischer Regierungen vorhalten lassen. Ob die als „Arabischer Frühling“ bezeichneten Entwicklungen seit Anfang 2011 eine Kehrtwende eingeleitet haben, ist noch nicht absehbar.

Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens in Zahlen

Stand 2011

Land		Fläche km²	Einwohner	Bevölkerungs- wachstum	Altersstruktur	Urbanisierung	Religion (M)uslime (C)hristen (J)uden (A)ndere	Regierung
Hauptstadt								
Ägypten		1001450	83,7 Mio.	2 %	0-14 31,4 % 15-64 63,8 % >65 4,8 %	42 %	M 94 % C 6 %	Präsidentialrepublik
Kairo								
Algerien		2 381 741	35,4 Mio.	1,7 %	0-14 24,2 % 15-64 70,6 % >65 5,2 %	59 %	M 99 % A 1 %	Präsidentialrepublik
Algier								
Bahrain		741	1,2 Mio.	1,2 %	0-14 25,9 % 15-64 70,2 % >65 3,9 %	90 %	Hauptsächlich Muslime	Monarchie
Manama								
Irak		438 317	31,1 Mio.	2,5 %	0-14 38,8 % 15-64 58,2 % >65 3 %	67 %	M 97 % C 3 %	Republik
Bagdad								
Iran		1 648 195	78,9 Mio.	1,3 %	0-14 24,1 % 15-64 70,9 % >65 5,0 %	67 %	M 99 % A 1 %	Islamische Republik
Teheran								
Israel		22 072	7,6 Mio.	1,6 %	0-14 27,9 % 15-64 62,3 % >65 9,9 %	92 %	J 80,1 % M 14,6 % A 5,3 %	Parlamentarische Republik
Jerusalem								
Jemen		527 968	24,8 Mio.	2,7 %	0-14 46,2 % 15-64 51,3 % >65 2,5 %	32 %	Hauptsächlich Muslime	Präsidentialrepublik
Sanaa								
Jordanien		89 342	6,5 Mio.	2,16 %	0-14 31,3 % 15-64 64,5 % >65 4,2 %	79 %	M 92 % C 6 % A 2 %	Monarchie
Amman								
Katar		11 586	2 Mio.	0,9 %	0-14 21,8 % 15-64 76,8 % >65 1,4 %	96 %	M 95 % A 5 %	Monarchie
Doha								
Kuwait		17 818	2,6 Mio.	1,9 %	0-14 26,4 % 15-64 70,7 % >65 2,9 %	96 %	M 85 % A 15 %	Monarchie
Kuwait-City								
Libanon		10 400	4,1 Mio.	0,62 %	0-14 25,8 % 15-64 67,1 % >65 7,2 %	88 %	M 59,7 % C 39 % A 1,3 %	Parlamentarische Republik
Beirut								
Libyen		1 759 540	6,7 Mio.	2 %	0-14 33 % 15-64 62,7 % >65 4,3 %	86 %	M 97 % A 3 %	Republik
Tripolis								
Marokko		446 550	32,3 Mio.	1 %	0-14 30 % 15-64 64,7 % >65 5,2 %	58 %	M 98,7 % C 1,1 % J 0,2 %	Monarchie
Rabat								
Oman		309 500	3,1 Mio.	2 %	0-14 42,7 % 15-64 54,5 % >65 2,8 %	78 %	M 75 % A 25 %	Monarchie
Maskat								
Saudi-Arabien		2 149 690	26,5 Mio.	1,6 %	0-14 38 % 15-64 59,5 % >65 2,5 %	88 %	M 100 %	Monarchie
Riad								
Syrien		185 180	22,5 Mio.	2 %	0-14 35,9 % 15-64 60,8 % >65 3,4 %	56 %	M 74 % C 10 % A 16 %	Präsidentialrepublik
Damaskus								
Tunesien		163 610	10,7 Mio.	1 %	0-14 22,7 % 15-64 70,1 % >65 7,2 %	64 %	M 98 % C 1 % J 1 %	Präsidentialrepublik
Tunis								
Türkei		783 562	79,7 Mio.	1,3 %	0-14 27,2 % 15-64 66,7 % >65 6,1 %	66 %	M 99,8 % A 0,2 %	Parlamentarische Republik
Ankara								
VAE		83 600	5,3 Mio.	4 %	0-14 20,4 % 15-64 78,7 % >65 0,9 %	84 %	M 96 % A 4 %	Monarchie
Abu Dhabi								

Internetquelle: <http://www.laenderdaten.de/laender.aspx>, online zugegriffen im Juli 2012

Stephan Rosiny

Kulturen und Religionen

Der Nahe Osten ist geprägt von kultureller und religiöser Vielfalt. Der Islam, die Mehrheitsreligion, bestimmt in unterschiedlichen Ausprägungen den Alltag, aber auch gesellschaftliche und politische Verhältnisse. Besondere Aufmerksamkeit erwecken heute Islamisten als politische Akteure.



In Jerusalem stehen Heiligtümer dreier monotheistischer Religionen, im Bild die jüdische Klagemauer und der muslimische Felsendom.

Wenn vom „Nahen Osten“ oder kulturgeografisch vom „Vorderen Orient“ die Rede ist, denkt man hierzulande meist an Länder, in denen Arabisch gesprochen wird und der Islam die kulturprägende Mehrheitsreligion ist. Doch gehören zum Nahen Osten im weiteren Sinne auch die nichtarabischen Staaten Iran, Israel und die Türkei sowie viele andere Ethnien wie etwa Kurden, Berber und Tscherkessen. Neben den Muslimen gibt es größere christliche und jüdische Gemeinden sowie Anhänger kleinerer Religionsgemeinschaften wie Zoroastrier und Bahai. Die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam entstanden im Gebiet des heutigen Nahen Ostens und beziehen sich auf Abraham als ihren gemeinsamen Stammvater. Sie sind bis in die Gegenwart mit zahlreichen Konfessionen, Rechtsschulen, Kirchengemeinschaften und Sekten anzutreffen. Diese Ethnien, Kulturen und Religionen weisen weiterhin regionale und lokale Besonderheiten auf. Bewohner von Städten und Dörfern, sesshafte Bauern oder nomadische Beduinen haben ihre besonderen, an ihre Umwelt angepassten Lebensweisen entwickelt und teils seit Jahrhunderten bewahrt. All dies macht den Nahen Osten zu einem bunten Mosaik unterschiedlicher religiöser und kultureller Lebensformen. Eine Kenntnis seiner Geschichte ist unerlässlich, um die heutigen Kulturen und Religionen, aber auch die Politik der Region zu verstehen.

Kulturgeschichte des Vorderen Orients

Der Vordere Orient gehört mit China, Indien und Mittelamerika (Azteken, Maya) zu den Wiegen der menschlichen Zivilisation. In der heutigen Südtürkei und in Mesopotamien reichen ihre Spuren bis ins neolithische Altertum vor 12 000 Jahren zurück. Die altorientalischen Reiche der Sumerer, Ägypter, Babylonier, Assyrer, Hethiter und Perser formten die Region zu einem Kulturraum, der durch Handelsverbindungen wie die Seidenstraße oder das Mittelmeer, durch Wissens- und Technikaus-



Der irakische Diktator Saddam Hussein verglich sich gerne mit dem neubabylonischen König Nebukadnezar. Auf diesen Riesenbüsten posiert er als Saladin, der 1187 Jerusalem für den Islam zurückeroberte.

tausch und nicht zuletzt durch wechselseitige Beeinflussungen in Religion, Philosophie, Architektur und Kunst geprägt ist. Einige der frühen Kulturen sind bis in die Gegenwart im kollektiven Gedächtnis der Völker lebendig und ein Bestandteil der modernen nationalen Geschichtsschreibungen. Manche zeitgenössischen Diktatoren versuchen dieses Erbe für die Legitimierung ihrer Herrschaft zu nutzen und inszenieren sich als Erben antiker Herrscher.

Der Irak führt sich auf die Zivilisationen Mesopotamiens, des um die Flüsse Euphrat und Tigris gelegenen Zweistromlands, zurück. Hier entstanden im siebten vorchristlichen Jahrtausend die ersten Siedlungen und städtischen Kulturen der Menschheit, die bedeutende Erfindungen wie Keramik, Werkzeuge und Waffen sowie gesellschaftspolitische Neuerungen der staatlichen Verwaltung hervorbrachten. Beispielsweise schuf der babylonische König Hammurabi (1792-1750 v. Chr.) eines der ersten Gesetzbücher. In ihm schrieb er das Strafprinzip der gleichmäßigen Vergeltung (*Talio*) fest, das an die Stelle ungezügelter Rache trat.

Die syrische Geschichtsschreibung bezieht sich auf die namensgebenden Assyrer (1500-626 v. Chr.), die im heutigen Nordirak und Nordsyrien herrschten. In Ägypten sind die pharaonischen Reiche nicht nur architektonisch mit den Pyramiden und anderen Monumentalbauten gegenwärtig. Ihre Spuren finden sich in bestimmten Bräuchen wie etwa dem volkstümlichen Zar-Kult, einem Ritual der Geisteraustreibung, und auch in der Liturgie des koptischen Christentums. Diese altorientalische Kirche führt sich auf den Evangelisten Markus zurück, in dessen Nachfolge ihr eigener Papst steht. Schließlich leiten Ägypter – wie auch Iraker – ihren Anspruch auf eine arabische Führungsrolle unter anderem aus dem Glanz ihrer antiken Kulturen ab.

Nicht minder stolz auf ihre Frühgeschichte sind die Libanesen, von deren Küstenstädten Tyros, Sidon und Byblos einst die Phönizier (~1200-146 v. Chr.), ein Seefahrervolk, als Erste Afrika umsegelten, das Mittelmeer weiträumig als Handelsraum nutzten und dort Kolonien wie die Stadt Karthago nahe dem heutigen Tunis gründeten. Sie dehnten ihren Einflussbereich – anders als für Großreiche sonst üblich – vorwiegend als Handelsmacht und über Verträge und nur zweitrangig durch kriegerische Eroberung und Besatzung aus. Die Phönizier erfanden eine aus 22 Konsonanten bestehende Buchstabenschrift, die zur Grundlage



REUTERS / Thaler Al-Sudani

Im Nahen Osten ist der Islam vorherrschend, aber andere Religionen werden hier ebenso gelebt. Christlicher Weihnachtsgottesdienst 2012 im Irak

Christen in Nahost

Die häufig verwirrende Vielfalt der orientalischen Kirchen geht auf theologische, aber auch politische Auseinandersetzungen zurück, die schon in früher Zeit begannen. Als „altorientalische“ (AO) oder orientalisch-orthodoxe Kirchen bezeichnet man diejenigen Gemeinschaften, die sich nach dem Konzil von Ephesos (431) und dem Konzil von Chalcedon (451, heute ein Stadtteil Istanbuls) von der byzantinisch-römischen Reichskirche trennten. Während Orthodoxe und Katholiken in Jesus zwei Naturen „unvermischt und ungetrennt“ wirken sehen, betonen die meisten Gemeinschaften – mit Ausnahme etwa der Assyrischen Kirche des Ostens – die Einheit göttlicher und menschlicher Natur in ihm („Monophysiten“ oder „Miaphysiten“). Die Liturgie findet meist in alten Nationalsprachen statt, etwa Aramäisch oder Syrisch.

Weitere Spaltungen entstanden, seit sich ab der Frühen Neuzeit immer wieder einzelne Gruppierungen der Autorität des römischen Papstes unterwarfen; sie heißen „unierte Kirchen“ oder katholische Ostkirchen. Während sie bis ins Mittelalter vielerorts Bevölkerungsmehrheiten stellten, sind Christen heute in fast allen Ländern des Nahen Ostens Minderheiten.

Viele kleinere, oft protestantische Gemeinschaften sind seit dem 19. Jahrhundert im Zuge der Aktivitäten westlicher Missionare entstanden. [...]

Die [folgenden] Angaben zur Anzahl der Mitglieder sind mit Vorsicht zu genießen: Solche demografischen Daten sind in vielen Ländern ein Politikum. Sicher ist, dass aufgrund von Auswanderung und Unterdrückung die Zahl der Christen in vielen Ländern seit Jahren sinkt.

Kopten, Armenier [...]

Armenische Apostolische Kirche (AO) | entstanden im 1. Jh. / Sitz*: Antelias bei Beirut sowie Entschmiadsin (Armenien) / Hauptverbreitungsgebiete: Armenien, Iran, Türkei / Gläubige**: ca. 9 Millionen
Armenisch-Katholische Kirche | unierte seit 1742 / Bzommar bei Beirut / Naher Osten | ca. 540 000

Koptisch-Orthodoxe Kirche (AO) | 1. Jh. / Kairo / Ägypten, Libyen, Sudan | ca. 10 Millionen

Koptisch-Katholische Kirche | unierte seit 1895 / Kairo / Ägypten | ca. 200 000
Evangelische Kirche von Ägypten | (Synode vom Nil) 1958 / Kairo / Ägypten | ca. 300 000 [...]

Die Byzantinische Staatskirche und ihre Nachfolger

Ökumenisches Patriarchat von Konstantinopel | 1. Jh. / Istanbul / Türkei, Griechenland | ca. 4 Millionen

Rum-Orthodoxes Patriarchat von Antiochien und dem ganzen Orient | 1. Jh. / Damaskus / Syrien, Libanon | ca. 2 Millionen

Griechisch-Orthodoxes Patriarchat von Alexandrien und ganz Afrika | 1. Jh. / 451 / Alexandria / Ägypten, Afrika | ca. 350 000
Griechisch-Orthodoxes Patriarchat von Jerusalem | 451 / Jerusalem / Israel, Palästina, Jordanien, Ägypten | ca. 120 000
Melkitische Griechisch-Katholische Kirche | unierte seit 1729 / Damaskus / Israel / Palästina, Syrien, Jordanien | ca. 1,6 Millionen

Syrische Kirchen

Syrisch-Orthodoxe Kirche von Antiochien (AO) (oft Jakobiten genannt) | 1./6. Jh. / Damaskus / Türkei, Syrien, Irak, Libanon, Indien | ca. 1,5 Millionen

Syrisch-Katholische Kirche | unierte seit 1677/1783 / Beirut / Libanon, Syrien, Irak | ca. 170 000

Syrisch-Maronitische Kirche von Antiochien | 7. Jh. (unierte seit 1182) / Jounieh bei Beirut | ca. 3 Millionen

Heilige Apostolische und Katholische Assyrische Kirche des Ostens (AO) (oft Nestorianer genannt) | 1. Jh. / 334 / Chicago sowie Bagdad (Alte Heilige Apostolische und Katholische Kirche des Ostens, seit 1964) / Irak, Iran, Syrien, Türkei | ca. 400 000

Chaldäisch-Katholische Kirche | unierte seit dem 19. Jh. / Bagdad / Irak, Syrien | ca. 460 000

* Sitz des Kirchenoberhauptes

** Gläubige weltweit (ungefähre Angaben)

Martin Tamcke, „An den Christen offenbart sich die Vielfalt“, in: *zenith* 4/2011, S. 42f.

Das libanesische Mosaik

Mit seinen knapp über 10 000 qkm und rund vier Millionen Einwohnern gehört der Libanon zu den kleineren arabischen Ländern. Achtzehn Religionsgemeinschaften sind offiziell anerkannt: zwölf christliche und fünf muslimische Konfessionen sowie eine kleine jüdische Gemeinde. Ferner leben im Libanon zahlreiche Flüchtlinge wie Armenier, Kurden, Palästinenser, Iraker und Syrer.

Im 19. Jahrhundert hatten sich europäische Mächte als Schirmherren einzelner Religionsgemeinschaften im Osmanischen Reich etabliert, um über Stellvertreter in dem zerfallenden Großreich Fuß zu fassen. So hatte etwa Frankreich schon früh begonnen, die maronitischen Christen des Libanon zu unterstützen. Dadurch wuchs den Religionsgemeinschaften eine politische Bedeutung zu, soziale Revolten schlugen hier immer wieder in konfessionelle Bürgerkriege um. Zu deren Entschärfung wurde auf europäischen Druck hin bereits im 19. Jahrhundert ein Proporzsystem eingeführt, in dem die Religionsgemeinschaften proportional zu ihrer jeweiligen Stärke führende Staatsämter beanspruchen dürfen.

1920 übernahm Frankreich das Völkerbund-Mandat über das Territorium der Staaten Syrien und Libanon. Es schuf den heutigen Großlibanon, indem es dem vorwiegend von Christen bewohnten Libanongebirge den mehrheitlich muslimisch bewohnten Küstenstreifen mit den Städten Beirut, Saida und Tripoli sowie Territorien im Norden, Osten und Süden zuschlug. Christen behielten eine knappe Bevölkerungsmehrheit von 52 Prozent und dank französischer Protektion einige sicherheitsrelevante Posten wie beispielsweise das Oberkommando der Armee und des Geheimdienstes.

Im 1943 unabhängig gewordenen Libanon übernahm man dieses Prinzip der Machtteilung im Parlament, in der Regierung sowie in gehobenen Verwaltungsposten. Der Verteilungsschlüssel dieses „politischen Konfessionalismus“ orientiert sich dabei mit geringfügigen Änderungen bis heute an der letzten offiziellen Volkszählung von 1932. Ein komplexes Wahlrecht mit gemischtkonfessionellen Wahlbezirken und verschiedene Mechanismen der wechselseitigen Kontrolle von Verfassungsorganen sollen die Vertreter der Konfessionen zu Zusammenarbeit statt zu Konkurrenz bewegen. Dies verhinderte eine Machtkonzentration in den Händen Weniger oder einer einzelnen ethnisch-konfessionellen Gemeinschaft,

wie sie in den übrigen arabischen Ländern ansonsten üblich war. Im Nationalpakt von 1943 wurde die politische Rollenzuschreibung der Konfessionen weiterhin gefestigt: Maroniten dürfen seither den Staatspräsidenten, Sunniten den Ministerpräsidenten und Schiiten den seinerzeit eher protokollarischen Parlamentspräsidenten stellen.

Darüber hinaus genießen die Religionsgemeinschaften weitreichende Autonomie im Familienrecht, im Bildungssystem und in der Organisation sozialer Dienste. Die Eliten der jeweiligen Gemeinschaften üben weitreichende Kontrolle über das Leben ihrer Glaubensmitglieder aus. Diese wenden sich für Dienstleistungen nicht als gleichberechtigte Bürger an den Staat, sondern erhalten sie meist nur vermittelt über die Vertreter ihrer Gemeinschaften. Es gibt im Libanon beispielsweise keine zivile Eheschließung, was Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Religionen erschwert und die Grenzen zwischen den Konfessionen zementiert. Auch Parteien, Medien, Schulen, ja selbst staatliche Sicherheitsdienste sind meistens einer Konfessionsgemeinschaft zuzuordnen.

Die Verteilung politischer Ämter nach Religionszugehörigkeit und die „Mentalität des Konfessionalismus“ sind maßgeblich verantwortlich für die Zersplitterung der Gesellschaft, für einen hohen Grad an Klientelismus und Korruption sowie für die Schwäche des libanesischen Staats.

Unterschiedliche Geburten- und Abwanderungsraten der Gemeinschaften führten zu einer Verzerrung der Machtverhältnisse. Christen bilden heute nur noch eine Bevölkerungsminderheit, sie hielten aber bis zum Bürgerkrieg von 1975 bis 1990 die Mehrheit der Parlaments- und Kabinettsitze sowie viele Führungsämter. Der Bürgerkrieg war kein eigentlicher Religionskrieg, aber dennoch spielte die ethnisch-konfessionelle Zugehörigkeit häufig eine größere Rolle als politische Überzeugungen. Milizen verübten immer wieder Massaker an Angehörigen anderer Gemeinschaften. Der Krieg führte in einigen Regionen zur Flucht und Vertreibung einzelner Gemeinschaften, sodass relativ homogene christliche und muslimische Siedlungsgebiete entstanden.

Auch heute noch, mehr als 20 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs, geraten fast alle politischen Kontroversen ins Fahrwasser konfessioneller Konkurrenz, selbst wenn sie fern jeder religiösen Bedeutung sind wie etwa die Versorgung mit Elektrizität, die rechtliche Stellung der Palästinaflüchtlinge oder die Landesverteidigung. Externe Mächte nutzten

diese Uneinigkeit wiederholt aus und nahmen über lokale Stellvertreter Einfluss. So mischen Iran und Saudi-Arabien, Israel und Syrien, die USA, Frankreich und viele weitere Länder im Kräftespiel des Landes mit. Syrien hatte von 1976 bis 2005 Truppen im Land stationiert und massiv die libanesische Innenpolitik beeinflusst. Israel besetzte 1978 mit Hilfe christlicher Milizen Teile des Südlibanon als „Sicherheitszone“, nach libanesischer Lesart hat es sich bis heute nicht vom gesamten libanesischen Territorium zurückgezogen. Gegen diese Besatzung kämpften zunächst linke und nationalistische, palästinensische und libanesische Milizen. Seit 1982 engagiert sich in diesem Konflikt in zunehmendem Maße die schiitische Hisbollah, die von den USA und Israel als „Terrororganisation“ klassifiziert wird. Im Libanon erwarb sie sich hingegen das Image einer „Befreiungsbewegung“, da sie die israelischen Truppen im Jahr 2000 zum Rückzug und zur Aufgabe des „Sicherheitszone“ zwang. Neben ihrem „Islamischen Widerstand“ baute sie soziale Dienste auf, ist seit 1992 im Parlament vertreten und beteiligte sich seit 2005 an verschiedenen Koalitionsregierungen mit christlichen und anderen muslimischen Parteien. Von ihren innerlibanesischen Gegnern wird sie wegen ihrer Waffenpräsenz kritisiert, wobei allerdings auch andere Parteien bis heute bewaffnete Verbände unterhalten. Zahlreiche politische Morde und bewaffnete Auseinandersetzungen halten das Land seit 2005 in Atem. Der im März 2011 ausgebrochene Aufstand in Syrien, der dort zum Bürgerkrieg eskalierte, führte auch im Libanon zu Kämpfen zwischen Verbündeten und Gegnern des syrischen Regimes.

Trotz all dieser Schwierigkeiten hat sich der Libanon eine erstaunliche politische und kulturelle Offenheit, Freiheit und Vielfalt bewahrt. Bis zum „Arabischen Frühling“ war er die einzige Demokratie im arabischen Raum, in der bei regelmäßig stattfindenden, vergleichsweise freien Wahlen zahlreiche Kandidaten und Parteien gegeneinander antreten können, in der sich Regierungen, Staats- und Ministerpräsidenten abwechseln und in dessen Parlament meist sehr kontrovers diskutiert wird. Die meisten Libanesen haben es gelernt, wie in einem Mosaik mit den vielen verschiedenen Formen von Religion(en) und Kultur(en) auf engem Raum zusammenzuleben.

Stephan Rosiny

für das hebräische, das griechische, das lateinische und das arabische Alphabet wurde. Später eroberten das Griechische (~750-146 v. Chr.) und das Römische Reich (509 v. Chr.-395 n. Chr.) große Teile des Nahen Ostens und nutzten ebenfalls das Mittelmeer als Handels- und Kulturraum.

Iran sieht sich in Kontinuität zum Reich der Perser (550 v. Chr.-651 n. Chr.), dessen straff organisierte Bürokratie von den islamischen Kalifaten übernommen wurde. Viele kulturelle Besonderheiten sind trotz der arabischen Eroberung und Islamisierung des Landes erhalten geblieben. So gilt hier etwa eine Mischung aus vorislamischem Sonnenkalender – mit dem Neujahr (*Nou-ruz*) zur Sonnenwende am 20. oder 21. März – und dem islamischen *Hidschri*-Kalender. Letzterer beginnt mit der Auswanderung des Propheten Mohammed und seiner muslimischen Gemeinde von Mekka nach Medina im Jahre 622 n. Chr. Er orientiert sich am Mondverlauf, weshalb seine zwölf Monate und somit auch das Jahr kürzer sind als das dem Sonnenlauf folgende Jahr unserer Zeitrechnung.

Nach der Teilung des Römischen Reichs 395 n. Chr. kontrollierte das oströmische Byzantinische Reich (395-453) den östlichen Bereich des Mittelmeers. In ihm war das Orthodoxe Christentum Staatsreligion, aus dem verschiedene, im Nahen Osten bestehende Kirchen wie die Griechisch-, die Syrisch- und die Armenisch-Orthodoxe Kirche hervorgingen. Byzanz grenzte an das arabisch-islamische Reich, das seit der Religionsstiftung durch Mohammed (570-632) stetig expandierte und schließlich 1453 das gesamte Territorium des Byzantinischen Reichs eroberte. Die Islamisierung und Arabisierung des Nahen Ostens wurde auch von den christlichen Kreuzrittern nicht aufgehalten, die zwischen 1095 und 1270 zeitweise die den drei abrahamitischen Religionen heilige Stadt Jerusalem und angrenzende Territorien kontrollierten.

Nach der türkisch-islamischen Eroberung benannten die muslimischen Sieger 1453 die Stadt Konstantinopel in Istanbul um und machten sie zur Hauptstadt des Osmanischen Reiches (~1300-1922/3). Der osmanische Sultan (arabisch, „Herrscher“) übernahm 1517 zusätzlich den islamischen Herrschertitel des Kalifen und brachte damit seinen Anspruch als Oberhaupt aller Muslime zum Ausdruck. Sein Herrschaftsbereich verkleinerte sich besonders im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts im Zuge des Ersten Weltkrieges, als europäische Kolonialmächte fast alle arabischen Staaten als Kolonien oder Mandatsgebiete unter ihre Kontrolle brachten. Aus dem verbliebenen Rumpfstaat ging 1923 die Türkei hervor. Frankreich und Großbritannien, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusätzlich die USA und

die Sowjetunion bzw. Russland, üben seitdem bedeutenden Einfluss auf die Region aus.

Im Mittelalter übernahm Europa kulturelle und wissenschaftliche Errungenschaften des Vorderen Orients, beispielsweise medizinische Erkenntnisse, wie die Entdeckung des Blutkreislaufs, oder Navigationsinstrumente der Seefahrt. In dieser Epoche gelangten auch viele arabische Lehnwörter, wie Algebra, Alkohol, Matratze, Ziffer und Zucker, nach Europa. Der Islam war in dieser Zeit in vielem fortschrittlicher und offener als das Christentum, etwa im Bereich medizinischer Forschung oder in der Verrechtlichung diplomatischer Beziehungen zu Andersgläubigen. Arabische Philosophen wie Avicenna (980-1037) und Averroes (1126-1198) beeinflussten mit ihren Kommentaren des Aristoteles nachhaltig die Philosophiegeschichte Europas, die christliche Scholastik, den Humanismus und die Aufklärung.

Doch kehrte sich dieses Verhältnis zunehmend um. Schon im 15. Jahrhundert wechselte Europa vom Importeur zum Exporteur von Fertigprodukten, wie Papier, Nägeln, Textilien und Glas. Mit dem europäischen Kolonialismus und der zunehmenden Vernetzung der Welt durch Handel und Kommunikation, Wirtschaft und Kultur unterlagen lokale, traditionelle Gemeinschaften im Nahen Osten immer mehr vom Weltmarkt bestimmten und von westlichen kulturellen und ideologischen Mustern dominierten Einflüssen. Dies schlägt sich in der Stadtplanung und Architektur, in der Infrastruktur und in Medien, im Bildungswesen, der Gesundheitsversorgung und der Staatsverwaltung, in Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt in politischen Ideologien, wie dem Nationalismus, Sozialismus, Liberalismus und Kommunismus, nieder. Arbeitsmigranten, Studierende, politische oder Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen Osten wohnen weltweit verstreut, auch im Westen. Sie übernehmen hier Verhaltensweisen und Werte und spiegeln sie über Familienbesuche oder als Rückkehrende in ihre Herkunftsländer zurück.

Im Prozess der Globalisierung sind Kulturen und Religionen zu weltweiten Austauschgemeinschaften verschmolzen: Der „Orient“ ist in Europa unter anderem in Migrantengemeinden und Spezialitätenrestaurants präsent. New Yorks Skyline erhält Konkurrenz in den Hochhäusern von Dubai, der saudischen Hauptstadt Riad oder von Doha, der Hauptstadt Katars. Nur im Bereich der Säkularisierung scheint der Nahe Osten einer westlich dominierten Modernisierung zu widerstehen: Religion prägt hier nach wie vor den Alltag, die Gesellschaften und teilweise auch die Politik der Region. Das gilt insbesondere für den Islam als die Mehrheitsreligion, die in jüngerer Zeit von vielen Gläubigen in die politisierte Form des Islamismus umgedeutet wird.



Vormarsch der Türken auf Konstantinopel, das sie 1453 erobern. Fresco von 1537 auf der Fassade des Klosters Moldovita in Rumänien



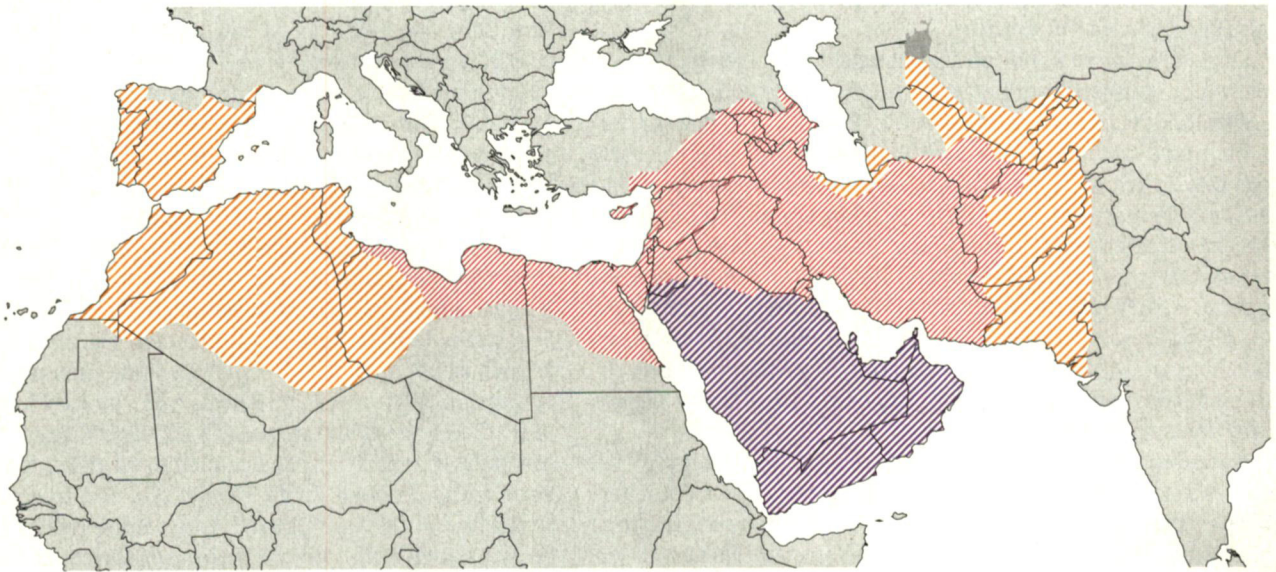
Islamische Philosophen wie Avicenna (li., Kupferstich, 17. Jh.) und Averroes (Schedel'sche Weltchronik, 1493) prägen die europäische Philosophiegeschichte.



Ausbreitung des Islam bis zum Jahr 750



Ausbreitung unter Mohammed, 612-632
 Ausbreitung unter den vier „rechtgeleiteten Kalifen“, 632-661
 Ausbreitung unter dem Umayyaden-Kalifat, 661-750



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Map_of_expansion_of_Caliphate.svg

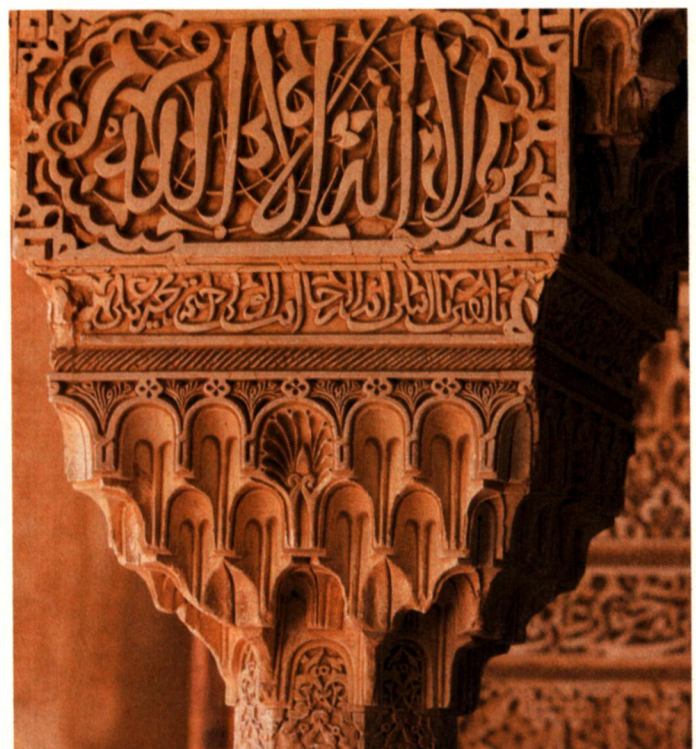
Die Religion des Islam

Vermutlich um 610 n. Chr. hatte der islamische Prophet Mohammed im Alter von 40 Jahren sein erstes Offenbarungserlebnis. Er verkündete in den folgenden Jahren den Bewohnern seiner Heimatstadt Mekka, einer bedeutenden Handels- und Pilgerstadt auf der Arabischen Halbinsel, die neue Botschaft des Islam. Die frühe Gemeinde stieß jedoch auf die Ablehnung der etablierten Oberschicht, weshalb sie im Jahre 622 nach Medina auswanderte. Diese *Hidschra* („Auswanderung“) markiert den Beginn der islamischen Zeitrechnung. In der Oasenstadt Medina fand Mohammed mit seiner prophetischen Mission neue Anhänger. Er wirkte als Schiedsrichter untereinander verfeindeter Clans und gewann dadurch zunehmend politische Autorität. Dabei halfen ihm göttliche Offenbarungen, die seinen Aussagen und seinem Verhalten besonderes Gewicht verliehen. Er und seine Anhänger bauten ein staatsähnliches Gemeinwesen auf, in dem nicht mehr Stammesloyalität, sondern das gemeinsame religiöse Bekenntnis zählte. Durch militärische Eroberungen und den vertraglichen Beitritt weiterer Stämme weitete sich die frühislamische Gemeinde bereits zu Lebzeiten Mohammeds auf den Großteil der Arabischen Halbinsel aus.

Angetrieben vom neuen Glauben eroberten arabische Stämme bis zum Jahr 750 die gesamte heutige arabische Welt, dazu große Teile Spaniens und Portugals (das arabische *al-Andalus*) und Zentralasiens. Sie verbreiteten dabei nicht nur den Islam als Religion, sondern in unterschiedlicher Intensität auch eine durch ihn geprägte arabische Kultur. Der Koran, die heilige Schrift der Muslime, setzte die Norm für die arabische Schriftform und Sprache. Sie diente den frühen islamischen Dynastien, dem in Damaskus residierenden Kalifat der Umayyaden (661-750) und dem der Abbasiden in Bagdad (750-1258), als Verwaltungssprache und ist heute Amtssprache in allen arabischen Ländern. Die gemeinsame Sprache ermöglichte immer wieder überregionale intellektuelle und politische Bewegun-

gen wie etwa die *Nahda*, eine säkulare Reformbewegung im 19. Jahrhundert, den Arabischen Nationalismus Mitte des 20. Jahrhunderts oder die schnelle Ausbreitung des „Arabischen Frühlings“, in dem gemeinsame politische Parolen und Protestlieder grenzüberschreitende Wirkung entfalteten.

Daneben haben sich weitere Sprachen im Vorderen Orient gehalten. Ethnien wie die Berber und Kurden haben ihre eigenen Sprachen bewahrt. Einige Religionsgemeinschaften pflegen teils uralte Liturgiesprachen, so christliche Gemein-



Im 8. Jahrhundert breitet sich der Islam bis nach Spanien aus und hinterlässt Zeugnisse einer Hochkultur. Säule der Alhambra in Granada

Wolfgang Kunz

Der Islam und seine Glaubensrichtungen

„Es gibt keinen Gott außer Gott und Mohammed ist der Gesandte Gottes.“
Glaubensbekenntnis des Islam



Islam ~ arabisches Wort bedeutet „Hingabe“ ~ entstand als jüngste Offenbarungsreligion im 7. Jh. n. Chr.	Prophet Mohammed ~ 570-632 n. Chr. ~ erhielt die Offenbarungen Gottes	Muslime ~ Anhänger des Islam ~ erkennen die fünf Säulen als Pflichten an	Die fünf Säulen ~ Glaubensbekenntnis ~ rituelles Gebet ~ Fasten im Monat Ramadan ~ Pilgerfahrt nach Mekka ~ Entrichtung von Almosen	Koran ~ heilige Offenbarungsschrift des Islam ~ besteht aus 114 Suren (Kapitel)						
Sunniten ca. 1371 bis 1417 Mio. Gläubige ~ heute ca. 85-90 % aller Muslime ~ folgen der Hauptrichtung des Islam ~ Grundsätze: Koran, Brauch (Sunna) und Überlieferung (Hadith) ~ verschiedene Reformbewegungen ~ Asien und Afrika	Schiiten ca. 154 bis 200 Mio. Gläubige Entstanden durch Abspaltung der Parteigänger Alis (Schiat Ali) von der Mehrheit der Muslime ab 632. Ali war Mohammeds Schwiegersohn. Nur Nachkommen Mohammeds und Alis werden als Oberhaupt (Imam) anerkannt. Die verschiedenen Richtungen unterscheiden sich u. a. durch die Zahl der anerkannten Imame. <table><tr><td>Imamiten (Zwölfer-schiiten) heute rund 90 % der Schiiten Bahrain, Iran, Irak, Aserbaidschan, Afghanistan, Pakistan, Libanon</td><td>Aleviten Türkei</td><td>Zaiditen (Fünferschiiten) Jemen</td><td>Ismaeliten (Siebenerschiiten) Zentralasien, Jemen, Ostafrika, Indien</td><td>Drusen Israel Libanon, Syrien</td><td>Alawiten Syrien, Türkei</td></tr></table>			Imamiten (Zwölfer-schiiten) heute rund 90 % der Schiiten Bahrain, Iran, Irak, Aserbaidschan, Afghanistan, Pakistan, Libanon	Aleviten Türkei	Zaiditen (Fünferschiiten) Jemen	Ismaeliten (Siebenerschiiten) Zentralasien, Jemen, Ostafrika, Indien	Drusen Israel Libanon, Syrien	Alawiten Syrien, Türkei	Charidschiten ca. 2 Mio. Gläubige ~ auch Kharijiten, Ibaditen als Untergruppe ~ dritte Glaubensgruppe neben Sunniten und Schiiten ~ Algerien, Libyen, Oman, Tunesien und auf Sansibar
Imamiten (Zwölfer-schiiten) heute rund 90 % der Schiiten Bahrain, Iran, Irak, Aserbaidschan, Afghanistan, Pakistan, Libanon	Aleviten Türkei	Zaiditen (Fünferschiiten) Jemen	Ismaeliten (Siebenerschiiten) Zentralasien, Jemen, Ostafrika, Indien	Drusen Israel Libanon, Syrien	Alawiten Syrien, Türkei					

Quelle: bpb, The Pew Forum on Religion & Public Life, GIGA Institut; © dpa-infografik Globus 5449

Stand 2009

den das Koptische, das Aramäische und das Syrische sowie Juden das Hebräische, das 1948 in reformierter Form Staatssprache Israels wurde. Je weiter sich die arabisch-islamische Eroberung ausdehnte, desto schwächer wurde die kulturelle Arabisierung. Das osmanische Türkisch als Amts- und Literatursprache und das Persische übernahmen noch die arabischen Schriftzeichen, behielten aber weitgehend ihr Vokabular und ihre Grammatik. Auch islamische Regeln gingen eine Mischung mit lokalen Bräuchen ein, etwa im Familienrecht, in den Bekleidungsregeln oder im Gräberkult. Der Islam wurde zum Bindeglied sozial und ethnisch äußerst unterschiedlicher Gemeinschaften und Kulturen.

Glaubensrichtungen

Mohammed hatte bei seinem Tod 632 keine klare Nachfolge-regelung zur Leitung seiner Gemeinde getroffen. Es kam deshalb zur grundlegenden Spaltung in den sunnitischen (arab.: *Sunna* – dt.: Brauch, Tradition) und den schiitischen Islam (arab.: *Schia* – dt.: Anhängerschaft, gemeint sind die Anhänger Imam Alis). Der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten durchzieht die islamische Geschichte und beeinflusst noch heute die aktuelle politische Auseinandersetzung im Nahen Osten, etwa die Konkurrenz zwischen dem mehrheitlich schiitischen Iran und dem mehrheitlich sunnitischen Saudi-Arabien um die regionale Führung am Persisch-Arabischen Golf.

Die mehrheitliche, sunnitische Richtung hält die Kalifen für die rechtmäßigen Nachfolger des Propheten in der Leitung der Gemeinde. Nach den ersten vier „rechtgeleiteten Kalifen“ Abu Bakr, Omar, Uthman und Ali, dem Cousin und Schwiegersohn Mohammeds, waren die bedeutendsten Kalifats-Dynastien die der Umayyaden (661-750), der Abbasiden (750-1258) und der Osmanen (1517-1924). Die Sunniten sehen die Bedeutung der Kalifen vor allem in der politischen Führung der Gemeinde. Eine verbindliche oberste religiöse Autorität gibt es nicht. Die Sunniten fühlen sich in besonderer Weise dem Leben und

Wirken des Propheten in der sunnitischen Glaubensauslegung verpflichtet, die in den *Hadith*-Werken tradiert werden. Diese enthalten exemplarische Aussprüche und Handlungen des Propheten Mohammed und seiner frühen Gefährten und haben deshalb neben dem Koran normative Bedeutung für die islamische Rechtsfindung (*Scharia*). Der sunnitische Islam zählt in der Gegenwart vier „Rechtsschulen“ (arab.: *madhhab*), die sich in der Methodik der Rechtsableitung und geringfügig in ihrer religiösen Praxis unterscheiden. Daneben gibt es verschiedene Richtungen der islamischen Mystik, des Sufismus.

Schiiten gehen davon aus, dass Gott Ali zum politischen und spirituellen Nachfolger des Propheten Mohammed und zum Oberhaupt (*Imam*) der Gemeinde bestimmt habe. Nur die aus der Ehe der Prophetentochter Fatima mit Ali hervorgegangenen Nachfahren sind qualifiziert, die Gemeinde religiös zu leiten. Eine ebenfalls beanspruchte politische Autorität konnten die schiitischen Imame gegen das sunnitische Kalifat hingegen nicht durchsetzen. Die sunnitischen Kalifen gelten ihnen daher als unrechtmäßige Herrscher, die allerdings aus pragmatischen Gründen – Schiiten waren fast immer Bevölkerungsminderheiten – in der Regel akzeptiert wurden. In der Frühzeit des Islam rebellierten Schiiten jedoch immer wieder gegen allzu tyrannische Herrscher. Sie sehen im Prophetenenkel, Imam al-Husein, der im Jahre 680 gegen den umayyadischen Kalifen Yazid rebellierte und in Kerbela den Tod fand, ein besonderes Vorbild. Sie begehen das tragische Ereignis seines „Martyriums“ in den jährlich stattfindenden *Aschura*-Ritualen.

Als im 9. Jahrhundert der letzte einer Reihe von zwölf Imamen, der Imam al-Mahdi, in Kindesalter „in die Verborgenheit“ einging, brach der unmittelbare Kontakt zu religiöser Rechtsleitung ab. Religionsgelehrte (*ulama*) übernahmen stellvertretend die Funktion religiöser Rechtsleitung, bis zur erwarteten Rückkehr des Mahdi als endzeitlichem Erlöser. Der schiitische Islam hat einige Richtungen hervorgebracht, die sich in der Reihe der von ihnen anerkannten Imame als Nachfolger des Propheten unterscheiden. Die zahlenmäßig größte Richtung ist die Zwölferschia. Daneben gehören die Zaiditen im Jemen,

die Ismailiten und Drusen, die Aleviten in der Türkei und die Alawiten in Syrien sowie viele weitere kleinere Gruppen der schiitischen Richtung im Islam an. Schiiten bilden gegenwärtig circa 10 bis 20 Prozent aller Muslime. In Iran, im Irak und in Bahrain stellen sie die Bevölkerungsmehrheit, im Libanon, in Saudi-Arabien, Jemen und Syrien bedeutende Minderheiten. Die islamische Mystik, der Sufismus, zählt zwar mehrheitlich zum sunnitischen Islam, weist aber viele Gemeinsamkeiten mit dem schiitischen Islam auf. Wie in diesem suchen die Gläubigen spirituell die Nähe Gottes, vermittelt etwa über Heilige und den Besuch von deren Gräbern. Beide Richtungen, Schiiten und Sufis, stehen deshalb in der Kritik fundamentalistischer Sunniten, die eine solche Heiligenverehrung als verbotenen Polytheismus (Vielgötterei) ablehnen. Religiöse Extremisten zerstören deshalb immer wieder deren heilige Stätten.

Der Islam als normative Ordnung

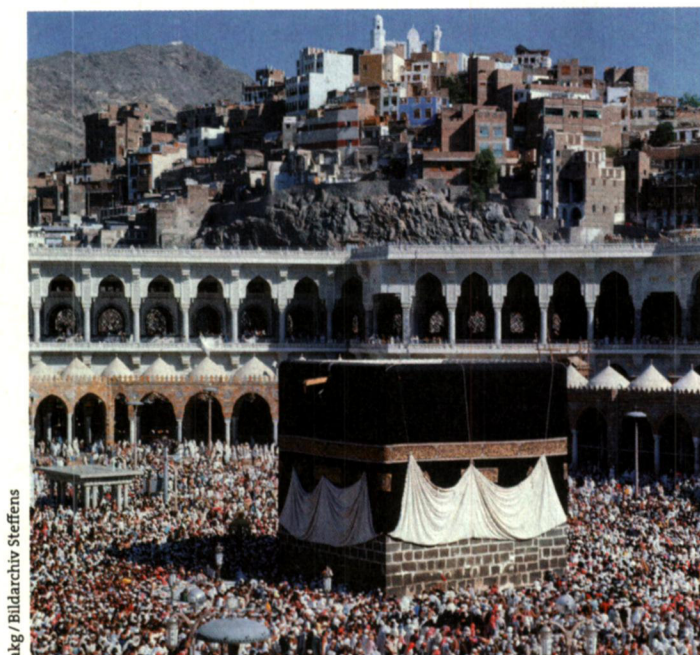
Der Islam ist mit der Gemeindegründung von Medina 622 und durch den frühen Erfolg der islamischen Expansion eine sehr diesseitsorientierte Religion geworden, die schon früh Verhaltensregeln für das zwischenmenschliche Zusammenleben, Vertragsgestaltungen, politische Verwaltung und das Kriegswesen entwickelte. Muslime gehen davon aus, dass das „Reich Gottes“ bereits auf Erden zu verwirklichen sei. Dies prägte den Islam als eine Gesetzesreligion, die zahlreiche Aspekte des menschlichen Lebens festlegen will. Tatsächlich aber existierten zu allen Zeiten parallel zum religiösen Recht auch andere Rechtsvorstellungen, seien es lokale Gewohnheitsrechte und Bräuche oder von Herrschern erlassene Gesetze. Die nicht schriftlich kodifizierte normative Ordnung der Scharia ist nach Ansicht der Gläubigen nicht von Menschen geschaffen, sondern göttlichen Ursprungs und daher „absolut gerecht“. Allerdings gibt es große Meinungsverschiedenheiten unter Muslimen, was genau die Scharia bedeutet, unter welchen Umständen sie gültig ist, angepasst und erneuert werden darf. Das hängt unter anderem mit Fragen zusammen, die im

Kern jeder monotheistischen Religion stecken: Hat Gott als „Schöpfer“ alles vorherbestimmt und die Menschen zu bloßen Befehlsempfängern gemacht, oder hat er sie mit Verstand und der Freiheit ausgestattet, ihr Schicksal selbstständig zu gestalten? Gibt es ewige Wahrheiten und Regeln, die für alle Zeiten gültig sind, oder können bzw. müssen sie den veränderten Umständen sich wandelnder Gesellschaften angepasst werden? Die jeweils erste Position vertreten etwa Salafisten, eine islamistische Bewegung, die fundamentalistisch und buchstabengetreu die überlieferten Regeln befolgen will. Auf der anderen Seite stehen reformorientierte Islamisten, wie etwa die Muslimbruderschaft, oder schiitische Gruppierungen, die mit Hilfe „selbstständiger Rechtsfindung“ (*idschtiha*d) zeitangepasste Verhaltensregeln suchen. Säkularen Gläubigen bietet die Religion eine moralische Orientierung, aber keine exakte Handlungsanweisung für ihr Leben. Daneben gibt es auch Atheisten, wenngleich sie sich durch den dominanten islamischen Diskurs derzeit nur selten offen zu erkennen geben.

Die arabisch-islamische Kultur

Obwohl nur rund ein Fünftel aller Muslime in arabischen Ländern leben, ist der Islam eine arabisch geprägte Religion geblieben. Für die arabischen und andere von Muslimen bewohnte Länder stellt die Religionsstiftung des Propheten Mohammed auf der Arabischen Halbinsel ein zentrales Ereignis dar. Der Koran wurde in arabischer Sprache offenbart und niedergeschrieben, und Arabisch hat seine sakrale Bedeutung bis in die Gegenwart behalten. So vollziehen Muslime weltweit ihre Pflichtgebete in arabischer Sprache und beten in Richtung Mekka. Diese Stadt auf der Arabischen Halbinsel ist auch das Ziel der jährlich stattfindenden Pilgerfahrt (*Hadsch*), die jeder Muslim einmal im Leben vollziehen soll.

Religion und Kultur üben im Nahen Osten noch einen viel größeren Einfluss auf das tägliche Leben der Menschen aus als etwa in Europa. Im Westen sind durch die Aufklärung und durch die Liberalisierung und Individualisierung der moder-



akg / Bildarchiv Steffens

Es gehört zu den fünf Pflichten des Islam, möglichst einmal nach Mekka zu pilgern. Hunderttausende umkreisen dann die Kaaba, das zentrale Heiligtum.



Rainer Hackenberg / VISUM

Fromme Muslime beten fünfmal täglich und wenden sich dabei nach Mekka. Andacht in einer Moschee in Istanbul

nen Gesellschaften viele Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben ohne den direkten Einfluss von religiösen und kulturellen Vorschriften entstanden. In vielen Regionen des Nahen Ostens dominiert hingegen noch eine patriarchalische Familienordnung, in der Frauen und Jugendliche ihren Männern und Eltern gehorchen müssen. Dies ist keine Besonderheit des Islam, auch Christentum und Judentum entstanden ursprünglich in einem patriarchalischen Umfeld. Mittlerweile verändert sich das Verhältnis zwischen Frauen und Männern, der jungen Generation zu ihren Eltern aber auch in diesem Teil der Welt rasant. Ein Mehr an Bildung, der Zugang zu neuen Medien oder Reisen ins Ausland erweitern den Horizont und wecken den Wunsch, das eigene Leben selbstbestimmter gestalten zu dürfen.

Trotz zunehmender Offenheit in vielen Bereichen orientieren sich viele Muslime in Fragen des Glaubens, aber auch in sozialen und politischen Fragen nach wie vor an Vorbildern aus der islamischen Geschichte und Tradition. In Phasen des gesellschaftlichen Umbruchs, wie die Region sie etwa zu Zeiten des Kolonialismus erlebte und aktuell angesichts der Globalisierung erlebt, sollen diese Vorbilder Halt gewähren. Muslime können dabei fundamentalistisch eine buchstabengetreue Imitation der frühislamischen Gemeinde unter Mohammed anstreben oder sich im Sinne einer zeitgemäßen Anpassung

der Religion kritisch mit den islamischen Quellen auseinandersetzen. So stellen muslimische Reformer, darunter auch einige Islamisten, Verhaltensweisen in Frage, die im Namen des Islam Jahrhunderte überdauert haben. Dies gilt etwa für den Bereich der sozialen Rollenzuschreibung zwischen Mann und Frau. Manche fortschrittliche Gelehrte und „islamische Feministinnen“ kritisieren die Frauen diskriminierenden Regeln und die patriarchalische Werteordnung als überholtes Relikt der vorislamischen Stammeskultur. Andere verteidigen hingegen die konservativen Normen als unveränderbare göttliche Bestimmungen.

Kulturen und Religionen sind von Menschen geprägte und gelebte sinnstiftende Vorstellungen und Lebensentwürfe. Menschen ändern ihre Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und passen dabei – bewusst oder unbewusst – ihre Identitäten und Glaubensvorstellungen an veränderte Gegebenheiten an. In diesem gesellschaftlichen Prozess und in Konkurrenz zu anderen Kulturen und Religionen sind kulturelle und religiöse Vorstellungen einem steten Balanceakt zwischen der Bewahrung von „authentischen“ Besonderheiten und dem Wunsch nach Reformen und dem Anschluss an den globalen Fortschritt ausgesetzt. Diese Auseinandersetzung kommt auch im Rahmen des Islamismus zum Tragen. Im „Arabischen Frühling“ erlebt sie eine erneute Dynamik.

Die Fünf Säulen des Islam

Die grundlegenden religiösen Pflichten der Muslime sind als die Fünf Säulen bekannt.

1. Shahada – das Glaubensbekenntnis nach der Formel: *Ich bezeuge, dass es keine Gottheit außer Gott gibt und dass Muhammad der Gesandte Gottes ist. Die shi'itische Minderheit fügt dem die Worte hinzu: 'Ali ist der Freund Gottes'.*

2. Salat – Anbetung. Zuweilen auch als „Gebet“ übersetzt, nimmt salat die Form einer rituellen Prostration [sich niederwerfen, Anm. d. Red.] an, bei der die präzise Ausführung der Körperbewegungen genauso wichtig ist wie die begleitend stattfindende geistige Aktivität. Sunnitische Muslime sollen salat fünfmal am Tage verrichten: in der Morgendämmerung, am Mittag, mitten am Nachmittag, nach Sonnenuntergang sowie am Abend. Die Gläubigen müssen sich im Zustand ritueller Reinheit befinden [...]. Salat kann praktisch überall verrichtet werden, vorausgesetzt, der Betende wendet sich der qibla zu – der Richtung, in der die Ka'aba in Mekka liegt. Am Freitag wird mittags das Gebet in der Gemeinde verrichtet, zu dem sich alle erwachsenen männlichen Mitglieder der Gemeinde versammeln. Männer und Frauen bleiben für gewöhnlich getrennt; die Frauen nehmen hinter den Männern oder in einem abgeschirmten

Teil der Moschee am Gottesdienst teil. In der Regel hält der Imam oder Vorbeter eine Predigt. [...]

3. Zakat – Almosengeben / obligatorische Wohlfahrtsspende. Diese Steuer ist einmal pro Jahr von allen erwachsenen Muslimen zu zahlen und wird auf 2,5 Prozent des Kapitalvermögens taxiert, über das jemand zusätzlich zu einem als nisab bekannten Minimum verfügt. Nisab umfasst für den Viehbestand zum Beispiel fünf Kamele, dreißig Kühe [...] oder vierzig Schafe oder Ziegen. Zakat ist für Bankguthaben, Edelmetalle, in den Verkehr gebrachte Handelsware (nicht aber für persönliche Besitztümer, wie Autos, Kleidung, Häuser und Schmuck), den Viehbestand und eingefahrene Ernte von bebautem Land zu leisten. Die Empfänger sollten arm und bedürftig sein. In der Vergangenheit wurde zakat von der muslimischen Regierung eingezogen und nach althergebrachtem Schema verteilt. Heutzutage ist das Almosenspenden der Gewissensentscheidung des Gläubigen überlassen.

4. Saum – das Fasten während Ramadan. Gefastet wird im heiligen Monat Ramadan, dem neunten Monat des Mondkalenders, tagsüber, solange es hell ist. Das Fastengebot bezieht sich auf Essen, Trinken, Rauchen und Geschlechtsverkehr. Das Fasten beginnt mit dem Morgengrauen und endet mit Sonnenuntergang. [...] Der Ramadan

bietet traditionell Gelegenheit für Familienzusammenkünfte wie auch für religiöse Besinnung. Es gilt als besonders verdienstvoll, während des heiligen Monats den gesamten Koran zu rezitieren. Nach der Überlieferung war es der 27. Ramadan, die „Nacht der Macht“, als der Koran „herabkam“.

5. Hajj – Pilgerfahrt nach Mekka. Die Erfüllung dieser sehr weitgehenden und anspruchsvollen religiösen Pflicht wird von jedem und jeder muslimischen Erwachsenen mindestens einmal im Leben gefordert. Die jährliche Pilgerfahrt oder Hajj findet während der letzten zehn Tage des zwölften Mondmonats (Dhu'l al Hijja) statt und erreicht ihren Höhepunkt mit dem Opferfest (Id al-Adha). [...] Die kleinere Wallfahrt oder 'Umra kann zu jeder Zeit des Jahres verrichtet werden. [...] Die [...] zu verrichtenden Rituale beinhalten: Tawaf, das Umschreiten der Ka'ba; Sa'i, den siebenmaligen Lauf zwischen den beiden Hügeln Safa und Marwa; [...] das „Verweilen“ in der Ebene am Berg Arafat, einige Kilometer außerhalb von Mekka; der „Ansturm“ durch die enge Talschlucht von Muzdalifa; die „Steinigung“ der drei Pfeiler, die den Satan darstellen; das Schlachten eines Opfertiers in Mina [...].

Malise Ruthven, *Der Islam. Eine kurze Einführung*, Philipp Reclam jun. GmbH Stuttgart 2000, S. 193 ff.

Politischer Islam

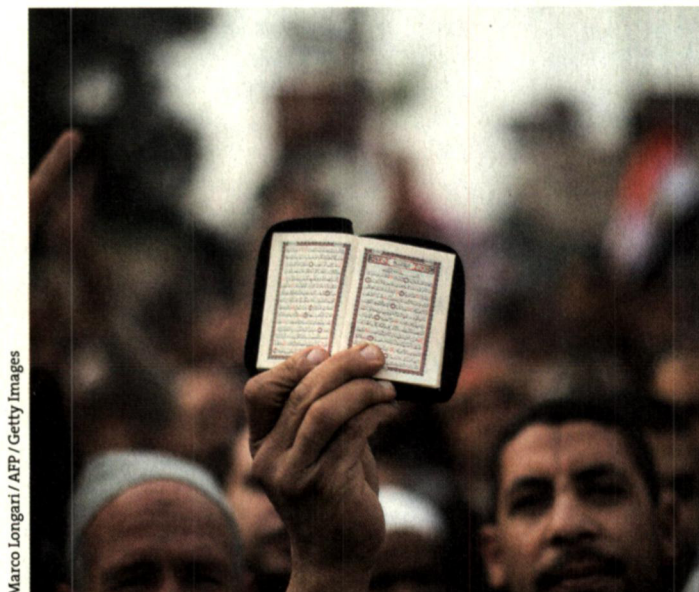
Im 18. und 19. Jahrhundert traten im Nahen Osten in Reaktion auf europäische imperiale Bestrebungen in der Region islamische Religionsgelehrte und muslimische Denker auf, die in einer Wiederbelebung des Islam die Lösung politischer und gesellschaftlicher Probleme sahen. Die unterschiedlichen Ideologien und politischen Bewegungen, die daraus im 20. Jahrhundert entstanden, werden heute zusammenfassend als Islamismus bezeichnet.

Auf der Arabischen Halbinsel begründete Mohammed Ibn Abd al-Wahhab (1703-1792) eine fundamentalistische theologische Schule. Sie suchte das Heil in einer exakten Imitation der frühislamischen Gemeinde, der buchstabengetreuen Befolgung islamischer Vorschriften und in der Ablehnung „unislamischer Neuerungen“, zu denen sie einige technologische Errungenschaften zählte. Dieser „Wahhabismus“ ist die Staatsreligion in Saudi-Arabien geworden, das mit seinen enormen Öleinkünften seit den 1970er-Jahren die Verbreitung dieser Doktrin in Form des Salafismus unterstützte. Salafisten wollen das Vorbild der „frommen Altvorderen“ (*as-salaf as-salih*), der frühen islamischen Gemeinde, imitieren. Sie suchen deshalb Regeln und Lösungen für sämtliche Lebensbereiche in den schriftlichen Quellen des Islam und lassen Neuerungen nur zögerlich zu. Allerdings können sie auch recht pragmatisch agieren. So haben einige Salafisten, um ihren wachsenden politischen Einfluss zu sichern, im „Arabischen Frühling“ Parteien gegründet und sich an Wahlen beteiligt, die sie zuvor als „unislamische Neuerungen“ verdammt hatten.

Im bewaffneten Widerstand gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans (1979-1989) radikalisierte sich eine Grup-

pe und propagierte den Dschihadismus, dessen bekannteste Vertreterin die Terrororganisation al-Qaida (gegründet 1988 von Osama bin Laden) wurde. Dschihadisten verengen den *Dschihad* (wörtl.: „Anstrengung“) auf eine Gewaltstrategie, die auch vor dem Töten von Zivilisten und anderen Muslimen, die nicht ihrem Islambild folgen, nicht Halt macht. Im Islamverständnis der Dschihadisten gelten andere Richtungen im Islam, wie etwa die Schiiten, als „Abtrünnige“. Sie sehen sich selbst in einem „globalen Dschihad“, sozusagen in einem „heiligen Krieg“ gegen die Ungläubigen. Obwohl sie zahlenmäßig eine verschwindend kleine Gruppe innerhalb der Muslime und selbst innerhalb des Islamismus nur eine Minderheit darstellen, prägen sie heute die negative Außenwahrnehmung des Islam und des Islamismus.

Diese Gewalt gegen Unschuldige im Namen der Religion lehnen die allermeisten Muslime und Islamisten strikt ab. Gemäßigte Islamisten, wie etwa die 1928 gegründete ägyptische Muslimbruderschaft, wollen ihre eigenen Gesellschaften nicht durch Gewalt, sondern durch Bildung, Sozialeinrichtungen und Wirtschaftsförderung schrittweise reformieren. Sie unterhalten hierfür Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Institutionen der Wirtschaftsförderung, wie Genossenschaften oder Kleinkreditprogramme. Dies verstehen sie als ihren Dschihad, ihre „Anstrengung“ eines gottgefälligen Lebens mit dem Ziel der Verbesserung ihrer Gesellschaften und der individuellen Selbstperfektionierung. Sie übernehmen Aspekte der westlichen Moderne wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Bürgerrechte und Zivilgesellschaft, solange diese nach ihrer Ansicht mit der Scharia, der islamischen normativen Ordnung, vereinbar sind.



Marco Longari / AFP / Getty Images

Der Islamismus als politische Bewegung sieht in der Rückbesinnung auf die Lehren des Korans die Lösung politischer und gesellschaftlicher Probleme. Als Symbol dafür wird der Koran auf Demonstrationen mitgeführt.



Alain Mingam / Gamma-Rapho via Getty Images

Afghanistan, 1979: Dschihadisten radikalisieren sich im Kampf gegen die sowjetischen Besatzer – Grundlage für das spätere Terrornetzwerk al-Qaida.

Saudi-Arabien und der Wahhabismus

Das Königreich Saudi-Arabien präsentiert der interessierten Außenwelt zwei sehr unterschiedliche Seiten: Einerseits verfügt das Land weltweit über die umfangreichsten Vorräte an Erdöl und baute aus den Erlösen eine hochmoderne Wirtschaft auf. Seine heiligen Stätten ziehen muslimische Pilger aus aller Welt an. Andererseits gilt Saudi-Arabien als verschlossen, extrem konservativ und einer puritanischen Auslegung des Islam verpflichtet.

1932 gelang es der den Staatsnamen prägenden Familie Sa'ud unter ihrem Oberhaupt Abd al-Aziz (genannt Ibn Sa'ud) zum dritten Mal seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, auf der Arabischen Halbinsel einen Zentralstaat unter ihrer Führung zu errichten. Auch diese Gründung fußte auf einem nahezu symbiotischen Verhältnis mit der Geistlichkeit. Die Allianz geht auf das Jahr 1744 zurück, als der Dynastiegründer Mohammed Ibn Sa'ud dem islamischen Reformator Mohammed Ibn Abd al-Wahhab zusicherte, dessen Religionsauslegung nicht nur als die allein gültige anzunehmen, sondern sie auch zu schützen und zu verbreiten.

Der nach al-Wahhab benannte Wahhabismus basiert auf den extrem konservativen Schriften des islamischen Gelehrten Ibn Taimiya (1263-1328). Dieser hatte nachdrücklich eine Rückkehr der Gläubigen zu den ursprünglichen Aussagen von Koran und Sunna gefordert. Nur was in diesen beiden Schriften stehe, sei legitim. Abd al-Wahhab begriff sich als Sachwalter dieser Forderungen. Speziell in Mekka und Medina sollte diese strenge Religionsauffassung gelten. Denn als bedeutendste unter den „Heiligen Stätten“ des Islam waren sie Ziel für die den gläubigen Muslimen vorgeschriebene Pilgerfahrt und Orte besonderer Gottesnähe. Um sein Vorhaben zu verwirklichen, unterstützte Abd al-Wahhab die Expansionsbestrebungen der Al Sa'ud und versprach – auch für seine Nachfolger – die Al Sa'ud als einzig rechtmäßige Herrscherfamilie zu proklamieren. Auf dieser Grundlage kann die Familie Sa'ud seit jeher auf die Unterstützung der hohen Geistlichen bauen, die zwar kaum Alltagspolitik betreiben, aber wichtige Inhalte der Gesetzgebung bestimmen und aufmerksam über die Einhaltung der wahhabitischen Normen wachen.

Die Symbiose begünstigte nicht nur eine außergewöhnliche „weltliche“, son-

dern auch geistliche Machtfülle des Königs; in einem Land, in dem Koran und Sunna offiziell als Verfassung gelten, verkörpert er als „Hüter der Heiligen Stätten“ Mekka und Medina die höchste religiöse Autorität. Da sich aus dem Anspruch, in Übereinstimmung mit der wahhabitischen Rechtsauslegung zu herrschen, jedoch der Kern ihrer Legitimität ableitet, sind alle Könige letztlich darauf angewiesen, dass nicht nur die Geistlichen, sondern alle gläubigen Untertanen die Übereinstimmung bestätigen oder sie zumindest nicht in Frage stellen. Für den jeweiligen König bedeutet das Fluch und Segen zugleich: Schon Staatsgründer Ibn Sa'ud hatte erkennen müssen, dass das wahhabitische Sendungsbewusstsein ihm zwar die Bildung seines Königreiches ermöglicht hatte, dass es dieses aber durch einen grenzenlosen Missionierungseifer wieder gefährdete. Folgerichtig löste er 1929 die Verbände seiner Glaubenskrieger (Ikhwan oder Ichwan, „Brüder“, in Wehrdörfern sesshaft gemachte Beduinen) gewaltsam auf. Trotzdem blieb das Religionsverständnis, das diese Bruderschaft vertreten hatte, in Saudi-Arabien lebendig. Es behauptet sich bis heute in dem Teil der Gesellschaft, dem jegliche Veränderung der „reinen wahhabitischen Lehre“ – auch in den Beziehungen zum Ausland – suspekt erscheint. „Al-Qa'ida auf der Arabischen Halbinsel“ gibt der Erscheinung in der Gegenwart einen Namen. Immerhin waren 15 der 19 Attentäter des 11. Septembers 2001 Bürger Saudi-Arabiens, allen voran Osama bin Laden.

Auf der anderen Seite entstanden mit der Ausformung des Staates und insbesondere dem Modernisierungsschub, den Saudi-Arabien als weltgrößter Erdöl-exporteur nach dem Ende des Zweiten

Weltkrieges erfuhr, Akteure, denen die Veränderungen der Gesellschaft viel zu langsam und halbherzig vonstatten gingen: Privatunternehmer, Intellektuelle, Manager, Techniker und Spezialisten der Erdölwirtschaft. Sie forderten immer vernehmlicher einen modernen Staat inklusive bürgerlicher Freiheiten.

Die beschriebenen Widersprüche führten zu zahlreichen Eigenarten, die auch gegenwärtig das Leben in Saudi-Arabien auszeichnen. Während eine Sittenpolizei/ mutauwa islamkonformes Verhalten in der Öffentlichkeit kontrolliert und Frauen kein Auto fahren dürfen, hat sich die saudische Gesellschaft gleichzeitig wie selbstverständlich an die modernsten Errungenschaften heutiger Technik, etwa im Bereich der Kommunikation oder der Infrastruktur, gewöhnt. Trotz einer engen außenpolitischen Bindung an die USA verfolgt Saudi-Arabien eine selbstbewusste Außenpolitik und sieht sich als Führungsmacht in der Region.

Die Bewältigung des Dauerspagats zwischen den gegensätzlichen Ansprüchen von Modernisten und Traditionalisten stellt jedenfalls eine elementare Herausforderung für alle Nachfolger Ibn Sa'uds dar. Der gegenwärtige König Abdullah zeigte sich dabei besonders anpassungsfähig. Seit 2003 führt er einen „gelenkten“ Dialog mit auserlesenen Reformern, der es ihm gestattet, den Kurs und die Geschwindigkeit möglicher Umgestaltungen selbst zu bestimmen. Wie lange ihm dies noch gelingen wird, bleibt angesichts der auch in Saudi-Arabien spürbaren Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ offen.

Henner Fürtig



The Image Works / VISUM

Saudi-Arabien steht im Zwiespalt zwischen Tradition und Moderne. Westliche Konsumwelten treffen auf rigide Gesellschaftsvorstellungen. Schaufensterbummel in Riad 2001

Die Muslimbruderschaft – Rekrutierung und Organisation

[...] Die interne Geschlossenheit der Muslimbruderschaft sowie ihre ideologische Festigkeit ist auf ein strenges Auswahlverfahren zurückzuführen. Muslimbrüder suchen an so gut wie jeder ägyptischen Universität nach neuen Mitgliedern. Besonders fromme Studenten werden als erste gezielt angesprochen. Zunächst identifizieren sich die Anwerber nicht als Muslimbrüder und versuchen lediglich, eine Beziehung zu ihren Zielsubjekten aufzubauen, um ihre Religiosität eingehend zu überprüfen. [...] [Laut] Khaled Hamza, der die englischsprachige Website der Bruderschaft leitet, [...] kann allein die Rekrutierung ein volles Jahr dauern. Muslimbrüder geben diese ersten Kontakte oft als Grund an, warum sie sich schließlich der Gruppe angeschlossen haben. [...]

Diese sorgsame Anwerbungsprozedur stellt sicher, dass die Organisation nur in junge Männer investiert, die sich ohnehin schon der islamistischen Ideologie verbunden fühlen. Die Rekrutierung ist jedoch nur der Anfang eines mehrstufigen Prozesses, an dessen Ende ein Kandidat zu einem vollwertigen Muslimbruder wird. [...]

Ein Bewerber ist zunächst ein muhib, ein Jünger. In dieser Phase, die gewöhnlich sechs Monate dauert, sich aber bis zu vier Jahren hinziehen kann, kommt der muhib in eine lokale Gruppe, die usra (Familie).

Mit regelmäßigen Treffen überwacht sie die Frömmigkeit und Ideologie des Anwärters. Bestehend aus vier bis fünf Brüdern unter Vorsitz eines nakib (Leiter) ist die usra die niedrigste, aber wichtigste Einheit in der Hierarchie der Muslimbruderschaft. Sie trifft sich mindestens einmal wöchentlich und bespricht vornehmlich die Lebensumstände und Aktivitäten ihrer Mitglieder. So kontrollieren die Muslimbrüder, ob ihre jungen Kollegen an den strengen religiösen Standards der Organisation festhalten, und schaffen zudem ein starkes Gefühl der Gruppenzugehörigkeit. [...]

Nachdem der Leiter der usra durch eigene Beobachtungen oder schriftliche Tests feststellt, dass der muhib regelmäßig betet und über ein Grundverständnis der wichtigsten islamischen Texte verfügt, wird dieser zu einem muajad (Anhänger). Diese Phase dauert ein bis drei Jahre. Der muajad ist ein nicht stimmberechtigtes Mitglied der Organisation und muss bestimmte Pflichten erfüllen, die ihm Vorgesetzte auftragen. Dazu gehört predigen, rekrutieren oder in Moscheen lehren. Zudem muss er einen rigorosen Lehrplan absolvieren, wie das Auswendiglernen wichtiger Teile des Korans und das Studium der Texte des Gründers der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna.

Die nächste Stufe ist die des muntasib (Angehörigen). Sie nimmt ein weiteres Jahr in Anspruch und ist der erste Schritt in Richtung Vollmitgliedschaft. Ein muntasib kann in offiziellen Abteilungen der Muslimbruderschaft arbeiten, zum Beispiel bei Lehrprogrammen für Geschäftsleute, Arbeiter, Studenten oder Kinder. Außerdem gibt es zwischen fünf und acht Prozent seines Einkommens an die Bruderschaft.

Erfüllt ein muntasib die Anforderungen seiner Vorgesetzten und Beobachter, steigt er auf zum muntazim (Organisator). Noch einmal zwei Jahre verharret der Bewerber in dieser Phase, in der er niedere Führungsrollen übernehmen darf, wie die Gründung einer usra. Bevor er die letzte Stufe erreicht – die des ach'amal (aktiver Bruder) – wird die Loyalität des muntazim noch einmal auf die Probe gestellt. [...] Für eine Beförderung auf die höchste Ebene ist es zudem nötig, dass die Vorgesetzten darauf vertrauen können, dass der muntazim den Anweisungen der Führung der Muslimbruderschaft folgt. [...]

Einmal zum ach'amal geworden, kann ein Muslimbruder bei allen internen Wahlen abstimmen, in allen Einrichtungen der Bruderschaft mitarbeiten und sich für höhere Positionen bewerben. [...]

Nur, wer sich vollständig zur Sache bekennt, kann Vollmitglied werden. Gleichzeitig stellt die strenge Hierarchie der Bruderschaft sicher, dass die Mitglieder auf lokaler Ebene die Vorgaben der nationalen Führungsspitze pflichtbewusst erfüllen.

Ganz oben in der Rangordnung ist das Generalsekretariat (maktab al-irschad), dem rund 15 langjährige Muslimbrüder und der oberste Führer (murshid) angehören. Jedes Mitglied des Generalsekretariats ist zuständig für einen bestimmten Geschäftsbereich, wie Rekrutierung an den Universitäten, Bildung oder Politik. Gewählt wird das Generalsekretariat vom Rat (schura), der aus etwa hundert Muslimbrüdern besteht. Der Rat debattiert wichtige Entscheidungen – beispielsweise darüber, ob die Organisation an einer Wahl teilnimmt – und stimmt darüber ab. Das Generalsekretariat führt die Anweisungen dann aus. [...]

Eric Trager, „Unverwüstliche Muslimbruderschaft“, in: IP, November/Dezember 2011, S. 74 ff.; <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/november-dezember/unverwuestliche-muslimbruderschaft>.

© IP



Laila Fadel/The Washington Post via Getty Images

Muslimbrüder verteilen im November 2011 Gemüse an bedürftige Ägypter. Sie zeigen damit soziales Engagement und sichern sich so eine breite Anhängerschaft.



REUTERS / Saudi Press Agency / Handout

Repräsentanten des politischen Islam in den höchsten Regierungsämtern: Der gewählte ägyptische Präsident Mohammed Mursi (li.) besucht den saudischen König Abdullah in der Hafenstadt Dschidda im Juli 2012.

Die ideellen Wurzeln dieses reformerischen Islamismus liegen im Islamischen Modernismus. Dessen Vertreter Jamal ad-Din al-Afghani (1839-1897) und Mohammed Abduh (1849-1905) interpretierten die religiösen Quellen neu, den Gegebenheiten ihrer Zeit angepasst. Ihr Ziel war es, die Region gegen die ökonomisch, politisch und militärisch überlegenen europäischen Kolonialmächte zu stärken, indem sie westliche Errungenschaften wie Militärwesen, Demokratie und moderne Wissenschaften mit dem Islam versöhnen wollten (siehe Kapitel 3, S. 22 ff.).

Als europäische Mächte nach dem Ersten Weltkrieg auch noch die ostarabischen Staaten besetzten sowie die jüdische Besiedlung Palästinas und die Staatsgründung Israels förderten, stieß dies auf breite Ablehnung in der einheimischen Bevölkerung, auf Gegenwehr sowohl arabisch-nationalistischer als auch islamistischer Bewegungen. Letztere wollen hierfür den Islam zur Basis der Gesellschaftsordnung und des politischen Systems erheben, um der politischen Vorherrschaft und „kulturellen Invasion“ des Westens mit authentischen „islamischen Werten“ zu begegnen.

Als die meisten arabischen Staaten bis Mitte des 20. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erlangten, übernahmen zunächst säkulare nationalistische und sozialistische Regime die Macht. Sie verloren allerdings an Ansehen, weil sie zunehmend autoritär herrschten und weil es ihnen nicht gelang, ihre Gesellschaften nachhaltig zu entwickeln und die Versprechen von Freiheit, Gerechtigkeit, Fortschritt und wirtschaftlichem Aufstieg zu erfüllen. Seit Ende der 1960er-Jahre – die arabische Niederlage gegen Israel im Nahostkrieg von 1967 (Dritter Nahostkrieg) gilt hier als Scheidepunkt – gewannen deshalb Islamisten an Zulauf. Unter der Parole „Der Islam ist die Lösung“ kritisieren sie seither die bestehenden „korrupten“ Regime und den Verfall moralischer Werte. Außenpolitisch wenden sie sich gegen die westliche (und bis zum Zerfall der Sowjetunion 1990 die östliche) Einflussnahme auf ihre Gesellschaften.

„Weder West noch Ost“ lautete etwa eine Parole der Iranischen Revolution von 1979, in deren Folge erstmals in der Neuzeit ein islamisches politisches System, die „Islamische Republik Iran“ errichtet wurde. Der schiitische Islamismus, wie er in der „Islamischen Revolution“ in Iran und im „Islamischen Widerstand“ der Hisbollah im Libanon gegen die israelische Besatzung des Südlibanon (1978-2000) zum Tragen kam, greift das rebellisch-revolutionäre Element von Imam al-Husain, dem Enkel des Propheten, wieder auf.

Bis zum „Arabischen Frühling“ im Jahr 2011 blieben sunnitisch-islamistische Bewegungen und Parteien in den meisten arabischen Ländern verboten oder unter Kontrolle der autoritären Regime. Reform-Islamisten, wie etwa die ägyptische Muslimbruderschaft, hatten sich bereits zuvor an Protesten gegen die autokratischen Herrscher beteiligt. Seit den Revolutionen und Umbrüchen des „Arabischen Frühlings“ erleben sie Aufwind. In Tunesien, Ägypten und Marokko wurden sie 2011 bei den erstmals freien Wahlen jeweils stärkste Partei, die Ägypter bestimmten den Muslimbruder Mohammed Mursi im Juni 2012 zu ihrem ersten frei gewählten Präsidenten. Islamisten gelten als Favoriten kommender Wahlen in anderen Ländern, weil sie aufgrund ihrer bisherigen oppositionellen Haltung und ihres sozialen Engagements hohes Ansehen und breiten sozialen Rückhalt genießen. Viele Menschen trauen ihnen eine grundlegende Reform von Politik und Gesellschaft zu.

In den nächsten Jahren müssen sie allerdings unter Beweis stellen, dass sie diese hohen Erwartungen erfüllen können. Neben ihren säkularen Kritikern treten ihnen dabei insbesondere Salafisten als Konkurrenten entgegen, die ihr enges Verständnis islamischer Regeln unter Umständen auch zwangsweise durchsetzen wollen. Weniger fromme Muslime und Anhänger anderer Religionen sorgen sich deshalb, dass eine Islamisierung ihrer Gesellschaften mit der Einschränkung von Freiheitsrechten besonders von Frauen einhergeht.

Henner Fürtig

Zwischen Kolonialismus und Nationenbildung

Nach dem ersten Weltkrieg teilen die Siegermächte den Nahen Osten unter sich auf. Nur nach und nach erlangen die arabischen Staaten ihre Unabhängigkeit, ein gemeinsames arabisches Nationalgefühl entsteht und verschwindet wieder. Erst der gemeinsame Feind, der neue Staat Israel, schweißt die arabischen Staaten zusammen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die meisten Einwohner des Nahen Ostens und Nordafrikas Untertanen des Osmanischen Sultans, der als Kalif für viele auch gleichzeitig das religiöse Oberhaupt darstellte. Zwar entstanden in dieser Zeit erste Ansätze einer arabischen Nationalbewegung, aber vornehmlich als Reaktion auf den erstarkenden türkischen Nationalismus und ohne zentrale Führung. „*Nahda*“ (Erwachen) war das Schlüsselwort für die frühen arabischen Nationalisten. In ihren Klubs diskutierten sie ein breites Spektrum philosophischer, naturwissenschaftlicher und literarischer Fragen; bis zum Ersten Weltkrieg forderten sie eher eine Gleichberechtigung bzw. Anerkennung ihrer Kultur – etwa durch die Zulassung des Arabischen als Amtssprache – als staatliche Souveränität für arabischsprachige Regionen.

Erst die Gegnerschaft zwischen der Entente (Großbritannien, Frankreich, Russland) und den Mittelmächten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich) im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918 politisierte die Bewegung, weil sich ihren Emanzipationsbestrebungen jetzt die Unterstützung durch Großbritannien und Frankreich bot. Als der Sultan in seiner Eigenschaft als Kalif im November 1914 zum „Heiligen Krieg“ gegen die ungläubigen Feinde, also die Entente, aufrief, suchte London eine arabische muslimische Persönlichkeit, die hinreichend renommiert war, um dem osmanischen Aufruf zum Dschihad die Gefolgschaft zu entziehen. Der britische Vorschlag, das Kalifat wieder „in arabische Hände“ zu legen, wurde vom Scherifen Hussein von Mekka, aus der Prophetenfamilie der Bani Haschim (Haschimiten), bereitwillig aufgenommen. Er wollte nicht nur arabischer Kalif, sondern auch Führer eines zukünftigen arabischen Einheitsstaates werden. Deshalb nahm er 1915 einen lebhaften Briefwechsel mit dem Hochkommissar des britischen Protektorats Ägypten, Henry McMahon, auf. Dieser schickte seinerseits Abgesandte, allen voran Thomas Edward Lawrence („Lawrence von Arabien“), um die Araber unter Führung des Scherifen zum offenen Aufstand gegen die Osmanen zu bewegen. Der „Aufstand in der Wüste“ brach im Juni



Der Traum von einem arabischen Großstaat: 1958 schließen sich Ägypten, Syrien und Jemen zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) zusammen.

1916 tatsächlich aus und störte empfindlich die Nachschub- und Verbindungslinien der Osmanen auf der arabischen Halbinsel.

Als Gegenleistung für die militärische Unterstützung versprach die britische Regierung, nach dem Sieg über das Osmanische Reich einen unabhängigen arabischen Staat zu gewähren. Nach der Kapitulation der Osmanen am 30. Oktober 1918 hatten die aufständischen Araber also allen Grund, von der Einlösung der britischen Zusicherungen auszugehen. Sie konnten nicht wissen, dass sich London schon längst mit Paris anderweitig geeinigt hatte. Am 16. Mai 1916 waren die britischen und französischen Diplomaten Mark Sykes und Georges Picot übereingekommen, die arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches in Form von „Einflusszonen“ untereinander aufzuteilen (Sykes-Picot-Abkommen). Ein gutes Jahr später, am 2. November 1917, hatte der britische Außenminister Arthur James Balfour zudem im Namen seiner Regierung erklärt, die Errichtung einer „jüdischen Heimstatt“ in Palästina zu unterstützen (Balfour-Deklaration). Damit waren schon vor der osmanischen Niederlage weitreichende Entscheidungen gefallen.

Aus gutem Grund hielten Frankreich und insbesondere Großbritannien die Abkommen geheim, denn sie bedeuteten nichts weniger als den Bruch aller Zusagen gegenüber den Arabern, allen voran Hussein von Mekka. Bis zum Kriegsende war London natürlich an der Aufrechterhaltung der Fiktion von der britisch-arabischen Waffenbrüderschaft interessiert. Noch im Januar 1918 hatte die britische Regierung, gemeinsam mit der französischen, eine Deklaration über die „Befreiungsmission“ verfasst, die den „von den Türken unterdrückten Völkern“ die Souveränität nach dem „Sieg über den gemeinsamen Feind“ verhielt. Letzteres erfolgte wohl notgedrungen: Im gleichen Monat hatte US-Präsident Woodrow Wilson seinen 14-Punkte-Plan verkündet, der allen Völkern der Erde das Recht auf Selbstbestimmung zusprach, von London und Paris aber als Fehdehandschuh eines weiteren Mitbewerbers um die Neuordnung der Region mit ihren vermuteten reichen Erdölschätzen interpretiert wurde.

Letztlich sorgte die Oktoberrevolution in Russland 1917 für die Aufdeckung der britisch-französischen Geheimpläne. In ihrem Bestreben, die „verbrecherischen“ Pläne des gestürzten Zaren und seiner „imperialistischen Helfershelfer“ zu enthüllen, öffneten die Bolschewiken die geheimen Staatsarchive. Im Januar 1918 kam so auch eine Kopie des Sykes-Picot-Abkommens ans Tageslicht; die Fiktion der „Befreiungsmission“ war nicht länger aufrechtzuerhalten.

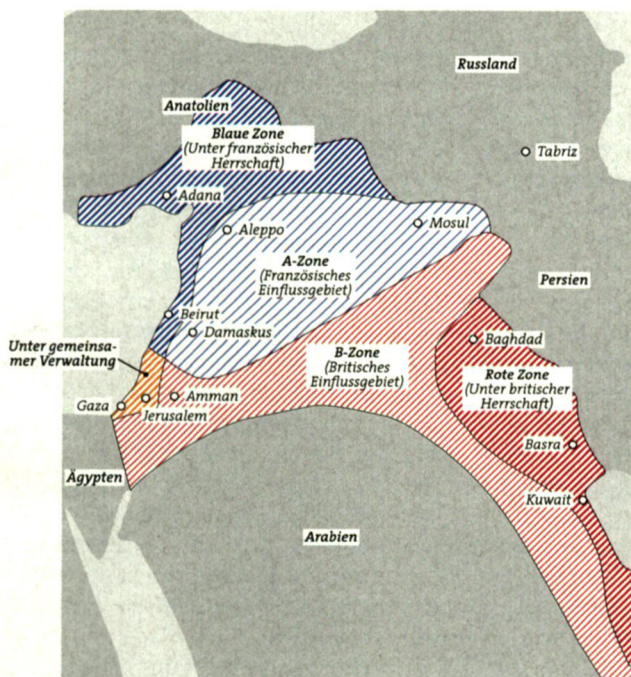
Staatsbildung im Schatten des Verrats

Nachrichten verbreiteten sich bekanntlich vor einem Jahrhundert ungleich langsamer als in der Gegenwart. Als Faisal, der Sohn des Scherifen Hussein, Anfang Oktober 1918 an der Spitze der mit der britischen Orientarmee unter General Allenby verbündeten arabischen Truppen in Damaskus einmarschierte, waren ihm über das Sykes-Picot-Abkommen allenfalls Gerüchte zu Ohren gekommen. Deshalb schickte er sich umgehend an, die syrische Metropole zur Hauptstadt des nun zu errichtenden arabischen Reiches zu machen. Am 5. Oktober 1918 ernannte er einen „Direktorenrat“, quasi eine provisorische Regierung. Gemäß der Bestimmungen des Sykes-Picot-Abkommens, die Syrien Frankreich zugesprochen hatten, begann am 22. Oktober 1918 der britische Rückzug aus Syrien und der Ersatz durch französische Truppen, der am 1. November 1919 abgeschlossen war. Jetzt konnten Faisal und die arabische Nationalbewegung nicht länger die Augen vor der Tatsache verschließen, dass die britischen Verbündeten offensichtlich nicht gedachten, den während des Krieges eingegangenen Vertrag einzuhalten. Vielmehr deutete sich die Ablösung der osmanischen Herrschaft durch eine neue, europäisch-westliche an. Nicht nur in Syrien, sondern auch in anderen arabischen Regionen von Irak im

Osten über Ägypten im Zentrum bis Marokko im Westen erhoben sich daraufhin die Bewohner gegen die Ausweitung und Vertiefung der kolonialen Unterdrückung. Britische und französische Truppen konnten die heftigen Aufstände in ihren jeweiligen Einflussgebieten zwar blutig niederschlagen, aber der Westen hatte das in ihn gesetzte Vertrauen endgültig verspielt.

Unter dem Eindruck der revolutionären Nachkriegsunruhen in Europa und im Nahen Osten, Lenins Machtübernahme in Russland sowie der Offerten von US-Präsident Wilson an antikoloniale Bewegungen veränderten London und Paris die Form ihrer Kolonialherrschaft. Am 20. April 1920 ließen sie sich in San Remo seitens des von ihnen dominierten Völkerbunds „Mandate“ über die begehrten Gebiete erteilen, um sie auf die Unabhängigkeit „vorzubereiten“. In leichter Abänderung des Sykes-Picot-Abkommens erfolgte nun eine Aufteilung Syriens in Palästina, Libanon und „Rest-Syrien“, wobei die beiden letztgenannten Regionen unter französisches, Palästina – ebenso wie der östliche Nachbar Irak – unter britisches Mandat fielen. In diesem Gefüge war für Faisal zunächst kein Platz mehr. Am 28. Juli 1920 unterlag er südlich von Damaskus französischen Truppen und floh ins italienische Exil. Doch am 21. August 1921 ernannten ihn seine ehemaligen britischen Verbündeten zum König des Irak. Fast gleichzeitig bestätigten sie auch die Herrschaft seines Bruders Abdullah über Transjordanien. Ihr Vater, Scherif Hussein, musste hingegen 1924 vor Ibn Sa‘ud, dem Begründer des modernen Saudi-Arabien, kapitulieren. Letztlich war die Inthronisierung Faisals symptomatisch für die europäische Kolonialstrategie. In der Regel sicherte das Mandatssystem das nahezu uneingeschränkte Wirken eines Hochkommissars im jeweiligen Mandatsgebiet. Wurde der Widerstand der Einheimischen aber zu groß und standen hinreichend verlässliche Bündnispartner im Mandat zur Verfügung, wählten Großbritannien und Frankreich in der Folgezeit einen indirekteren Weg der Herrschaftssicherung durch die Einrichtung von Marionettenregimen. So erreichten Staaten wie etwa Ägypten oder Irak die formale Unabhängigkeit schon vor dem Zweiten Weltkrieg, die faktische aber – wie die meisten anderen Staaten des Nahen Ostens auch – erst weit danach.

Britisch-Französische Interessengebietsaufteilung 1916



www.passia.org – Mahmoud Abu Rumieleh

Islamismus oder Nationalismus

Die Einbrüche westlicher Mächte in den Nahen Osten riefen bei zeitgenössischen islamischen Denkern heftige Reaktionen hervor. Das Osmanische Reich hatte ihnen viele Jahrhunderte lang auch als sichere Bastion der Überlegenheit ihres Glaubens gegolten. Wie hatte es im 19. Jahrhundert gegenüber dem Westen wirtschaftlich, technisch, militärisch und wissenschaftlich so offensichtlich ins Hintertreffen geraten können? Zahlreiche Gelehrte erklärten diese Entwicklung mit der Abkehr der Gläubigen von den Wurzeln des Islam und der Übernahme islamfremder Elemente aus anderen Ideologien und Systemen. Diese Schlussfolgerung war im Grunde nicht neu. Entsprechende Mahnungen hatte es in allen Jahrhunderten seit Bestehen des Islam gegeben. Organisatorische Dichte erreichten sie im ausgehenden 18. Jahrhundert mit dem Wahhabismus und im beginnenden 19. Jahrhundert mit der 1837 von Mohammed as-Senussi gegründeten gleichnamigen Bruderschaft, die seitdem den Islam in Libyen prägt. Beide Bewegungen forderten eine Rückkehr zur Praktizierung des Islam wie in Zeiten der „frommen Altvorden“ (arab.: *as-salaf as-salih*), also der Zeitgenossen des Propheten und der

ersten vier Kalifen. Der heutige Begriff des Salafismus geht auf diesen Ursprung zurück (siehe auch S. 16 ff.).

Gelehrte wie Gamal ad-Din al-Afghani (1838/9-1897) und Mohammed Abduh (1849-1905) bauten auf diesen Vorstellungen auf. Sie revolutionierten sie aber gleichzeitig, indem sie verkündeten, dass der Traditionalismus, die ständige unkritische Wiederholung und Nachahmung des Gewohnten, das eigentliche Übel sei und die Muslime zurückgeworfen habe. Es gehe nun um die vernunftgesteuerte Neuinterpretation der heiligen Texte. Während die Reformer des frühen 20. Jahrhunderts also die überlieferten Quellen durch rationale Neuinterpretation zu beleben suchten, beharrten die Salafisten auf ihrer wortwörtlichen Umsetzung. An der Schnittstelle des Reformislam und des ultra-konservativen Salafismus wirkte Raschid Rida (1865-1935). Durch seine direkten Erfahrungen mit dem westlichen Kolonialismus kam er

zu dem Schluss, dass nur ein islamisches politisches System in der Lage sei, die Probleme der Muslime zu lösen. Mit dieser These ebnete er den Weg zum „politischen Islam“ oder Islamismus. Inspiriert von Rida kamen immer mehr islamische Aktivisten zu der Überzeugung, dass die politischen Aspekte ihrer Religion gegenüber den spirituellen zu stärken seien. Die Errichtung einer „gerechten islamischen Ordnung“ sei keine ferne Vision, sondern Auftrag für das Hier und Jetzt. Diese Erkenntnis, verbunden mit Alltagserfahrungen des britischen Kolonialismus, leitete auch den ägyptischen Grundschullehrer Hassan al-Banna, als er 1928 in Ägypten die Muslimbruderschaft gründete.

Trotz der starken antiwestlichen und antikolonialistischen Ausrichtung des Islamismus war es der arabische Nationalismus, der in den kommenden Jahrzehnten den ideologischen Rahmen des antikolonialen Kampfes stellte. Das ergab sich hauptsächlich aus der Tatsache, dass die Kolonialmächte – in der Regel außerordentlich willkürliche – Grenzen neuer Territorialstaaten in der arabischen „Erbmasse“ des Osmanischen Reiches gezogen hatten. Diese Grenzen bewirkten, dass Unabhängigkeit zunächst immer nur für das konkrete Mandat, Protektorat oder anderweitig abhängige Gebiet erzielt werden konnte. Obwohl die panarabische Vision eines gemeinsamen souveränen arabischen Staates weiterbestand, entwickelte sich aus dieser Konstellation der ägyptische, syrische oder algerische Nationalismus. Gleichzeitig entstanden lokale Eliten, die in Kollaboration mit den Kolonialmächten eigene Machtpositionen aufbauten, die sie nicht mehr zugunsten des Panarabismus aufgeben wollten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich zwischen den Weltkriegen zwei neue grundlegende Weichenstellungen in der arabischen Welt herausbildeten. Erstens avancierte der Westen in Gestalt seiner prominenten Kolonialmächte zum Hauptgegner. Zweitens fand der Kampf der arabischen Nationalbewegung – ungeachtet aller gegenteiligen Beteuerungen – nicht mehr in einem gesamt-, das heißt panarabischen Kontext, sondern im Rahmen der von eben jenen Kolonialmächten gezogenen nationalstaatlichen Grenzen statt.



AFP/Getty Images

Hassan al-Banna gründet 1928 die Muslimbruderschaft.

Ein libyscher Nationalheld

Im Jahre 1843 musste ein frommer Mann die allen Muslimen heilige Stadt Mekka verlassen: Muhammad Ibn Ali al Senussi begab sich nach Westen und ließ sich mit einigen Getreuen in der Libyschen Wüste, in dem Ort Dschagbub, nieder. Aus Mekka hatte man ihn vertrieben, weil er sechs Jahre zuvor eine religiöse Bruderschaft gegründet hatte, die bald den Namen Senussija erhielt. In Mekka war man – daran hat sich bis heute nichts geändert – unter dem Einfluss der strengen wahhabitischen Bewegung gegenüber den Sufi-Bruderschaften feindselig eingestellt. Doch auch Rivalitäten mit anderen Gelehrten mögen den Sufi zum Verlassen Mekkas veranlasst haben.

Senussi, 1787 geboren, war ein Schüler eines bekannten marokkanischen Mystikers mit Namen Ahmad Ibn Idris,

den er ebenfalls in Mekka kennengelernt hatte. Muhammad al Senussi gelang es von Libyen aus, Keimzellen seines Senussi-Ordens aufzubauen, die bis nach Timbuktu am Niger-Bogen reichten; doch Schwerpunkt dieser islamischen Bruderschaft wurde das Gebiet zwischen Zentrallibyen und der Halbinsel Cyrenaika. Als der Sufi-Meister im Jahre 1859 starb, nannte man ihn schon den „Groß-Senussi“. Er hatte eine machtvoll spirituelle Bewegung geschaffen, hätte sich jedoch niemals träumen lassen, dass diese einmal die Keimzelle zur Gründung eines Staates werden würde.

Libyen, die drei großen Regionen Tripolitani (Tripolis), Cyrenaika (Benghasi) und der Fezzan mit Orten wie Murzuq, Ghat, Ghadames und Sebha, gehörte damals noch zum Osmanischen Reich. Dessen Herrschaft war freilich recht locker. Und das Verhältnis des Senussi-Ordens zum Sultan in Konstan-

tinopel war unter den Nachfolgern des Ordensgründers ambivalent. Einerseits wandte man sich gegen die Türken, obschon sie Muslime waren, andererseits boten die Türken auch Schutz gegen die Aspirationen auswärtiger Mächte. In der Nachbarschaft war Algerien bereits seit 1831 französisch, Tunis war es seit 1881. In Ägypten hatten sich 1882 die Briten festgesetzt. Immer stärker versuchten die Italiener von Norden her, ebenfalls einen kolonialen Anteil in Nordafrika zu erlangen. Der Widerstand dagegen kam hauptsächlich von den Senussi, zu deren Zentrum mehr und mehr die Kufra-Oasen, eineinhalbtausend Kilometer tief in der Wüste gelegen, aber auch die Halbinsel Cyrenaika mit ihrem städtischen Zentrum Benghasi wurde.

Im Jahre 1911 kam es zum Krieg zwischen dem Osmanischen Reich und Italien. Der Sultan Mehmed V. Reşad



Filippo Monteforte / AFP / Getty Images

Omar al Muchtar, der „Löwe der Wüste“, kämpft für die Unabhängigkeit Libyens. 1931 wird er von den italienischen Besatzern hingerichtet.



Keystone-France / Gamma-Keystone via Getty Images

Der italienische Diktator Benito Mussolini besucht 1937 die Kolonie Libyen, zu der 1935 Tripolitanien, Fezzan und die Cyrenaika zusammengeschlossen wurden.



bpk / Bernd Lohse

1939 steht Syrien unter französischem Mandat. Soldaten der Kolonialmacht essen im Freien, die Syrer sehen zu – zwei Welten treffen aufeinander.



Dominique Berretty / Gamma-Rapho via Getty Images

In Algerien erhebt sich die Bevölkerung gegen die französische Herrschaft. Straßenkontrolle durch französische Soldaten in Algier, Anfang der 1960er-Jahre

hatte einen jungen Offizier nach Tripolitanien und in die Cyrenaika entsandt, der helfen sollte, den Widerstand gegen die italienischen Kolonisatoren zu organisieren. Dieser Mustafa Kemal, in Saloniki geboren und in Istanbul zum Offizier ausgebildet, sollte bald – im Ersten Weltkrieg und danach unter dem Namen Kemal Atatürk als Gründer der Türkischen Republik – weltbekannt werden. Kemal hatte damals schon mit jenen Kalifatsideen, die das Türkische Reich trugen, innerlich gebrochen, doch war er in Libyen immerhin als osmanischer Patriot und als Untertan des Padischah loyal tätig.

Nach der Niederlage der Türken im Krieg von 1911 besetzten die Italiener Tripolitanien und die Cyrenaika. Daraufhin entfesselten die Libyer einen Guerilla-Krieg, der Jahrzehnte dauerte. Ihr charismatischer Anführer war Omar al Muchtar, ein Koranglehrter, der

die Truppen der Kolonialherren in Hunderte blutiger Gefechte verstrickte. Zentrum des Widerstandes war der Dschebel al Achdar, der Grüne Berg, in der Cyrenaika. Immer wieder konnte sich der populäre Guerilla-Führer seiner Gefangennahme entziehen, erst 1931 gelang es den Italienern, seiner habhaft zu werden. Am 16. September desselben Jahres wurde Omar al Muchtar, schon über siebzig Jahre alt, in Benghasi hingerichtet. Der Widerstand dauerte jedoch fort. Erst nachdem die Italiener 1935 das Zentrum der Senussi, die Kufra-Oasen, erobert hatten, war ihre Macht über das Land einigermaßen gefestigt. [...]

Im Zweiten Weltkrieg wurde Libyen Schauplatz der Kämpfe zwischen Deutschen, Italienern und den Briten. Namen wie Benghasi, Tobruk, die Kufra-Oasen waren im Zusammenhang mit den Schlachten Erwin Rommels

in aller Munde. Knapp hinter der libyschen Grenze, in El Alamein auf ägyptischem Boden, wurde Rommels Vormarsch nach Alexandria und Kairo 1942 gestoppt. Nach dem Krieg galt Libyen dann als Treuhandmandat der Briten, bis das Land im Jahre 1951 unabhängig wurde. Bis zum Umsturz Gaddafis und seiner Freien Offiziere im Jahre 1969 herrschte König Idris I., der ebenfalls dem Orden der Senussi entstammte, ein Greis, der milde regierte und nach seiner Absetzung ins Exil in die Türkei ging.

Omar al Muchtar gilt in Libyen als Nationalheld. [...]

Wolfgang Günter Lerch, „Die Söhne des Senussi“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Februar 2011

Antizionismus als Identitätsfaktor?

Die Balfour-Deklaration von 1917 markierte einen großen Erfolg für die 1897 in Basel gegründete „Zionistische Weltorganisation“. Ihre Bestrebungen, internationale Unterstützung für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina zu finden, waren lange wirkungslos geblieben: Politisch gehörte das spätere Mandatsgebiet Palästina 1917 noch zum Osmanischen Reich, das dem zionistischen Ansinnen ablehnend gegenüberstand. In den europäischen Hauptstädten stieß der Zionismus bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ebenfalls nur auf geringes Interesse; nicht zuletzt deshalb, weil er zwar bei den unter Pogromen leidenden Juden Osteuropas und Russlands einen gewissen Widerhall fand, ihm aber die jüdische Bevölkerung Mittel- und Westeuropas eher Desinteresse entgegenbrachte.

Das Eingehen der britischen Regierung auf die Ziele der „Zionistischen Weltorganisation“ lässt sich im Wesentlichen auf zwei Gründe zurückführen. Zum Ersten verstärkte die ungünstige Kriegsentwicklung schon seit 1916 die Anstrengungen der britischen Regierung, die USA zu einem Kriegseintritt auf Seiten der Entente zu bewegen. Die starke jüdische Gemeinde in den USA sollte durch die Balfour-Deklaration veranlasst werden, einen positiven politischen Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess in den USA auszuüben. Zum Zweiten bekam der Nahe Osten als potenzielle Brücke zwischen den Besitzungen des Empires bis nach Indien und als Erdöllagerstätte seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts einen stetig wachsenden strategischen Stellenwert. Nicht von ungefähr hatte man sich bereits ein Jahr zuvor mit Frankreich über die Aufteilung des Nahen Ostens nach dem Sieg über die Osmanen geeinigt (Sykes-Picot-Abkommen). In diesem Kontext konnte die zionistische Bewegung die Rolle eines „natürlichen Verbündeten“ bei der Durchsetzung britischer Interessen in der zukünftigen Einflusszone spielen. Die arabisch-muslimische Mehrheitsbevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina befürchtete deshalb von Beginn an eine einseitige Bevorzugung der jüdischen Mitbewohner. Seit Ende der 1920er-Jahre verstärkten vor allem zwei Entwicklungen diesen Eindruck:

Erstens hatte die Mandatsverwaltung ehemalige osmanische Staatsländereien großzügig an jüdische Siedler verteilt bzw. preisgünstig verkauft. Das frei verfügbare Ackerland wurde knapp, die Bodenpreise stiegen, was zahlreiche arabische Grundbesitzer ihrerseits zum Verkauf an jüdische Siedler veranlasste und damit das Angebot an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche für arabische Kleinbauern und -pächter verringerte.

Zweitens stiegen die jüdischen Einwanderungszahlen infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland. Zwischen 1933 und 1939 wanderten offiziell 176 000 Juden nach Palästina ein, davon 50 000 allein aus Deutschland. Infolgedessen verschob sich die Zusammensetzung der Bevölkerung im Mandatsgebiet weiter zu Ungunsten der Araber. Wenn ihr Anteil 1922 noch bei 90 Prozent gelegen hatte, so war er bis 1936 auf 70 Prozent abgesunken.

Der Großmufti (oberster islamischer Rechtsgelehrter) von Jerusalem, Hadsch Amin al-Husseini, entwickelte sich in diesen Jahren zum radikalsten antizionistischen Führer in Palästina. Indem er den Konflikt zwischen Juden und Arabern als religiösen Kampf darstellte, schuf er eine für die Zwischenkriegszeit eher ungewöhnliche Liaison zwischen Islamisten und Nationalisten. Bereits in den 1920er-Jahren kam es zu ersten blutigen Ausschreitungen. Übergriffe auf jüdische Siedlungen, auf zivile und militärische Einrichtungen der Briten nahmen zu. Im November 1935 forderte



In Palästina verteilt bzw. verkauft die britische Mandatsmacht Land an jüdische Siedler. Mit kugelsicheren Barrikaden schützen sie sich vor Angriffen der arabischen Bevölkerung.



Deren Unmut entlädt sich im arabischen Aufstand 1936 bis 1939. Aufruhr am Jaffator in Jerusalem 1938

al-Husseini die britische Mandatsmacht auf, sowohl die weitere jüdische Einwanderung als auch den Landverkauf an jüdische Siedler zu verbieten. Mitte April 1936 fügte er die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit hinzu und rief am 19. April einen sechsmonatigen Generalstreik aus. Die Streikleitung übernahm ein am 25. April 1936 gegründetes „Arabisches Hochkomitee“ unter al-Husseinis Führung. Aus dem Streik wurde ein Aufstand, arabische Freischärler verübten Anschläge gegen jüdische und britische Einrichtungen, britische Sicherheitskräfte und jüdische paramilitärische Verbände schlugen zurück. Am 30. Juli 1936 erklärten die Briten das Kriegerrecht. Aufständische wurden inhaftiert, teilweise hingerichtet, ihr Besitz beschlagnahmt oder zerstört.

Verschiedene Vermittlungsversuche scheiterten, Mitte 1937 eskalierte der Aufstand erneut. Im September 1937 verboten die Mandatsbehörden das „Arabische Hochkomitee“, al-Husseini floh in den Libanon. Trotzdem hielten die Kämpfe an. Obwohl 20 000 zusätzliche britische Truppen und knapp 15 000 jüdische paramilitärische Kämpfer im Einsatz waren, dauerte es bis zum Herbst 1938, ehe die britische Kontrolle über das Mandatsgebiet weitgehend wiederhergestellt war.

Die britische Palästinapolitik im Allgemeinen und der „Arabische Aufstand“ im Besonderen radikalisierten die gesamte arabische Unabhängigkeitsbewegung. In der Unterstützung der arabischen Palästinenser und der Ablehnung des zionistischen Staatsprojekts fand der sich gerade in verschiedenen Flaggen zeigende arabische Nationalismus einen gemeinsamen Nenner. Je konturloser das Projekt eines gemeinsamen arabischen Staates wurde, desto stärker entfaltete sich die Wirkung von Symbolen und Parolen: Allen voran stand der Antizionismus.

Arabische Liga und Gründung Israels

Kostengründe und begrenzte personelle Ressourcen hatten die britische Kolonialmacht schon seit dem Ende des Ersten Weltkrieges veranlasst, in vielen ihrer Einflussgebiete eine indirekte Herrschaft auszuüben, die ihre Macht kaum schmälerte, aber eine einheimische abhängige Elite als „Puffer“ zur Bevölkerung installierte. Diese Elite war unmittelbar an der Fortdauer des externen Einflusses interessiert und stand deshalb auch für Szenarien einer formalen Unabhängigkeit zur Verfügung. Da die aufwändige Kriegsführung während des Zweiten Weltkrieges die Kolonialmächte längerfristig geschwächt hatte, konzentrierten Großbritannien und Frankreich sich nach 1945 auf ihre wirtschaftlich und strategisch wichtigsten Kolonien, während das geschlagene Italien als nächstliche Kolonialmacht (Libyen) gänzlich auswich.

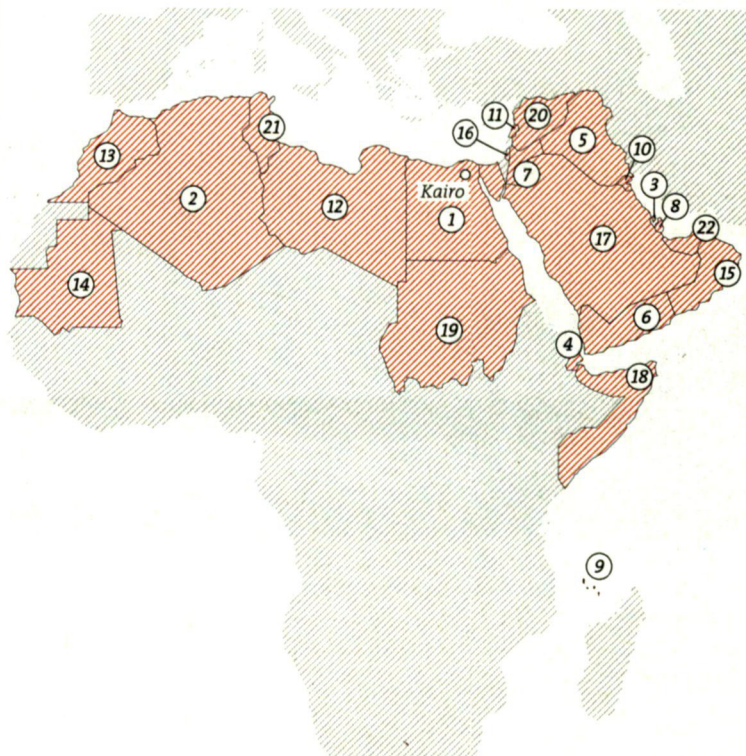
So waren es bereits sechs formal selbstständige Staaten (Ägypten, Irak, Transjordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien), die am 22. März 1945 in Kairo die „Liga der Arabischen Staaten“ oder auch „Arabische Liga“ gründeten. Jemen trat im Mai 1945 bei. Gemäß ihrer Charta handelte es sich bei der Liga um einen Konsultations- und Nichtangriffspakt, der die einzelstaatliche Souveränität aller Mitglieder achtete und damit die Entwicklung der vergangenen beiden

Die Arabische Liga

- Internationale Organisation arabischer Staaten
- gegründet: 1945
- Sitz: Kairo (Ägypten)
- Mitglieder: 22 (21 arabische Staaten und Palästina, vertreten durch die PLO)
- Ziele: Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern, Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität der Mitgliedstaaten, Anerkennung Palästinas als unabhängiger Staat, Schlichtung innerarabischer Streitfälle

Mitglieder

- | | |
|-------------|--------------------------------|
| ① Ägypten | ⑫ Libyen |
| ② Algerien | ⑬ Marokko |
| ③ Bahrain | ⑭ Mauretanien |
| ④ Dschibuti | ⑮ Oman |
| ⑤ Irak | ⑯ Palästina |
| ⑥ Jemen | ⑰ Saudi-Arabien |
| ⑦ Jordanien | ⑱ Somalia |
| ⑧ Katar | ⑲ Sudan |
| ⑨ Komoren | ⑳ Syrien* |
| ⑩ Kuwait | ㉑ Tunesien |
| ⑪ Libanon | ㉒ Vereinigte Arabische Emirate |



Jahrzehnte in Richtung auf eine arabische Staatsvielfalt verstetigte. Lediglich am Rande wurde auf das Fernziel verwiesen, einen gesamtarabischen Staat zu schaffen. Es war einmal mehr der Palästinakonflikt, der eine einigende Wirkung entfaltete, denn ein kaum verheimlichter Zweck der Ligagründung bestand darin, die Gründung eines Staates Israel auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets Palästina zu verhindern.

Nachdem die Briten unmittelbar nach Kriegsende vergeblich versucht hatten, den USA das Mandat zu überantworten, delegierten sie es an die Vereinten Nationen (UN=United Nations), die 1945 entstandene Nachfolgeorganisation des Völkerbunds. Am 29. November 1947 nahm die UN-Vollversammlung mit der Resolution 181 einen Teilungsplan für Palästina an. Er teilte das Land in einen jüdischen und einen arabischen Staat auf. Der Großraum Jerusalem sollte unter internationale Kontrolle gestellt werden. Die Mehrheit der jüdischen Bewohner akzeptierte den Plan, die arabischen Führer lehnten ihn vehement ab. Am 14. Mai 1948 schuf Israel mit seiner Staatsgründung unter Israels erstem Premierminister David Ben Gurion vollendete Tatsachen. Am Tag darauf erklärte die Arabische Liga dem neu gegründeten Staat den Krieg.

Der Erste Nahostkrieg begann unmittelbar danach mit dem Einmarsch ägyptischer, syrischer, jordanischer, libanesischer und irakischer Truppen in Israel. Ihr unkoordiniertes Handeln, ihr Interesse, die jeweils anderen an der Besetzung Palästinas und damit an Machtzuwachs zu hindern, sowie antiquierte militärische Strukturen ließen den Angriff jedoch schnell versanden. Am 1. Juni 1948 trat ein auf Druck der UN vereinbarter Waffenstillstand in Kraft. Die Atempause nutzte insbesondere Israel, um sich für eine weitere Kriegsphase besser vorzubereiten. Schon in den Anfangstagen des Krieges hatte sich gezeigt, dass die israelischen Truppen bes-

ser ausgebildet und bewaffnet waren. Außerdem kam dem jungen Staat zugute, dass er trotz eines Waffenembargos der UNO mit Zustimmung der Sowjetunion Waffen aus osteuropäischen Beständen kaufen konnte. Zwischen Oktober 1948 und Januar 1949 führten mehrere israelische Offensiven zu einer katastrophalen Niederlage der arabischen Angreifer. Am 24. Februar 1949 schloss Ägypten einen Waffenstillstand, dem sich die anderen kriegführenden arabischen Staaten bis Juli anschlossen. So kontrollierte Israel am Ende des Krieges ein weitaus größeres Gebiet, als es durch den UN-Teilungsplan von 1947 zugesprochen bekommen hatte. Im Ergebnis der Waffenstillstandsverhandlungen und unter Vermittlung der UNO wurde die Westbank der Verwaltung Jordaniens und der Gazastreifen Ägypten unterstellt. Die arabische Seite erkannte die neuen Grenzen zwar nicht an, doch die USA, Frankreich und Großbritannien traten als Garantiemächte zugunsten Israels auf. Im kollektiven Gedächtnis der Kriegführenden blieb der Erste Nahostkrieg diametral unterschiedlich verankert. Während die arabische Welt Israels Staatsgründung, die Vertreibung großer Teile der palästinensischen Bevölkerung und die Niederlage im Krieg als „Nakba“, als Katastrophe wahrnahm, ist der Waffengang von 1948/49 in Israel als „Unabhängigkeitskrieg“ tradiert (siehe auch S. 54 ff.).

Der Ausgang des Ersten Nahostkrieges schärfte das Profil der arabischen Unabhängigkeitsbewegung. Die als einseitige Parteinahme zugunsten Israels wahrgenommene Politik der Westmächte führte zu einer erneuten Zuspitzung des Kampfes gegen die Kolonialherrschaft Großbritanniens und Frankreichs. Das Versagen der einheimischen Eliten im Nahostkrieg rüttelte an deren Legitimität. Die Monarchen und Paschas wurden als unfähige Handlanger der Kolonialmächte und nunmehr auch Israels gebrandmarkt und folglich zu Feinden der Nationalbewegung erklärt.



13. Mai 1948: Am Vorabend der formellen Unabhängigkeitserklärung verliest Israels Ministerpräsident David Ben Gurion den Text vor Vertretern aller israelischen Parteien.



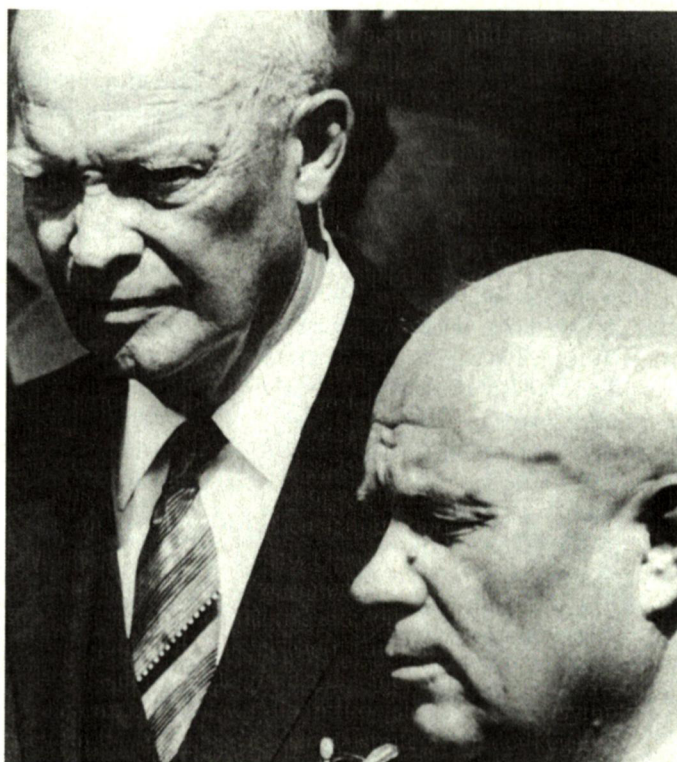
Dies ist das Signal für den Angriff arabischer Armeen auf den neuen Staat, der für die Angreifer mit einer Niederlage endet. Ägyptische Soldaten kapitulieren vor den Israelis in der Wüste Negev.

Von der formalen zur realen Unabhängigkeit

Am 23. Juli 1952 stürzte eine Gruppe „Freier Offiziere“ den pro-britischen König Faruq in Kairo und leitete damit eine neue Runde des arabischen Kampfes um nationale Unabhängigkeit ein. Auch in vielen anderen arabischen Ländern bildeten fortan Vertreter der unteren Mittelschichten, zumeist des Militärs, das Rückgrat der Befreiungsbewegung und aus ihr hervorgehender republikanischer Regime. Oberst Gamal Abdel Nasser, der Gründer der „Freien Offiziere“ und neue „starke Mann“ Ägyptens, erzwang 1954 den Rückzug britischer Truppen aus der Suezkanalzone und verstaatlichte am 26. Juli 1956 die von Großbritannien und Frankreich betriebene Suezkanalgesellschaft, das Symbol westlicher Beherrschung Ägyptens. Im verzweifelten Bestreben, die Einnahmen als Betreiber und die Kontrolle über den strategisch wertvollen Transportweg nicht zu verlieren, besetzten daraufhin französische und britische Truppen am 31. Oktober 1956 die Kanalzone. Bereits zwei Tage zuvor hatte Israel in Absprache mit London und Paris seinerseits einen Angriff gegen Ägypten begonnen (Suezkrise). Zwar eroberte Israel innerhalb weniger Tage die Sinaihalbinsel sowie den Gazastreifen, musste sich aber – genauso wie Großbritannien und Frankreich – nach Drohungen der Sowjetunion, zugunsten Ägyptens militärisch einzugreifen, sowie eines klaren Gegenvotums der USA und der UN wieder zurückziehen. So wandelte sich der militärische Anfangserfolg Israels und der europäischen Kolonialmächte in einen langfristigen politischen Erfolg Ägyptens, das die ehemalige Kolonialmacht aus dem Land drängen konnte und den Suezkanal unter seiner Kontrolle behielt. Fortan wurde die israelisch-ägyptische Grenze von bewaffneten UN-Friedenstruppen gesichert.

Nach 1948 hatte damit ein weiterer Nahostkrieg eine Zeitenwende in der Region markiert. Die „klassische“ Kolonial epoche ging zu Ende, die neuen Kräfte in der Region waren die selbstbewusster gewordenen arabischen Nationalisten auf der einen sowie die Kontrahenten USA und Sowjetunion auf der anderen Seite. Fortan bestimmte der „Kalte Krieg“ der beiden neuen Supermächte zu einem wesentlichen Teil die Geschehnisse des Nahen Ostens, er zwang die jeweiligen Regierungen zu einem „Balanceakt“ zwischen den Fronten und in den meisten Fällen auch zu einer Parteinarbeit. Durch die Lagerbildung wurde der weitere Dekolonisierungsprozess stark beeinträchtigt. Schon 1955 war beispielsweise der Irak zum Kern eines antikommunistischen Militärbündnisses (Bagdad-Pakt: Großbritannien, Irak, Iran, Pakistan, und die Türkei sowie die USA als Beobachterin) auserkoren worden, während die Sowjetunion sich als Schutzpatron der arabischen Befreiungsbewegungen positionierte.

Obwohl die USA die Suezkrise, den Zweiten Nahostkrieg, durch ihr Votum zugunsten Ägyptens genutzt hatten, um ihre Weltkriegsalliierten Großbritannien und Frankreich im Nahen Osten als führende westliche Macht abzulösen, brachte die Su-



ullstein bild

Im Kalten Krieg nehmen neue Mächte Einfluss auf den Nahen Osten: US-Präsident Dwight D. Eisenhower (li.) und der sowjetische Parteichef der KPdSU, Nikita Chruschtschow, bei einem Treffen in Washington 1959.

ezkrise auch eine veränderte Sichtweise der US-Administration auf die nahöstliche Konfliktlage mit sich. Hinter dem Bestreben nach nationaler Unabhängigkeit wurde allzu oft der „lange Arm Moskaus“ vermutet, was den politischen Spielraum der USA erheblich einschränkte und viele der arabischen Führer geradezu auf die Seite des Ostblocks trieb. Als besonders signifikant gilt in diesem Zusammenhang die „Eisenhower-Doktrin“. Der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower (reg. 1953-1961) hatte am 5. Januar 1957 in ihr erklärt, dass sein Land an jedem Ort und mit allen Mitteln (also auch Nuklearwaffen) prowestliche Regime vor kommunistischer Unterwanderung oder einer Bedrohung durch die Sowjetunion schützen werde. Die Doktrin wurde zweimal ausdrücklich angewendet: im April 1957, als eine US-Flotte den jordanischen König Hussein I. vor der Opposition schützte, und in der Libanonkrise 1958, als US-Truppen den Sturz des prowestlichen christlichen Staatspräsidenten Camille Chamoun verhinderten. Die aggressive und damit kontraproduktive Wirkung seiner Doktrin veranlasste Eisenhower jedoch 1959, anlässlich eines USA-Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. Chruschtschow, der Koexistenz beider Machtblöcke den Vorzug zu geben. In sich

verändernder Form begleitete der Kalte Krieg die Entwicklung im Nahen Osten aber bis zu seinem Ende zu Beginn der 1990er-Jahre (siehe auch S. 58 ff.).

Vom ägyptischen Erfolg beflügelt, erreichte die arabische Nationalbewegung im folgenden Jahrzehnt den Durchbruch bei der Erlangung vollständiger Souveränität. Am 14. Juli 1958 folgten irakische „Freie Offiziere“ dem Beispiel ihrer ägyptischen Vorbilder, stürzten die probritische Monarchie, proklamierten die Republik und wiesen britische Militärs aus. In Nordafrika hatte Libyen schon 1951 die Unabhängigkeit erreicht, 1956 waren Tunesien und Marokko gefolgt. In Algerien tobte zu diesem

Zeitpunkt allerdings schon seit zwei Jahren einer der längsten und blutigsten Kolonialkriege im arabischen Raum. Frankreich hatte Algerien als Siedlungskolonie, letztlich als Teil des „Mutterlandes“ betrachtet. Erst 1962 konnte es seine Souveränität erringen. Auf der Arabischen Halbinsel war Saudi-Arabien seit seiner Gründung 1932 souverän gewesen, von den dortigen britischen Domänen machte Kuwait 1961 den Anfang. Die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Arabischen Emirate am 2. Dezember 1971 setzte schließlich den generellen Schlusspunkt unter das Kapitel europäischer Kolonialgeschichte im Nahen Osten.

Ägyptens „Gloria“ unter Nasser

Gamal Abdel Nasser (1918-1970) gilt als populärster arabischer Politiker des 20. Jahrhunderts. Zwar verhalfen ihm auch Glück und politisches Geschick zu diesem Ansehen, aber es bedurfte noch anderer Faktoren, um diesen Aufstieg zu begründen. Dazu zählen nicht zuletzt biografische Merkmale, die ihn zu einem „Archetypus“ des arabischen Nationalisten im 20. Jahrhundert machten.

Nasser stammte aus einfachen Verhältnissen: Sein Vater war Postbeamter. Eine gediegene Bildung ermöglichte ihm erst der Eintritt in die Kairoer Militärakademie 1937. Hier fand er rasch Gleichgesinnte: junge Männer aus der unteren Mittelschicht, deren Frustration durch demütigende Erfahrungen mit der britischen Kolonialmacht stetig zunahm. Der gemeinsame Kampf gegen die Kolonialherrschaft wurde deshalb 1939 zum wichtigsten Motiv für die Gründung der Geheimorganisation der „Freien Offiziere“. Zunächst wenig mehr als ein Dutzend Mitglieder umfassend, versuchte die Organisation während des Weltkriegs, ihren Einfluss in der Armee auszubauen und Konzepte für ein zukünftiges unabhängiges Ägypten zu entwerfen. Prominente Militärs und Politiker wie der spätere Feldmarschall Abd al-Hakim Amer oder der zukünftige Präsident Anwar as-Sadat gehörten neben Nasser zu ihren Gründern.

1948 nahm Nasser als Hauptmann am Ersten Nahostkrieg teil und erlebte hier unmittelbar das politische und militärische Versagen der bisherigen Führungselite seines Landes. Fortan ergänzte er die Liste seiner politischen Ziele um die Beseitigung der ägyptischen Monarchie, die er im festen Bündnis mit Großbritannien sah. Am 23. Juli 1952 stürzten die „Freien Offiziere“ die Monarchie und riefen am 18. Juni 1953 die Republik aus, deren Präsident Nasser 1954 wurde. Erst nach diesem Erfolg weitete er seinen ägyptischen Natio-

nalismus zum Panarabismus, dem Streben nach einem arabischen Einheitsstaat, aus. Im Gegensatz zu anderen panarabischen Modellen sah er allerdings Ägypten als Zentrum dieses Einheitsstaates. Voller Selbstbewusstsein gründete er mit Josip Broz Tito aus Jugoslawien, Jawaharlal Nehru aus Indien und Gastgeber Ahmad Sukarno – 1955 im indonesischen Bandung – die Organisation blockfreier Staaten.

Nassers Stern als arabischer Führer ging jedoch erst danach auf. Nach der Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft im Juli 1956 und der darauf folgenden Intervention Großbritanniens, Frankreichs und Israels im Oktober (Zweiter Nahostkrieg) griffen schließlich die UN sowie die Supermächte USA und Sowjetunion zugunsten Ägyptens ein. Über Nacht galt Nasser als arabischer Staatsmann, der den bis dahin als unüberwindlich geltenden Kolonialmächten nicht nur die Stirn zu bieten wagte, sondern sich auch gegen sie durchsetzte. Seine Popularitätskurve in der arabischen Welt stieg rasant. Sehr zum Missvergnügen örtlicher Politiker waren es fortan Nasser-Porträts und Nasser-Losungen, die die antikolonialen Massendemonstrationen in den arabischen Ländern beherrschten. Unausgesprochen galten Umstürze nun erst dann als legitim, wenn Nasser sie gebilligt hatte. Es verstand sich von selbst, dass alle wichtigen internationalen arabischen Institutionen, wenn schon nicht in Kairo beheimatet, dann aber von Kairo aus kontrolliert wurden.

Der Zusammenschluss Ägyptens mit Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) am 1. Februar 1958, der sich ab 8. März 1958 auch Jemen in Konföderation anschloss, kann wohl als Höhepunkt des panarabischen Wirkens Nassers gelten. Gleichzeitig war dem ägyptischen Präsidenten in der Sowjetunion ein mächtiger äußerer Verbündeter entstanden. In Verknüpfung der tatsächlichen Ziele Nassers hatten es die zunächst angefragten USA abgelehnt, dessen ehrgeizige wirtschaftliche Entwicklungspläne zu unterstützen.

Der Logik des Kalten Krieges folgend wandte sich Nasser daraufhin an die Sowjetunion, die die zugeordnete Rolle bereitwillig übernahm. Moskau unterstützte nicht nur den Bau des Assuan-Staudamms, sondern leistete auch umfangreiche wirtschaftliche und militärische Hilfe.

Paradoxerweise markierte die VAR sowohl den Höhe- als auch den Wendepunkt in der politischen Karriere Nassers. Am 28. September 1961 brach sie insbesondere deshalb auseinander, weil eine arabische Einheit in Nassers Lesart vor allem ägyptische Dominanz bedeutete, die die syrische, mit Abstrichen auch die jemenitische Bevölkerung nicht bereit war hinzunehmen. Mit dem Scheitern der VAR erhielt Nassers Ansehen erste „Kratzer“. Es erlitt weitere Einbußen durch seine glücklose militärische Intervention im jemenitischen Bürgerkrieg ab 1962, erlosch aber erst wirklich mit der verheerenden militärischen Niederlage Ägyptens und seiner Verbündeten im Sechstagekrieg mit Israel im Juni 1967 (Dritter Nahostkrieg). Die mit dem Panarabismus verflochtenen Hoffnungen waren über Nacht zerstoßen, Nasser verwaltete die Niederlage lediglich noch bis zu seinem Tod durch Herzversagen am 28. September 1970.

Henner Fürtig



Gamal Abdel Nasser, ägyptischer Offizier, von 1954 bis 1970 Staatspräsident

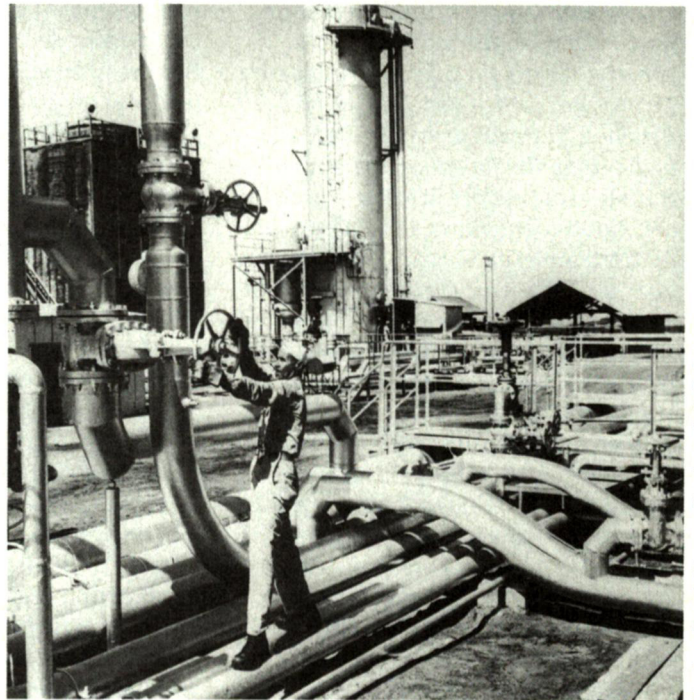
picture-alliance / dpa

Erdöl als historischer „Wirkstoff“

Die frühen 1970er-Jahre markierten auch das Ende eines weiteren Abhängigkeitsverhältnisses, das die Geschichte der Region seit Beginn des 20. Jahrhunderts geprägt hatte: die Unterdrückung und Ausbeutung der Förderländer durch ausländische Erdölkonzerne.

Nachdem 1908 in Südwestpersien (heute Iran) die ersten Erdölvorkommen im Nahen Osten gefunden worden waren, hatte ein internationaler Wettlauf um ihre Kontrolle eingesetzt. Der Erste Weltkrieg und die Nachkriegskrise unterbrachen den Wettlauf kurzzeitig, ehe er Ende der 1920er-Jahre mit erneuter Heftigkeit ausbrach. Letztlich festigte aber erst die Entdeckung gewaltiger Erdölfelder auf der Arabischen Halbinsel kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges den Stellenwert der Region als ertragreichster Fundort des wichtigsten Einzelrohstoffs des 20. Jahrhunderts. Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die wichtigsten internationalen Erdölunternehmen die Fördergebiete untereinander auf. Die politischen Machtverhältnisse widerspiegelnd, gaben dabei zunächst britische, später US-amerikanische Unternehmen den Ton an, aber Dauerrivalität herrschte auch mit französischen, niederländischen und italienischen Konkurrenten. Einigkeit bestand lediglich in einem Punkt: den Herkunftsländern die Verfügungsgewalt über ihre wertvollste Ressource zu verweigern. Beispielhaft dafür steht der Versuch des iranischen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh, 1951 die Erdölproduktion seines Landes zu verstaatlichen. Die westlichen Erdölunternehmen setzten daraufhin bei ihren Regierungen einen nahezu lückenlosen Boykott iranischen Erdöls durch. Mossadegh wurde schließlich im August 1953 durch einen von der CIA mitorganisierten Putsch gestürzt. Das sicherte den Ölfluss zu den gleichen Bedingungen wie vorher, und den USA gelang es gleichzeitig, die Monopolkontrolle der Briten über das Öl zu brechen.

Vor diesem Hintergrund gestaltete es sich für die Förderländer außerordentlich mühselig, den westlichen Erdölmultis nach und nach Zugeständnisse abzutrotzen und die eigenen Gewinnmargen schrittweise zu erhöhen. Die Gründung der Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC=Organization of the Petroleum Exporting Countries), der auch nahezu alle Nahostländer angehören (Irak, Iran, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate (VAE)), markierte 1960 einen wichtigen Zwischenerfolg, weil sie die Verhandlungsmacht der Förderländer gegenüber dem Westen erheblich stärkte. Es sollte allerdings noch ein gutes Jahrzehnt dauern, bis alle namhaften Förderländer die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über ihre Erdöl- und Erdgasressourcen erlangt hatten. Damit übernahmen sie allerdings auch die mit Kosten verbundene Aufgabe, die nunmehr veralteten Erdölförderanlagen nachzurüsten. Mitte der 1970er-Jahre war somit die politische wie auch die wirtschaftliche Souveränität der nahöstlichen Staaten erreicht.



Keystone-France / Gamma-Keystone via Getty Images

Die arabische Halbinsel wurde Mitte des 20. Jahrhunderts zum ertragreichsten Fundort von Öl weltweit. Eine saudi-arabische Ölförderanlage in Dhahran

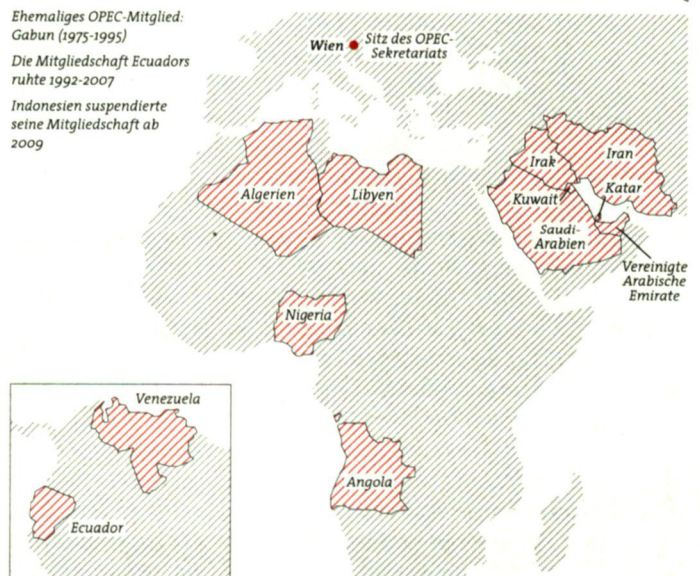
OPEC – Organisation der Erdöl exportierenden Länder



Ehemaliges OPEC-Mitglied:
Gabun (1975-1995)

Die Mitgliedschaft Ecuadors
ruhte 1992-2007

Indonesien suspendierte
seine Mitgliedschaft ab
2009



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 647 610

Überraschend lebensfähig: die Vereinigten Arabischen Emirate

Als sich am 2. Dezember 1971 die Scheiche von sechs kleinen Emiraten [Abu Dhabi, Dubai, Sharjah, Ajman, Umm al Qaiwain und Fujairah] zu den Vereinigten Arabischen Emiraten zusammenschlossen, gaben nur wenige dem neuen Staat eine Überlebenschance. Kaum jemand kannte die kleinen Staaten an der Peripherie der arabischen Welt. [...]

Der Beschluss der britischen Labour-Regierung von 1968, sich innerhalb von drei Jahren aus allen abhängigen Territorien „östlich von Suez“ zurückzuziehen, hatte die armen Emirate in die Unabhängigkeit gestoßen. Die Hoffnung auf Erdöl erleichterte ihnen den Zusammenschluss. Seit 1963 exportierte Abu Dhabi Erdöl. Noch lange aber sprudelten die Öleinnahmen nicht reichlich. Als die sechs Scheiche den Staatsvertrag unterschrieben, waren nicht einmal die beiden wichtigsten Städte Abu Dhabi und Dubai mit einer geteerten Straße verbunden. Binnen drei Jahren hatten sie die Grundlagen eines funktionsfähigen Staats zu legen. Bis zum britischen Abzug mussten sie eine Verfassung schreiben, sich Institutionen geben. Sie mussten die Beziehungen untereinander nun ohne Einflussnahme von außen regeln und sich selbst verteidigen. [...]

Die Gründer der Vereinigten Arabischen Emirate bauten ihren Staat ohne [die] Last der Ideologien und Geschichte auf. Kaum eine Generation später war ihr neuer Staat zum Vorbild geworden. Rasch zog er die Besten aus dem zunehmend erfolglosen alten Arabien an. [...]. Zwei Faktoren haben ermöglicht, dass mit dem neuen Staat ein Vorbild für ein neues, ein positives Arabien entstehen konnte.

Zum einen war es dem legendären Verhandlungsgeschick von Scheich Zayed Bin Sultan Al Nahyan (1918-2004) zu verdanken, dass die Emirate, die einander über Jahrhunderte meist befehdet hatten, in die Föderation einwilligten und an dieser auch festhielten. Mit seinem sicheren beduinischen Instinkt hatte Scheich Zayed, der seit 1966 Emir von Abu Dhabi war und 1971 Gründungspräsident der Föderation wurde, auch in schwierigen Situationen stets einen Konsens herbeigeführt. Zudem sorgte er dafür, dass der neue Reichtum alle erreichte. Während Saddam Hussein und Gaddafi den Ölreichtum ihrer Länder verprassten, waren gute Regie-

rungsführung und Gerechtigkeit von Beginn an Kennzeichen der Vereinigten Arabischen Emirate.

Zum anderen erweiterte Dubai die Freiheiten des Einzelnen, und es nutzte mit seiner Lage in der geographischen Mitte der Welt die beginnende Globalisierung als Chance. Noch heute bieten wenige andere Orte in der arabischen Welt diesen Grad an persönlicher Freiheit. In Dubai ist nicht der Islam radikal, sondern der Kapitalismus. Nahezu alles ist möglich, auch die Krise. Jene des Jahres 2009 wurde nicht als göttliche Strafe für Übermut gesehen, sondern als Lehre, sich als rohstoffarmes Emirat nun auf die Kernkompetenzen Logistik und Handel zu konzentrieren. Dubai wächst wieder, wenn auch weniger geschwind als in der Vergangenheit.

Die Krise, aus der das reiche Abu Dhabi das ärmere Dubai gerettet hat, führte beide enger zusammen. Mental reiben sie sich aber weiter. Aus Dubai kamen stets die Ideen, wie man internationale Unternehmen anzieht und das Interesse der Welt weckt. Seine Einwohner sind seit 200 Jahren Fernhändler und Seefahrer. Sie haben mit Risiko umzugehen gelernt, hatten als Erste am Golf die Welt zwischen Sansibar und Indien kennengelernt. Mit seinen Freizonen schuf Dubai einen rechtlichen Rahmen, der Abertausende Unternehmen aus aller Welt anzog, die von hier aus einen Markt von mehreren Milliarden Menschen bearbeiten. Die Freizonen sind aufeinander abgestimmt, so dass Synergieeffekte entstehen. Die Seehäfen und Flughäfen, die bereits zu den größten der Welt zählen, sind Knotenpunkte des Welthandels.

[...] Der niederländische Architekt Rem Koolhaas brachte das Erfolgsmodell Dubais auf die Formel: „Für einen Iraner ist Dubai Freiheit, für einen Inder eine Geschäftsmöglichkeit, für einen Araber die Hoffnung, dass arabische Modernität funktioniert.“ Europäer und Amerikaner erwähnte er nicht.

Abu Dhabi ist ungleich konservativer. Seine Einwohner sind noch immer stark dem Verhalten der Beduinen verhaftet, die mit viel Geschick und Vorsicht in der lebensfeindlichen Wüste ihr tägliches Überleben zu sichern hatten. Vor einem halben Jahrhundert lebten in Abu Dhabi erst 4000 Menschen, weit mehr lebten in der Wüste

und in den Oasen. Nach dem Tod von Scheich Zayed im Jahr 2004, der wie kein anderer die beduinischen Tugenden verkörperte, der sich von der Wüste inspirieren ließ und nicht von Beratern, zählt die Geschwindigkeit aber auch in Abu Dhabi. Wofür Dubai einige Jahrzehnte gebraucht hat, das will Abu Dhabi in wenigen Jahren erreichen: eine moderne Stadt mit weltweiter Ausstrahlung zu sein. Anders als Dubai will Abu Dhabi aber auch eine breite industrielle Basis schaffen und ein reiches kulturelles Angebot. Das Erdöl, von dem Abu Dhabi fast ein Zehntel aller bekannten Vorkommen besitzt, soll es ermöglichen.

[...] Ganz frei von Krisen sind die Vereinigten Arabischen Emirate am 40. Jahrestag ihrer Gründung [...] nicht. Dennoch sind sie eine der wenigen Erfolgsgeschichten, die die moderne arabische Welt kennt.

Rainer Hermann, „Eine arabische Erfolgsgeschichte“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Dezember 2011

Annette Ranko

Die Epoche der Autokraten

Nachdem die arabischen Staaten ihre reale – nicht mehr lediglich formale – Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialmächten erlangt hatten, dominierten im Nahen Osten langlebige Autokratien von großer Stabilität.

Bevor der Nahe Osten um die Mitte des 20. Jahrhunderts seine reale Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialmächten erlangte, hatte es dort mehrheitlich Monarchien gegeben. Republiken bestanden eher vereinzelt und vor allem in den französischen Mandaten, wie zum Beispiel im Libanon. Anschließend wurden viele Monarchen gestürzt und Republiken gegründet, sodass die Region heute fast zu gleichen Teilen aus Monarchien und Republiken besteht. Mitunter bestimmte die Art und Weise, wie einzelne Staaten ihre vollständige Souveränität erreichten, die anschließende jeweilige Staatsform.

Als die arabischen Staaten 1948 dem israelischen Militär unterlagen, löste dieser Schock eine Welle von Unruhen aus. Denn die Gründung des Staates Israel wurde als Versuch der Europäer gedeutet, ihre Einflussnahme in der Region wieder zu beleben. Als Reaktion kam es zu einer Reihe von politischen Umstürzen durch das Militär, wie zum Beispiel 1952 in Ägypten oder 1958 im Irak. Die dortigen Könige wurden gestürzt, es wurden Republiken ausgerufen, und es wurde die vollständige Unabhängigkeit von den Kolonialmächten hergestellt (siehe S. 27 ff.). Die neue politische Eigenständigkeit war mit großen Hoffnungen verbunden. Das Militär galt in der Bevölkerung als Modernisierer, als Kraft, die neuen Wohlstand und politische Selbstbestimmung für die arabischen Staaten erreichen sollte.

Andere Staaten des Nahen Ostens wiederum erlangten ihre Souveränität ohne republikanische Umstürze und blieben Monarchien. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Bahrain beispielsweise wurden 1871 ohne eigenes Zutun von den Briten in die Unabhängigkeit entlassen. Dies geschah vor allem aus innenpolitischen Beweggründen: Großbritannien wäre mit einer Verteidigung seiner Protektorate am Golf im Ernstfall personell und finanziell überfordert gewesen.



Max Scheler / Süddeutsche Zeitung Photo

In den unabhängig gewordenen arabischen Staaten genießt das Militär hohes Ansehen. Teilweise stürzt es schwache Monarchen und errichtet autoritäre Republiken. Abdel Karim Kassem (M.) putscht 1958 im Irak gegen König Feisal II.



Loomis Dean / Time Life Pictures / Getty Images

In anderen Staaten stehen die Streitkräfte treu zum Königshaus: Handkuss für den jordanischen König Hussein bei einem Truppenbesuch 1957

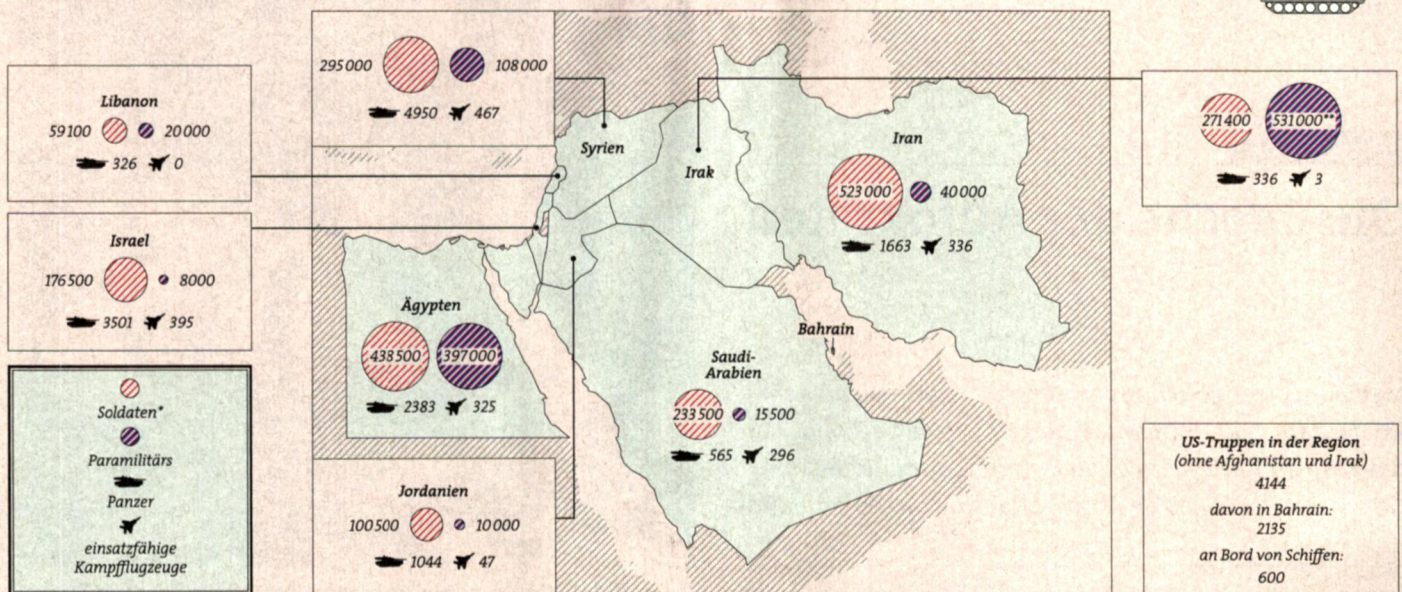
Die Republiken

Die neuen Republiken begriffen sich als Avantgarde der arabischen Unabhängigkeitsbewegung. Diese Bewegung wurde von der Ideologie des arabischen Nationalismus getragen. Vom Atlantik bis zum Golf versprach er Gedeihen und Stärke für alle arabischen Staaten. Mit wirtschaftlicher Entwicklung und Modernisierung sollte die arabische Welt ihre Schwäche, die sich in der Kolonialherrschaft manifestiert hatte, überwinden und den Menschen ein höherer Lebensstandard geboten werden.

Populistischer Autoritarismus

Dementsprechend erklärten die neuen Republiken eine massive und schnelle wirtschaftliche Entwicklung zur obersten Priorität. Sie sollte durch eine staatlich gelenkte Industrialisie-

Hochgerüsteter Naher Osten



Quelle: CSIS, IISS, US Department of Defense, Stand 2011/12; © picture-alliance / dpa-Grafik · 17.332

* in einigen Ländern zusätzlich viele Reservisten ** dem Innenministerium unterstellt

Die politische Rolle des Militärs

[...] Die Geschichte der arabischen Armeen ist gekennzeichnet von kontinuierlicher Einmischung in die Politik. In den Jahren nach der Entkolonialisierung waren Militärregierungen die Norm und nicht die Ausnahme. Staatsstreich waren in der „Dritten Welt“ ein bekanntes Phänomen, doch nirgends wurde so viel geputscht wie in den arabischen Staaten. Was 1941 im Irak begann (und sich dort 1958, 1963, 1968 wiederholte), wurde in fast allen arabischen Ländern zur Routine.

Syrien entledigte sich 1949 seines parlamentarischen Systems, ersetzte in aufeinander folgenden Staatsstreich 1954, 1963 und 1966 abwechselnd Militärs und Baath-Parteigänger. 1952 beseitigten die Freien Offiziere die ägyptische Monarchie und stellten seither jedes Staatsoberhaupt [...]. 1969 endete die libysche Monarchie unter König Idris mit dem Staatsstreich, der von Oberst Muammar al Gaddafi angeführt wurde. Unmittelbar nach Algeriens Unabhängigkeit 1962 stellte Ben Bella rivalisierende Einheiten innerhalb des FLN (Front zur nationalen Befreiung) mit Hilfe des Militärs kalt, nur drei Jahre später ergriff Oberst Houari Boumedienne die Macht. Die Hälfte aller Putsche richtete sich dabei gegen bereits existierende Militärregime.

Im Gegensatz zu feudalistischen und korrupten Monarchien (Jordanien, Marokko, Saudi-Arabien) galt das Militär als progressiv; sein meist dem Mittelstand entstammendes Offizierskorps wurde als Motor der wirtschaftlichen Modernisie-

rung angesehen, seine nationalistische und säkulare Rhetorik galt als Gegenmittel zu einzelnen Stammes- und Religionsidentitäten. [...]

Seit den Coup-Wellen der fünfziger und sechziger Jahre haben sich die Streitkräfte strukturell verändert. Die meisten sind stark gewachsen [...], und sie haben neben einer Armee auch eine Marine und Luftwaffe aufgebaut. Vor allem haben sie sich professionalisiert und ein klareres Bild ihrer eigenen Rolle im Staat entwickelt. Die Ambition ist nicht mehr, selbst zu regieren, sondern die politische Landschaft entscheidend mitzugestalten. Der Fall Algerien ist hierfür ein gutes Beispiel, wo das Militär 1991 ergriff, um einen Wahlsieg der Islamisten zu verhindern, jedoch nicht selbst die Macht ergriff, sondern mit Mohammed Boudiaf eine säkulare Regierung einsetzte.

Die jüngsten Ereignisse zeigen ein ähnliches Verhalten: Zwar waren die Streitkräfte nicht die Anstifter der Aufstände, doch als Zünglein an der Waage trugen sie in Tunesien und Ägypten entscheidend zum Ausgang bei. [...]

Auch in anderen arabischen Staaten trägt das Militär, wenngleich subtiler, zum politischen Wandel bei. Im Libanon versinnbildlicht die multiethnische Armee das Ende des Bürgerkriegs von 1991, im Irak steht sie für die Rückkehr zu staatlicher Souveränität. Umfragen zufolge vertrauen Iraker ihrer eigenen Armee zu 85 Prozent im Vergleich mit der amerikanischen (25 Prozent), der irakischen Polizei (80 Prozent) oder Sicherheitskräften der verschiedenen Stämme. [...]

Die Funktion von arabischen Streitkräften ist daher bei weitem nicht nur militärisch; [...] In arabischen Staaten wird das Militär häufig im Bereich der inneren Sicherheit eingesetzt. Innerhalb der staatlichen Sicherheitsinstitutionen gibt es eine Hierarchie, binnen derer die Streitkräfte ausnahmslos über der Polizei stehen, sei es im Ansehen oder in der exekutiven Gewalt. [...]

In vielen Staaten wird das Militär als Bollwerk gegen extremistisch-religiöse Parteien gesehen [...]. In vielen Fällen nährt sich das positive Bild des Militärs aus dem Gegensatz zu anderen staatlichen Institutionen, die ungenügend funktionieren. [...] Dies hat zum Teil etwas mit dem militärischen Personal zu tun: Traditionell wird es aus dem mittelständischen, säkularen Teil der Bevölkerung rekrutiert und entwickelt mit den Jahren im Dienst eine relativ starke professionelle Identität [...]. Damit konzentrieren sich innerhalb des Militärs große Teile der Bevölkerung, die traditionell mit Fortschritt und ultimativer Demokratisierung gleichgesetzt werden – auch eine Erklärung, warum die arabischen Streitkräfte sich wiederholt berufen fühlten, politischen Wandel aktiv zu steuern. [...]

Florence Gaub, „Die Rückkehr der Jedi-Ritter“ in: IP Mai/Juni 2011, S. 91ff.
<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/mai-juni/die-rueckkehr-der-jedi-ritter>

© IP

rung realisiert werden. Dies hatte zwei Konsequenzen für das politische System: Zum einen berief man vorzugsweise Technokraten, beispielsweise Ingenieure oder Wirtschaftswissenschaftler, in die Regierung, und auch die neuen Präsidenten – selbst wenn sie ursprünglich dem Militär entstammten – gaben sich fortan technokratisch und tauschten bei Amtsantritt ihre Uniformen gegen Zivil. Zum anderen führte es zu einem „starken Staat“, mit Dominanz auch in Wirtschaft und Gesellschaft, das Individuum und Vorstellungen von Bürgerrechten traten in ihrer Bedeutung zurück – Faktoren, die die Grundlage für die Errichtung autoritärer Systeme schufen.

Diese autoritären Systeme unterschieden sich grundlegend von Demokratien: Letztere sind maßgeblich durch Gewaltenteilung gekennzeichnet. Das bedeutet, dass sich die Regierung und die Bürokratie als ausübende Gewalt (Exekutive), das Parlament als beschließende und gesetzgebende Gewalt (Legislative) und die Gerichte als rechtsprechende Gewalt (Judikative) gegenseitig kontrollieren sollen, um Machtmissbrauch vorzubeugen. In regelmäßigen freien Wahlen legitimiert das Volk das Parlament und den Regierungschef. In den autoritären Regimen der arabischen Welt, die nach den Umstürzen aufgebaut wurden, waren Regierungen dagegen durch Putsche und nicht durch freie Wahlen zustande gekommen. Und auch dort, wo es Parlamente gab, waren deren Abgeordnete nicht vom Volk gewählt worden. Stattdessen wurden in den Republiken Einheitsparteien gegründet, die direkt dem Präsidenten unterstanden. Alle weiteren Parteien wurden verboten. Ins Parlament gelangten so nur regierungskonforme Abgeordnete.

Auch gab es keine wechselseitige Kontrolle der Gewalten. Vielmehr dominierte die Regierung, bestehend aus dem Staatspräsidenten und seinem Kabinett, massiv über Legislative und Judikative. Das Parlament war an der Gesetzgebung inhaltlich nicht beteiligt. Es hatte nur die Gesetzesentwürfe der Regierung „abzucken“ und besaß ihr gegenüber keine Kontrollrechte. Auch das Gerichtswesen war Erfüllungsgehilfe des Regimes. Unabhängige bzw. nicht regimetreue Richter wurden entlassen und nicht selten verhaftet. In vielen Ländern sorgten Sondergerichtshöfe und Militärgerichte dafür, dass unliebsamen Zivilisten, politischen Aktivisten sowie nicht-linientreuen Intellektuellen schnelle Verfahren drohten. Diese Gerichte verhielten sich absolut loyal zur Regierung.

Abgesehen von diesen formalen Charakteristika der autoritären Systeme gab es zwei Mechanismen der Herrschaftssicherung, die die Funktionsweisen der politischen Institutionen maßgeblich bestimmten: Kooptation und Repression.

Kooptation: Nach der Verstaatlichung der Wirtschaft bewirkte die staatlich gelenkte Industrialisierung in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren zunächst, wie erhofft, einen wirtschaftlichen Aufschwung. Er erlaubte es den Regimen, gestaltend in die gesellschaftlichen Strukturen einzugreifen und sich eine eigene Machtbasis in der Bevölkerung aufzubauen. Ehemals dominante Bevölkerungsschichten, wie zum Beispiel einflussreiche Großgrundbesitzer, die mit den Kolonialmächten kollaboriert hatten, wurden zurückgedrängt und zu großen Teilen enteignet. Ihr Besitz wurde an eine breitere Schicht des Volkes umverteilt, namentlich an die Unterschicht und die unteren Mittelschichten, die als neue Machtbasis fungieren sollten. Großzügige staatliche Wohlfahrtsleistungen, wie massive Subventionen von Grundnahrungsmitteln und Energie oder niedrige Mieten, sollten auch ärmeren Menschen einen besseren Lebensstandard ermöglichen und dem Staat ihre Loyalität sichern. Diese Konzentration auf das Volk kann als staatlicher Populismus (lat.: *populus* – dt.: Volk)

betrachtet werden. Da die neuen Regime die Besitzverhältnisse in der Gesellschaft änderten, können sie auch als sozialrevolutionär angesehen werden.

Zentrale Einrichtungen, wie das Parlament, die Bürokratie und die Einheitspartei, hatten in den populistisch-autoritären Republiken nun die Funktion, die Anbindung der Unter- und Mittelschichten an den Staat zu institutionalisieren und zu zementieren. Sie wurden massiv erweitert – insbesondere der bürokratische Apparat –, um immer mehr Menschen einbinden zu können. Diese erhielten materielle Anreize in Gestalt von Gehältern, Pensionen und allerlei Vergünstigungen und wurden dadurch vom Staat abhängig gemacht sowie zu politischer Loyalität verpflichtet. Dieser Mechanismus – der auch als Tauschhandel beschrieben werden kann, bei dem materielle Anreize gegen politische Loyalität eingetauscht werden – wird in der politikwissenschaftlichen Literatur oft als „Kooptation“ bezeichnet (vgl. z. B. Nazih Ayubi *“Overstating the Arab State”*).

Repression: Denjenigen, welche gegen die Tauschregeln der Kooptation verstießen und politische Kritik wagten, sowie denjenigen, die zu einer dem Regime unliebsamen sozialen Gruppe gehörten (wie zum Beispiel ehemalige Eliten), begegnete der Staat mit direkter Unterdrückung (Repression). Der repressive Apparat, auf den der Staat sich hierbei stützte, bestand im Wesentlichen aus dem Militär und den Geheim- bzw. Sicherheitsdiensten; er wurde kontinuierlich ausgebaut. Schließlich entstanden Polizeistaaten, in denen die Geheimdienste und die Polizei das Alltagsleben der Menschen überwachten.

Klassische Beispiele für solch populistisch-autoritäre Republiken sind das Syrien der 1950er- sowie das Ägypten der 1960er-Jahre. In beiden Ländern fanden Militärputsche statt, und neue Republiken wurden gegründet. Diese neuen Regime griffen massiv in das gesellschaftliche und politische Leben ihres Landes ein, in Syrien radikaler als in Ägypten. Die Wirtschaft wurde verstaatlicht und eine staatlich-gelenkte Industrialisierung auf den Weg gebracht. Der daraus anfänglich entstehende wirtschaftliche Erfolg rief in der Bevölkerung eine gewisse Bewunderung und Wertschätzung für die neuen Regime hervor, die durch das Charisma der jeweiligen Präsidenten noch erhöht wurde. Insbesondere in Ägypten ver-



Die neuen republikanischen Regime genießen zunächst große Wertschätzung. Grenzenlos populär ist Gamal Abdel Nasser, hier bei einem Besuch in Syrien.

Keystone-France / Gamma-Keystone via Getty Images

ehrte das Volk seinen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, der in mitreißenden Reden den Aufschwung, die Stärke und die Unabhängigkeit Ägyptens und der ganzen arabischen Welt beschwor. Viele Menschen brachten die Entstehung des Polizeistaats und die damit verbundene Unterdrückung zunächst nicht in direkten Zusammenhang mit dem Präsidenten und dem „neuen“ Regime, das dahinter stand. Zahlreiche politische Gefangene, die in den Gefängnissen unter menschenunwürdigen Bedingungen vegetierten und Folter ausgesetzt waren, glaubten nach eigenem Bekunden vielmehr, dass lediglich die unteren Bediensteten der Polizeiapparate diese Verbrechen zu verantworten hatten.

Die populistischen Regime genossen somit, trotz der undemokratischen Systeme, die sie errichteten, zunächst eine gewisse Legitimation und Glaubwürdigkeit im Volk. Dies galt jedoch nur bis in die 1970er-Jahre.

Post-Populismus

Im Verlauf der 1970er-Jahre brach der anfängliche wirtschaftliche Erfolg der staatlich gelenkten Volkswirtschaften ein. Damit waren die immensen Wohlfahrtsleistungen für das Volk, wie Subventionen für Grundnahrungsmittel, Strom und Gas, immer schwerer zu finanzieren und mussten somit für viele schmerzlich spürbar zurückgefahren werden. Der Tauschhandel „Wohlfahrt gegen Loyalität“ mit den Unterschichten und unteren Mittelschichten wurde schrittweise aufgegeben. Stattdessen suchten die autoritären Regime eine neue Machtbasis in gesellschaftlichen Gruppen, die über privates Kapital verfügten. Deren Anbindung wurde dadurch erreicht, dass man die verstaatlichte Wirtschaft allmählich wieder für private Unternehmer öffnete.

Auch Druck seitens der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), den Kreditgebern für in Finanznot geratene Staaten, trug hierzu bei. Die wirtschaftliche Öffnung glich aber nicht einer Wirtschaftsliberalisierung im westlichen Sinne, in der zu großen Teilen der freie Markt und nicht der Staat die Wirtschaft lenken soll. Die Regime hielten diesen Prozess der Öffnung fest in der Hand und kontrollierten ihn den eigenen Interessen gemäß. Wirtschaftlich tätig sein konnten nur Unternehmer, die das Wohlwollen der Machthaber besaßen und sich loyal verhielten. Wer besonders loyal und gut vernetzt war, bekam zum Beispiel die Möglichkeit, verstaatlichtes Land oder Fabriken aus staatlichem Besitz preiswert zu erwerben und gewinnbringend zu bewirtschaften. Viele Geschäftsleute kamen so mit Hilfe des Staates zu erheblichem Wohlstand. Es entstand eine neue Schicht von privaten Unternehmern, die sich um das jeweilige Regime gruppierte und von ihm abhängig war, indem sie materielle Bevorteilung in Anspruch nahm und somit dem Regime politische Loyalität schuldete. Aber auch die Politiker, die an diesen Verteilungsprozessen beteiligt waren, konnten sich selbst bereichern und über das Verteilen von Marktzugängen an eigene, illegale Provisionen kommen. Die Folge war ein explosionsartiger Anstieg der Korruption.

Während eine kleine Schicht privater Unternehmer zu immer mehr Wohlstand gelangte, war die ehemalige Machtbasis der Regime – die Unterschichten und unteren Mittelschichten, die die Mehrheit der Bevölkerung darstellten – derweil mit einer Verschlechterung ihrer Lebensumstände konfrontiert, denn der Staat zog sich aus sozialen Dienstleistungen immer weiter zurück. Stattdessen kontrollierten Polizei und Geheimdienste zunehmend das Alltagsleben der Menschen, und Polizeiwill-

kür nahm drastisch zu. Folter stand auf der Tagesordnung und wurde sogar bei minderen zivilen Vergehen angewendet. Oft wurde sie zur Einschüchterung der Bevölkerung genutzt. Ein Fall, der Aufsehen erregte, war die Folter und Vergewaltigung eines Minibusfahrers in einem Kairoer Gefängnis 2006. Er hatte bei einem Streit zwischen Polizisten und seinem Cousin interveniert und war unter dem Vorwurf des Widerstands gegen die Staatsgewalt festgehalten worden.

Die Grundprinzipien der Herrschaft sind im Post-Populismus somit dieselben geblieben. Wie schon zuvor agieren die Regime mit Hilfe von Kooptation und Repression. Nur haben sich seit den 1970er-Jahren die Adressaten und das Ausmaß geändert.

Gepaart mit der wirtschaftlichen Öffnung für Privatunternehmer, die zunehmend auch Kapital aus dem westlichen Ausland anziehen sollte, fand eine vordergründige Liberalisierung der politischen Strukturen statt. Diese sollte westlichen Hilfgeldgebern, wie den USA, und Investoren entgegenkommen, aber auch die Legitimitätsverluste bei breiten Teilen der arabischen Bevölkerung ausgleichen, die nun vermehrt mit Armut und verschärfter Unterdrückung seitens des Staates zu kämpfen hatten. So gestaltete man das Einparteiensystem zu einem Mehrparteiensystem um, schränkte jedoch alle Parteien außer der Regierungspartei durch Gesetzgebung stark in ihren Handlungsmöglichkeiten ein. Beispielsweise durften sie kaum auf kommunaler Ebene aktiv sein, damit sie möglichst keine Anhängerschaft in der Bevölkerung aufbauen konnten. Gruppierungen, die nicht als legale Parteien agierten, wie zum Beispiel die ägyptische Muslimbruderschaft, waren an diese Auflagen nicht gebunden. Ihr kommunales Engagement sicherte ihnen eine breite Basis in der Bevölkerung.

Die legalen Oppositionsparteien wurden außerdem seitens des Regimes dadurch geschwächt, dass man ihre Führer kooptierte und korrumpierte. Somit verloren sie jegliche Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung und galten für viele „als Teil des autoritären Systems“. Bei den Parlamentswahlen sorgten Wahlfälschung und der Einsatz von Gewalt in Wahllokalen dafür, dass die Oppositionsparteien – aufgrund prozentual meist nur einstelliger Wahlergebnisse – stets mit nur sehr wenigen Sitzen im Parlament vertreten blieben. Auch die Zivilgesellschaft ließen die Regime nur scheinbar gewähren: Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO=Non-Governmental Organization) zum Beispiel durften nur innerhalb ganz bestimmter Grenzen agieren, finanziell und thematisch



Zunehmend kontrollieren Polizei und Geheimdienste das Alltagsleben und schrecken vor Willkür nicht zurück. Bildwand 2003 in Bagdad mit Opfern des Diktators Saddam Hussein

blieben sie stark eingeschränkt. Auch Interessenverbände wie Gewerkschaften und Berufsverbände wurden staatlich kontrolliert und konnten daher nur sehr begrenzt die Belange ihrer Mitglieder bündeln und vertreten. Und die Presse bekam ebenfalls nur vordergründig Spielraum: Die Oppositionsparteien durften zwar Parteiblätter herausgeben, und einige wenige andere, nicht regierungsnahe Zeitungen durften erscheinen. Jedoch sorgten Zensur, Einschüchterung und Inhaftierung von Journalisten dafür, dass die Pressefreiheit nicht überhandnahm.

Die Rolle des Militärs

Im Zusammenhang mit den Protesten von 2011 ist auch die Rolle des Militärs von Bedeutung. Nachdem es sein Ansehen als Modernisierer mit dem Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs und den darauffolgenden Krisen spätestens zu Beginn der 1970er-Jahre eingebüßt hatte, begann es sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Hinter den Kulissen blieb es jedoch eine überaus gewichtige Instanz. In Syrien, Iran und Ägypten begann es, Wirtschaftsimperien aufzubauen, die sich bis heute jeglicher ziviler Kontrolle entziehen. Auch in politischer Hinsicht blieb das Militär von maßgeblichem Einfluss. Der Hohe Militärrat in Ägypten beispielsweise, in dem die mi-



Thomas Hartwell / Time Life Pictures / Getty Images

Nach wie vor ist das Militär ein einflussreicher Faktor. In Ägypten war es lange ein Staat im Staate. Militärparade in Kairo

litärischen Führer des Landes vertreten sind, war stets an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt, auch wenn er vor dem Sturz Hosni Mubaraks 2011 nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten war. Erst wenn die politischen und wirtschaftlichen Vorrechte, die sich das Militär in den verschiedenen arabischen

Auch wirtschaftlich stark: Ägyptens Militär

Seit es Präsident Hosni Mubarak am 11. Februar 2011 zum Rücktritt zwang, hat sich Ägyptens Militär als größter Machtfaktor im Land offenbart.

[...] Dabei waren Militär und Geheimdienste schon seit dem Putsch Oberst Gamal Abdel Nassers gegen die ägyptische Monarchie 1952 die wichtigste Stütze des damals etablierten, faktisch diktatorischen Präsidialsystems.

Das Militär hat sich parallel dazu zum „Staat im Staate“ und wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt. „Neben der Staats- und der Privatwirtschaft gibt es in Ägypten eine Militärwirtschaft“, schrieb der Nahost-Experte Robert Springborg von der Naval Postgraduate School in Monterey 2011 in der Mai/Juni-Ausgabe der IP. „Man könnte diesen Sektor als ‚Militär-AG‘ bezeichnen.“ Drei große Beteiligungsgesellschaften sind direkt dem Verteidigungsministerium beziehungsweise dem Ministerium für militärische Produktion unterstellt, die ihrerseits bis zu 30 Firmen kontrollieren. Nach Schätzungen machen diese ökonomischen Aktivitäten 15 Prozent des BIP aus.

Die Ursprünge der Militär-Konglomerate liegen in der frühen Nasser-Ära, als das Land versuchte, eine eigene,

unabhängige Rüstungsindustrie aufzubauen. Nach dem Friedensschluss mit Israel 1979 suchte das Militär nach einer neuen Identität – und nach neuen Einnahmequellen, denn die „Friedensdividende“ in den Jahren nach dem Abkommen von Camp David wurde durch Kürzungen im Verteidigungshaushalt finanziert. Ägyptens Militär-AG wurde nun auch in zivilen Bereichen wirtschaftlich aktiv.

Das Militär, das seine herausragende Stellung in der ägyptischen Politik und Gesellschaft weiter rechtfertigen wollte, stellte sein ökonomisches Ausgreifen unter die propagandistische Linie: „Die Armee dient dem Volk.“ Seitdem bieten die Streitkräfte grundlegende Dienstleistungen an, liefern Gas und Wasser, bauen Straßen, setzen große Infrastrukturprojekte um und versorgen die Ägypter selbst mit Konsumgütern wie Kühlschränken oder Autos. Die Weltbank warnte wiederholt vor dem immer weiteren Ausufernden der Militär-AG, bleibt aber ungehört.

In der Geschäftswelt spielen ehemalige Militärangehörige eine zentrale Rolle und nutzen Verbindungen zum Regime, um sich zu bereichern, vor allem in der Bau- und Tourismusindustrie. Äußerst lukrativ waren beispielsweise die Entwicklung und Bebauung ehemaliger militärischer Sperrgebiete auf dem Sinai

und am Suezkanal sowie an den Küsten von Mittelmeer und Rotem Meer.

Von wirtschaftlicher Bedeutung sind zudem die Konsumbedürfnisse des Militärs selbst, die die Militär-AG in einem praktisch geschlossenen System befriedigt. Ein ägyptischer Offizier lebt laut Springborg „vollständig innerhalb des ökonomischen Systems, das das Militär erschaffen hat“. Ihm wird eine Wohnung gestellt, und er wird mit Lebensmitteln, Autos, Hauspersonal, technischen Geräten und Urlaubsaufenthalten versorgt. Unter Mubarak diente dieses System nicht zuletzt der Absicherung der Herrschaft.

Mit einem Militäretat von 6,24 Milliarden Dollar (2010; International Institute for Strategic Studies/IISS, The Military Balance 2011), der zu etwa einem Viertel von den USA getragen wird, gehört Ägypten zu den größten Militärmächten Afrikas und des Mittleren Ostens, liegt aber beispielsweise, an den Verteidigungsausgaben gemessen, hinter seinen Nachbarn Israel und Saudi-Arabien. Mit knapp 470 000 aktiven Angehörigen der Streitkräfte (davon 340 000 bei der Armee) liegt Ägypten im internationalen Vergleich auf Rang 10.

Länderporträt Ägypten, IP März/April 2012, S. 28f; © IP

Staaten hat aufbauen können, zurückgedrängt werden und die Rolle des Militärs verändert werden kann, wird es möglich sein, den Autoritarismus in der Region zu überwinden.

Die konservativen Monarchien

Als Mitte des 20. Jahrhunderts die ersten Staaten der arabischen Welt ihre Unabhängigkeit erlangten, galten diejenigen Staaten, die Monarchien blieben, als konservativ, ja „altmodisch“. Der anfänglichen Strahlkraft der neuen Republiken konnten die Monarchien nur drei zentrale Merkmale entgegensetzen, die ihre Herrschaft sichern und legitimieren sollten: Ölreichtum, „Stammesstrukturen“ und konservativer Islam. Doch auch auf dieser Basis bildeten sich dann dieselben Herrschaftsformen heraus wie in den Republiken: Kooptation und Repression.

Die meisten arabischen Monarchien, wie Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, Kuwait oder Oman, befinden sich am Persischen Golf und verfügen über große Ölvorkommen. Ausnahmen sind lediglich Marokko und Jordanien. Mit der drastisch wachsenden Nachfrage nach Erdöl und dem rasanten Anstieg des Erdölpreises sind die Golfmonarchien zu großem Reichtum gelangt.



Thomas Koehler / photothek.net

Der Reichtum der Monarchien am Persischen Golf kommt breiten Teilen der einheimischen Bevölkerung zugute und sichert den Herrschern so deren Unterstützung. Shopping-Mall in Riad, Saudi-Arabien

Sindbads Heimat

[...] Oman kann, im Unterschied zu einigen nördlichen Nachbarn, deren im Sog des kolonialistischen Kehraus geschaffene moderne Staatlichkeit oft etwas Künstliches hat, auf eine besondere historische und vor allem religiöse Tradition innerhalb des Islams zurückblicken, die seinem Zusammenhalt zugutekommt. Bis heute kommt Oman auch entgegen, dass es geographisch ein wenig abseits der großen Krisenherde der nahöstlichen Welt in Nordafrika und dem Nahen Osten liegt. Vor allem seine Küstenbewohner blicken mehr nach Osten und nach Süden, auf das Arabische Meer. Und die Omanis waren viele Jahrhunderte dafür bekannt, dass sie als tüchtige Seefahrer mit Ostafrika, Sansibar zumal, Handel trieben, aber auch mit den Gegenküsten in Ost- und Südostasien. Iran, Indien, ja sogar die Inseln, das heutige Indonesien, waren Ziele omanischer Händler. Der aus den Märchen bekannte Sindbad der Seefahrer war ein Mann aus Oman. [...] Seefahrer aus Oman waren es auch, die den Islam, allerdings auf friedliche, wenig missionarische Weise häufig in jene Gegenden Asiens brachten: eben durch Handel und Wandel. Im Hinterland dagegen streiften weniger, als dies anderswo auf der riesigen Arabischen Halbinsel der Fall war, die Beduinen durch die großen Sande; viel-

mehr lebt dort eine sesshafte Bevölkerung, die den Oasen-Feldbau betreibt.

Die Zurückhaltung hat auch mit einer weiteren Besonderheit Omans zu tun: Drei Viertel der zwei Millionen omanischen Muslime bekennen sich zum Ibadismus, einer außerhalb der islamischen Welt praktisch unbekannten und selbst Muslimen wenig vertrauten dritten Richtung des Islams, die weder der sunnitischen Mehrheit noch der schiitischen Minderheit zuzurechnen ist. Die Gruppe der Ibaditen ist aber ebenso alt wie die beiden anderen „Konfessionen“ des Islams, denn sie ist aus dem Bürgerkrieg mit den Gefolgsleuten von Ali Ibn Abi Talib, dem Vetter und Schwiegersohn des Propheten Mohammed, der die Gründergestalt des Schiitentums ist, im 7. Jahrhundert hervorgegangen. Damals verließ nach der Schlacht von Siffin eine Gruppe von Gläubigen, die Charidschiten, das Heer Alis. Sie ihrerseits wurden Ausgangspunkt für das Ibaditentum, das auf einen Gelehrten namens Abdallah Ibn Ibad al Tamimi aus Basra im südlichen Mesopotamien zurückgeht. Der Irak war zu jener Zeit das Zentrum der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Fraktionen des frühen Islams, die um die Führung der Gemeinde, das heißt die Nachfolge Mohammeds rangen. Die Stadt Nizwa wurde schließlich eine Keimzelle des Ibaditentums im Oman. Die charidschitischen

„Vettern“ der Ibaditen übrigens bilden kleine Gemeinschaften in Ostafrika, auf der Insel Djerba, im Nordwesten Libyens und im algerischen Mzab, wo sie als Mozabiten in fünf Städten ein bewusst abgeschlossenes, „basisdemokratisches“ Leben führen.

Die Ibaditen legen bis heute Wert auf das Prinzip der Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit. Ihr Verständnis von Gesellschaft kann – natürlich in einem islamischen Kontext – als demokratisch charakterisiert werden. Schon die Charidschiten hatten gelehrt: „Der Frömmste soll führen, und sei er ein schwarzer Sklave.“

Omans wichtigste Einnahmequellen sind heutzutage Erdöl und Erdgas, von denen das Land freilich nicht so umfangreiche Mengen hat wie der große Nachbar Saudi-Arabien oder andere Länder in der Umgebung. Allerdings geht man in Oman auch nicht so verschwenderisch um mit den Einnahmen aus diesen Ressourcen. Die Entwicklung des Landes schießt längst nicht so ins Kraut wie andernorts in der Region. [...] Auch Oman bedarf demokratischer Reformen, die man dort jedoch, getreu der ibaditischen Überlieferung, wahrscheinlich sanfter ins Werk setzen wird.

Wolfgang Günter Lerch, „Sindbads Erben und die Arabellion“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Juli 2011

Dieser wird – ähnlich wie zunächst in den populistischen autoritären Republiken – auch dazu verwendet, um breite Teile der Bevölkerung durch großzügige Wohlfahrtsleistungen des Staates an das Herrscherhaus zu binden. Als Kanäle, über die diese Verteilung läuft, werden vor allem Stammesstrukturen genutzt. Arabische Stämme kennzeichnet ein starker innerer Zusammenhalt, jedes Mitglied des Stammes zeigt absolute Loyalität zum Stammesführer. So kooptieren die Monarchen nur die Stammesführer, bieten ihnen und ihren Stämmen Zugang zu materiellen Werten und sichern sich damit die politische Loyalität des gesamten Stamms. Mit der Betonung des althergebrachten Stammeswesens geben sich die Monarchien darüber hinaus als „Bewahrer traditioneller Werte“. Das weiterhin hohe Öleinkommen ermöglicht es ihnen, ihre Wohlfahrtsleistungen an das Volk bis in die Gegenwart aufrechtzuerhalten. Sie müssen deshalb tendenziell auch weniger oft und intensiv repressive Mittel einsetzen als die Republiken. Jedoch gibt es auch in den Monarchien Menschenrechtsverletzungen, Folter und Unterdrückung derjenigen, die ihre politische Loyalität verweigern und Kritik an der Regierung üben. Auch hier gibt es einen repressiven Apparat mit gut ausgebauten Geheimdiensten, um die Bevölkerung zu überwachen.

Genauso verbreitet ist das Phänomen der Korruption, denn wo Kooptation besteht, können Personen mit besonderer politischer Position dieses Gewicht für die eigene Vorteilsnahme einsetzen und sich illegal bereichern.

Für die Legitimierung der Monarchen beim Volk spielt der Islam eine wichtige Rolle. Prinzipiell ist der Golf durch einen konservativen Islam geprägt. Die Monarchien treten im öffentlichen Leben als seine Bewahrer auf. So müssen zum Beispiel Frauen Kopftuch, Gesichtsschleier und die traditionelle schwarze Abaya, ein kaftanähnliches, bodenlanges Gewand, tragen, obwohl es sich hierbei streng genommen um vorislamische Kleidungsstücke handelt, die zunehmend zu islamischen Symbolen stilisiert werden.

Der jordanische und der marokkanische König beanspruchen für sich, direkte Nachkommen des Propheten Mohammed zu sein, während das saudische Herrscherhaus seine herausragende islamische Legitimität in der gesamten Region aus seiner Rolle als „Hüter der Heiligen Stätten Mekka und Medina“ und aus seiner Verbindung mit dem Wahhabismus bezieht. Eine Moral- und Sittenpolizei, die Mutawwa, überwacht die Umsetzung strikter ultra-konservativer religiöser Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit: Es gibt eine strenge Trennung von Männern und Frauen im öffentlichen Leben, Frauen dürfen nicht Auto fahren,

und die harten Körperstrafen des Koran, die kaum in einem anderen muslimischen Land durchgesetzt werden, finden in Saudi-Arabien Anwendung. So kann Dieben beispielsweise die Hand abgehackt werden.

Was die formale Organisation der Macht betrifft, gibt es zwei verschiedene Formen von Monarchien: absolute und konstitutionelle Monarchien (mit Verfassung). In absoluten Monarchien verfügt der König über uneingeschränkte Macht. Beispiel hierfür ist Saudi-Arabien. Hier gibt es keine Verfassung, die König Abdullah ibn Abd al-Aziz' Herrschaft einschränken oder regulieren könnte, und kein gewähltes Parlament, sondern lediglich eine beratende Versammlung, die vom König ernannt wird. Die zentralen Ämter sind mit Mitgliedern aus der Königsfamilie besetzt.

In den konstitutionellen Monarchien hingegen, wie zum Beispiel in Marokko und Jordanien, existiert eine Verfassung, die ein gewähltes Parlament und neben dem König eine Regierung vorsieht, mit der dieser sich die Macht teilt. Es gibt unterschiedliche Parteien, die bei Parlamentswahlen antreten. Obwohl konstitutionelle Monarchien prinzipiell mit freiheitlichen und rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar sein können – wie das Beispiel Großbritannien zeigt –, so sind doch alle Monarchien der arabischen Welt, unabhängig davon, ob absolut oder konstitutionell, von Autoritarismus gekennzeichnet. Auch hier dominieren, ebenso wie in den Republiken, das Staatsoberhaupt und seine engsten Verbündeten die anderen Staatsgewalten, Legislative und Judikative. Und auch hier ist Parteienpluralismus, wenn überhaupt, dann meist nur formell gegeben. De facto werden Oppositionsparteien in ihren Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Freie Meinungsäußerung und Kritik am Regime, ob in Presse oder Interessengruppen, sind nur begrenzt möglich. Gegen politische Kritiker gehen Geheimdienste und Polizei vor.

Der „Arabische Frühling“ im Jahr 2010/2011 hat den Autoritarismus im Nahen Osten erstmals ins Wanken gebracht. Tunesien, Ägypten, Syrien, Jemen, Libyen und auch Bahrain erlebten massive Proteste breiter Bevölkerungskreise. Die Besonderheit des „Arabischen Frühlings“ war, dass er sich nicht nur gegen die eigentlichen Machthaber richtete, sondern darüber hinaus gegen die Prinzipien der Machtausübung – Kooptation und Repression – als solche. „Soziale Gerechtigkeit“ wurde gefordert, um der Korruption ein Ende zu bereiten. Ebenso wollte der im „Arabischen Frühling“ prominente Ruf nach „Würde“ der willkürlichen Gewalt der Polizei und Geheimdienste ein Ende bereiten. Diese Forderungen finden bei den Bevölkerungen der meisten Länder der Region Widerhall.



Ein weiterer Stützpfeiler konservativer arabischer Monarchien ist der Rückhalt durch die Stämme mit ihren traditionellen Strukturen. Königin Rania von Jordanien beim Besuch eines Beduinendorfes im Norden des Landes



Auch die Religion legitimiert die Monarchen. Der marokkanische König Mohammed VI., hier bei seinem 13. Thronjubiläum in Rabat 2012, wird als direkter Nachkomme des Propheten Mohammed angesehen.

Thomas Richter

Entwicklung und Struktur der Wirtschaft

Die Wirtschaftsstruktur der Länder des Nahen Ostens unterscheidet sich in vielen Bereichen von der Ökonomie europäischer Staaten. Neben historischen Besonderheiten bei der Staats- und Gesellschaftsentwicklung, unterschiedlichen Entwicklungspfaden nach dem Zweiten Weltkrieg und der Rolle des Tourismus spielen dabei die Einnahmen aus dem Export von Erdöl eine wichtige Rolle.

Beginnende Industrialisierung

Bis weit in das 17. Jahrhundert hinein existierte im Nahen Osten eine wirtschaftliche Organisationsform, die als „tributgebundene Produktionsweise“ bezeichnet wird. Tributgebunden deswegen, weil dabei die Bauern oder Kaufleute Abgaben (Tribute) an den Herrscher bzw. den Staat leisten mussten. Dieser kontrollierte die Wirtschaftsprozesse mithilfe einer umfassenden Bürokratie und überließ das meiste agrarisch genutzte Land Pächtern zur Bewirtschaftung gegen eine Gebühr, die Militärbeamte für den jeweiligen Landesherren einzogen. In diesem System konnte daher weder eine Schicht von Großgrundbesitzern entstehen noch eine unabhängig vom Staat existierende Schicht von Unternehmern. Interne Finanzprobleme, verursacht vor allem durch steigende Kosten für die Kriegsführung bei zurückgehenden Steuereinnahmen, und die Expansion des europäischen Imperialismus hielten diese tributgebundene Produktionsweise bis Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend aus und führten letztendlich am Ende des 19. Jahrhunderts zu deren Zusammenbruch.

Die Einbindung des Nahen Ostens in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem erfolgte in den drei Subregionen des Nahen Ostens aus verschiedenen Gründen und zu unterschiedlichen Zeiten:

- Im geografischen Zentrum (der heutigen Türkei, den östlichen Mittelmeeranrainern und Ägypten) dominierte seit Beginn des 19. Jahrhunderts der Anbau landwirtschaftlicher Produkte für den Export nach Europa und der Absatz europäischer Industriewaren.
- Im Maghreb, dem westlichen Teil Nordafrikas, bewirkte der Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte (zunächst zwischen Frankreich und Großbritannien, später zwischen Frankreich und Deutschland) eine erste wirt-

Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens in Zahlen

Stand 2011

Land Hauptstadt	BIP in Mrd. USD	BIP pro Kopf in USD	BIP nach Sektoren a) Landwirtschaft b) Industrie c) Dienstleistung	Arbeits- losenrate
Ägypten Kairo	497,8	6200	a) 14,4 % b) 35,5 % c) 49,8 %	9 %
Algerien Algier	251,1	7300	a) 9,4 % b) 58,1 % c) 32,5 %	10 %
Bahrain Manama	29,7	40 300	a) 0,5 % b) 38,7 % c) 60,8 %	15 %
Irak Bagdad	113,4	3800	a) 7,3 % b) 66,6 % c) 26,1 %	15,3 %
Iran Teheran	818,7	10 600	a) 11,2 % b) 41,7 % c) 47,1 %	14,6 %
Israel Jerusalem	219,4	29 800	a) 2,6 % b) 30,8 % c) 66,6 %	6,7 %
Jemen Sanaa	63,4	2700	a) 12,5 % b) 43,8 % c) 43,7 %	35 %
Jordanien Amman	34,5	5400	a) 3,6 % b) 30,5 % c) 65,9 %	12,5 %
Katar Doha	150,6	179 000	a) 0,1 % b) 77,2 % c) 22,6 %	5 %
Kuwait Kuwait-City	136,5	48 900	a) 0,4 % b) 48,3 % c) 51,3 %	2,2 %
Libanon Beirut	59,4	14 400	a) 7 % b) 21 % c) 72 %	9 % (Stand 2007)
Libyen Tripolis	90,6	14 000	a) 7,3 % b) 51,3 % c) 41,4 %	30 %
Marokko Rabat	151,4	4800	a) 13,3 % b) 31,2 % c) 55,5 %	9,1 %
Oman Maskat	75,8	25 600	a) 2,6 % b) 38,8 % c) 58,7 %	15 %
Saudi-Arabien Riad	622	24 200	a) 3,3 % b) 67 % c) 29,8 %	10,8 %
Syrien Damas-kus	107,4	4800	a) 24 % b) 18 % c) 58 %	8,3 %
Tunesien Tunis	100	9400	a) 12,8 % b) 31 % c) 56,2 %	13 %
Türkei Ankara	960,5	12 300	a) 11,2 % b) 29,4 % c) 59,4 %	12 %
VAE Abu Dhabi	246,8	49 600	a) 2,3 % b) 61,9 % c) 35,8 %	2,4 %

Internetquelle: <http://www.laenderdaten.de/laender.aspx>, online zugegriffen im Juli 2012

schaftliche Einbindung. Erst als sich hier um die Wende zum 20. Jahrhundert französische Siedlerkolonien – in Libyen italienische – bildeten, intensivierte sich auch die landwirtschaftliche Nutzung. Sie bewirkte eine weiter zunehmende Integration in die Weltwirtschaft.

- Die Golfregion wurde zunächst allein aus politisch-strategischen Interessen Großbritanniens (*Pax Britannica*) und erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts, nach der beginnenden Erdölförderung, auch aus ökonomischen Gründen in die Weltwirtschaft eingebunden.

Die tributgebundene Produktionsweise und die Durchdringung durch den europäischen Imperialismus verhinderten, dass neben der traditionellen Kaufmannschaft – dem Basar – eine Unternehmerschicht und damit auch eine Arbeiterklasse entstanden. Erst ab den 1920er-Jahren trat in Ägypten im Umfeld der Bank Misr und unter Führung des Bankiers Tal'at Harb eine kleine Gruppe einheimischer Unternehmer hervor. Zuvor hatte sich Mohammed Ali (1805 bis 1848 ägyptischer Vizekönig und osmanischer Pascha) an einer frühen Industrialisierung des Landes versucht.

Importsubstitution und Strukturreform

Weil sich in der Türkei bereits 1923 ein vom europäischen Imperialismus unabhängiger Staat gründete, setzte die türkische Industrialisierung etwa 20 Jahre früher ein als im Rest des Nahen Ostens. Dort begann der Aufbau moderner industrieller Sektoren erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dabei können vier verschiedene Entwicklungspfade unterschieden werden.

- In einer „Revolution von oben“ führten die Republiken Ägypten, Algerien, Irak, Syrien, Türkei und Tunesien eine staatliche Strategie der Importsubstitution durch. Eigenproduktion sollte Auslandsimporte ersetzen. Dazu wurden in ausländischem Besitz befindliche Unternehmen verstaatlicht und schlüsselfertige Industriekomplexe aufgebaut. Den Binnenmarkt kontrollierte fast vollständig die staatliche Bürokratie, sie legte beispielsweise sämtliche Preise, Pro-

duktionsquoten und die Höhe der Kredite fest. Gleichzeitig wurden die Importe von ausländischen Produkten durch die Einführung von hohen Zöllen eingeschränkt (Abschottung nach außen).

- Die relativ ressourcenarmen Monarchien Marokko und Jordanien stießen gemeinsam mit den einheimischen Unternehmern des Privatsektors eine Importsubstitution an. Auch hier sorgten Schutzzölle für eine Abschottung nach außen, die vor allem die neu entstehenden Industriesektoren vor ausländischer Konkurrenz bewahren sollte. Der Binnenmarkt wurde nur teilweise kontrolliert.
- In den Golfmonarchien entstand eine auf den Einnahmen aus Ölexporten basierende, staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik, die im Wesentlichen die Aufgabe hatte, diese Einnahmen an die Gesellschaft und die einheimischen Unternehmer des Privatsektors zu verteilen. Hier existierten im Gegensatz zur Importsubstitution im übrigen Nahen Osten niedrige Außenwirtschaftsbarrieren, und es wurden aus der industrialisierten Welt unbegrenzt Waren eingeführt. Investitionen gingen vor allem in die Infrastruktur, den Bau- und Dienstleistungssektor und teilweise in die Landwirtschaft. Eine Industrialisierung im engeren Sinne konzentrierte sich in dieser Phase weitgehend auf die Förderung und Weiterverarbeitung von Erdöl und später Erdgas.
- Der vierte und letzte Pfad wurde ausschließlich von Israel beschritten. Dort entwickelte sich, vollständig getrennt von den restlichen Ländern des Nahen Ostens, ein Wirtschaftssystem, das in vielen Aspekten vergleichbar mit dem eines europäischen Staates ist. Es basierte zwar ebenfalls auf staatlicher Kontrolle, auf Importsubstitution und hohen Außenhandelsbarrieren. Dazu kamen jedoch von Beginn an eine systematische Förderung der Landwirtschaft, die gezielte staatliche Unterstützung von Exportsektoren – zunächst landwirtschaftliche Produkte und Textilien – und seit den 1970er-Jahren eine zunehmende Spezialisierung auf Hochtechnologie und ein selektiver Abbau der Außenhandelsbarrieren. Diese Alleinstellungsmerkmale Israels beruhten maßgeblich auf der Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus Europa und später den USA sowie auf gezielten Investitionen aus dem Ausland. Beide Aspekte spielten seit Beginn der jüdischen Migration nach Palästina am Ende des 19. Jahrhunderts eine wichtige Rolle und haben bis in die Gegenwart nicht an Bedeutung verloren.

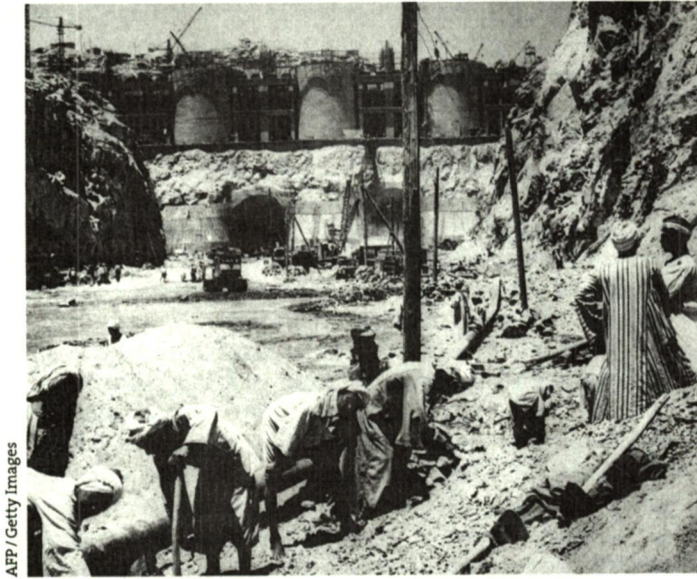


Khaled Desouki / AFP / Getty Images



Grey Villet / Time Life Pictures / Getty Images

Nach 1945 beginnen die arabischen Staaten mit dem Aufbau moderner Industrien. Ausländische Unternehmen werden verstaatlicht, Einfuhrzölle sollen die neuen Betriebe vor ausländischer Konkurrenz schützen. Baumwollernte nahe des Nildeltas (li.), Fernsehfabrik in Staatsbesitz 1963 in Kairo



AFP/Getty Images

Anfangs sind die Wachstumsraten hoch, eine Reihe von Prestigeobjekten wie der ägyptische Assuan-Hochdamm – hier 1965 – entstehen.



REUTERS / Louafi Larbi

Ende der 1970er- bis Mitte der 1980er-Jahre bricht das Wirtschaftswachstum in vielen arabischen Staaten ein. Eine hohe Arbeitslosigkeit entsteht, die durch das starke Bevölkerungswachstum verstetigt wird. „Mauersteher“ in Algier 2010

Alle Länder der Region erreichten zwischen den 1950er- und 1970er-Jahren sehr hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, und sie vollbrachten erstaunliche wirtschaftliche Leistungen (zum Beispiel den Bau des Assuan-Hochdamms in Ägypten 1970 oder den Aufbau von schwerindustriellen Komplexen wie Stahl- und Zementwerken oder Raffinerien). Zwischen dem Ende der 1970er- und der Mitte der 1980er-Jahre brachten jedoch interne und externe Gründe die wirtschaftliche Dynamik in den importsostituierenden Ländern zum Erliegen. Zunächst litt die einheimische Wirtschaft unter einer ineffizienten Organisation der Binnenmärkte durch die vom Staat festgelegten Preise und Produktionsmengen. Dadurch sanken die Staatseinnahmen, und es stieg die Verschuldung durch die Kreditaufnahme bei nationalen und internationalen Banken. Gleichzeitig führte der Zusammenbruch des internationalen Währungssystems fester Wechselkurse, des sogenannten Bretton-Woods-Systems, zu steigenden internationalen Zinsen. Damit erhöhten sich die

Kosten für eine weitere Verschuldung. Viele Staaten konnten deswegen keine neuen Kredite aufnehmen oder waren nicht in der Lage, bestehende zurückzuzahlen.

Außer den kleinen Golfstaaten und Saudi-Arabien, die durch den einträglichen Export von Erdöl über ausreichend eigene finanzielle Mittel verfügten, sowie Irak und Syrien, die zusätzlich ideologische Vorbehalte hemmten, waren alle Länder seit circa Anfang der 1980er-Jahre auf die Hilfe externer Akteure angewiesen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank machten die Gewährung von Krediten von einer Strukturreform abhängig. Diese Strukturanpassung, exemplarisch zusammengefasst im sogenannten Washington Consensus, verlangte, dass der Staat die Kontrolle der Binnenmärkte reduzierte, Staatsunternehmen und staatliche Dienstleistungen, zum Beispiel Wasser- und Energieversorgung, privatisierte, Außenhandelsbarrieren abbaute sowie das Besteuerungssystem verbesserte. In den meisten Ländern führten diese Maßnahmen zunächst zu weiteren Problemen, wie einer hohen Arbeitslosigkeit und dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Erst in den 1990er-Jahren gab es wieder eine Phase ökonomischen Wachstums, die diesmal vor allem vom Privatsektor getragen war. Doch das größte der ökonomischen Probleme, die hohe Arbeitslosigkeit, ließ sich damit nicht beseitigen.

Abhängigkeit vom Erdöl und boomende Golfregion

Die Erdölfunde in Iran zu Beginn des 20. Jahrhunderts und auf der arabischen Halbinsel in den 1930er-Jahren prägen bis heute die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des gesamten Nahen Ostens. Der fossile Rohstoff Erdöl ist von essenzieller Bedeutung für die Weltwirtschaft. Einerseits ist Erdöl der wichtigste Energieträger weltweit und andererseits Ausgangsrohstoff für zahlreiche andere Produkte wie Kunststoffe, Kosmetika oder Medikamente. Der Anstieg der Weltölpreise in den 1970er-Jahren (Erdölpreisrevolution) bewirkte eine historisch bisher einmalige Umverteilung von Kapital aus den Industrieländern in die ölreichen Entwicklungsländer. Seitdem gibt es im Nahen Osten Staaten mit einer sogenannten Rentierökonomie (Rentierstaaten). Die hohen Einnahmen aus dem Erdölexport werden als eine Art Rente in Form von Löhnen und Gehältern, Subventionen und Krediten an die Bevölkerung verteilt. Zwei Staatengruppen lassen sich unterscheiden: Zum einen die ölreichen Monarchien Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Iran bis 1979 und zum anderen die ölreichen Republiken Algerien, Libyen, Irak und Iran (seit 1979) (siehe auch S. 29 ff.).

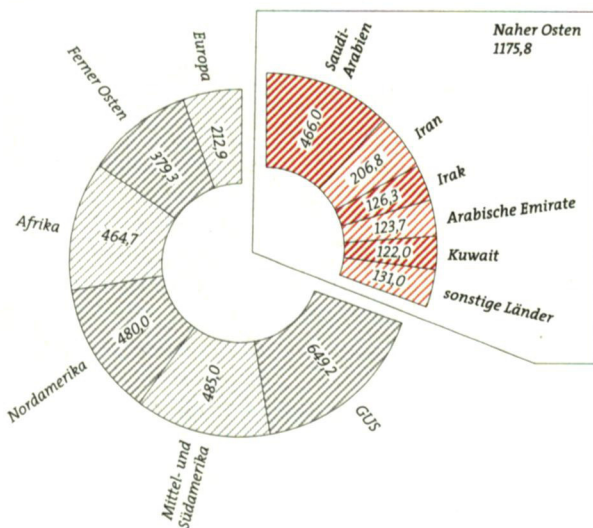
Allen gemeinsam ist eine Reihe von Merkmalen: Die Erdölpreisrevolution (1973/74) verschaffte vielen der Ölstaaten über Nacht einen bisher ungekannten Reichtum. Es galt nun, diesen Reichtum angemessen zu verwenden, ohne die eigene Ökonomie zu schädigen. Zunächst wurde massiv innerhalb des Landes, insbesondere in die staatliche Bürokratie, in die Infrastruktur, aber auch in das Militär, investiert. Zudem wurden die „Petrodollars“ (Erdöleinnahmen) eingesetzt, um Importe aus den Industriestaaten zu finanzieren („Petrodollar-Recycling“). Zusätzlich wurden Teile des Ölreichtums direkt über zwischenstaatliche Finanztransfers an ressourcenarme



Die reichen Ölstaaten dagegen werben zunehmend Arbeitsmigranten aus Asien an, weil diese preiswerter sind als arabische Arbeitskräfte. Bauarbeiter warten auf den Rücktransport in ihre Unterkunft. Dubai 2006

Öl aus Nahost

2009 wurden weltweit 3846,9 Millionen Tonnen Rohöl gefördert, davon in



einschl. Öle von nicht-konventionellen Quellen (Kondensate, Ölsände, Ölschiefer, Orimulsion u. a.)

Quelle: Mineralölwirtschaftsverband, Oil & Gas Journal, OPEC © picture-alliance / dpa-Grafik · 14.185

Staaten oder indirekt über Arbeitsmigration innerhalb der Region verteilt. Dieses System der Verteilung von Öleinnahmen innerhalb der Region des Nahen Ostens wird als „Petroismus“ bezeichnet. Es gab politische und wirtschaftliche Gründe dafür. Zunächst forderten die ärmeren arabischen Staaten – Israel war von diesem System ausgenommen – ihren Anteil am Ölreichtum auf Grundlage der Idee einer einheitlichen arabischen Nation (Panarabismus). Dazu sahen sich die reichen Ölstaaten veranlasst, die „Frontstaaten“ im arabisch-israelischen Konflikt zu unterstützen. Schließlich führten der Ölreichtum und die darauf aufbauende Wirtschaftsentwicklung in den Ölstaaten zu einer hohen Nachfrage nach Arbeitsplätzen in allen Sektoren. Aus sprachlichen und kulturellen Gründen wurde dieser Bedarf zwischen den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem aus den ärmeren arabischen Staaten gedeckt.

Trotz der sehr hohen Kapitaltransfers von Nord nach Süd kam es jedoch zu keiner breiten und nachhaltigen industriellen

len und wirtschaftlichen Entwicklung. Obwohl die Ölstaaten gerade in den 1970er-Jahren sehr hohe Wachstumsraten verzeichneten, diversifizierten (verbreiterten) sie ihre Wirtschaftsstruktur unzureichend. Alle wirtschaftlichen Aktivitäten blieben direkt oder indirekt über staatliche Subventionen von den Öleinnahmen abhängig. Typische Bereiche, die sich aufgrund hoher Öleinnahmen überproportional entwickelten, waren der Dienstleistungssektor und die Immobilienwirtschaft.

In den 1980er- und 1990er-Jahren offenbarte sich die Schwäche dieser einseitig von Öleinnahmen abhängigen Wirtschaftsentwicklung, als der Weltmarktpreis für Öl deutlich zurückging und auf einem niedrigen Niveau verharrte. Nun fehlten nachhaltige Industriesektoren zum Ausgleich der durch den Rückgang des Ölpreises entstehenden Einkommensverluste. Alle Staaten durchliefen in dieser Zeit schmerzhaft strukturelle Anpassungsprozesse, mussten Teile des Staatssektors privatisieren, das Steuersystem reformieren und Außenhandelszölle reduzieren. Nur die relativ bevölkerungsarmen Golfmonarchien sowie Syrien und Irak konnten diese Anpassungen ohne die Hilfe externer Akteure durchführen.

Seit Beginn der 2000er-Jahre stieg der Weltölpreis erneut an und leitete eine zweite durch Erdöleinnahmen finanzierte Wachstumsphase in den Erdöl exportierenden Ländern der Region ein. Insbesondere die Golfstaaten investieren seitdem erneut massiv in den Dienstleistungssektor und in die Immobilienwirtschaft. Viele der kleineren Golfstaaten bauen nebenher ihre Tourismus- und Transportsektoren aus. Zusätzlich dazu wird aber auch gerade in der boomenden Golfregion versucht, die bereits existierende petrochemische Industrie zu diversifizieren und neue Produktionsbetriebe innerhalb von exportorientierten Wirtschaftszonen anzusiedeln. Auch diesmal sind die lokalen Arbeitsmärkte nicht in der Lage, die für diese Expansion notwendige Anzahl an Arbeitskräften zur Verfügung zu stellen. Im Vergleich zu den 1970er-Jahren kommt diesmal die Mehrheit der ausländischen Arbeitskräfte jedoch nicht mehr aus anderen arabischen Ländern, sondern aus Asien, zum Beispiel aus Indien, Pakistan und den Philippinen. Das liegt vor allem daran, dass asiatischen Arbeitskräften geringere Löhne gezahlt werden können als Arbeitskräften aus arabischen Staaten. Viele, wenn auch nicht alle ausländischen Arbeitskräfte arbeiten unter unzumutbaren Bedingungen: Sie bekommen sehr niedrige Löhne, haben nur befristete Arbeitsverträge und können jederzeit des Landes verwiesen werden.



Um ihre Wirtschaft auf eine breitere Basis zu stellen, investieren viele Golfmonarchien massiv in den Dienstleistungs- und Immobiliensektor. Blick auf die Sheikh Zayed Road in Dubai

Tourismus und neue Technologien

Gegenwärtig verfügt mit Ausnahme Israels und teilweise der Türkei, Tunesiens und Marokkos kein Land des Nahen Ostens über einen Wirtschaftssektor, der auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig ist. Die einzige Ausnahme bildet der Tourismus, der sich seit den 1990er-Jahren wegen der geografischen Lage und klimatischer Bedingungen, aber auch aufgrund der damaligen politischen Stabilität in der Region als ein konkurrenzfähiger und ständig wachsender Wirtschaftssektor etablierte. In vielen Ländern ist der Tourismus seit Mitte der 1990er-Jahre



Nadine Kupp / Getty Images

Ein wichtiger Wirtschaftssektor ist die Tourismusindustrie, daneben setzen die Golfstaaten verstärkt auf Kunst und Kultur. Das Museum für islamische Kunst vor der Skyline von Doha, Katar

Treffpunkt der islamischen Welt

[...] Das eigentliche architektonische Erkennungszeichen von Abu Dhabi ist der Bauzaun, der nirgends aufhört. Schier unendlich zieht er sich entlang der schnurgeraden Straßen durch die Stadt, trennt ganze Viertel voneinander, macht Kreuzungen unpassierbar. [...] Die ganze Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) gleicht einer Baustelle. [...] Um gerüstet zu sein für die Zeit nach dem Öl, will [sie] zum unangefochtenem Zentrum für Tourismus und Kultur im gesamten Mittleren Osten aufsteigen. [...]

Eine Stadt, die Fußgänger nicht kennt, und in der die Hotels vor allem seelenlose Marmorburgen sind, als Urlaubsziel? Ja, und zwar nicht unbedingt für den Westen (mit Ausnahme vielleicht der sonnenhungrigen Briten, die hier ab nachmittags die Hotelbars bevölkern), sondern für die arabische Welt. Allen voran der direkte Nachbar Saudi-Arabien reist nach Abu Dhabi, um Ferien zu machen. Im Oktober stellte der Ölstaat den Löwenanteil der Gäste von der Arabischen Halbinsel.

Aber auch Pakistan, Iran oder Irak wollen in Abu Dhabi ausspannen. Sie genießen den westlichen Luxus und müssen hier trotzdem nicht auf muslimische Normvorstellungen verzichten: Alkohol ist nur in Hotels erhältlich, jede Shopping Mall hat auch einen Gebetsraum. Und schließlich: Die VAE sind eine Insel des Friedens. Ganz anders als die Nachbarn Jemen oder Afghanistan. [...] [D]ie arabische Welt bucht nicht nur ihren Urlaub in Abu Dhabi. In den letzten

zehn Jahren haben sich die Emirate zum Kunstzentrum der gesamten Region entwickelt. Die stabilen Verhältnisse sind dafür ein Grund, aber auch die wachsende Infrastruktur: Es gibt internationale angesehene Biennalen wie die Sharjah Biennale und große Ausstellungshäuser wie das Museum für islamische Kunst in Doha. Das Auktionshaus Christie's hat 2006 in Dubai eine Filiale eröffnet, wo es allein mehr als 20 Galerien gibt, und mit der Art Dubai [...] und der Abu Dhabi Art besitzt die Region zwei internationale Messen.

Gerade auf den Kunstmessen wird es besonders deutlich: Der Westen spielt hier keine tragende Rolle mehr. Statt aus den USA oder Europa stammen die Sammler aus Saudi-Arabien, Katar oder Iran, die hier Kunst kaufen. Und dann auch öffentlich ausstellen. Die beiden Iraner Farhad Farjam und Ramin Salsali zeigen ihre Sammlung arabischer Kunst in ihren Privatmuseen in Dubai. [...]

Das starke Bemühen um Kulturvermittlung, gerade bei der Jugend, macht sich in den Ölstaaten überall bemerkbar. Noch vor der offiziellen Eröffnung war die Abu Dhabi Art stundenlang von fröhlichen Schulklassen bevölkert. Abends trugen Kinder stolz bunt bemalte Leinwände aus der Messe, die sie unter kunstpädagogischer Aufsicht dort gemacht hatten. In Katar gibt es dagegen eine Bildungsinitiative „Jedem Kind ein Instrument“. Jedes Kind bekommt auf Wunsch ein Musikinstrument und dazu wöchentlich Unterricht. Gratis, natürlich. Auch für Anwohner aus dem Ausland. Es ist der große Zukunftsoptimismus, der in diesem Land so auffällt. Nicht der in

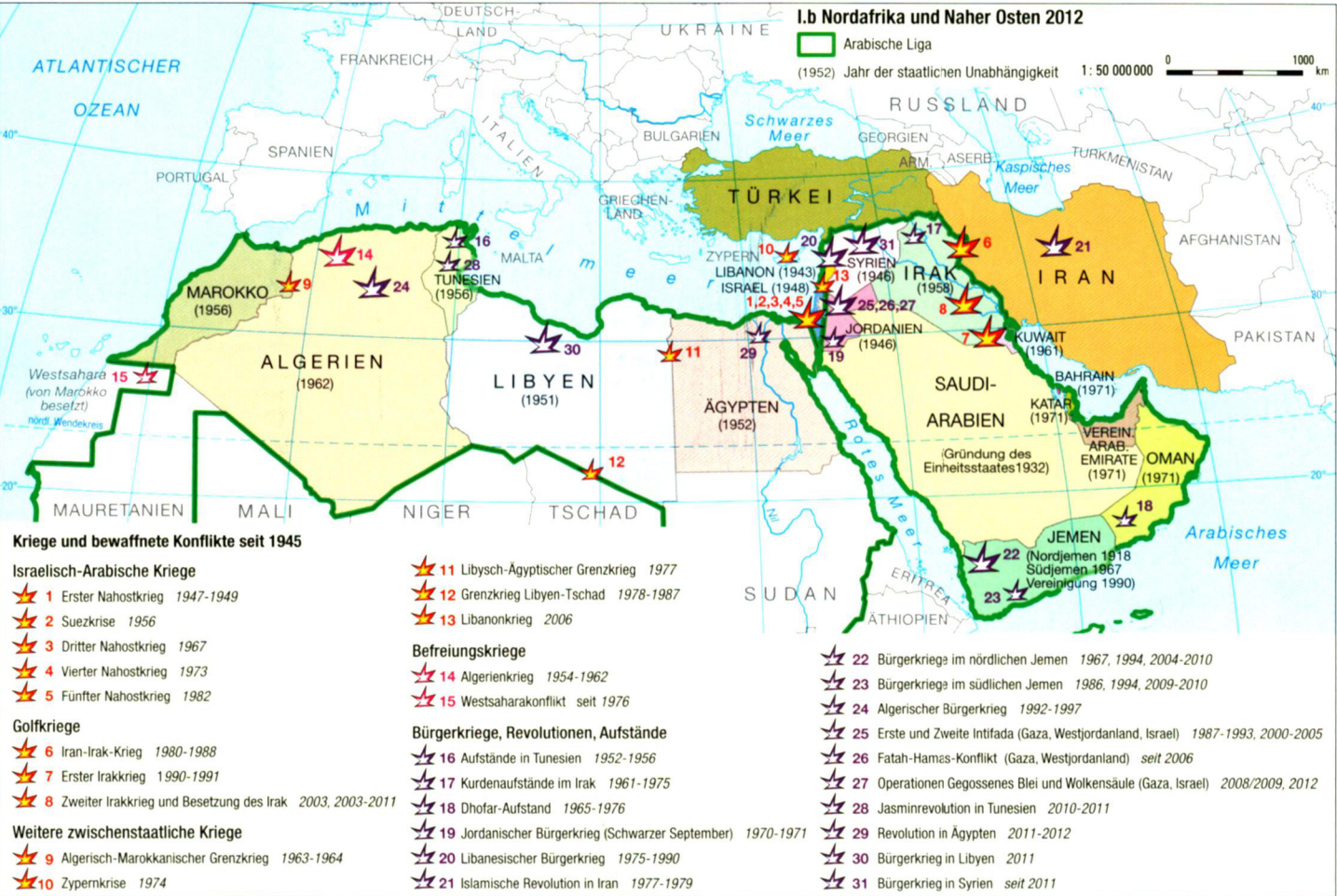
den Artikeln der staatlichen Zeitungen, die ja zum Applaus verdammt sind. Die Emirate werden monarchisch regiert, die Thronfolge ist erblich geregelt, öffentliche Kritik gibt es so gut wie nicht. Und auch nicht der Optimismus, den jedes fertiggestellte Hochhaus und jedes neue Bauplatz verkünden soll.

Es ist vielmehr die Hoffnung, die all die Einwanderer in dieses Land bringen. Sie strömen aus der ganzen Welt hierher und machen knapp 90 Prozent der Bevölkerung aus. Etwa der junge Barmann aus Kongo, der später ein Hotel in Afrika aufmachen will, oder der deutsche Architekt, der hier bauen kann, was er Zuhause nicht mal entwerfen darf. Auch die indischen Kleinbusse sind vermutlich voller Hoffnungen, wenn sie ihre Bauarbeiter herumkurven. Deren zu Recht hart kritisierte Arbeitsbedingungen haben sich verbessert. Es gibt gesetzlich vorgeschriebene Mittagspausen und größere Unterkünfte. Optimal ist das noch lange nicht. Aber es wird besser.

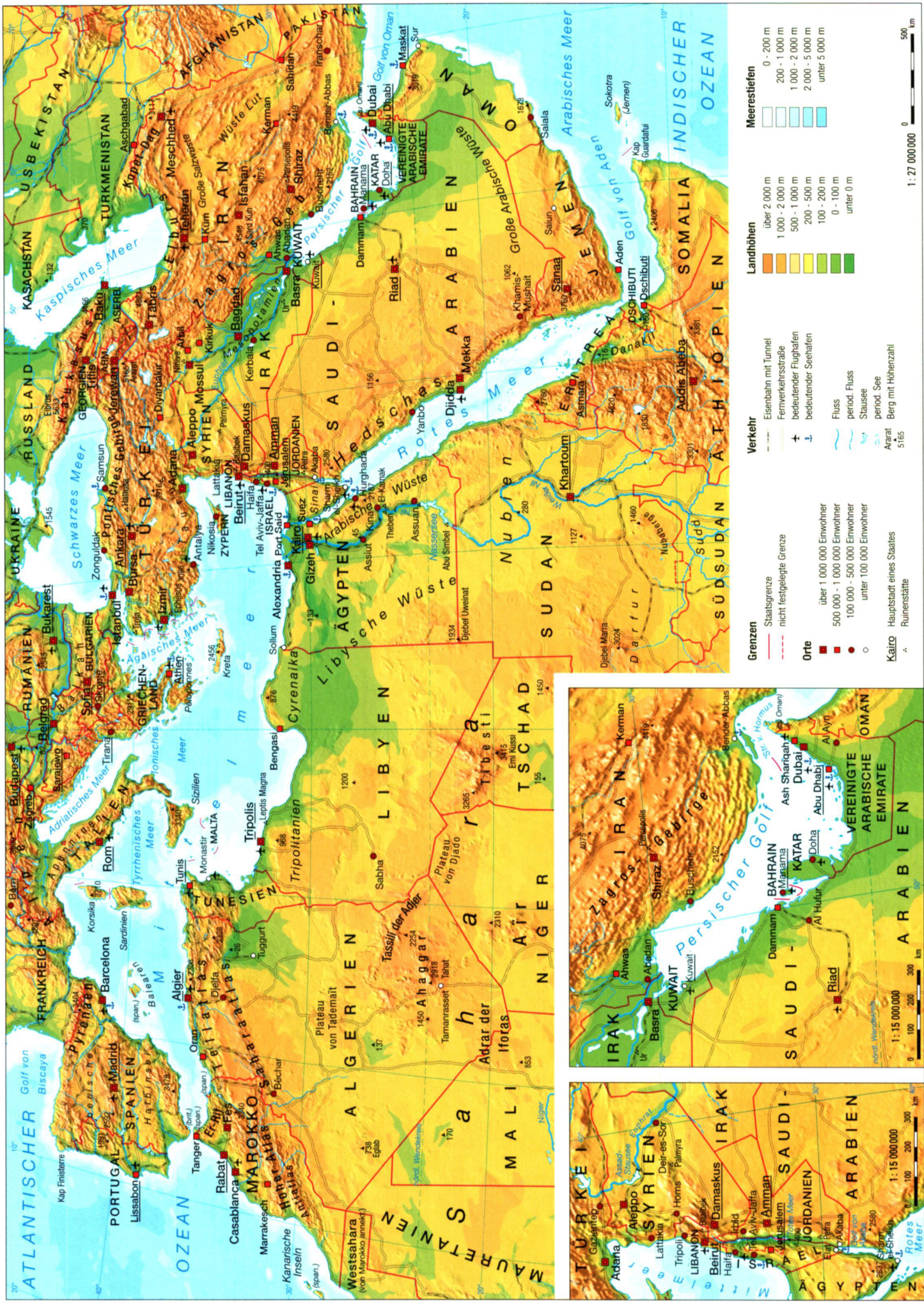
Die Emirate brauchen den Zukunftsoptimismus. Das Land steht vor der größten Herausforderung seiner jungen Geschichte. Die sieben Prozent der globalen Erdölreserven, von denen Abu Dhabi täglich 2,4 Millionen Fass fördert, werden in absehbarer Zeit versiegen. Das wissen die Scheichs und arbeiten am Umbau ihres Landes. [...]

Laura Weissmüller, Aufbruch ohne den Westen, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. Dezember 2011

Nordafrika und Naher Osten - Kolonialismus, Kriege und Konflikte

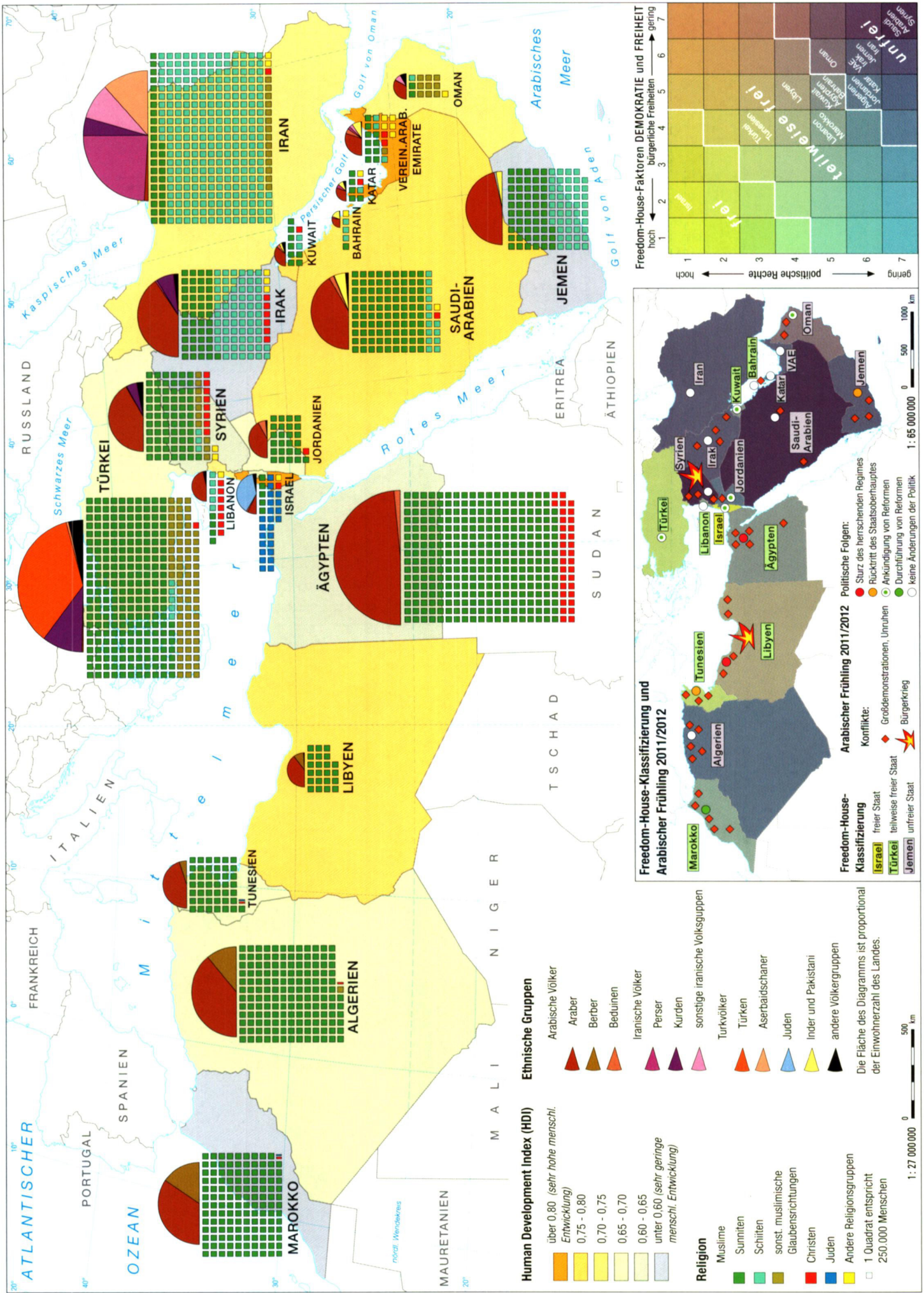


Nordafrika und Naher Osten - Physische Übersicht, Grenzen und Verkehr





Nordafrika und Naher Osten - Völker, Religionen, Wohlstand und Freiheit



zur wichtigsten Einnahmequelle internationaler Zahlungsmittel geworden. Diese Devisen wurden zur Finanzierung von Importen für andere Wirtschaftssektoren benötigt. Die Länder mit den höchsten Einkommen aus dem Tourismus sind Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Libanon. In den fünf zuerst genannten Ländern dominiert ein von westlichen Touristen geprägter Bade- und Einkaufstourismus. Ägypten bietet eine zusätzliche Attraktion in Gestalt seiner archäologischen Stätten. Der Libanon und teilweise auch Jordanien werden eher von arabischen Touristen besucht. Der Tourismus in Saudi-Arabien konzentriert sich aufgrund der Einreisebestimmungen fast ausschließlich auf die jährlichen Pilgerreisen nach Mekka und Medina.

Trotz dieser Erfolge hat der Tourismussektor im Nahen Osten bisher nur geringe Impulse in anderen Bereichen der Wirtschaft ausgelöst. Das liegt einerseits an der fehlenden Verzahnung mit der einheimischen Volkswirtschaft, die in der



picture alliance / MILAGROPRESS / MAXPPP

Palm Jumeirah ist eine von drei künstlichen Inselgruppen in Dubai. Auf der Insel befinden sich Villen, Ferienhäuser und Hotels, die Besucher aus der ganzen Welt anlocken sollen.

Solarstrom für Katar

[...] Bisher lebt Katar, diese kleine Halbinsel im persischen Golf, vor allem von Erdgas. Vor rund vierzig Jahren wurde vor der Küste das angeblich größte Erdgasfeld der Welt entdeckt. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Land zu einem der führenden Verarbeiter von Erdgas entwickelt – und damit zu einem der reichsten Länder der Erde.

Die fossilen Ressourcen ermöglichen es den Katarern, an einem der lebensfeindlichsten Flecken der Erde ein komfortables Leben zu führen. Mit Strom aus Erdgas kühlen sie ihre Gebäude in der Hitze der Wüste und entsalzen ihr Trinkwasser. Mit den Erlösen aus dem Gasexport kaufen sie ihre Nahrung. In Katars Wüste gedeiht fast nichts: Weit mehr als neunzig Prozent der in Katar konsumierten Lebensmittel kommen aus dem Ausland.

Der Gas-Reichtum führt dazu, dass Katar pro Kopf die höchsten Emissionen weltweit ausstößt – nicht nur wegen des energieintensiven Lebensstils, sondern auch, weil die Verflüssigung des Erdgases für den Export so viel Energie verbraucht.

Jetzt sollen die Einnahmen aus den fossilen Ressourcen dazu beitragen, die Gesellschaft nachhaltiger zu gestalten. [D]ie Herrscher des Emirats [...] investieren in Bildung, Landwirtschaft und erneuerbare Energien.

Das Solar-Testfeld ist ein erster kleiner Schritt. Noch sieht es recht klein aus, eines Tages aber soll es eine Fläche von rund 30 000 Quadratmetern umfassen. Dann wäre es etwas mehr als vier Fußballfelder groß. Im Vergleich zu Deutschlands größtem Solarpark Lieberose (500 000 Qua-

dratmeter Solarmodule) wäre aber selbst das verschwindend gering.

Omran al Kuwari [...] ist der Chef von Green Gulf. Das Unternehmen soll, mit dem Segen des Emirs und seiner Ehefrau, von Doha aus das Geschäft mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz auf der arabischen Halbinsel, in Nordafrika und Asien vorantreiben. 20 Millionen US-Dollar nimmt Katar in die Hand, um sein Solar-Testfeld aufzubauen. In dem Solarpark will Green Gulf gemeinsam mit dem örtlichen Qatar Science & Technology Park (QTSP) und einer Tochter des US-Ölkonzerns Chevron etwa zwanzig unterschiedliche Photovoltaik- und Solarthermie-Technologien erproben.

Es bedarf so vieler Testmodule, weil die technischen Anforderungen an die Solarzellen alles andere als simpel sind. Das Klima in Katar ist extrem, die starke Sonne, der Wind, Staub und die Feuchtigkeitsverhältnisse können den Zellen zusetzen. Die sind für solche Bedingungen in der Regel nicht ausgelegt.

Die Katarer wollen die neuen Technologien nicht einfach kaufen, sondern sie gemeinsam mit ausländischen Partnern selbst entwickeln. „Wir wollen selbst zu Experten werden und unsere eigenen Kapazitäten aufbauen, finanziell und technologisch“, sagte QTSP-Chef Tidu Mani während der Einweihung des Solar-Testfeldes.

Für Green-Gulf-Chef al Kuwari sind die Erneuerbaren eine Herzensangelegenheit. „Unser Lebensstil ist nicht richtig“, sagt er. „Jeder hat fünf Autos, all unsere Nahrung wird importiert. [...] Ich habe gesehen, wie die Verhaltensweisen in anderen Teilen der Welt sich ändern“ [...].

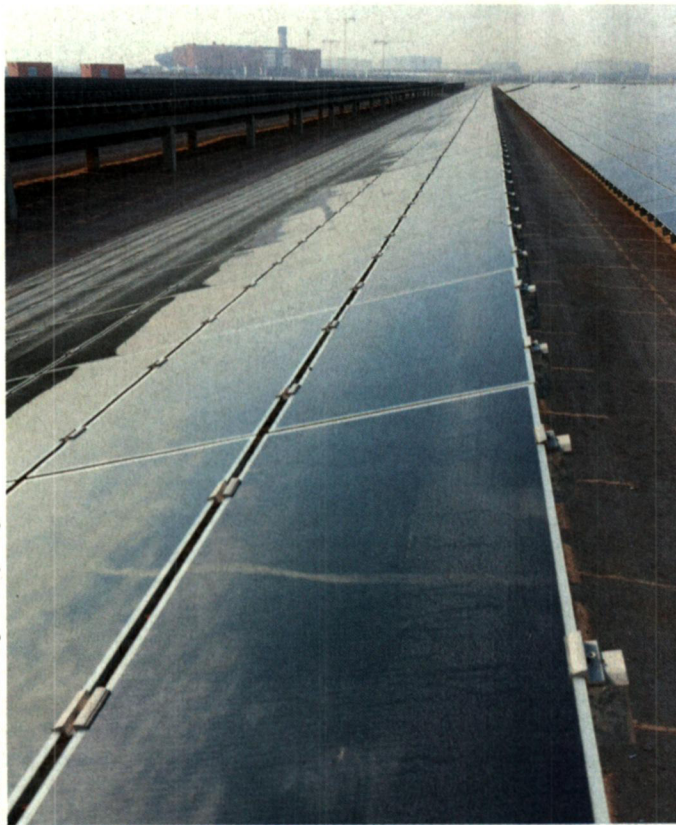
[...] Eigentlich sei der sparsame Umgang mit Ressourcen in der Kultur der Katarer verwurzelt, sagt al Kuwari. „Bevor wir reich wurden, lebten wir in der Wüste und sparten Wasser wie sonst niemand.“ Erst die Gas-Bonanza habe das geändert.

Ums Geschäft geht es dem Firmenchef natürlich auch. Solarenergie sei „eine gute Möglichkeit, unsere Wirtschaft zu diversifizieren“, sagt al Kuwari. Man wolle Expertise erwerben und Jobs schaffen. Das werde sich lohnen: „Die Nachfrage nach Solarenergie in der Region steigt, die Kosten für Solarzellen sinken, zugleich werden fossile Brennstoffe teurer.“ Und dann sei da noch der Klimawandel. Alles zusammen beschere der Sonnenenergie eine aussichtsreiche Zukunft.

Bis zum Jahr 2015 sollen die Tests auf dem Versuchsgelände abgeschlossen sein. Irgendwann in der Zukunft will Katar dann in der Lage sein, seine Gebäude mit Sonnenenergie zu kühlen und sein Trinkwasser mit Solarkraft zu entsalzen. Selbst die Nahrungsmittel des Landes sollen dann zum großen Teil in Katar selbst erzeugt werden – mit Hilfe von Wasser, das in solarbetriebenen Anlagen entsalzen wurde. Es sind gigantische Pläne, aber sie sind realistisch, glaubt al Kuwari. [...]

[Doch] auch Green-Gulf-Chef al Kuwari [relativiert] seine Schwärmerei für Solarstrom. Er sei sich sicher, für Katar werde Erdgas auch in Zukunft die wichtigste Energiequelle bleiben. „Die Sonne kann es nur ergänzen.“

Alexandra Endres, „Katar will weg vom Gas – ein bisschen“, in: ZEIT ONLINE vom 4. Dezember 2012 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-12/katar-solarstrom> (zuletzt abgerufen am 13.12.2012)



Neben Nordafrika bietet auch die arabische Halbinsel ein großes Potenzial für ökologisch produzierte Energie. In Masdar City, VAE, soll eine komplett emissionsfreie Stadt für 50 000 Bewohner entstehen. Solarpanel einer 10-Megawatt-Photovoltaik-Anlage

Mehrheit nur billige Arbeitskräfte, einfache Baustoffe oder Gegenstände des täglichen Bedarfs bereitstellt. Andererseits sind die Gewinne im Tourismussektor sehr ungleich verteilt. Neben ausländischen Investoren hat in der Vergangenheit nur ein geringer Teil der einheimischen Bevölkerung, darun-

ter insbesondere wenige Privatunternehmer, Teile des Militärs und hohe Staatsbeamte, von diesem Erfolg profitiert.

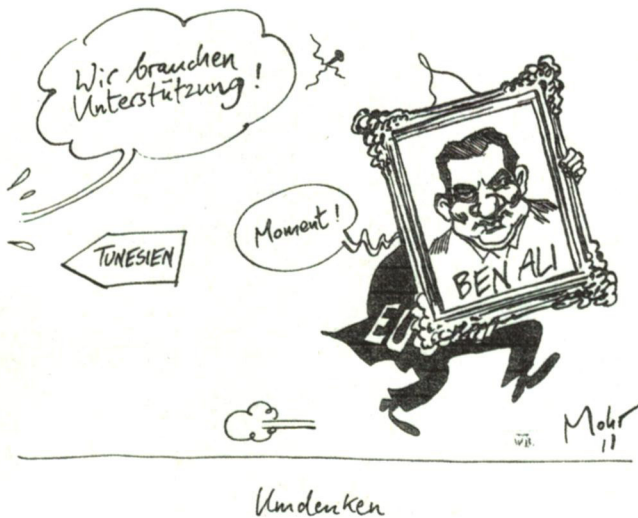
Für die künftige Wirtschaftsentwicklung eröffnen sich derzeit zwei besonders vielversprechende Perspektiven: Zum einen bieten die riesigen Wüstengebiete Nordafrikas ein großes Potenzial für ökologisch produzierte Energie. Ein erster Ansatz in diese Richtung ist die Initiative „Desertec“, die dort Solarstrom gewinnen will. Um dieses Potenzial für einheimische Märkte und den Export nutzbar zu machen, müssen allerdings technische (Energietransport) und juristische (Eigentümerschaft) Fragen gelöst werden. Vor allem aber müssen die Gewaltkonflikte eingedämmt werden, die im Zuge des „Arabischen Frühlings“ vermehrt aufgetreten sind. Zum anderen haben die Türkei und punktuell auch Tunesien und Marokko gezeigt, dass sich trotz ökonomischer Liberalisierung mit einer vom Staat unterstützten und in den Binnenmarkt eingebetteten exportorientierten Wirtschaftspolitik Erfolge erzielen lassen.

In der Türkei ist diese Entwicklung am weitesten vorangeschritten. Ganze Wirtschaftssektoren, wie die Textil- und Elektroindustrie, aber auch Unternehmen der Kfz-Zuliefererindustrie, sind mit ihren Produkten seit einigen Jahren weltmarktfähig. In Tunesien existiert bereits seit den 1970er-Jahren ein Industriesektor, der ausschließlich für den Export produziert und aufgrund von Investitionen aus dem Ausland entstanden ist (*Offshore-Sektor*). Allerdings ist dieser Sektor so gut wie gar nicht mit dem tunesischen Binnenmarkt verknüpft. Nur wenige tunesische Unternehmen produzieren als Zulieferer für den Offshore-Sektor und bis vor kurzem war der Verkauf der Waren aus diesem Sektor in Tunesien nicht erlaubt, um die einheimische Industrie zu schützen. Seit Mitte der 2000er-Jahre entsteht im Norden Marokkos das Projekt „Tanger-Med“, das einen Tiefseewasserhafen und mehrere Freihandelszonen beinhaltet. Neben positiven Effekten für die wirtschaftliche Entwicklung in dieser marokkanischen Region – inzwischen sind mehr als 50 000 neue Arbeitsplätze entstanden – bleibt auch bei diesem Projekt die Notwendigkeit bestehen, die in den Freihandelszonen produzierenden Unternehmen mit der einheimischen marokkanischen Industrie zu verknüpfen.

Einfluss der Entwicklungszusammenarbeit

Das Engagement des Westens in der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens war seit Beginn der 1970er-Jahre sehr hoch. Insgesamt haben alle Industrieländer und viele internationale Organisationen massiv in die Verbesserung der Lebensverhältnisse, in sozio-ökonomische Entwicklungsperspektiven und wirtschaftliche Strukturformen investiert. Im Vergleich zur Höhe dieses Engagements sind die Erfolge jedoch gering geblieben. Das hat mehrere Gründe. Zunächst sind viele Erwartungen in Bezug auf die positiven Effekte von Entwicklungshilfe unrealistisch. Trotz einer verbesserten Grundversorgung oder der Bereitstellung von Bildungsangeboten können zentrale Entwicklungsprobleme, wie die zu geringe Anzahl an Arbeitsplätzen, die Qualitätsmängel der Schulbildung, die fehlende berufliche Ausbildung und die zu geringe Wettbewerbsfähigkeit, nur sehr langfristig gelöst werden. Dazu kommt, dass Entwicklungshilfe aus historischen Gründen und um den Verdacht einer neuen Form von Kolonialismus zu vermeiden, sensibel und

in Zusammenarbeit mit lokalen staatlichen und nichtstaatlichen Partnern erfolgen muss. Eine wichtiger Erklärungsfaktor für die in vielen Bereichen unzureichenden Ergebnisse ist die sicherheitspolitische Bedeutung der Region für den Westen. Viele entwicklungspolitische Zielsetzungen, wie beispielsweise die Stärkung von Partizipationsrechten oder die Bildung von nachhaltigen Institutionen, scheiterten an der Befürchtung, dass diese möglicherweise die politische Stabilität der autoritären Regime bedrohen könnten. Aktuelle Formen der Entwicklungszusammenarbeit im Kontext des „Arabischen Frühlings“ konzentrieren sich nunmehr vor allem darauf, neue Initiativen in den sogenannten Transformationsländern Tunesien, Libyen und Ägypten zu unterstützen. Daneben konzentriert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit für die Region des Nahen Ostens insgesamt auf die Schwerpunkte Wasser und Abwasser, Erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie Berufs- und Hochschulausbildung.



picture-alliance / dpa / epa Khaled El-Fiqi

Seit den 1970er-Jahren engagieren sich die westlichen Staaten für die Entwicklung im Nahen Osten. Ein Schwerpunkt Deutschlands ist die Berufsausbildung. Junge irakische Ingenieure 2005 bei einer Fortbildung durch die GTZ.

Europa und der „Arabische Frühling“

Das Internationale Institut für Strategische Studien in London stellte in seinem im März veröffentlichten Jahresbericht 2011 richtig fest, dass der „Arabische Frühling“ in allen betroffenen Staaten primär eine interne Auseinandersetzung sei. Diese Auseinandersetzungen hatten jedoch zwangsläufig auch außenpolitische Auswirkungen. Vor allem die blutigen Auseinandersetzungen in Libyen, Jemen und Syrien riefen sowohl den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Verabschiedung mehrerer Resolutionen) als auch die USA, die EU, aber auch Russland und China auf den Plan. Sie zwangen sie zu einer Positionierung gegenüber den Protestbewegungen.

Für die EU und damit auch Deutschland bedeuteten die Umbruchprozesse in der unmittelbaren Nachbarschaft eine innen-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Herausforderung, auf die es zu reagieren galt. Dies betraf die Waffenproliferation in Nordafrika als Folge der geplünderten Waffendepots Gaddafis, aber auch die steigende illegale Migration. Sie wurden von den fehlenden oder ineffizienten Kontrollen der Sicherheitsorgane begünstigt, die sich in einem Auflösungs- oder Neugründungsprozess befinden. Die sich verschärfenden Wirtschaftsprobleme, eine Konsequenz des drastisch einbrechenden Tourismus und der zurückgehenden Auslandsinvestitionen, sorgen für ein anhaltendes Migrationsproblem. Die europäischen Staaten wollen deswegen mit diversen Maßnahmen die negativen Rückwirkungen

auf Europa eindämmen, indem sie einen Beitrag zur Etablierung einer neuen Ordnung und zur Wiederbelebung der Wirtschaft vor Ort leisten.

Der Demokratisierungsdiskurs in den Staaten des „Arabischen Frühlings“ wurde auf europäischer Seite prinzipiell begrüßt und von der deutschen Bundesregierung bereits seit 2011 mit ausgewählten Transformationspartnerschaften (Tunesien, Ägypten) unterstützt. Die EU stellte im Rahmen ihres Ansatzes „mehr für mehr“, also mehr Hilfe bei zunehmender Demokratisierung, ebenfalls Gelder bereit. Abgesehen davon, dass die bereitgestellten Millionenbeträge zu gering sind, um Substantielles bewirken zu können, wirken zwei Faktoren einer von außen unterstützten demokratischen Transformation entgegen: Zum einen das hohe Misstrauen gegen westliches finanzielles Engagement. Dieses zeigte sich exemplarisch im ägyptischen Vorgehen gegen US-amerikanische Stiftungen und die Konrad-Adenauer-Stiftung, während die Milliardenhilfen islamischer Stiftungen unbehelligt blieben. Zum anderen ist das seit Ende 2011 feststellbare Erstarken islamistischer Gruppen problematisch. Die Wahlsiege islamistischer Parteien in Tunesien, Marokko und Ägypten im Spätherbst 2011 und die immer stärker zum Ausdruck kommende Intoleranz einiger islamistischer Gruppen vor allem gegenüber Frauen, Kunstschaffenden und Sufis sowie generell Andersdenkenden, denen die Verbreitung unislamischer Werte oder im Falle der Sufis Götzen-

anbetung vorgeworfen wird, schüren seither bei vielen religiös-liberal und säkular eingestellten zivilgesellschaftlichen Gruppen die Befürchtung, dass ein Konflikt um die zukünftige Staats- und Gesellschaftsordnung mit Islamisten bevorsteht. Die Islamisten nutzen die neuen Handlungsspielräume seit 2011 gezielt, um sich als Alternative zu „westlichen“ Konzepten aufzubauen; dazu nutzen sie die religiösen Gefühle der Mehrheitsbevölkerung geschickt aus. Die Möglichkeiten europäischer Staaten, in diese Auseinandersetzungen um die innenpolitische Umgestaltung in Nordafrika und Nahost einzugreifen, sind gering.

Hanspeter Mattes, „Eher Zaungast als aktiver Mitgestalter“, in: *Leibniz-Journal* 3/2012 vom 5. Dezember 2012, S. 8

Viola Lucas

Gesellschaftliche Herausforderungen

Die sozioökonomische Entwicklung im Nahen Osten hat Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche. Gegenwärtig spielen die Themen demografische Entwicklung, Bildungsmisere, Jugendarbeitslosigkeit, der Stadt-Land-Gegensatz, die Rolle der Frau und die Wasserversorgung eine besonders wichtige Rolle in der Region.

Alters- und Bevölkerungsstruktur

Charakteristisch für den Nahen Osten ist eine junge Bevölkerung, da in vielen seiner Staaten mehr als die Hälfte der Einwohner unter 30 Jahre alt ist. Eine junge Bevölkerung stellt einen Staat vor zwei grundsätzliche Herausforderungen. Er muss die öffentliche Infrastruktur der stetig wachsenden Bevölkerung anpassen und somit mehr Kindergärten, Schulen und Universitäten finanzieren. Aufgrund des hohen Anteils der Nicht-Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung fehlt es jedoch an Steuereinnahmen, die zum Ausbau und zur Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur benötigt werden. In den nahöstlichen Staaten ohne hohe Einnahmen aus Ölexporten verschärft die hohe Jugendarbeitslosigkeit das Finanzierungsproblem des Staates weiter. Im Zeitverlauf werden zahlenmäßig mehr Jugendliche das Erwachsenenalter erreichen, als sich heute in diesem befinden: Sie werden auf den Arbeitsmarkt drängen und mehr Kinder auf die Welt bringen können, als dies momentan der Fall ist. Dieser Bevölkerungsanstieg zieht gleichzeitig soziale, ökonomische, ökologische und damit politische Herausforderungen nach sich. Zukunftsszenarien prognostizieren Nutzungskonkurrenzen um die begrenzte Ressource Wasser, einen zunehmenden Klimawandel und fortdauernde Landflucht der Jugend. Negative Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit und die Versorgung der älteren Bevölkerung wären die Folgen.

Ein jahrzehntelanges Bevölkerungswachstum ist dieser Entwicklung vorausgegangen. Ausschlaggebend hierfür war eine hohe Geburtenrate in den 1960er- und 1970er-Jahren, die bei durchschnittlich sieben Kindern pro Frau lag, bei einem gleichzeitigen Rückgang von Kindersterblichkeit im Zuge verbesserter medizinischer Versorgung, der weitgehenden Ausrottung von Krankheiten wie Cholera und Typhus sowie eines erhöhten Lebensstandards. Erst ab Anfang der 1980er-



In vielen arabischen Ländern stellen Menschen unter 30 Jahren mehr als 50 Prozent der Bevölkerung. Passantenstrom in Tétouan, Marokko

Jahre setzte ein allmählicher Rückgang der Geburtenzahlen ein, durch den sich die Geburtenrate bis auf 2,7 Kinder im Jahr 2010 reduziert hat. Insgesamt vervierfachte sich die Bevölkerung im Nahen Osten nach Angaben der Weltbank zwischen 1960 und 2010 von 96 auf 358 Millionen. 2010 liegt das Bevölkerungswachstum bei 2,4 Prozent, in der Europäischen Union bei 0,45 Prozent und geht in Deutschland leicht mit 0,13 Prozent zurück.

Abnehmende Geburtenraten werden in der Wissenschaft mit wirtschaftlicher Entwicklung verbunden, die bessere medizinische Versorgung, Bildung und eine veränderte Rolle der Frau mit sich bringt. Jedoch trifft dieses Muster nur bedingt auf den Nahen Osten zu. Heirat und Familienleben sind in der MENA-Region sehr hoch angesehene Werte, die dazu führten, dass die Geburtenrate später als in anderen Ländern sank. Besonders Frauen definierten sich über die Rolle als Ehefrau und Mutter. Während die Familie weiterhin eine viel zentralere Rolle für die Menschen in der Region spielt als beispielsweise in Deutschland, gibt es gleichzeitig einen Trend weg vom Leben in der Großfamilie hin zu Kleinfamilien, besonders in den Städten. Darüber hinaus heiraten Frauen in höherem Alter, was dazu führt, dass weniger Kinder geboren werden – auch weil die Frauen mehr über Familienplanung wissen und mehr Bildung genossen haben. Trotz der Entwicklungen ist die Geburtenrate nach wie vor in den sehr wohlhabenden, ölreichen Staaten wie Oman und Saudi-Arabien vergleichsweise hoch, wohingegen in den ebenfalls wirtschaftlich entwickelten Staaten Tunesien, Iran und Libanon ein starker Rückgang eingesetzt hat. Tunesien und Iran führen dies auf die erfolgreich durchgeführten Familienplanungskampagnen der letzten Jahrzehnte zurück. So fand im Iran beispielsweise 1989 eine nationale Kampagne für Geburtenkontrolle statt, um die Akzeptanz und Verbreitung von Verhütung innerhalb der Bevölkerung zu erhöhen. Die Ende 2011 gewählte islamisch geprägte Ennahda-Partei in Tunesien lehnt ein solches Vorge-

hen jedoch ab. Der weitere Geburtenanstieg in Saudi-Arabien und Oman wird in der Wissenschaft viel diskutiert. Mögliche Gründe dafür sind die hohen Einnahmen aus Ölexporten, die für ein hohes Bruttoinlandsprodukt sorgen und die soziale Transformation der Gesellschaft hinauszögern. Die Politik in Saudi-Arabien zielt unterdessen darauf ab, die Kindersterblichkeit zu reduzieren und für eine bessere Gesundheit der gesamten Bevölkerung zu sorgen. Jemen verhält sich hingegen als ärmster Staat der Region mit einer Geburtenrate von vier Kindern pro Frau ganz gemäß der Theorie.

Die Lebenserwartung variiert zwischen den einzelnen Staaten, der regionale Durchschnitt lag im Jahr 2010 laut Angaben der Weltbank bei 69 Jahren. Aufgrund des höheren Wohlstands steigt die durchschnittliche Lebenserwartung für Neugeborene in den wohlhabenden Golfstaaten auf über 72 Jahre. Deutlich geringer ist diese in den ärmsten und ländlichsten Staaten wie Jemen mit 65 Jahren und Mauretanien mit 58 Jahren bemessen. Zum selben Zeitpunkt beträgt sie für die Europäische Union (EU) 80 Jahre und liegt in Afrika südlich der Sahara unterhalb des nächstlichen Durchschnittes bei 54 Jahren.

Zustand des Bildungssystems

In der arabischen Welt wird die Gewährleistung flächendeckender schulischer Bildung seit der Unabhängigkeit als wichtige staatliche Aufgabe angesehen. Trotz deutlicher Verbesserungen in den vergangenen Jahrzehnten bleiben einige Probleme weiterhin bestehen. Dies betrifft insbesondere die Qualität der Bildung. Auch besuchen nicht alle Kinder die Schule. Viele arabische Staaten unternehmen große finanzielle Anstrengungen, um allen Teilen ihrer Bevölkerung den Zu-

gang zu Primär-, Sekundär- und Hochschulbildung zu ermöglichen und die Analphabetenquote der älteren Bevölkerung zu senken. Die Einführung der Schulpflicht, die Befreiung von Schulgebühren und die Bereitstellung von Schulbüchern und -uniformen sind Bestandteile dieser Politik. Inzwischen liegen laut Weltbank die Einschulungsquoten für die Primärbildung zwischen knapp 80 Prozent im Jemen und Mauretanien und nahe 100 Prozent in Iran und in der Türkei, bei einem regiona-

Eine besondere Universität

[...] Al-Ashar (arab.; dt.: die Blühende) [...] ist nicht nur eine der ältesten und größten Universitäten der Welt, sondern auch die wichtigste theologische Autorität im sunnitischen Islam – und seit Jahrhunderten Hort der Orthodoxie. Wie hier der Islam interpretiert wird, ist Maßstab für Millionen Muslime. Mag die Ashar auch nicht mit dem Vatikan gleichzusetzen sein, ihr Oberhaupt nicht mit dem Papst – der Islam kennt keine Kirche –, ist ihr Einfluss doch ähnlich groß. Die 400 000 Studenten der Blühenden, fast die Hälfte davon Frauen, kommen nicht nur aus Ägypten, sondern aus der gesamten islamischen Welt, aus Marokko und Indonesien, aus Nigeria und Bosnien. In Kairo wollen sie den „richtigen“ Islam lernen. [...]

Halb zwölf in Kairos Altstadt, kurz vor dem Freitagsgebet. [...] In der dämmerigen [Ashar-]Moschee füllen sich die Reihen. Männer allen Alters treten in den Raum, manche im Hemd, manche in der traditionellen Dschalabija, einem knöchellangen Umhang, manche im Fußballtrikot – Özil und Ronaldo sind mehrmals vertreten. Einige haben ihre Söhne mitgebracht. Sie setzen sich auf den Teppich, zwischen schlanken Marmorsäulen, das Gesicht in Richtung Mekka. Es sind mehrere Tausend.

Ahmed sitzt nahe der Wand, neben ihm ein kleines Holzregal mit Büchern, die den Islam in vielen Sprachen preisen. Ahmed

trägt Jeans und ein weißes Poloshirt, er ist 22 Jahre alt, am Tag zuvor hatte er seine letzten Prüfungen in Islamwissenschaft – und in Germanistik. Auch das gibt es an der Ashar. Der Student ist stolz auf seine Uni. Für einen Ashariten spiele Moral eine große Rolle, sagt er. Das Bestreben, die islamischen Werte zu leben. Man müsse sich daran halten, was nach dem Islam verboten und erlaubt sei. [...]

Der Imam ist auf die Kanzel gestiegen, vor ihm ist eine Videokamera aufgebaut, alle Predigten werden aufgenommen und unters Volk gebracht. Er spricht laut. Es geht um die Himmelsreise des Propheten von Mekka nach Jerusalem. Der Imam betont, welche Bedeutung die dortige Al-Aksa-Moschee auf dem Tempelberg für die Muslime hat [...].

Fährt man mit dem Taxi eine Viertelstunde weiter in Richtung Nasser City, kommt man auf dem Campus der modernen Massenuniversität an. Einige ägyptische Lektoren des Deutschen Akademischen Austauschdienstes haben ihre Türen geöffnet und Kollegen und Studenten zu einer Gesprächsrunde in der Germanistik-Abteilung eingeladen. Nur Männer, an den säkularen Fakultäten gilt strikte Geschlechtertrennung. Germanistikstudent Ahmed ist auch dabei. An der Wand hängt ein vergilbtes Poster der Hamburger Speicherstadt, zwei Ventilatoren verteilen die Hitze. Man spricht Deutsch und Arabisch. Ahmed erzählt, dass das Studium an der

Ashar doppelt so umfangreich ist wie an einer säkularen Uni: Studiert man dort Anglistik oder Medizin, hat man eben nur dieses Fach, an der Ashar kommt ein theologisches Curriculum dazu. Es lohne sich trotzdem, sagt Ahmed, nur so lerne man seine Religion richtig zu verstehen.

Die Dozenten klagen über die knappen finanziellen Mittel, die der Ashar vonseiten des Staates zugestanden werden. Die Ashar teilt damit das Los der säkularen Universitäten. Das ägyptische Bildungssystem ist seit Jahrzehnten marode. Die Lehrmethoden sind veraltet, die Studenten lernen auswendig, anstatt selbstständig Probleme zu lösen, und die Hochschullehrer können von ihrem Job allein kaum leben. Dazu kommen gewaltige Kapazitätsprobleme – die rund zwanzig staatlichen Universitäten sind Massenbetriebe mit jeweils weit über 100 000 Studenten.

Jährlich verlassen eine Dreiviertelmillion Absolventen die Unis, nur ein kleiner Teil davon findet einen adäquaten Job. [...] Das Frustrierende sei die Perspektivlosigkeit, die sich unter Präsident Mubarak verbreitet habe, erzählt Ahmed. Man strenge sich an für eine gute Note und finde dann keinen Job. Viele Studenten, von säkularen Universitäten wie von der Ashar, hat diese Ausweglosigkeit in den Tagen der Revolution auf den Tahrir-Platz getrieben. [...]

Arnfrid Schenk, „Kampf ums letzte Wort“, in: Die Zeit Nr. 30 vom 19. Juli 2012

len Durchschnitt von 92 Prozent für 2010. Die Statistiken belegen außerdem unterschiedliche Einschulungsraten der Geschlechter. Besonders in den gebirgigen, schwer zugänglichen Gebieten Jemens, Mauretaniens und auch Marokkos mangelt es an einer vollständigen Unterrichtsversorgung. Zudem zeigt eine Weltbankstudie hohe Abbrecherquoten besonders im Sekundär- und Hochschulbereich auf, die auf wenige Anreize zum Weiterlernen, schlechte Qualität des Unterrichts und mangelnde berufliche Perspektiven zurückzuführen sind. Die hohe Analphabetenrate der erwachsenen Bevölkerung von über 30 Prozent versuchen die arabischen Regierungen durch spezielle Alphabetisierungsprogramme zu verringern; dank dieser jahrzehntelangen Schwerpunktsetzung lässt sich ein zunehmender Rückgang verzeichnen.

Neben dem Zugang zu Bildung ist auch die Qualität der Ausbildung entscheidend für den Erfolg im späteren Erwerbsleben. Jüngere wissenschaftliche Studien der Weltbank und der UN-Entwicklungsorganisation UNDP, wie zum Beispiel der *Human Development in the Middle East and North Africa*-Bericht 2010, weisen in diesem Zusammenhang auf eine niedrige Produktivität von Bildung in der Region hin. Bei TIMSS 2007, einer international vergleichenden Studie zu den Lernergebnissen der Schüler in der Grundschule, schnitten die teilnehmenden 17 Nahost-Staaten – Algerien, Bahrain, Ägypten, Iran, Israel, Jordanien, Kuwait, Libanon, Marokko, Oman, Palästinensische Autonomiegebiete, Katar, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien, Türkei, Jemen – unterdurchschnittlich ab (die VAE dienten in dieser Studie als Vergleichsgruppe).

Vor diesem Hintergrund kritisieren internationale Organisationen wie die UN-Bildungsorganisation UNESCO oder die Weltbank die eingegrenzte Ausrichtung der Lehrpläne auf abfragbares Wissen, welche die Ausbildung von Fähigkeiten wie analytischem Denken und Kreativität vernachlässige. Auch leidet die Lehrerausbildung unter mangelhaften Strukturen wie Ausbildungsplänen mit wenig konkreten Lerninhalten und zu geringen Anforderungen. Dazu werden in einigen Staaten wie in Ägypten Lehrkräfte schlecht bezahlt. Das Bildungswesen konzentriert sich im Sekundär- und Hochschulbereich auf Geistes- und Sozialwissenschaften und weniger auf Naturwissenschaften. Ein Ausbildungssystem für Handwerks- und Lehrberufe existiert nur in wenigen Staaten.

Mittlerweile erzeugte der Problemdruck erste Reformansätze in vielen Nahost-Staaten. Lehrpläne wurden reformiert und durch die Einführung von Berufsschulen zudem neue Wege mit dualer Ausbildung beschritten, wie etwa in Ägypten. Entwicklungshilfeorganisationen verschiedener europäischer und anderer Staaten sowie internationale Organisationen wie UNDP und UNESCO unterstützen diese Vorhaben fachlich und materiell.

Jugendarbeitslosigkeit

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit von über 20 Prozent stellt die Regierungen im Nahen Osten vor große Herausforderungen. Laut Statistiken der ILO (*International Labour Organization*=Internationale Arbeiterorganisation) lag die Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen 2010 im Nahen Osten bei etwa 25 Prozent, im Vergleich dazu in Deutschland im gleichen Jahr bei 10 Prozent, weltweit durchschnittlich bei knapp 13 Prozent. Erschwerend kommt hinzu, dass die weitverbreitete Arbeitslosig-



Jugendliche sind in der Region besonders von Arbeitslosigkeit betroffen, selbst Hochschulabsolventen finden nur schwer einen Job. Studenten der Multimediaschule ISITC in Hammam Sousse, Nordosttunesien 2011

keit im Nahen Osten nicht nur Schulabbrecher und damit minderqualifizierte betrifft, sondern auch Hochschulabsolventen, die erstmals auf der Suche nach einer Beschäftigung sind. Es lassen sich vier wichtige Gründe für diese Situation nennen:

- Erstens vollzog sich in den vergangenen 20 Jahren eine strukturelle Veränderung des Arbeitsmarktes. Während in den 1960er-, 1970er- und teilweise 1980er-Jahren die Staaten fast schon automatisch Hochschulabsolventen in den öffentlichen Dienst stellten und diesen damit entsprechend vergrößerten, können sich viele Regierungen dieses Vorgehen gegenwärtig nicht mehr leisten. Nur noch wenige Absolventen kommen im öffentlichen Dienst unter. Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre sind aber nicht ausreichend neue Stellen im Privatsektor entstanden.
- Zweitens drängen durch die geburtenstarken Jahrgänge der vergangenen drei Jahrzehnte zunehmend mehr junge Erwachsene auf den Arbeitsmarkt als diesen pensionierte Arbeitnehmer verlassen. Die oben beschriebene geringe Nachfrage nach Arbeitskräften sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor verschärft die Situation.
- Drittens herrscht eine Kluft zwischen den Anforderungen der Unternehmen an Berufsanfänger und ihrer tatsächlichen Ausbildung. Viele Berufseinsteiger interessieren sich immer noch primär für eine Anstellung im öffentlichen Dienst und richten ihre Ausbildung darauf aus. In der Folge bereitet es ihnen Schwierigkeiten, eine Anstellung in der Privatwirtschaft zu finden. Zudem werden Berufseinsteiger während ihrer Schulzeit wenig praktische Kenntnisse vermittelt, wie sie zum Beispiel Bestandteil der Berufsausbildung in Deutschland sind.
- Viertens ist auch die Arbeitsmigration in die wirtschaftlich wachsenden Golfstaaten oder nach Europa schwerer als früher zu bewerkstelligen. In den vergangenen Jahrzehnten stellte die Migration nach Europa, insbesondere aus den Maghrebstaaten nach Frankreich, eine beliebte Option dar, die inzwischen durch Einwanderungsgesetze in allen europäischen Staaten reguliert und deutlich eingeschränkt worden ist. Aber auch die Golfstaaten haben inzwischen sogenannte Nationalisierungsprogramme eingeführt, die allen

Unternehmen eine Beschäftigungsquote für Einheimische vorschreiben, was folglich den Zugang zum Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitskräfte erschwert. Die Regierungen von Kuwait, Saudi-Arabien und den Vereinigten Emiraten versuchen mithilfe dieser Programme den Anteil der einheimischen Arbeitskräfte gegenüber ausländischen in Unternehmen zu erhöhen. Das 2011 eingeführte Nataqet-System in Saudi-Arabien schreibt 300 000 ortsansässigen Unternehmen in Abhängigkeit ihrer Größe und ihres Industriezweigs vor, wie hoch der Anteil an einheimischen Arbeitskräften mindestens ausfallen sollte.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit wirkt sich darüber hinaus auch auf andere Gesellschaftsbereiche aus. Junge Menschen ohne Arbeit bleiben wirtschaftlich von ihren Eltern oder Familiennetzwerken abhängig, häufig leben die jungen Erwachsenen bei ihren Eltern. Mangelndes finanzielles Auskommen erschwert zudem Heirat und Familiengründung. Damit ist diesen Jugendlichen der Weg zum Erwachsenwerden in mehrfacher Hinsicht versperrt.

Urbanisierung

Mit einer über mindestens 5000 Jahre alten Stadtgeschichte besitzt der Nahe Osten die ältesten Stadtkulturen der Welt. In allen arabischen Staaten leben heute mehr Menschen in den Städten als in ländlichen Gebieten. In den ölreichen Golfstaaten Bahrain, Katar und Kuwait wohnt – bedingt durch die kleine Staatsfläche, die klimatische Lage und die wirtschaftliche Ausrichtung – nahezu jeder Einwohner in der Stadt. Jemen bildet das Gegenbeispiel mit der ländlichsten und zugleich ärmsten Bevölkerung der arabischen Welt. In der Gesamtregion hat sich die städtische Einwohnerschaft nach Angaben der Weltbank innerhalb der vergangenen 50 Jahre versechsfacht; damit lebt zurzeit mehr als jeder Zweite in den Städten.

Die sozioökonomische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte begünstigt die zunehmende Urbanisierung und das rasante Wachstum der Städte. Die Landflucht, der Zuzug von Menschen aus ländlichen Gebieten, sorgt für einen verstärkten Zufluss von jungen Menschen in die Städte. Insbesondere junge Akademiker versprechen sich dort eine bessere Anstellung als auf dem Land. Ein zu geringes Einkommen durch die Landwirtschaft verstärkte den Abwanderungstrend. In den 1970er- und 1980er-Jahren sorgte die Arbeitsmigration aus ärmeren arabischen Staaten wie Jemen, Ägypten und Jordanien in die Golfstaaten für einen weiteren Urbanisierungsschub. Im Zuge der Verstädterung bildeten sich Megastädte mit mehreren Millionen Einwohnern: In der Region Kairo lebten 2012 16 Millionen, in Teheran 13,6 Millionen, in Bagdad 6,3 Millionen und im Großraum Istanbul 13,5 Millionen Einwohner. Die Zahl an Großstädten mit über einer Million Einwohnern stieg zudem rapide an.

Die Entstehung von Slums und Trabantenstädten ist eine weitere Folge dieses Wachstums. Viele Städte können dem steigenden Bedarf an öffentlicher Infrastruktur inklusive Wohnungsbau, Straßen, Trinkwasserversorgung und Müllentsorgung nicht ausreichend nachkommen. Doch längst nicht alle Zugezogenen finden eine Anstellung in den Großstädten. Zum einen ist die Nachfrage nach Arbeitskräften auch hier begrenzt,



Jorgen Schytte / Still Pictures

Das hohe Bevölkerungswachstum verstärkt den Zuzug in die Städte, wie hier in Kairo, weil auf dem Land die Arbeitsplätze fehlen. Die Zugewanderten kommen oft zunächst in Slums unter.

zum anderen können viele nicht die benötigten Qualifikationen aufweisen. Arbeitslosigkeit, kurzzeitige Anstellungen im informellen Sektor, das heißt in Arbeitsverhältnissen ohne staatliche Registrierung, und Armut sind die Konsequenzen.

Wasserversorgung und Umweltpolitik

Das Thema Wasser genießt im Nahen Osten besondere politische Priorität, bedingt durch den Mangel in der Region. Der UN-Definition von Wasserarmut folgend liegen 15 der 22 Nahost-Staaten unterhalb der Wasserarmutsgrenze von 1000 Kubikmeter erneuerbarem Trinkwasser pro Kopf und Jahr. Neben dem vorwiegend trockenen Klima führen geringe Frischwasservorkommen zu dieser Situation. Unterirdische Quellen und Wasserreservoirs, aus denen Frischwasser gewonnen wird, können den durch Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung gestiegenen Bedarf nicht decken. Die über Jahrmillionen hinweg entstandenen unterirdischen Reservoirs füllen sich meist nur langsam wieder auf.

In den Golfstaaten Saudi-Arabien, Bahrain und Oman wird Trinkwasser deshalb auch durch die Entsalzung von Meerwasser erzeugt, die jedoch mit hohem technischem Aufwand und beträchtlichen Kosten verbunden ist. Verschärft wurde die Wasserknappheit am Golf durch den Ausbau der Landwirtschaft und den rasanten Bevölkerungsanstieg. Seit den 1970er-Jahren wurden Brachflächen urbar gemacht und umfangreich bewässert, um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten und diese zu exportieren, wie Weizen in Saudi-Arabien. Durch ihre hohen Einnahmen aus Öl- und Gasexporten konnten sich die Golfstaaten dieses kosten- und energieintensive Unterfangen leisten. Seit den 2000er-Jahren setzt aufgrund der zunehmend geringer werdenden Wasserressourcen ein politisches Umdenken ein und der wenig nachhaltige Ausbau der Landwirtschaft in Wüstengebieten wird schrittweise wieder zurückgenommen.

Die Wasserknappheit sorgt zudem für politische Konflikte zwischen Flussanrainerstaaten um die Entnahme von Flusswasser. Die größeren Flüsse Nil, Jordan, Euphrat und Tigris durchfließen mehrere Staaten, in denen jeweils Wasser für die Bewässerung der Felder entnommen wird. Im Falle des Euphrats befürchteten der Irak und Syrien, dass die Türkei, der Staat am Oberlauf, dem Euphrat bereits das meiste Wasser entnehmen könnte und ihnen nur noch wenig Wasser zur Verfügung stehen würde. Um eine solche Situation zu vermeiden, hat die Türkei mit Syrien und Irak Absprachen getroffen. Ein weiterer Streitpunkt ist das Wasser des Jordans. Dieser fließt entlang der Grenze von Jordaniens und Israel beziehungsweise des Westjordanlandes. Die Frage der Wasserentnahme hat in diesem Fall auch eine politische Dimension: Die drei Quellen des Jordans entspringen im Libanon (Hasbani), in Nordisrael (Dan) und in den nördlichen Golan-Höhen (Banyas),



Ein weiteres Problem im Nahen Osten ist die Wasserknappheit. Oftmals funktioniert die Trinkwasserversorgung nur über Tankwagen. Tankstation in Jordanien

Wassermangel im Jordan

Was für ein Abenteuer: Mit einem Boot schoss der US-Offizier William Lynch förmlich den Jordan-Fluss herunter – durch Stromschnellen und kleine Wasserfälle. Das war 1847. Heute ist aus dem mächtigen Fluss von einst eine Kloake geworden – ein Rinnsal, das an vielen Stellen nur noch bis zum Knöchel reicht. [...]

Rund 420 Meter unter dem Meeresspiegel schlängelt sich der Fluss im Jordan-Tal an der Grenze zu Jordanien entlang. Der Begriff Jammertal wäre passender. Vor rund 2000 Jahren wurde der biblischen Überlieferung nach Jesus im Jordan getauft. Heute raten Sicherheitskräfte und Umweltschützer Pilgern dringend davon ab. Das an der „historischen Taufstelle“ knapp sieben Meter breite Flässchen sieht nicht nur unappetitlich bräunlich aus, sondern ist tatsächlich völlig verdeckt.

„Ein heiliger Fluss ist zu einem Abwasserkanal geworden. Wer hier reingeht und kleine Wunden oder Risse in der Haut hat, muss mit Ausschlag rechnen. Wer Wasser schluckt, bekommt Probleme mit dem Magen und Durchfall“, sagt der Direktor der überregionalen Umweltorganisation Friends of the Earth Middle East (FOEME), Gidon Bromberg. Ein russischer Pilger aus Moskau schlägt alle Warnungen in den Wind. Klar, viele Pilger heben das Taufhemd aus dem Jordan als letztes Gewand für die Beerdigung auf.

Bromberg zeigt historische Zeichnungen und Aufnahmen aus dem 19. Jahrhundert. Da maß der stolze Jordan noch 65 Meter [Breite]. „Heute ist er an einigen Stellen nur noch knöcheltief, und man

hat schon Mühe, überhaupt Wasser zu sehen.“ Damals säumten Pappeln und Weiden die Ufer. Vorbei ist es mit der Idylle. „Die Artenvielfalt hat sich halbiert“, sagt Bromberg. Pappeln und Weiden sind Vergangenheit.

Mit dem Bau eines Dammes in den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts griff der Mensch erstmals in das Ökosystem ein. Jetzt droht dem Unterlauf des Jordan sogar das Todesurteil: Ende durch Austrocknen. Das ganze Drama liest man in einem [...] Bericht, den Umweltorganisationen aus Israel, Jordanien und dem palästinensischen Westjordanland [...] vorgelegt haben. Danach zweigen Israel, Jordanien und Syrien jedes Jahr 98 Prozent der rund 1,3 Mrd. Kubikmeter Wasser aus dem Jordan und dessen Zuflüssen ab. Israel konsumiert mit 46 Prozent am meisten.

Nur ganz wenige Kilometer südlich des Sees Genezareth treffen zwei Welten aufeinander. An einem kleinen Damm nahe des Kibbuz Alumot staut sich das [...] Wasser des Jordan. Und damit der Fluss hier nicht abrupt endet, schießt auf der anderen Seite eine schäumende Brühe aus Rohren in das kleine Flussbett. „Nase zuhalten, das hilft“, rät Bromberg vorsorglich. Der Geruch an der Quelle allen Übels ist wirklich ätzend. Das unbehandelte Abwasser von 15 000 Israelis stinkt zum Himmel. [...] Ein Schild der nationalen Wasserbehörde warnt davor, das Wasser zu trinken oder auch nur einen Fuß hineinzusetzen.

217 Kilometer schlängelt sich der Jordan von hier in Richtung Totes Meer (105 Kilometer Luftlinie). Dabei nimmt er das unbehandelte Abwasser von 250 000 Jordanern, 60 000 Palästinensern und weiteren 15 000 Israelis auf. Ange-

reichert wird der Ekelmix durch ausgeschwemmte Salze sowie Hormone und Rückstände aus Fischteichen.

Ausgerechnet der Fortschritt könnte alles noch schlimmer machen. Israel baut Klärwerke, um wenigstens sein Abwasser zu behandeln. „Wird das Abwasser zurückgehalten und geklärt und danach für die Landwirtschaft genutzt, dann trocknet der Fluss im kommenden Jahr ganz aus; falls ihm kein Frischwasser zugeführt wird“, sagt Bromberg.

Um den Unterlauf des Jordan vor dem drohenden Kollaps zu bewahren, haben Umweltschutzverbände mit Hilfe israelischer, jordanischer und palästinensischer Wissenschaftler ein Hilfspaket geschnürt. „Damit liegt erstmals eine Studie vor, wie viel Wasser benötigt wird, wo es herkommt und zu welchen Kosten“, sagte Bromberg. Fazit: Mindestens ein Drittel der 1,3 Mrd. Kubikmeter Wasser, die der Jordan vor Eingriff des Menschen jedes Jahr führte, müssen dem Fluss zurückgegeben werden. Alles hänge jetzt vom Willen der Politiker ab.

Die Umweltschützer setzen in erster Linie auf Wasser sparen. Die Israelis könnten 800 Mio. Kubikmeter beitragen. Das ist doppelt soviel wie zur Rettung des Jordan gebraucht wird. Dazu müssten lecke Wasserleitungen repariert und Wasserreservoirs abgedeckt werden, damit im heißen Sommer nicht soviel verdunstet. Duschwasser ließe sich für die Toilettenspülung nutzen.

Nur eins ist ganz klar: So abenteuerlich oder idyllisch wie zu Zeiten von US-Offizier Lynch wird es im Jordan-Tal nie wieder aussehen. „Keine Chance“, sagt Bromberg.

Hans Dahne, „Dem Jordan geht das Wasser aus“, in: Handelsblatt vom 3. Mai 2010, © Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten

die im Zuge des Sechstagekriegs 1967 von Israel besetzt wurden. Während zwischen Israel und Jordanien seit 1994 ein Abkommen über das Jordanwasser besteht, wird von palästinensischer Seite, zugleich auch von internationalen Akteuren wie zum Beispiel der Europäischen Union Anfang 2012 Kritik an Israels Wasserpolitik geäußert. In den regenlosen Sommermonaten verfügen viele Palästinenser im Westjordanland nicht über genügend Wasser zum Kochen und Duschen, während Israelis in den benachbarten Siedlungen ein Vielfaches an Wasser zur Verfügung haben und dieses zur landwirtschaftlichen Nutzung einsetzen können. Ursache für diese Situation sind Bestimmungen, nach denen das Grundwasser im Westjordanland durch Israel kontrolliert wird. Seit der Besatzung dürfen Palästinenser nur mit Genehmigung neue Brunnen bohren, und die Wasserentnahme aus bestehenden Brunnen ist durch Quoten geregelt.

Mit der Wasserknappheit stehen weitere Umweltprobleme in Verbindung. Seit Jahren verzeichnet die Region eine Ausbreitung der Wüstengebiete – die Desertifikation. Damit geht auch der Verlust an fruchtbarem Boden und eine Abnahme der Artenvielfalt einher. Verursacht wird dies durch veränderte klimatische Bedingungen, intensivere landwirtschaftliche Nutzung der Böden, Bevölkerungswachstum und einen höheren Pro-Kopf-Wasserverbrauch. Gerade die Landbevölkerung leidet unter den Folgen, da ihr die Lebensgrundlage entzogen wird und sie folglich unter erschwerten Bedingungen leben muss. Um dieser Situation zu entgehen, wanderte auch ein Teil der Landbevölkerung in die Städte ab.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser, die hohe Luftverschmutzung in den Städten, die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs sowie Fragen der Müllentsorgung stellen besonders in den Millionenstädten große Probleme dar. Erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie finden trotz bester klimatischer Bedingungen bisher wenig Verwendung, da viele Staaten zur Stromerzeugung auf ihre umfangreichen Öl- und/oder Gasvorkommen zurückgreifen. Zukunftsweisend könnte in diesem Zusammenhang Masdar City, ein städtebauliches Projekt in den Vereinigten Arabischen Emiraten, sein. Ziel des Vorhabens ist es, eine komplett emissionsfreie Stadt für 50 000 Einwohner zu erbauen, in der neben dem Einsatz von erneuerbaren Energien auf energiesparende Gebäude und auf ein intelligentes öffentliches Nahverkehrssystem gesetzt wird. Ungeachtet dessen lassen sich die Erfahrungen und Konzepte nur bedingt auf bereits existierende Städte übertragen.

Die Rolle der Frau

Die Rolle der Frau in den arabischen Gesellschaften wird im Kontext der sozioökonomischen Entwicklung viel diskutiert. Ein Vergleich der Kennzahlen zu Bildung, Arbeit, politischer Partizipation und individuellen Rechten kann dazu beitragen, die Region einzuordnen.

Als Indikator für das Bildungsniveau dient die Einschulungsrate in die Grundschule, die, nach Geschlechtern aufgeschlüsselt, eine unterschiedliche Verteilung aufzeigt. Auch wenn sich durch einen starken Anstieg der Einschulungsraten bei Mädchen die Zahlen immer mehr angleichen, treten



picture-alliance / dpa / Yahya Arhab

Insgesamt steigt die Einschulungsrate von Mädchen in den arabischen Ländern. Schlusslicht ist Jemen. Doch auch hier gibt es Hoffnung: Mädchenklasse einer weiterführenden Schule in Sanaa bei den Abschlussprüfungen

doch intraregionale Unterschiede auf. In Iran und im Libanon liegen die Einschulungsraten für Mädchen und Jungen 2010 laut Weltbank gleichauf, während sie für Jemen deutliche Unterschiede aufzeigen: Fast 20 Prozent weniger Mädchen als Jungen werden eingeschult: Von knapp vier Millionen jemenitischen Kindern im Grundschulalter besuchten 2010 290 000 Jungen keine Grundschule, bei den Mädchen sind es mit 570 000 fast doppelt so viele.

Zwar ist die Erwerbsquote der Frauen in der Region in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt angestiegen, dennoch veranschaulicht die Quote von 21 Prozent bei Frauen im Vergleich zu 73 Prozent bei Männern, die die Weltbank für 2010 ermittelte, die Unterschiede in der Berufstätigkeit. Mit dieser niedrigen Beschäftigungsquote geht eine höhere Arbeitslosigkeit von Frauen einher. Generell arbeitet die Mehrzahl der Frauen im öffentlichen Sektor und dort vorwiegend im sozialen Bereich. Eine genauere Betrachtung der Arbeitsverhältnisse zeigt, dass in den Golfstaaten nur eine kleine Gruppe hochqualifizierter Frauen eine Anstellung, meist im Privatsektor, gefunden hat. In den Maghrebstaaten Marokko und Tunesien geht die Mehrzahl der Frauen einer schlecht-bezahlten Beschäftigung in der exportorientierten Textil- und Elektroindustrie nach.

Auch im politischen Raum sind Frauen im Nahen Osten weniger vertreten. 2011 waren dort bei einem weltweiten Durchschnitt von 20 Prozent nur 13,5 Prozent aller Parlamentarier Frauen. In Katar gab es bisher überhaupt keine weiblichen Abgeordneten, im Oman und in Jemen jeweils nur eine. Die meisten weiblichen Abgeordneten, mit 57 von insgesamt 217 und damit 26 Prozent, weist das 2011 gewählte Parlament Tunesiens auf.

Gesetzesreformen und die Einführung von Maßnahmen zur Stärkung der Rechte von Frauen innerhalb der Familien stellen einen großen Streitpunkt im gesamten Nahen Osten dar. Traditionell herrscht dort das Prinzip des Patriarchats, das auf einer Bevorzugung von Männern und älteren Menschen gegenüber Frauen und jüngeren Menschen basiert. Dies bedeutet, dass junge Frauen nach ihrer Heirat in die Familie ihres Mannes übersiedeln, die ihr Schwiegervater führt. Dabei wird von ihnen erwartet, dass sie sich allen männlichen Familienmitgliedern unterordnen und auch den Anweisungen älterer weiblicher Familienmitglieder Folge leisten. Allerdings wird dieses hierarchische Familienmodell zunehmend in Frage gestellt. Liberale, auf mehr Gleichheit bedachte Lebensformen halten Einzug in die Region. Am Familienrecht lassen sich zu-



In den traditionell patriarchalisch ausgerichteten Gesellschaften des Nahen Ostens sind Rolle und Rechte der Frau heftig umstritten. Während Studentinnen an der Al-Nahrayn Universität in Bagdad den Anschluss an die Moderne suchen ...

dem Unterschiede zwischen den verschiedenen Nahoststaaten aufzeigen. Im vorherrschenden Familienrecht ist es Frauen nicht erlaubt, eigene Entscheidungen zu Fragen wie Eheschließung, Scheidung oder Aufnahme von Beschäftigung zu treffen. Hierzu bedarf es der Zustimmung eines männlichen Verwandten. Historisch betrachtet leitet sich dieses Familienrecht aus dem islamischen Recht (*Scharia*) ab. Verschiedene soziale Normen, kulturelle, politische und ökonomische Bedingungen nehmen jedoch durchaus darauf Einfluss, in welchem Umfang und in welcher Form die Scharia in den Gesetzen des jeweiligen Landes Anwendung findet. Die Schleierpflicht in Iran kontrastiert dabei mit dem Schleierverbot in öffentlichen Einrichtungen der Türkei, die seit der Staatsgründung durch Kemal Atatürk seit Jahrzehnten säkular ausgerichtet ist. Das liberal geprägte Tunesien garantiert bereits seit 1956 gleiche Rechte bei Bildung, Wahlrecht und auf dem Arbeitsmarkt. Im konservativ ausgerichteten Saudi-Arabien herrscht hingegen Geschlechtertrennung im öffentlichen Leben, und die Vormundschaft liegt beim Ehemann bzw. bei männlichen Verwandten,

Filmdreh in Saudi-Arabien

Saudi-Arabien ist [...] die Heimat [...] des Wahhabismus, einer besonders strikten Auslegung des Islams. Frauen müssen sich verhüllen, dürfen ohne Erlaubnis nicht reisen, arbeiten oder heiraten. [...] Im Netz wird gewarnt, dass man als Frau ohne männlichen Begleiter nicht einreisen darf. Bereits im Himmel über dem Königreich, im Flugzeug, beginnt das Umkleiden. Die Abaja [der schwarze Ganzkörperumhang] ist schwer, lang und wärmt wie ein Pizzaofen. [...]

Als Haifaa al-Mansur das letzte Mal Saudi-Arabien verlassen wollte, musste sie am Flughafen ausharren, bis ihr Mann eine schriftliche Genehmigung faxte und sie auslöste. Al-Mansur hatte sie vergessen. [...] Al-Mansur ist 39 und lebt im Ausland. Nun ist sie als Regisseurin in ihre Heimat zurückgekehrt, um gemeinsam mit einem deutsch-saudischen Team den ersten Kinofilm des Königreichs zu drehen. Eines Königreichs, in dem Kinos verboten sind.

Ein paar Monate später durchquert Al-Mansur die Eingangshalle des Intercontinental in Riad. Sie geht vorüber an völlig verschleierte Frauen, die kniend beten, vorüber an Frauen in Leopardmuster-Minikleidern und High Heels. Das Licht ist schummrig, Stände mit Parfüm und Kleidern stehen in der Lobby: Verkaufsmesse in Saudi-Arabien. Nur für Frauen. Männer haben keinen

Zutritt. [...] Solange kein Mann seine Nähe ankündigt, ist unter Frauen alles möglich. [...]

Al-Mansur [...] ist mit einem Amerikaner verheiratet, hat die vergangenen Jahre in den USA verbracht und wohnt nun in Bahrain. In Riad ist sie wieder die Frau, die nicht ohne Erlaubnis ihres Mannes reisen darf. Die Frau, die eigentlich gar keinen Film drehen darf, weil sie dabei am Set mit Männern zusammenarbeiten muss. Wie in fast allen verschlossenen Gesellschaften gibt es aber immer einen Weg, Regeln zu umgehen, Unmögliches möglich zu machen. Auch bei diesem Film. [...]

In Riad wartet Haifaa al-Mansur übel gelaunt vor dem Hoteleingang auf ihren Fahrer. Warum Frauen nicht Autofahren dürfen, ist eine Frage, die alle anderen Themen im Königreich in den Hintergrund drängt. Es ist, als hänge die Emanzipation der Frauen, der Fortschritt des Landes ausschließlich davon ab. Nicht nur in Al-Mansurs Film spielen Fahrer eine bedeutende Rolle, auch in ihrem Filmteam beherrschen sie fast jedes Gespräch. Der saudische Co-Produzent, Amr al-Kahtani, klagt darüber, dass sein Fahrer unverhofft eine Woche Urlaub genommen hat. Nun kann seine Frau in seiner Abwesenheit das Haus nicht verlassen. [...] Es sind die Männer, die klagen. Das Fahrverbot für Frauen ist eine Last für beide Geschlechter. [...]

Als Al-Mansur schließlich in den Wagen steigt, ist der Himmel über Riad dunkel, [...] Al-Mansur sieht aus dem Fenster: Leuchtreklame, McDonald's, Fatburger, die Stadt glitzert wie Las Vegas. Autos verstopfen jede Kreuzung. [...] Die USA sind das Maß der Dinge in Saudi-Arabien: einerseits religiöser Erzfeind, andererseits Vorbild in Konsum- und Lebensstil. [...]

Fünfmal am Tag stoppt das öffentliche Leben, auch drehen ist dann unmöglich. Der deutsche Produzent hat sich auf sein iPhone nun die Gebetszeit-App heruntergeladen. Den Deutschen geht es um Zeit, den Saudis um Tradition. Es ist ein stetes Ringen.

An einem Mittwochnachmittag ist Haifaa al-Mansur auf Motivsuche in Riad. „Ich muss aufpassen“, sagt sie. Es ist bekannt, dass die Religionspolizei meist am Nachmittag in ihren weißen SUVs durch die Stadt kreuzt, also wurden alle Außenaufnahmen auf den Vormittag gelegt. Es funktioniert nicht immer. Zweimal brach die Religionspolizei schon die Dreharbeiten ab, und Haifaa musste augenblicklich im Produktionswagen verschwinden. [...]

Nach wenigen Tagen in Saudi-Arabien entwickelt man als Frau eine Art Paranoia, andauernd ist etwas falsch: Die Abaja ist zum Knöpfen und geht andauernd auf, sie verheddert sich zwischen den Beinen, und der Kopfschleier befindet sich in steter Abwärtsbewegung. In



...bleibt der Mehrzahl der Frauen eine Betätigung außerhalb von Haus und Familie verwehrt. In Saudi-Arabien benötigen sie dazu die Zustimmung eines männlichen Familienmitglieds. Straßenszene in Riad, Saudi-Arabien

wenngleich in den vergangenen Jahren diesbezüglich einige zaghafte Veränderungen von König Abdullah eingeleitet wurden. An den Olympischen Spielen 2012 in London nahmen erstmals zwei saudi-arabische Athletinnen teil. Zudem führte König Abdullah ein staatliches Stipendienprogramm ein, das auch Frauen ein Hochschulstudium im Ausland ermöglicht. Auf der anderen Seite ist es Frauen in Saudi-Arabien nach wie vor verboten, ein Auto zu lenken.

Ob Widerstand gegen dieses und andere frauendiskriminierende Gesetze und traditionelle Rollenbilder im Zuge der Aufbruchstimmung in der Region Erfolge haben wird, bleibt abzuwarten. In jedem Fall deuten rückläufige Geburtenraten, späteres Heiratsalter und der Anstieg von Mädchenbildung auf eine graduelle Veränderung der Familien- und Geschlechterverhältnisse in den nächsten Jahrzehnten hin. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass beide Geschlechter vor Herausforderungen stehen. Die hohe Arbeitslosigkeit bedingt, dass sowohl Männer als auch Frauen Schwierigkeiten haben, ihre Lebensentwürfe zu realisieren.

Restaurants darf man nur die Familienabteilung besuchen und hinter Vorhängen essen. Bistros kann man nicht betreten, die Bestellung muss von der Straße aus hineingebrüllt werden. Wenn es im Hotel an der Tür klopft, fährt man zusammen und bedeckt sich panisch. Das Selbstbewusstsein sinkt. Der eigene Körper wird zur ständigen Gefahr. [...]

„In Saudi-Arabien werden Frauen nicht wie Erwachsene behandelt“, sagt ein Saudi aus dem Team. Sie müssen begleitet, bewacht und geschützt werden. Wie ewige Kinder verharren sie in einem Stadium fortwährender Infantilität. [...] Weil [Al-Mansur] das Gefühl hatte, als Frau nicht gehört zu werden, begann sie Filme über die Situation von Frauen im Königreich zu drehen. Wadja ist Al-Mansurs erster Langfilm. [...]

Wie haben Al-Mansur und ihr Team es geschafft, dass sie diesen Film in Saudi-Arabien machen können? Ohne Amr al-Kahtani wäre es wohl nicht möglich gewesen. Gewöhnlich produziert er Serien fürs saudische Fernsehen, seine Netzwerke reichen weit. [...] Er besorgte die nötige Genehmigung vom Kulturministerium. [...] Das einzige Problem, das niemand lösen kann, sind die Kontrollen durch die Religionswächter. [...]

In Al-Mansurs Film spielen Männer die Nebenrollen, wenn sich die Welt mit Saudi-Arabien beschäftigt, geht es vor allem um Frauenrechte. Um die Männer ist es still, dabei wirkt die Ungleichbe-

handlung auch auf sie – überhöht sie zu Alleinherrschern und setzt sie zugleich als hilflose Opfer ihrer Triebe herab.

[...] Sultan al-Mutairi, der Scriptguy, [...] ist 27 und hat in Los Angeles Film studiert, seitdem vermisst er die Freiheit, sich mit Freundinnen zu treffen, ohne sich verstecken zu müssen. [...] „Ich will nicht, dass mein Land so strikt bleibt, wie es ist, aber auch nicht, dass es so locker wird wie im Westen.“ [...]

Sultan al-Mutairi wird weiterhin an den Wochenenden nach Bahrain fahren,

um sich dort im Kino drei bis vier Filme nacheinander anzusehen. Er schwärmt für Blockbuster, die mit seiner Realität nichts zu tun haben. Al-Mutairi lebt im Zwiespalt, sein Land lebt im Zwiespalt. Deshalb ist Haifaa al-Mansurs Debüt so wichtig. Es zeigt die saudische Wirklichkeit in all ihren Gegensätzen aus Sicht einer Einheimischen, aus Sicht einer Frau. Nur die Saudis werden den Film vermutlich niemals im Kino sehen können.

Jana Simon, „Unter den Augen der Religionspolizei“, in: Die Zeit Nr. 22 vom 24. Mai 2012



Am Ziel: Auf dem Dubai International Film Festival (DIFF) stellt Haifaa al-Mansour im Dezember 2012 ihren Film vor. Pressekonferenz mit dem künstlerischen Leiter des DIFF, Masud Amralla Al Ali, und den Darstellern Waad Mohammed und Abdulrahman al Guhani (v. li. n. re.)

André Bank

Regionales System und Machtbalance

Das regionalpolitische System des Nahen Ostens hat seit 1945 mehrere grundlegende Transformationen erfahren. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum „Arabischen Frühling“ lassen sich vier Phasen unterscheiden.

Der Arabische Kalte Krieg 1945 bis 1967

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 wandelte sich die Weltpolitik. Anstelle der Multipolarität, also der Konkurrenz einer Vielzahl von Großmächten, trat die Bipolarität der beiden Supermächte USA und Sowjetunion. Die vormaligen Großmächte Großbritannien und Frankreich verloren auf der globalen Ebene an Einfluss. Das bedeutete leicht zeitversetzt auch das Ende des „britischen“ und „französischen Moments“ in der nahöstlichen Regionalpolitik (siehe auch S. 20 ff.).

In dieser Übergangsperiode sorgte insbesondere der israelisch-arabische Krieg von 1948/49, der als Reaktion auf die Staatsgründung Israels im Mai 1948 begonnen hatte, für weitreichende Veränderungen im regionalen System des Nahen Ostens. Die arabische Niederlage im Ersten Nahostkrieg konsolidierte den neuen jüdischen Staat und bedeutete gleichzeitig eine „Katastrophe“ (arab.: *nakba*) für die palästinensische Bevölkerung. Die Palästinenser hatten Hoffnung auf einen eigenen Staat gehegt, sahen sich infolge des Krieges aber Besatzung und Vertreibung ausgesetzt. Als Folge des Krieges verlebte sich das 1946 unabhängig gewordene Transjordanien mit Hilfe der noch britisch kontrollierten, jordanischen Armee, der sogenannten Arabischen Legion, das Westjordanland und Ostjerusalem ein und wuchs zum neuen, bevölkerungsmäßig fast doppelt so großen Haschemitischen Königreich Jordani-



Die Arabische Liga, 1945 gegründet, will die Zusammenarbeit der arabischen Staaten stärken. Sitzung im August 2011 in Kairo

en. Die Niederlage der ägyptischen Armee 1948 schwächte die bereits angeschlagene ägyptische Monarchie und ebnete den Weg für die Machtübernahme der Freien Offiziere 1952.

Gamal Abdel Nasser, der 1954 zum neuen Präsidenten Ägyptens wurde, gab der nahöstlichen Regionalpolitik neue Impulse: Er stellte den Anti-Kolonialismus und den Panarabismus, also die politische Einheit der arabischen Nation, unter ägyptischer Führung ins Zentrum seiner Außenpolitik. Sein politischer Erfolg in der Suez-Krise 1956 (Zweiter Nahostkrieg), als er sich mit der Nationalisierung des Suez-Kanals politisch gegen Großbritannien, Frankreich und Israel durchsetzte, machte Ägypten zur führenden arabischen Macht im Nahen Osten. Hierbei fungierte der ägyptische Radiosender „Stimme der Araber“ (arab.: *Saut al-Arab*) als zentrales Sprachrohr der Regierung in Kairo. Mit dem Radio als transnationalem Medium gelang es, die arabischen Bevölkerungen im gesamten Nahen Osten zu mobilisieren. Mehr noch als die militärische *hard power* erklärt die *soft power* ideologischer Überzeugung den regionalpolitischen Aufstieg Ägyptens in dieser Phase.

Die konservativen Regierungen in Saudi-Arabien, Jordanien, im Libanon und im Irak akzeptierten Ägyptens regionalen Führungsanspruch jedoch nicht. Es bildete sich die regionale Machtkonstellation des „Arabischen Kalten Krieges“ heraus. Dieser war in seiner Zwei-Lager-Bildung zwar ein Abbild des globalen Kalten Krieges, aber in der arabischen Variante der 1950er- und 1960er-Jahre ging es weniger um die Systemkon-

kurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus als vielmehr um die Fragen, was genau die „arabischen Interessen“ waren und wer sie in der Region repräsentieren sollte. Gerade in den von konservativen Regierungen geführten Staaten brachten diese Fragen massive innenpolitische Kontroversen hervor, weil die städtischen, gebildeten Schichten sowie große Teile der politisierten Armee große Sympathien für panarabische Vorstellungen und die Führungsfigur Nasser hegten. Im Irak trug dies zum gewaltsamen Ende der Monarchie und zur Ausrufung der Republik im Juli 1958 bei. In Jordanien 1957 und im Libanon 1958 verhinderte nur die militärische Unterstützung der USA ähnliche Umstürze der konservativen Regierungen. Maßgeblich für die US-Nahostpolitik in dieser Phase war die im Januar 1957 erlassene „Eisenhower-Doktrin“, die allen von der Sowjetunion „bedrohten“ Regierungen (Ägypten, Syrien, Irak, Jordanien 1956/7 und Libanon bis 1958), jegliche Form des Beistands, inklusive den Einsatz von Atomwaffen, zusicherte.

Trotz der zahlreichen Konflikte im Nahen Osten eskalierte in den 1950er- und 1960er-Jahren nur die Situation im Jemen 1962-67 in einen innerarabischen Krieg, in dem sich ägyptische und saudi-arabische Truppen als externe Bündnispartner lokaler Akteure gegenüberstanden. Im Sechstagekrieg vom Juni 1967 (Dritter Nahostkrieg) erreichte diese Phase des von Nasser geprägten Panarabismus ihren Höhe- und Wendepunkt: Ab Mitte der 1960er-Jahre hatten sich Ägypten und die seit 1963 in Syrien herrschende Ba'th-Partei (arab.; dt.: Wiedergeburt, Erweckung), die eine gegenüber Nasser radikalere Form des arabischen Sozialismus vertrat, einen ideologischen „Überbietungswettbewerb“ in Drohungen gegen Israel geliefert. Israel reagierte auf diese Drohungen mit einem Überraschungsangriff; binnen kürzester Zeit eroberte es die Sinai-Halbinsel und den Gaza-Streifen von Ägypten, das Westjordanland und Ost-Jerusalem von Jordanien und die Golan-Höhen von Syrien.

Vom Sechstagekrieg bis zum Umbruch 1989/90

Der Sechstagekrieg 1967 war ein Debakel für die arabischen Regierungen, da sie sich Israel wiederum militärisch geschlagen geben mussten. Noch schwerer als 1948 wog im Bewusstsein vieler Araber jedoch, dass die nationalistischen Hoffnungsträger versagt hatten und Israel große arabische Gebiete eroberte, die es mit Ausnahme des Sinai sowie des Gaza-Streifens bis in die Gegenwart besetzt hält. Regionalpolitisch bedeutete der Krieg von 1967 den Aufstieg Israels zur überlegenen Militärmacht des Nahen Ostens – ein Status, der mit massiver militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung der USA und später auch der EU bis in die Gegenwart besteht.

Der Panarabismus unter Nasser erlebte durch die Niederlage von 1967 einen deutlichen Ansehensverlust, und auch König Hussein von Jordanien und die Ba'th-Regierung in Syrien gerieten innenpolitisch unter Druck. In diesem Kontext entwickelte sich die 1964 gegründete, ab 1969 von Jassir Arafat angeführte Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO) zur einflussreichsten Vertreterin des palästinensischen Nationalismus. Sie rief zum Kampf gegen Israel auf und wandte sich auch gegen die konservative Regierung in Jordanien, die sie vor allem für den Verlust Ostjerusalems und des Westjordan-

lands an Israel verantwortlich machte. In Jordanien eskalierte der Konflikt im „Schwarzen September“ 1970 in einem Bürgerkrieg, nachdem PLO-Kämpfer Teile des Landes besetzten und die Monarchie politisch und militärisch herausgefordert hatten. König Hussein konnte sich letztlich durchsetzen, weil die neue syrische Ba'th-Regierung unter Präsident Hafiz al-Assad (seit September 1970) nicht auf Seiten der PLO intervenierte und die Konfliktvermittlung Nassers misslang. Nasser starb kurze Zeit später. Ihm folgte noch im selben Jahr Mohammed Anwar as-Sadat ins ägyptische Präsidentenamt nach, er regierte bis 1981.

Im Oktober 1973 griffen Ägypten und Syrien im Jom-Kippur- (Versöhnungstag, höchster jüdischer Feiertag) bzw. Ramadan- (islamischer Fastenmonat) Krieg Israel an (Vierter Nahostkrieg). Dieser Krieg führte zwar militärisch nicht zum Rückgewinn der besetzten Gebiete, brachte aber den neuen Präsidenten al-Assad in Syrien und as-Sadat in Ägypten sowie dem ägyptischen Luftwaffengeneral und späteren Präsidenten Mohammed Hosni Mubarak (reg. 1981-2011) einen regionalpolitischen Legitimitätsgewinn.

Fast zeitgleich begann sich das regionale Schwergewicht von Ägypten nach Osten zu verschieben: Die Erdölpreisrevolution von 1973/74 verzehnfachte die Weltmarktpreise und spülte binnen kürzester Zeit immense Einnahmen in die Staatskassen der Erdölländer, vor allem am Persischen Golf. Insbesondere das erdölreichste Land, Saudi-Arabien, stieg in



picture-alliance / dpa / London Express

Die Niederlage gegen Israel 1967 und der Verlust großer Gebiete – des Golan, des Westjordanlandes, des Sinai und des Gazastreifens – sind ein Debakel für die arabischen Staaten. Israelisches Militär auf dem Golan



picture-alliance / dpa / epa - Farook Ibrahim

Die Palästinenser gründen ihre eigene Interessenorganisation, die PLO. 1970 trifft sich ihr Anführer, Jassir Arafat (2. v.li.), in Kairo mit den Staatschefs (v.li. n. re.) von Libyen, dem Sudan, Ägypten, Saudi-Arabien und Kuwait.

den 1970er-Jahren zu der neuen Wirtschaftsmacht im Nahen Osten auf. Aber auch die Nicht-Erdölstaaten profitierten von den Erdöleinnahmen durch die innerarabische Arbeitsmigration und Finanzhilfen vom Golf. Dieses regionale Verteilungssystem der Erdölgelder – „Petrolismus“ genannt – stabilisierte die Anfang der 1970er-Jahre autoritär herrschenden Regierungen im Nahen Osten nachhaltig. Eine grenzüberschreitende Mobilisierung der arabischen Gesellschaften, wie sie den Arabischen Kalten Krieg gekennzeichnet hatte, fand seitdem deutlich seltener statt.

Regionalpolitische Sogwirkung entfaltete der grundlegende Positionswechsel Ägyptens unter Sadat: Nach dem Prestigegewinn von 1973 näherte sich Ägypten den USA unter Jimmy Carter (reg. 1977-1981) an und unterzeichnete 1978/79 in Camp David einen bilateralen Friedensvertrag mit Israel unter Ministerpräsident Menachem Begin. Der Friedensvertrag sicherte Ägypten zwar die Rückgabe des Sinai, führte wegen der Anerkennung Israels und der fehlenden Rücksprache mit den arabischen Nachbarn jedoch zur Isolation des Landes im nahöstlichen Regionalsystem und zum zeitweiligen Ausschluss aus der Arabischen Liga, der 1945 gegründeten Regionalorganisation der arabischen Staaten.

Am 6. Juni 1982 intervenierte Israel im Libanon (Fünfter Nahostkrieg). Ziel war es, die dort residierende PLO zu zerschlagen sowie den syrischen Einfluss im Libanon zu schwächen. Diese Intervention und die Massaker in den Beiruter Stadtteilen Sabra und Schatila vom 16. bis 18. September 1982, bei denen die



Der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel unter Vermittlung der USA bringt Ägyptens Staatschef in die Isolation. Anwar as-Sadat (li.) 1978 mit Jimmy Carter und Israels Premier Menachem Begin (re.) in Camp David

christliche Phalange-Miliz vor den Augen des israelischen Militärs vor allem palästinensische Zivilisten tötete (Schätzungen der Opferzahlen reichen von 800 bis 3300), radikalisierten den bereits 1975 begonnenen libanesischen Bürgerkrieg. Die libanesische *Hisbollah* (arab.; dt.: Partei Gottes), die 1982 als schiitisch-islamistische Untergrundbewegung gegründet wurde, leistete bis zum israelischen Truppenabzug im Mai

Die Islamische Republik Iran

Mit dem Sieg der Revolution von 1979 und der aus ihr hervorgegangenen Islamischen Republik Iran hatte sich ein Staat angeschickt, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ein Gesellschaftsmodell Realität werden zu lassen, das sich an den Vorstellungen der idealisierten Frühzeit des Islam orientiert. Da dieser Modellversuch gleichzeitig mit einer aggressiven anti-westlichen und anti-israelischen Außenpolitik einherging, war ihm die dauerhafte Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit sicher.

Allerdings begleitet die Islamische Republik Iran seit ihrer Gründung ein Grundwiderspruch, der schon im Staatsnamen zum Ausdruck kommt. Der Mehrheit ihrer zahlreichen Konflikte und Richtungskämpfe liegt der bisher unüberbrückbare Gegensatz zwischen „islamischem“ (Gottessouveränität) und „republikanischem“ (Volksouveränität) Staatsverständnis zugrunde.

Auf der einen Seite sehen wir einen Staat, dessen höchste Institution der „Oberste Rechtsgelehrte“ ist, ein Theologe, der sich als Sachwalter des Mahdi versteht, des 12. Imams der Schiiten, der nach ihrer Glaubensvorstellung am „Jüngsten Tag“ Gericht halten wird. In

diesem Sinn bleibt alle Macht nur relativ, absolut kann sie nur von Gott und seinem Gesandten, dem Mahdi, ausgehen. Der „Oberste Rechtsgelehrte“ fungiert laut Verfassung auch als Oberbefehlshaber aller Streitkräfte und kann alle gewählten Instanzen, einschließlich des Präsidenten, entlassen. Darüber hinaus stützt er seine Macht auf eine Kette von Institutionen wie die einflussreichen Freitagsprediger, die wirtschaftsmächtigen islamischen Stiftungen und – nicht zuletzt – die Revolutionsgarden (Pasdaran).

Auf der anderen Seite besteht eine republikanische Staatsform mit einem gewählten Präsidenten, einem gewählten Parlament, einer diesem rechenschaftspflichtigen Regierung und allen nachgeordneten staatlichen Organisationsebenen. Da in Iran keine Parteien im landläufigen Sinn existieren, werden Kandidaten für Wahlfunktionen von Interessengruppen benannt oder stellen sich individuell zur Wahl. Ein „Wächterrat“ kontrolliert die Kandidaten auf ihre „revolutionäre, islamische Gesinnung“. Das schränkt die tatsächliche Auswahl an alternativen Programmangeboten und deren Vertretern naturgemäß stark ein.

Den Revolutionären von 1979 war der experimentelle Charakter ihres Staatsbildungsversuchs bewusst. Wie soll ein

„gerechter und wahrhaftiger“ islamischer Staat in der Gegenwart aussehen, wenn über dessen konkretes Wesen anhand der historischen Quellen nur gemutmaßt werden kann? Andererseits ist auch die Islamische Republik Iran ein souveräner Staat der Gegenwart, Mitglied der Vereinten Nationen und zahlreicher anderer internationaler Organisationen, mithin also dem jetzt geltenden Völkerrecht verpflichtet. In der Folgezeit ergab sich daraus ein ständiger Widerstreit zwischen „islamischen“ und „republikanischen“ Elementen. Je nach Vorherrschen der einen oder der anderen erklärt dieser Grundwiderspruch immerhin die klar voneinander unterscheidbaren Entwicklungsetappen, die die Islamische Republik Iran seit 1979 durchlaufen hat.

So folgte auf eine sich unmittelbar an die Revolution anschließende „visionäre“ Phase, in der die Revolution – auch durch die Strahlkraft ihres charismatischen Führers, Ayatollah Khomeini – in alle Welt exportiert werden sollte, ein eher pragmatischer Entwicklungsabschnitt, weil sowohl der schiitische Charakter der Revolution als auch die erheblichen Beeinträchtigungen durch den achtjährigen Krieg mit Irak einen erfolgreichen Revolutionsexport verhindert hatten.



Der Sturz des Schahs und die Machtübernahme Ayatollah Khomeinis verändern die regionalpolitische Machtbalance. Viele arabische Regierungen fürchten sich vor einer islamistischen Dynamik in der Region.

2000 erbitterten militärischen Widerstand gegen die israelische Besatzung des Südlibanons. In diese sogenannte Sicherheitszone hatte sich die israelische Armee nach der Libanon-Invasion von 1985 bis 2000 zurückgezogen.

Ein weiteres Ereignis, das die regionalpolitische Machtbalance im Nahen Osten nachhaltig erschütterte, war die iranische Revolution von 1978/79. Das abrupte Ende der pro-

westlichen Herrschaft des Pahlavi-Schahs weckte bei vielen arabischen Regierungen Befürchtungen vor einer revolutionären, diesmal islamistischen Dynamik in der Region. Deshalb unterstützten mit Ausnahme Syriens alle arabischen Regierungen den Angriff des Irak auf Iran im September 1980. Dieser Angriff leitete den acht Jahre andauernden Ersten Golfkrieg ein, der bis 1988 Hunderttausende Tote und massive Verwerfungen auf beiden Seiten nach sich zog. Unter der Führung Saudi-Arabiens verbündeten sich 1981 die arabischen Golfmonarchien im Golfkooperationsrat (GCC=Gulf Cooperation Council), der gegen den revolutionären Iran unter Ayatollah Khomeini, aber auch gegen die Expansionsbestrebungen des Irak unter Saddam Hussein gerichtet war.

Ende der 1980er-Jahre war das regionale System des Nahen Ostens stark zersplittert: Israel war zwar die eindeutig stärkste Militärmacht, blieb aber trotz des Friedensvertrags mit Ägypten regionalpolitisch isoliert; auch zu Jordanien und dem späteren militärischen Kooperationspartner Türkei blieben die Beziehungen distanziert. Ägypten gelang es unter dem neuen Präsidenten Hosni Mubarak, der dem 1981 von radikalen Islamisten getöteten Sadat nachgefolgt war, nur langsam, wieder eine akzeptierte Rolle im Nahen Osten einzunehmen. Die Erdölmacht Saudi-Arabien blieb in erster Linie konservativ an der politischen Bestandswahrung interessiert. Die Islamische Republik Iran schließlich überstand ihren post-revolutionären Überlebenskampf nur deutlich geschwächt.

Jetzt ging es eher um die Fortexistenz des revolutionären Staates. Nützliche Wirtschaftskontakte waren wichtiger als das Verfolgen einer Vision.

Die Vorteile der „Republikaner“ um den gewählten Staatspräsidenten Rafsanjani schwanden aber in dem Maße, wie die unmittelbare Existenzbedrohung Irans gebannt schien. Ab 1993/94 befanden sie sich auf dem stetigen Rückzug vor der „islamischen“ Seite in Gestalt von Khomeinis Nachfolger als Revolutionsführer, Ayatollah Khamenei. Dieser blockierte alle Regierungsentscheidungen, die ihm als „Verrat“ an den Idealen der Revolution galten. Die Lähmung bereitete 1997 den Weg für den zweimaligen Erfolg Mohammed Khatamis bei Präsidentschaftswahlen, weil er – vor anderen im Regime – unmittelbaren Reformbedarf erkannt und Lösungen versprochen hatte. Besonderen Zuspruch fand Khatami bei jugendlichen und weiblichen Wählern mit seinem Versprechen, Menschen- und Frauenrechte zu achten und auszubauen, sowie den Menschen mehr und bessere Möglichkeiten der Mitbestimmung zu verschaffen.

Allerdings musste auch Khatami, der exemplarisch für die Reformphase stand, ähnliche Erfahrungen machen wie Rafsanjani: Jede einzelne Reformmaßnahme

musste gegen den Widerstand der geistlichen Führung durchgesetzt werden, die auf ihrer Entscheidungshoheit beharrte. Die Öffnung der gesellschaftlichen Debatte unter Khatami hatte immerhin öffentliche Zweifel und Kritik an der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ zugelassen. Weil auch Khatami dieses Prinzip zu keinem Zeitpunkt in Frage stellte, verlor er seinen Status als politischer Hoffnungsträger und machte den Weg für eine Restaurationsphase unter dem konservativen Politiker Mahmud Ahmadinejad (seit 2005) frei. In dessen Lesart ist die Revolution auf etwas höherer Ebene wieder an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt. Jetzt herrschen wieder, wie in den frühen 1980er-Jahren, egalitärer Populismus im Inneren und missionarisches Sendungsbewusstsein in den Außenbeziehungen, vor allem hinsichtlich der USA und Israels.

Die Revolution von 1979 ist von Beginn an gnadenlos mit ihren Gegnern umgegangen. Waren es zunächst die Anhänger des Schahs, die verfolgt wurden, standen danach Linksgerichtete (Kommunisten, Sozialisten) auf der „schwarzen Liste“ des Regimes. Neue Gegner fanden sich in Andersgläubigen und Minderheiten (etwa Bahais, Kurden und Araber).

Zur bisher schwersten Krise der Republik kam es aber im Zusammenhang mit

den Präsidentschaftswahlen von 2009. Große Teile der Wählerschaft bezweifelten den erneuten Gewinn Ahmadinejads und protestierten dagegen. Aus den Protesten erwuchs mit der „Grünen Bewegung“ ein breiter Widerstand. „Grün“ ist nicht nur die Farbe des Islam, „grün“ steht symbolisch auch für Einheit und Gemeinschaft. Die Farbe „grün“ sollte die neue Spannkraft der Aktivisten verkörpern, die das System spürbar verändern wollten. Mit der „Grünen Bewegung“ musste sich das Regime 30 Jahre nach dem Sturz des Schahs zum ersten Mal wieder auf einen Gegner einstellen, der seine Macht grundsätzlich in Zweifel zog. Darauf reagierte die geistliche Führung Irans mit intensiver Unterdrückung. Tausende tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle wurden verhaftet, viele gefoltert und getötet.

Die Parlamentswahlen von 2012 haben die konservativen Kräfte weiter gestärkt. Das kann sich aber als zu teuer erkaufter Erfolg, als Pyrrhussieg, erweisen, denn durch das Ausscheiden der Reformer schrumpfte die Basis des Regimes weiter. Der Ausgang des Experiments der Gründung einer „Islamischen Republik“ in der Gegenwart bleibt ungewiss.

Henner Fürtig

Zweiter Golfkrieg und Nahost-Friedensprozess

Mit dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 wurden die USA zur einzig verbliebenen Supermacht in der Weltpolitik. Dieser „unipolare Moment“ wirkte sich auch unmittelbar auf die Machtbalance im Nahen Osten aus: Als der Irak im August 1990 Kuwait besetzte und dadurch das regionale Gleichgewicht und die globale Energieversorgung bedrohte, intervenierte eine breite, US-geführte Koalition mit ihren regionalen Unterstützern Ägypten, Saudi-Arabien sowie dem traditionell anti-westlichen, aber eben auch anti-irakischen Syrien im Januar 1991. Der Zweite Golfkrieg stellte mit einer halben Million US-Soldaten eine der weltweit größten Militärinterventionen eines externen Staates seit Ende des Zweiten Weltkriegs dar. Nach dem Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait verstärkte sich die sicherheitspolitische Abhängigkeit der arabischen Golfmonarchien von den USA. Im Irak gelang es Saddam Hussein, sich deutlich geschwächt an der Macht zu halten, und das Land wurde in der Folge mit massiven UN-Sanktionen belegt. Die USA wurden durch den Zweiten Golfkrieg zu einer gewissermaßen „regionalen“ Macht im Nahen Osten. In der Folge richteten sich alle nahöstlichen Akteure stark an den USA aus – auch und gerade, wenn sie sich wie der Irak, Iran oder Libyen unter Muammar al-Gaddafi gegen Washington positionierten.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die direkte Intervention der USA im Nahen Osten beförderten auch den israelisch-arabischen Friedensprozess. Washington hatte seinen arabischen Koalitionspartnern im Zweiten Golfkrieg – namentlich Ägypten, Saudi-Arabien und auch Syrien – zugesagt, eine um-

fangreiche Initiative zur Lösung des Nahostkonflikts anzustoßen. Bereits seit Ende der 1980er-Jahre war der innenpolitische Druck auf die israelische Regierung ebenso wie auf die PLO-Führung stetig gewachsen. Im Dezember 1987 hatte die erste *Intifada* (arab.; dt.: Aufstand, Erhebung) begonnen, ein ziviler, palästinensischer Aufstand gegen die israelische Besatzung in Ostjerusalem, dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Während der ersten Intifada entstand auch die „Islamische Widerstandsbewegung“ (abgekürzt: Hamas), die sich für einen islamischen Staat in ganz Palästina – inklusive Israel – einsetzte und zur zentralen, national-religiösen Opposition gegen die säkulare PLO avancierte. Die PLO stand ihrerseits 1990/91 kurz vor dem finanziellen Bankrott, weil durch ihre allzu Irak-freundliche Haltung im Zweiten Golfkrieg die Budgetüberweisungen der Ölmonarchien ausfielen und hunderte tausende palästinensische Arbeitsmigranten die Golfstaaten verlassen mussten.

Vor diesem Hintergrund begann im Oktober 1991 die Nahostkonferenz von Madrid, zu der die USA neben den nahöstlichen Konfliktparteien auch Russland, die EU und den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, einluden. Ziel von „Madrid“ war es, multilaterale Lösungen in Problembereichen wie der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wasserverteilung oder Abrüstung zu erzielen. Daran anknüpfend sollte sich Israel in bilateralen Verhandlungen mit den Palästinensern, Jordanien, Libanon und Syrien den schwierigen, territorialen Konfliktfragen zuwenden. Letztere scheiterten, weil Israel unter der rechten Likud-Regierung von Jitzhak



picture-alliance / akg-images

1989/90 sind die USA die einzig verbliebene Supermacht und üben weiterhin ihren Einfluss im Nahen Osten aus. Nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait 1990 vertreibt eine von US-Truppen angeführte Koalition regionaler Mächte die Truppen Saddams aus dem Emir.



Auch die Friedensverhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis werden von Washington begleitet. Itzhak Rabin, Bill Clinton und Jassir Arafat bei der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ 1993 im Garten des Weißen Hauses

Schamir kein wirkliches Interesse an einer Lösung hatte und auch die arabischen Staaten zurückhaltend blieben. Der Status der Palästinenser, die in Madrid lediglich als Teil der jordanischen Delegation teilnehmen durften, blieb unbefriedigend.

Der politische Durchbruch im Friedensprozess gelang erst infolge mehrmonatiger Geheimverhandlungen in Oslo, die am 9. September 1993 in die gegenseitige Anerkennung mündeten: Die PLO-Führung unter Jassir Arafat akzeptierte Israels Recht auf eine Existenz in Frieden und Sicherheit; im Gegenzug erkannte die israelische Regierung unter Itzhak Rabin (Arbeitspartei) die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Auf die gegenseitige Anerkennung folgte am 13. September 1993 die israelisch-palästinensische Prinzipienerklärung. Diese war kein Friedensvertrag, sondern sah als „Rahmenwerk“ einen Fahrplan für zukünftige Verhandlungen vor: Als Übergangsregelung wurde eine, wenn auch deutlich begrenzte palästinensische Selbstverwaltung über bestimmte Gebiete vereinbart und 1994 die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) als proto-staatliches Gemeinwesen geschaffen. Während der israelisch-palästinensischen Verhandlungen kam es am 26. Oktober 1994 auch zur Unterzeichnung des israelisch-jordanischen Friedensvertrags, unterdessen stockten die Verhandlungen zwischen Israel und Syrien.

Der hoffnungsvoll begonnene Oslo-Prozess erlebte in der Folge einen stetigen Niedergang: Die palästinensische Seite ging davon aus, dass die Etablierung der PA 1994 eine wirkliche Autonomie bedeutete und auch zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen würde. Doch auch wenn die EU die PA substanziell unterstützte, änderte sich an Israels politischer und militärischer Kontrolle über Ostjerusalem, das Westjordanland und den Gaza-Streifen nur wenig. Am schärfsten kritisierten die Palästinenser den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten, der unter den israelischen Regierungen des Likud von Benjamin Netanyahu (reg. 1996-99 und seit 2009) wie der Arbeitspartei von Ehud Barak (reg. 1999-2001) weiter forciert wurde. Die israelische Seite beanstandete ihrerseits, dass der Friedensprozess nicht die erhoffte Entspannung und Sicherheit gebracht habe. In der Sichtweise vieler Israelis beförderte „Oslo“ hingegen geradezu das Aufkommen gewaltbereiter palästinensischer Gruppen. Als Beleg dafür führten sie die Zunahme von Selbstmordattentaten im Laufe der 1990er-Jahre an. Diese Attentate wur-

den nicht nur von Oslo-Gegnern wie der Hamas durchgeführt, sondern auch von Teilen der Fatah, der größten PLO-Fraktion, der Arafat selbst angehörte.

Ende der 1990er-Jahre dominierten die Gegner von „Oslo“ beide Seiten. So scheiterten auch die Verhandlungen über einen israelisch-palästinensischen Endstatus, die im Juli 2000 unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton (reg. 1993-2001) zwischen Barak und Arafat in Camp David stattfanden und im ägyptischen Taba im Januar 2001 nochmals kurz wiederbelebt wurden. In Camp David wurden noch nicht einmal Teilergebnisse erzielt, aber erstmals kamen alle strittigen Konfliktfragen – Siedlungen, genauer Grenzverlauf, Status von Jerusalem und Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge – zur Sprache. Kurz nach dem Scheitern von Camp David provozierte der israelische Likud-Politiker Ariel Sharon (reg. 2001-2006) die palästinensische Seite mit seinem medienwirksamen Besuch des auch für Muslime heiligen Tempelbergs im September 2000. Die Folge war die zweite, sogenannte Al-Aqsa Intifada, benannt nach der Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg, der nach Mekka und Medina dritt wichtigsten heiligen Stätte im Islam. Die Zweite Intifada bedeutete die Rückkehr der Gewalt und eine Verhärtung der israelisch-palästinensischen Beziehungen, die auch eine Dekade später noch nicht wieder aufgebrochen war.

Regionalpolitisch hatten der schnelle Aufstieg und sukzessive Niedergang des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses in den 1990er-Jahren die Konsequenz, dass sich das Verhältnis der nahöstlichen Regierungen und der arabischen Öffentlichkeit gegenüber Israel erneut verhärtete. Insbesondere der Siedlungsbau und die Kontinuität von Besatzung und militärischer Kontrolle der palästinensischen Gebiete prägten seither die Wahrnehmung Israels als das Feindbild schlechthin. Auch das arabische „Friedenslager“ mit Ägypten unter Mubarak, Jordanien unter Hussein, dem 1999 sein Sohn Abdullah nachfolgte, und Saudi-Arabien, das 2002 eine weitere arabische Friedensinitiative anführte, wurde durch den Niedergang von „Oslo“ regionalpolitisch geschwächt. Die USA wurden zwar in Folge des Zweiten Golfkrieges 1990/91 zum eigenständigen Akteur im regionalen System des Nahen Ostens, sie sahen sich jedoch durch ihre aus arabischer Sicht einseitige Parteinahme für Israel ebenfalls starken Widerständen ausgesetzt.

Der 11. September 2001 und folgende nahöstliche Kriege

Die vierte und bis zum „Arabischen Frühling“ 2011 letzte Phase in der nahöstlichen Regionalpolitik seit 1945 begann mit den Terroranschlägen auf das Pentagon in Washington D.C. und auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 – später in der öffentlichen Berichterstattung kurz „9/11“ (Nine-Eleven) genannt. Zu den Anschlägen, denen etwa 3000 Menschen zum Opfer fielen, bekannte sich al-Qaida. US-Präsident George W. Bush (reg. 2001-2009) rief daraufhin den „globalen Kampf gegen den Terrorismus“ aus, und nach der unmittelbaren Intervention in Afghanistan im Oktober 2001 machte er den Nahen Osten zum zentralen Operationsfeld der US-Außenpolitik. Die Anti-Terrorismus-Perspektive führte nach „9/11“ zu einer nie dagewesenen sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den



Nach dem 11. September 2001 bestimmt der Anti-Terror-Kampf die regionale Balance. 2003 greifen die USA unter dem Vorwand, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen, Bagdad an und beenden die Herrschaft Saddam Husseins.

Zankapfel Irak

Im Irak spiegeln sich nach dem Abzug der amerikanischen Soldaten die großen aktuellen Konflikte des Nahen Ostens wider: Die Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Iran, aber auch der Aufstand in Syrien gegen das seit 1963 herrschende Regime der Baath-Partei unter Führung von Präsident Baschar al Assad. Dabei neigen im Irak die zwei großen politischen Blöcke verschiedenen ausländischen Mächten zu. Die Mehrheitsbevölkerung der Schiiten verlässt sich auf Iran, die arabischen Sunniten stützen sich, wie im Osmanischen Reich, auf die sunnitischen Türken. Die konfessionelle Spaltung der Region in Sunniten und Schiiten teilt damit auch das Zweistromland. [...]

Beim Anspruch, die Region zu ordnen, sind die Türkei und Iran in der Levante zu Konkurrenten geworden. Während die sunnitische Türkei über ihren großen wirtschaftlichen, aber auch politischen Einfluss Ordnungsmacht sein will, setzt Iran eher auf die Waffen und das Militär, um sich den Irak als verlängerten Arm und eine Pufferzone nach Westen zu erhalten; unter den Muslimen des Irak bilden die Schiiten die Mehrheit. [...]

Der starke Mann Irans im Irak ist nicht der iranische Botschafter, sondern General Qassem Sulaimani, der Chef der Quds-Brigaden. Er agiert im Irak über den irakischen Staatsbürger Dschamal Ibrahim, der sich den Kampfnamen

Abu Mahdi al Muhandis zugelegt hat. Der hatte sich früh dem Export der islamischen Revolution Irans verschrieben. 1982 hatte er ein Attentat auf einen kuweitischen Prinzen geplant, und er war 1983 beim Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Beirut beteiligt. Heute führt er als „Kriegerfürst“ (warlord) drei Milizen an und pendelt zwischen Iran und dem Irak [...].

Diese drei radikalen schiitischen Gruppen werden von den Quds-Brigaden mit Waffen versorgt, ausgebildet und finanziert. Sie wurden in den vergangenen Jahren für Attentate auf mehrere Gouverneure und Polizeichefs in den schiitischen Provinzen im Süden des Iraks verantwortlich gemacht. Ziel war offenbar, Druck auf die schiitischen Politiker auszuüben, den Vorgaben aus Teheran Folge zu leisten – oder aber Gefahr zu laufen, getötet zu werden. Zwar liefert Iran an den Irak Strom, und das bilaterale Handelsvolumen beläuft sich auf mehr als sechs Milliarden Dollar. Das ist aber nur die Hälfte des irakischen Handelsvolumens mit der Türkei.

Die Türkei will ihr bilaterales Handelsvolumen mit dem Irak sogar auf 20 Milliarden Dollar ausbauen. Dazu haben beide Staaten nicht weniger als 48 Absichtserklärungen für eine Vielzahl von Branchen unterzeichnet. Türkische Bauunternehmen beherrschen im Irak die Baubranche, und allein in der autonomen Region Irakisch-Kurdistan

haben sich mehr als 500 türkische Unternehmen niedergelassen. Die Türkei bezieht aus einer Leitung, die von Kirkuk an den Mittelmeerhafen Ceyhan verläuft, Erdöl, und irgendwann in der Zukunft soll die Gasleitung Nabucco Erdgas auch aus dem Irak über die Türkei nach Europa pumpen.

Voraussetzung, dass das alles floriert, sind die Stabilität im Irak und ein Ausgleich zwischen den großen politischen Gruppen. Um das zu erreichen, unterstützt die Türkei im Irak die geschwächten arabischen Sunniten, was aber zu Spannungen mit den Schiiten führt. [...]

Zudem belastet die Wasserfrage die bilateralen Beziehungen wieder. Der Wasserdurchfluss des Euphrat im Irak ist wegen der türkischen Staudämme von 700 Kubikmetern in der Sekunde auf 400 Kubikmeter gesunken. Der Irak fordert mehr Wasser und will die Streitfrage international lösen, die Türkei beruft sich auf eine Dürre im eigenen Land und strebt eine zweiseitige Lösung an. [...]

Die Türkei und Iran haben im Irak gegensätzliche Interessen, ebenso in Syrien. Grundsätzlich will die Türkei, die sich immer mehr als neo-osmanische Schutzmacht der Sunniten in der arabischen Welt gefällt, Irans Einfluss in der Region eindämmen. [...]

Rainer Hermann, „Sunniten gegen Schiiten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Januar 2012

USA, der EU und den arabischen Regierungen in Ägypten, Jordanien, Marokko und Syrien. Sie erlaubte es, den zuvor genannten autoritär herrschenden Regierungen im Nahen Osten zudem, unliebsame Oppositionelle und insbesondere Vertreter islamistischer Bewegungen per se als „Terroristen“ zu bezeichnen und zu verfolgen, ohne dafür von Seiten westlicher Regierungen kritisiert zu werden.

Die Anti-Terrorismus-Perspektive stellte auch den Hintergrund für den US-Krieg gegen den Irak ab März 2003. Dem Irak waren seitens der USA Verbindungen zu al-Qaida unterstellt worden. Nachdem eine direkte Unterstützung Iraks von islamistischen Terroristen nicht nachgewiesen werden konnte, wurden etwaige irakische Massenvernichtungswaffen als Kriegsgrund und später dann eine notwendige externe Demokratisierung und die Strahlkraft eines positiven irakischen Beispiels für den gesamten Nahen Osten angeführt. Innerhalb der EU führten die US-Kriegspläne zu einer Spaltung in Befürworter und Beteiligte wie Großbritannien und Polen einerseits und Skeptiker wie Deutschland und Frankreich andererseits. Der Dritte Golfkrieg führte zwar binnen weniger Wochen zum Ende der Herrschaft von Präsident Saddam Hussein, die durch die UN-Sanktionen und die regionalpolitische Isolation seit 1991 ohnehin geschwächt war. Der US-Besatzung gelang es nach dem Sommer 2003 jedoch nicht, im Irak umfassend für Sicherheit zu sorgen und einen nachhaltigen politischen und sozioökonomischen Wiederaufbau einzuleiten.

Stattdessen eskalierte durch Selbstmordanschläge und eine repressive Aufstandsbekämpfung seitens des US-Militärs die Situation in einen Bürgerkrieg, der 2005/06 entlang der innerislamischen Trennlinie von Sunniten und Schiiten ausgetragen wurde. Aus regionalpolitischer Sicht markierte das Ende der Herrschaft Saddam Husseins und insbesondere die zunehmende Delegitimierung der USA als Besatzungsmacht den

Aufstieg der Islamischen Republik Iran. Sie wurde zur neuen, einflussreichen Akteurin im Irak und – durch ihre Allianz mit Syrien, der libanesischen Hisbollah und der palästinensischen Hamas – auch im weiteren arabischen Raum.

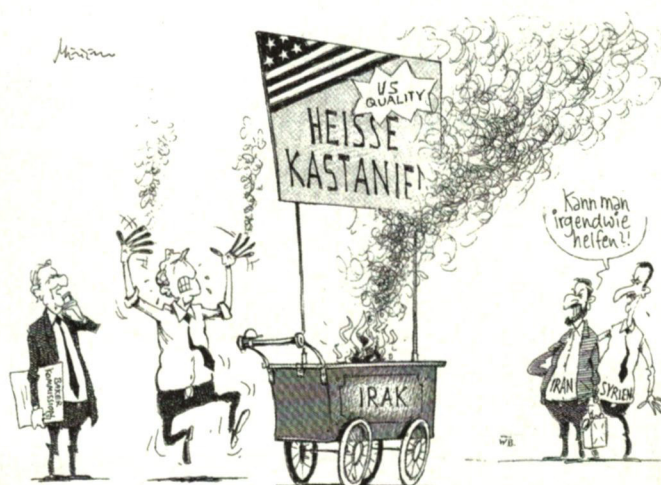
Der Libanonkrieg im Juli/August 2006 trug ebenfalls zu einer Verschiebung der Machtkonstellation im Nahen Osten bei: In dem auch als „Sommer-Krieg“ bezeichneten Waffengang eskalierten die seit 2000 anhaltenden Spannungen zwischen Israel und der schiitisch-islamistischen Hisbollah, die, unterstützt von Iran, vom Libanon aus Israel angriff. Die israelischen Militärschläge kosteten weit über 1000 Zivilisten im Libanon das Leben, und große Teile der Infrastruktur des Landes wurden zerstört. Dennoch gewann die Hisbollah aufgrund ihres fortwährenden militärischen Widerstands immense regionalpolitische Legitimität in der arabischen Öffentlichkeit und konnte so einen politischen Sieg davontragen. Viele Araber sahen im Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, gar eine neue charismatische regionale Führungsfigur, die dem ehemaligen ägyptischen Präsidenten Nasser ähnelte.

Auf den Dritten Golfkrieg 2003 und den Libanon-Krieg 2006 folgte der Gaza-Krieg. Er begann am 27. Dezember 2008 mit einer massiven Offensive der israelischen Armee, die diese Offensive mit dem jahrelangen Raketenbeschuss israelischen Territoriums aus dem Gaza-Streifen legitimierte, und endete gut drei Wochen später am 18. Januar 2009. Ähnlich wie im Libanon-Krieg starben auch im Gaza-Krieg weit über 1000 Menschen – vornehmlich palästinensische Zivilisten. Neben der hohen Anzahl an Toten und Verletzten brachte der Krieg zudem die Zerstörung der zivilen Infrastruktur im Gaza-Streifen mit sich. Innerpalästinensisch führte der Gaza-Krieg zu einer Stärkung der islamistischen Hamas, die im Januar 2006 die Parlamentswahlen gewonnen und im Juni 2007 gewaltsam die alleinige Kontrolle über den Gaza-Streifen übernommen hatte. Regionalpolitisch brachte der Gaza-Krieg 2008/09 der Hamas einen weiteren, mit der Hisbollah 2006 vergleichbaren Prestigegewinn.

Diese Kriege sowie der Einflussverlust der USA im Nahen Osten und ihr weitgehender Rückzug aus der Regionalpolitik führten nach 2005/06 zu einer Erstarkung regionalpolitischer Akteure. Neben Iran betraten neue „Spieler“ die nahöstliche Arena, wie etwa die Türkei oder das kleine Golfemirat Katar. Unter der seit 2003 regierenden, moderat-islamistischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) konnte die Türkei ihren diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss



Symbol für den Sturz des Diktators: Die Statue Saddam Husseins am Firdos-Platz in Bagdad wird 2003 mit Hilfe von US-Marines zerstört.



Gerhard Mester / Baaske Cartoons

Kein Frieden ohne die Zustimmung aller?

[D]ie internationale Gemeinschaft [bemüht sich], wieder direkte Gespräche zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) in Gang zu bringen. [...] Es ist naheliegend, dass sich die Friedensbemühungen auf Präsident Machmud Abbas und Premier Salam Fayyad konzentrieren. Seit Abbas' Amtsantritt im Januar 2005 kann die Autonomiebehörde umfassende Erfolge im Sicherheitssektor und ein fast zweistelliges Wirtschaftswachstum in der Westbank im Jahr 2010 vorweisen. Dabei wird jedoch übersehen, dass der demokratischen Legitimation des Präsidenten und seines Premiers enge Grenzen gesetzt sind. Abbas' Präsidentschaft ist nach formalen Gesichtspunkten schon seit Januar 2010 beendet. [...]

Mit der Arbeit von Premierminister Fayyad zeigen sich viele Palästinenser zwar zufrieden. In der Fatah verfügt er allerdings nur über einen nominellen Rückhalt; von der Hamas wird er rundheraus abgelehnt. [...] Verschärfend kommt hinzu, dass die Autonomiebehörde nur in etwa 40 Prozent der Westbank partielle politische Gestaltungsfreiheit besitzt – in den „A- und B-Zonen“, die der PNA im Zuge der Oslo-Verträge unterstellt worden sind. Der Traumpartner der internationalen Staatengemeinschaft verfügt also weder über die Legitimation noch über die Autorität, die ihm zugeschrieben wird. Dass Salam Fayyad im Februar 2011 erneut von Machmud Abbas, nicht aber von einer gewählten parlamentarischen Versammlung mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, unterstreicht diese Entwicklung. Solange weder in Gaza noch in der Westbank Parlamentswahlen stattfinden, wird sich daran nichts Grundsätzliches ändern. [...]

Dreieinhalb Jahre, nachdem sie im Gaza-Streifen die Macht übernommen hat, bleibt die Hamas immer noch ausgeschlossen. Auch nach der Unterzeichnung des Kairoer Abkommens besteht das Nahost-Quartett auf einem umfassenden Kriterienkatalog, der eine volle Einbindung der Islamisten verhindert.

Gegner einer diplomatischen Anerkennung der Hamas übersehen dabei oft, dass sie nicht ausschließlich aus radikal-islamischen Terrorzellen besteht. [...] Mit der Abriegelung des Gaza-Streifens als Folge des Hamas-Boykotts wurden dabei nicht nur deren Anhänger, sondern alle 1,6 Millionen im Gaza-Streifen lebenden Palästinenser politisch marginalisiert. [...]

Der künftige Status Jerusalems zählt zu den schwierigsten Punkten eines Endstaatsabkommens. Knapp 300 000 Palästinenser leben im Ostteil der Stadt. Nicht nur wurde dieser Stadtteil von den bisherigen israelischen Verwaltungen völlig vernachlässigt. Dessen Bewohner sind auch weitgehend von den politischen Prozessen isoliert. Anders als die Bewohner der Westbank können sie sich zwar in Israel frei bewegen und sind über besondere Identitätskarten auch in das israelische staatliche Wohlfahrtssystem eingebunden. Aber die große Mehrheit der Jerusalemer Palästinenser möchte nicht nur das Recht auf eine Beantragung der israelischen Staatsbürgerschaft nicht in Anspruch nehmen. Aus Protest gegen die Annexion Jerusalems haben sie sich seit Jahrzehnten einer Beteiligung an Kommunalwahlen fast ausnahmslos verweigert. [...]

[...] Eine weitgehende politische Abtrennung Ost-Jerusalems sowohl von Israel als auch von der PNA hat [...] dazu geführt, dass die Interessen der Ost-Jerusalemer derzeit weder auf israelischer Seite noch von der Autonomiebehörde adäquat vertreten werden. [...]

Mit mindestens fünf Millionen Menschen ist die Diaspora die größte palästinensische Gruppierung. Bislang wussten sich die Bewohner der Flüchtlingslager von Amman, Damaskus oder Beirut über die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) in den Verhandlungen repräsentiert, da nur sie über das Mandat verfügt, alle Palästinenser zu vertreten. [...] Heute ist die PLO fast bedeutungslos. [...] Anders als zu Beginn des Oslo-Prozesses werden israelisch-palästinensische Verhandlungen heute von der Autonomiebehörde geführt. Dabei wurde sie ursprünglich nur als temporäres Verwaltungsorgan für die Inlandspalästinenser geschaffen und nicht als Vertreterin der Diaspora.

[...] [D]er ehemals große Einfluss der Diaspora-Palästinenser [wurde] fast vollständig ausgeschaltet. [...] Langfristig [...] gefährdet dieser Ansatz die breite – auch regionale – Anerkennung jedes politischen Ergebnisses. Denn eine Chance auf eine durchsetzbare Friedenslösung besteht nur, wenn der Staatsaufbau von einer echten Vertretung der Palästinenser im Ausland legitimierend flankiert wird. [...]

Die israelischen Palästinenser machen rund 20 Prozent der Bevölkerung Israels aus [...]. Vordergründig ist die Lage dieser Bevölkerungsgruppe durchaus positiv: Im israelischen Parlament, der Knesset, stellt sie immerhin zwölf Abgeordnete und in der Regierung Netanjahu auch einen Vizeminister. Die augenscheinliche politische Integration hält jedoch einer tiefer gehenden Analyse nicht stand. Der Graben zwischen der palästinensischen Minderheit und der israelischen Mehrheitsgesellschaft ist in dem Maße vertieft worden, wie die Hoffnungen auf eine Zweistaatenlösung schwanden. [...]

Die selbstgewählte Abkopplung der israelischen Palästinenser vom israelischen Mainstream, die wachsende Zurückweisung der arabischen Minderheit durch rechtsgerichtete Parteien in der Knesset, die Zuwendung zu fundamental-oppositionellen Heilsversprechungen der IBI [Islamische Bewegung Israels] und die Abwendung von der PNA haben dazu geführt, dass diese Minderheit nur ungenügend in politische Prozesse integriert ist. Eine ohne sie erzielte Lösung des Konflikts aber wird für sie kaum verbindlichen Charakter haben. [...]

Michael Bröning, Henrik Meyer, „Diplomatie mit Scheuklappen“, in IP Juli/August 2011; <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/juli-august/diplomatie-mit-scheuklappen>;

© IP



Hamas und Fatah vertreten beide palästinensische Interessen – sind aber uneins. Demonstranten fordern die Hamas-Regierung in Gaza und die Fatah-Vertretung im Mai 2011 in Ramallah zur Einigkeit auf.

Abbas Momani/APP/Getty Images

... du hast ein neues Brüderchen bekommen!!



im Nahen Osten deutlich ausweiten. So vermittelte sie von Mai bis Dezember 2008 in den letztlich gescheiterten israelisch-syrischen Geheimverhandlungen. Ihre offen pro-palästinensische Haltung während und nach dem Gaza-Krieg 2008/09 und in der Krise um die sogenannte Gaza-Hilfsflotte im Mai 2010, in der Schiffe von der Türkei aus Gaza ansteuerten und durch das israelische Militär gewaltsam gestoppt wurden, brachte ihr in der Folge große Sympathien in der arabischen Bevölkerung ein.

Unter Scheich Hamad Al Thani gewann die Golfmonarchie Katar ebenfalls regionalpolitisch an Statur. Katars erfolgreiche Vermittlung im Libanon 2008, wo es den Kompromisskandidaten Michel Sulaiman als neuen libanesischen Präsidenten und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit im Mai 2008 durchzusetzen half, unterstreichen diesen Einflussgewinn. Katars neue Rolle war insofern ein Novum in der nahöstlichen Machtbalance, als sich Saudi-Arabien erstmals von einem anderen arabischen Golfstaat in seinem Status als dominanter *player and payer* in der regionalen Konfliktbearbeitung herausgefordert sah.

Neben diesen staatlichen Akteuren traten in den 2000er-Jahren eine ganze Reihe nichtstaatlicher, „neuer“ Akteure wie die Hisbollah und Hamas auf den Plan. Was die Struktur des regionalen Systems anbelangt, so entwickelte sich zum Ende der 2000er-Jahre eine Art „Neuer Arabischer Kalter Krieg“: die klare Blockbildung zwischen einem pro-westlichen Lager mit Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien einerseits und einer anti-westlichen „Achse des Widerstands“, bestehend aus Iran, Syrien, der libanesischen Hisbollah und der palästinensischen Hamas, andererseits. Lediglich die Türkei und Katar nahmen als regionalpolitische Neulinge eine Mittelposition ein. Diese Zwei-Lager-Konstellation, die sich auch aus dem Einfluss- und Vertrauensverlust der USA und zentraler EU-Staaten ergab, war das zentrale Merkmal des regionalen Systems im Nahen Osten bis zum Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011.

Regionale Dynamik

Die Wandlungsprozesse des regionalen Systems im Nahen Osten seit 1945 lassen sich gut anhand der vier, zu unterschiedlichen Zeitpunkten einflussreichsten regionalen Staaten Ägypten,

Saudi-Arabien, Iran und Israel veranschaulichen. Denn sie weisen Potenziale und Defizite auf, die dem jeweiligen Land zu einem bestimmten Zeitpunkt einen Status als Regionalmacht im Nahen Osten ermöglichten oder zu anderen Zeiten verhiinderten.

Ägypten: Lange Zeit strebte Ägypten nach einer regionalen Führungsrolle im Nahen Osten: In den 1950er- und 1960er-Jahren war das Land der Repräsentant des Panarabismus, in den 1980er-Jahren und danach präsentierte es sich als Anführer des pro-westlichen „Friedenslagers“. Ägyptens Führungsanspruch stützt sich darauf, das mit Abstand bevölkerungsreichste arabische Land zu sein und über eine große und gut ausgestattete Armee zu verfügen. Die lange Geschichte eines zentralisierten, relativ effektiven Staatswesens und einer starken nationalen Identität verhinderten bislang Versuche externer Staaten und politischer Bewegungen, das Land „von außen“ zu destabilisieren. Die zentrale Lage in der Region sowie seine Nähe zu Israel unterstreichen Ägyptens geostrategische Bedeutung.

Ägyptens regionaler Einfluss schwand mit der Niederlage im Sechstagekrieg gegen Israel 1967 sowie der Verlagerung des regionalpolitischen Gravitationszentrums hin zu den Golfstaaten als Folge der Erdölpreisrevolution 1973/74. Ägyptens Allianzwechsel unter Präsident Sadat hin zu den USA, der im bilateralen Friedensvertrag mit Israel 1978/79 seinen Ausdruck fand, resultierte auch aus der dringenden Suche nach einer neuen Finanzquelle für die geschwächte Wirtschaft. Der weitere ökonomische Niedergang Ägyptens unter Präsident Mubarak sowie seine Haltung als US-Alliiertes und „Friedenspartner“ Israels, die ihn in den Augen der arabischen Welt delegitimierte, unterstrich den zunehmenden regionalen Bedeutungsverlust des Landes seit Ende der 1990er- und während der 2000er-Jahre.

Saudi-Arabien: Saudi-Arabiens Aufstieg als regionale Führungsmacht geht auf seinen immensen ökonomischen Ressourcenreichtum zurück. Es setzte seinen mit keinem anderen Flächenstaat in der Region vergleichbaren Wohlstand dazu ein, hochentwickelte Waffensysteme zu erwerben, nicht zuletzt von Deutschland, und – im Sinne einer wahrhaften Scheckbuchdiplomatie – eine Vielzahl von politisch einflussreichen Akteuren direkt oder indirekt zu unterstützen. Spätestens ab den 1970er-Jahren entwickelte sich Saudi-Arabien so vom *payer* immer mehr zum regionalpolitischen *player*. Außerdem setzten die saudische Regierung und die Vielzahl religiöser Stiftungen, die sie finanzierte, ihren Reichtum auch ein, um ihre besonders konservative Version des Islam zu propagieren. Zu diesem Zweck finanzierten sie im Nahen Osten und darüber hinaus in West- und Zentralasien, dem Balkan, Europa und Ostafrika Moscheen, islamistische Vereine sowie Veröffentlichungen des Koran und anderer religiöser Schriften.

Doch gibt es eine Reihe von spezifischen Defiziten, die Saudi-Arabien eine Führungsrolle als Regionalmacht erschweren. Das saudische politische System ist in hohem Maße autoritär; es basiert auf einer strengen Kontrolle der Gesellschaft, bei der dem religiös-wahhabistischen Establishment eine zentrale Rolle zukommt. Sein umfassendes System der Patronage und der sozialen Wohlfahrt, das saudischen Staatsbürgern eine freie Gesundheitsversorgung und Bildungszugang verspricht, setzt einen kontinuierlich hohen Erdölpreis voraus. Wenn der Ölpreis fällt, bedeutet dies eine potenzielle innenpolitische Destabilisierung. Saudi-Arabien sah und sieht sich beständig ideologisch herausgefordert, da seine außenpolitische Allianz mit den USA und säkularen arabischen Regierungen immer wieder der selbst propagierten, puristisch-konservativen Islam-Interpretation widerspricht und widerspricht. Innerhalb Saudi-Arabiens fanden radi-

kale, systemoppositionelle Ideologien Gehör und Unterstützung: In den 1950er-Jahren stellte der säkulare Panarabismus Nassers den „Feudalismus“ und „religiösen Traditionalismus“ des Königshauses infrage. Bereits seit 1979 und dann vermehrt ab den 1990er-Jahren warfen ihm radikal-islamistische Gruppierungen seinen „Abfall“ vom Islam vor. Schließlich blieb Saudi-Arabien trotz seiner hohen Ausgaben aufgrund der mangelhaften Ausbildung seiner Truppen doch ein militärisches „Leichtgewicht“, wie sich besonders deutlich im Kontext der irakischen Invasion Kuwaits 1990 zeigte. Damals musste die Regierung in Riad Washington um militärische Unterstützung bitten, und US-Truppen operierten von 1990 bis 2003 von saudischem Territorium aus.

Iran: Iran gilt aufgrund seiner räumlichen Ausdehnung, seiner Bevölkerungsgröße, seiner militärischen Fähigkeiten (ob nun mit oder ohne Atomwaffen) sowie seiner ökonomischen Kapazitäten als weltweit drittgrößter Erdöl- und zweitgrößter Erdgasexporteur als potenzielle Regionalmacht im Nahen Osten. Doch hat es das Land bislang nicht geschafft, seine Machtpotenziale in wirkliche regionalpolitische Dominanz zu verwandeln. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass Iran von den arabischen Regierungen und der Öffentlichkeit gleichermaßen als nicht-arabische, gewissermaßen „fremde Macht“ angesehen wird.

In den arabischen Ländern, die über eine große schiitische Gemeinschaft verfügen, aber von sunnitisch dominierten Regierungen geführt werden – wie Bahrain, Irak bis 2003, Kuwait und Saudi-Arabien –, wird Iran darüber hinaus als reelle Bedrohung wahrgenommen. Dies war sowohl vor als auch nach der Islamischen Revolution in Iran von 1979 der Fall. Vor der Revolution war der iranische Pahlavi-Schah ein wichtiger Alliierte der USA und Israels und eine der zentralen Stützen der US-Strategie im Kalten Krieg. Sein Bündnis mit den konservativen Kräften im „Arabischen Kalten Krieg“ schränkte die Einflussmöglichkeiten Irans in weiten Teilen der mobilisierten arabischen Staaten ein. Nach der Revolution 1979 fürchteten vor allem die autoritären Regime in den arabischen Staaten, von Iran könne eine islamistische Mobilisierung und der Export der Revolution ausgehen. Im Kontext des Ersten Golfkrieges in den 1980er-Jahren betrieb der Irak unter Saddam Hussein eine von den konservativen Golf-

monarchien unterstützte anti-iranische und anti-schiitische Kampagne gegen Iran. Diese wies durchaus Ähnlichkeiten zu den anti-schiitischen Verlautbarungen Mitte der 2000er-Jahre auf, als Iran infolge des Dritten Golfkrieges von 2003 regionalpolitisch an Einfluss gewann.

Israel: Seit seiner Staatsgründung 1948 bestimmt die ideologische Auseinandersetzung über Identität und Legitimität Israels Position im Nahen Osten. Ebenso wie Iran gelang es auch Israel nicht, seine immense militärische und wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber seinen arabischen Nachbarn in eine nachhaltige und anerkannte regionale Führungsrolle umzumünzen. Seine militärischen Fähigkeiten sind unzweifelhaft; sie reichen vom Besitz modernster Waffensysteme bis hin zu Atomwaffen, auch wenn deren Besitz offiziell nie bestätigt wurde. Israels Wirtschaft ist hoch entwickelt, und es besitzt unter allen nahöstlichen Staaten die bei weitem engsten Beziehungen zu den USA, die Israel fast immer unterstützen. Die Kriege, die es in der Region geführt hat, und die Besetzung der palästinensischen Gebiete in Ostjerusalem, des Westjordanlands und des Gaza-Streifens sowie der syrischen Golan-Höhen bestärkten die Einstellung weiter Teile der arabischen Öffentlichkeit und die Mehrzahl arabischer Regierungen, Israel nicht als legitimen Staat anzuerkennen.

Fazit: Abschließend lässt sich festhalten, dass es nach 1945 keinem einzelnen nahöstlichen Staat gelang, das regionale System allein zu dominieren. Vielmehr haben sich in den vier Phasen bis zum Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011 immer wieder neue Machtkonstellationen ergeben: Ägypten hatte die Führung im Arabischen Kalten Krieg der 1950er- und frühen 1960er-Jahre inne. Israel dominiert die Region seit 1967 militärisch, Saudi-Arabien seit der Erdölpreisrevolution 1973/74 wirtschaftlich. Wie in den vorherigen Epochen blieb auch Irans Aufstieg seit 2003 regionalpolitisch höchst umstritten. Als wichtigster Gradmesser des regionalpolitischen Einflusses hat sich der israelisch-palästinensische „Zentralkonflikt“ seit dem ersten Krieg 1948/49 gehalten. Wer im regionalen System des Nahen Ostens eine dominante Rolle spielen möchte, muss auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine klare Haltung zur „Palästinafrage“ entwickeln.



Im Nahen Osten kämpfen das sunnitische Saudi-Arabien und der schiitische Iran um eine regionale Führungsrolle, beide sind jedoch nicht unumstritten. Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad (re.) mit dem saudischen König Abdullah Ibn Abdul al-Aziz (M.) und Qabus ibn Said, Sultan des Omans, beim Treffen des Golfkooperationsrates in Doha, Katar, im Dezember 2007

Hanspeter Mattes

Die arabischen Protestbewegungen von 2011

Das Jahr 2011 verändert die politische Situation in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens. Im „Arabischen Frühling“ rebellieren Millionen Menschen gegen Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit.

Die Ereignisse ab Jahresbeginn 2011 wurden in der Presse oft als „Arabischer Frühling“ oder „Arabellion“ bezeichnet, weil große Teile der Bevölkerung gegen die herrschende Unfreiheit, soziale Ungerechtigkeit und Korruption rebellierten. Die Proteste der Bevölkerungen in Tunesien und Ägypten waren allerdings deutlich blutiger als die in der Presse oft als Vergleich herangezogenen Umbrüche in Osteuropa 1989.

Die politischen Proteste in Nordafrika und dem Nahen Osten verliefen zwar von Land zu Land sehr unterschiedlich; ausgelöst wurden sie jedoch durch den Selbstmord des 27-jährigen tunesischen Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi, der sich am 17. Dezember 2010 in der westtunesischen Kleinstadt Sidi Bouzid aus Frustration über seine aussichtslosen Lebensumstände mit Benzin überschüttet und selbst verbrannt hatte. Die modernen Kommunikationsmittel Satellitenfernsehen, Mobiltelefon und Internet mobilisierten zunächst in Tunesien landesweit Proteste in einem solchen Umfang, dass selbst massiver Polizeieinsatz Großdemonstrationen in der Hauptstadt Tunis nicht verhindern konnte. Unter dem Druck der Proteste und angesichts der Weigerung der Streitkräfte, gegen die Protestierenden vorzugehen, flüchtete der tunesische Staatspräsident Ben Ali am 14. Januar 2011 ins Exil nach Saudi-Arabien. In Anlehnung an die Nationalblume hieß die in Tunesien eingeleitete politische Entwicklung auch „Jasminrevolution“.

Dieser Sturz eines seit 24 Jahren autoritär regierenden Staatsoberhauptes durch eine zivilgesellschaftliche Protestbewegung inspirierte die Bevölkerung in vielen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens zu ähnlichen Protestaktionen, die in Reformen oder sogar in politische Machtwechsel mündeten. Diese innenpolitischen Umwälzungen in zahlreichen arabischen Staaten zwangen die USA, europäische Staaten und die Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die bislang in der Regel eng mit den autoritären Staatsführungen zusammengearbeitet hatten, zur Neubestimmung ihrer Position gegenüber den Protestbewegungen und den neuen politischen Akteuren.



picture-alliance / dpa / epa

Er gilt als Auslöser der „Arabellion“: Bewohner von Kasserine in Zentraltunesien erinnern an Mohammed Bouazizi, der sich aus Verzweiflung über seine aussichtslosen Lebensumstände 2010 selbst verbrannte.

Ursachen der Proteste

Die Proteste hatten vielfältige politische, wirtschaftliche und soziale Ursachen, die in unterschiedlicher Zusammensetzung in allen Staaten wirkten. Die vorherrschende gesellschaftliche Misere wurde vor allem durch die politische Unfreiheit, die rigide Kontrolle der Bevölkerung durch die Sicherheitskräfte, die auch Folter praktizierten, die Selbstbereicherung von kleinen Gruppen oftmals miteinander verschwägerter Politiker und Unternehmer, die ausgeprägte Korruption, die zunehmend verfallende Kaufkraft und die Defizite im Bildungs- und Gesundheitswesen hervorgerufen. Das größte Problem in allen Gesellschaften Nordafrikas und des Nahen Ostens war und ist wegen des hohen Bevölkerungswachstums die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 30 Jahre. Diese stellen mit durchschnittlich 50-60 Prozent nicht nur den größten Anteil an der Gesamtbevölkerung, sondern weisen mit bis zu 40 Prozent auch die höchste Arbeitslosenrate auf. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde deshalb in den vergangenen Jahren in den Medien der Region zu Recht als „tickende Zeitbombe“ bezeichnet.

Dies gilt auch für die Hochschulabsolventen, die trotz ihrer Qualifikation nicht mehr vom Staatsapparat und der Wirtschaft absorbiert werden konnten. Sie organisierten sich zunehmend, um für eine neue nationale Beschäftigungspolitik zu demonstrieren. Da ihre Proteste erfolglos blieben, verstärkte sich in den zurückliegenden Jahren die vor allem nach Europa ausgerichtete illegale Migration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die für sich keine Lebensperspektive mehr in ihren Ländern sahen.

Beschrieben wurden die genannten gesellschaftlichen Defizite bereits in den zwischen 2002 und 2009 veröffentlichten fünf umfangreichen Arabischen Entwicklungsberichten (*Arab Human Development Reports*). Die dort auf-

gezeigten Missstände wurden von den Regierungen jedoch nicht massiv und nachhaltig bekämpft und verschärften sich nach der globalen Finanzkrise seit 2008. Dennoch überraschten die Umbrüche von 2011 die politischen Beobachter und erst Recht die betroffenen Regierungen. Diese mussten zudem feststellen, dass die bislang wirksamen „Ordnungsmittel“ – Repression und Einschüchterung durch die Polizei – nicht mehr griffen. Die Sicherheitskräfte stießen vielmehr zu-

nehmend auf Demonstranten, die mit großer Furchtlosigkeit und Opferbereitschaft um ihre Freiheit kämpften. So führte die Selbstverbrennung von Mohammed Bouazizi, der am 4. Januar 2011 seinen Verletzungen erlag, dazu, dass die aufgeladene Stimmung in Tunesien zur Explosion kam und nach der Flucht des tunesischen Präsidenten die Hoffnung auf einen ebensolchen „Befreiungsschlag“ in andere arabische Staaten exportiert wurde.

Zivilgesellschaft im arabischen Raum

[...] Definiert man [...] Zivilgesellschaft wie gemeinhin für westliche Gesellschaften als die Sphäre jenseits von Staat, Markt und Familie, dann gab es in den von Revolten erfassten Ländern vielfältige Formen der Zivilgesellschaft. Es lässt sich auch eine deutliche Zunahme in den vergangenen Jahren feststellen. Noch hilfreicher scheint ein Rückgriff auf den Begriff der Polis, der nicht nur den griechischen Stadtstaat meint, sondern nach Aristoteles auch als „bürgerliche Gesellschaft“ übersetzt wird. Die freie Polis bedarf der Agora, des Versammlungsortes. Ohne Orte der Versammlung ist bürgerliche oder zivile Gesellschaft, ist auch Demokratie nicht denkbar. Das muss kein Gemeindezentrum sein. Ein Kaffeehaus genügt. Kaffeehäuser und Salons waren die Kristallisationspunkte der entstehenden bürgerlichen Öffentlichkeit im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts. Ohne sie hätte es keine französische Revolution gegeben.

Obwohl einst in Kairo und Damaskus entstanden, waren Kaffeehäuser vor 15 Jahren in diesen Ländern weit seltener als in Europa. Es gab Straßencafés, in denen alte Männer still an ihrer Wasserpfeife sogen und Backgammon spielten. In der Millionenstadt Kairo gab es mit dem Café Huriya (Freiheit) nur einen einzigen stadtbekannten öffentlichen Ort, in dem sich Intellektuelle trafen, Kommunisten und Liberale, um zu diskutieren. Andere Treffpunkte kannten nur Eingeweihte, etwa die Restaurant-Terrasse auf dem Dach des Orion-Hotels. [...]

Der Wandel begann vor zehn Jahren. Nicht nur in Kairo, auch in Damaskus begannen junge Leute aus der Mittelschicht, auch Frauen, sich bei Kaffee und Croissant auszutauschen. In Tripolis und Bengasi boten schicke Cafés zumindest der männlichen jungen Elite eine Oase von der tristen „Volksmassenrepublik“. Inspiriert war dieser Wandel von heimkehrenden Migranten, in Libyen

zudem von Jungunternehmern, die zwischen Malta und Tripolis ihre Geschäfte machten.

Damit war die Voraussetzung geschaffen, dass Öffentlichkeit jenseits der Moscheen entstehen konnte. Zuvor konnte man sich allein in den Moscheen treffen und dabei einigermaßen unbeobachtet wohnen – nicht der unwichtigste Grund für das Erstarken der islamistischen Bewegungen in den 80er-Jahren.

Erkennt man, statt der Nichtregierungsorganisationen, den Versammlungsort als Voraussetzung für Demokratisierung, erklärt sich, warum der Aufstand gerade in Tunesien begann. Im arabischen Vergleich gewährte Ben Alis Regime zwar besonders wenige politische, zugleich aber besonders viele bürgerliche Freiheiten. Junge Menschen wurden in ihrem Drang nach Spaß und Unterhaltung kaum gegängelt, Männer und Frauen konnten einander auf den Straßen, in Cafés und Clubs begegnen. [...]

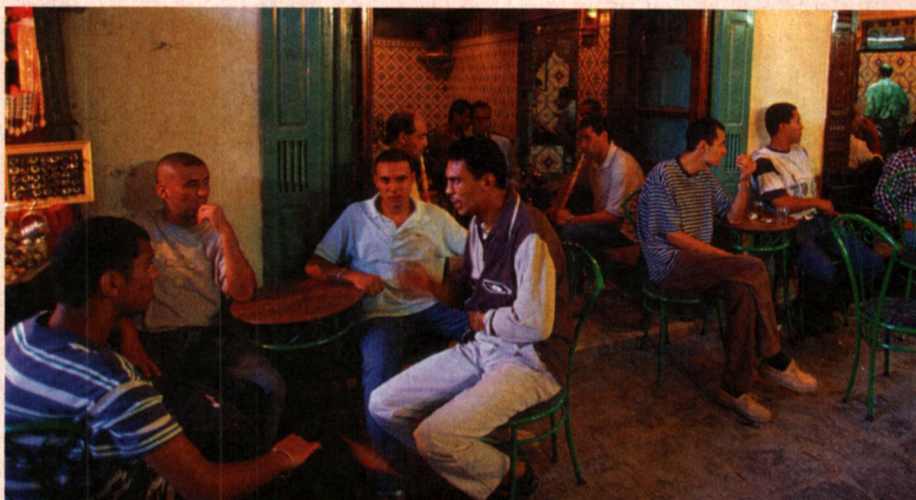
In allen drei Ländern der (vorerst) geglückten Revolutionen besetzten die Protestierenden zuallererst einen öffentlichen Versammlungsort: in Tunis

den Platz der Kasbah, in Kairo den Tahrir-Platz, in Bengasi den Platz vor dem Gerichtsgebäude, der in Tahrir-Platz umbenannt wurde.

In Ländern mit Millionen von Einwohnern brauchte es gleichwohl mehr als die Agora der griechischen Polis, um die Massen zu mobilisieren, die Meinungsbildung nicht nur voran treiben, sondern auch in die Öffentlichkeit vermitteln. Die vorhandene Caféhaus-Zivilgesellschaft war nicht organisiert, die Nichtregierungsorganisationen waren zu schwach. Den Dienst leistete hier eine virtuelle Zivilgesellschaft.

Schon der Fernsehsender Al Jazeera hatte Ende der 90er-Jahre mit seinen Talkshows und politischen Programmen einen Raum eröffnet, der Meinung für große Teile der Gesellschaft erfahrbar machte. Blogger, Facebook und Twitter schufen später einen virtuellen Ort, an dem politische Kommunikation zielgerichtet möglich war und eine breite Vernetzung entstehen konnte.

Hannah Wettig, „Zivilgesellschaft und arabische Revolution“ in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1/2/2012, S. 35 ff.



Demokratie braucht öffentliche Orte zum freien Meinungsaustausch. Inspiriert durch westliche Vorbilder entstand in einigen Ländern eine moderne Caféhauskultur, Keimzelle einer Zivilgesellschaft abseits von Moscheen. Kaffeehaus in Tunis 2006

Mobilisierungskanäle

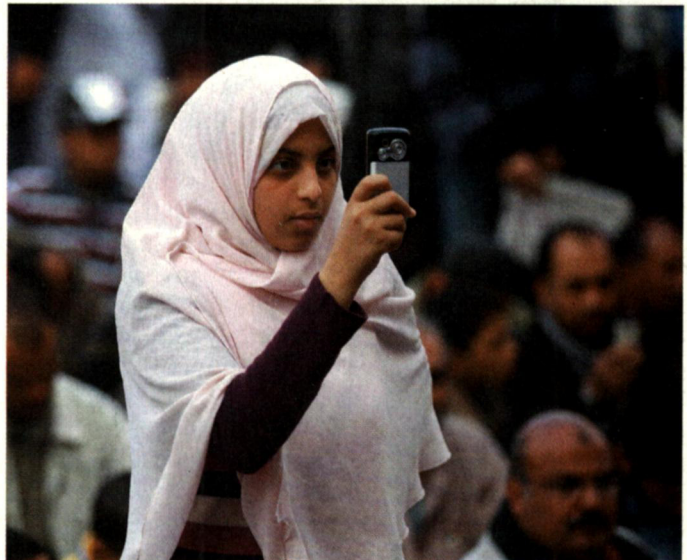
Die schnelle Ausbreitung der Proteste sowohl in Tunesien als auch in den anderen arabischen Staaten wäre ohne den Einsatz der modernen technischen Kommunikationsmittel nicht möglich gewesen. Insbesondere vier Kommunikationsmittel bzw. Kommunikationswege spielten hierbei eine Rolle:

- Erstens das Satellitenfernsehen, besonders der in Katar beheimatete Sender al-Jazeera. Die al-Jazeera-Teams berichteten seit dem 23. Dezember 2010 täglich ausführlich aus Sidi Bouzid und anderen tunesischen Städten von den Protesten der Bevölkerung; sie waren aber auch auf dem Tahrir-Platz in Kairo mitten unter den Demonstrierenden. Auf diese Weise trugen sie maßgeblich zur Emotionalisierung der Bevölkerung und zu ihrer nachfolgenden Mobilisierung bei.
- Zweitens das inzwischen in allen Bevölkerungsschichten weit verbreitete Mobiltelefon einschließlich seiner Funktionen für SMS und Videoaufnahmen, mit denen Ereignisse schnell weltweit bekannt gemacht werden können. Als es ab Februar 2011 zu blutigen Protesten in Libyen kam, wo das Mobiltelefon das einzige weit verbreitete Kommunikationsinstrument war, schrieb die Zeitschrift „The European“ am 1. April: „Es ist erstaunlich, mit wie wenigen Sekunden Videomaterial aus Handys man stundenlange emotionalisierende und mobilisierende Nachrichtenprogramme machen kann.“
- Drittens das Internet, das traditionell von den Oppositionsgruppen stark genutzt wurde. Das Internet war bei den Protesten in Nordafrika und im Nahen Osten vor allem wegen seiner Hostfunktion für das soziale Netzwerk Facebook und entsprechende Blogs von Bedeutung. Internet und Facebook spielten vor allem deshalb eine wichtige Rolle, weil dort Videos aus allen Landesteilen eingestellt werden konnten, die während der Proteste gedreht wurden und die Übergriffe der Polizei dokumentierten. In Tunesien wurden zum Beispiel erste Videos bereits wenige Tage nach dem Selbstmord Mohammed Bouazizis im Netz verbreitet. In diesem Zusammenhang kristallisierte sich auch jener Kern von Internetaktivisten und Bloggern heraus, dem der rasante Aufschwung der Proteste mit zuzuschreiben ist. Zu diesen Aktivisten zählten in Tunesien Personen wie die spätere Kandidatin für den Friedensnobelpreis Lina Ben Mhenni oder Slim Amamou, dem nach der Flucht von Präsident Ben Ali in der neuen Regierung der Posten eines Staatssekretärs für Jugend angeboten worden war. In Ägypten wäre beispielhaft Ahmad Maher, der Mitbegründer der Jugendbewegung des 6. April, zu nennen.
- Viertens die Protestsongs, häufig in Rap- und Hiphop-Form, in denen von Protest gegen die Staatsgewalt aufgerufen wurde. Diese Protestsongs zirkulierten bei Youtube oder als Musikkassetten in den Kreisen der Oppositionsbewegung. Insbesondere der Rapsong des Tunesiers Hama-da Ben Amor alias El Général mit dem Titel *Ra'is bladikum*



action press / Axel Mosler

Die modernen Medien fördern die Ausbreitung der revolutionären Bewegungen. Der Satellitensender al-Jazeera, in Katar beheimatet, berichtet täglich über die Proteste.



REUTERS / Peter Andrews

Auch das Handy wird als Informationskanal genutzt. Ein junges Mädchen filmt auf dem Tahrir-Platz in Kairo am 4. März 2011 das Demonstrationsgeschehen.



picture-alliance / abaca - Victoria Hazou

Internet und Soziale Netzwerke, vor allem aber die neue Bloggerszene treiben die Entwicklungen voran. Internetcafé in Kairo 2011

picture-alliance / abaca – Etienne de Malgouyres



Nach dem Sturz der Diktatoren gilt auch neue Freiheit für die Presse. Zeitungslektüre am Tag nach dem Rücktritt von Hosni Mubarak

picture-alliance / dpa / epa



Der tunesische Rapper Hamada Ben Amor unterstützt mit seinen Songs die Protestierenden.

Die Medienrevolution: von al-Jazeera bis Facebook

Seit den 1990er-Jahren erlebte der Nahe und Mittlere Osten eine Medienrevolution, die durch das Aufkommen des Satelliten-Fernsehens und die Verbreitung des Internets ausgelöst wurde. Bis in die 1990er-Jahre hinein hatten die autoritären Regierungen in den arabischen Ländern den Informationsfluss in ihrer Hand. Die Massenmedien Fernsehen, Radio und Presse wurden von den Regierungen kontrolliert und gleichgeschaltet. Die Berichterstattung verlief oft nicht objektiv, sondern diente dazu, die Interessen der Mächtigen zu sichern. So unterschlug sie zum Beispiel Ereignisse, wie die Menschenrechtsverletzungen, die Polizei und Geheimdienste gegen politische Dissidenten verübten. Auch wurden unliebsame soziale Gruppen sowie die politische Opposition durch manipulierte Berichterstattung gezielt und effektiv diskreditiert. Somit trugen die Massenmedien letztendlich auch dazu bei, dass autoritäre Herrscher sich lange an der Macht halten konnten. Das Aufkommen des Satelliten-Fernsehens und des Internets hat in den vergangenen Jahren nicht nur das Monopol der Regierungen über den Informationsfluss unterhöhlt, sondern im „Arabischen Frühling“ schließlich auch das „Monopol der Macht“ vieler Herrscher ins Wanken gebracht.

Der heute einflussreichste arabische Satellitensender, al-Jazeera, wurde 1996 im Golfemirat Katar gegründet. Fortan war er in jedem arabischen Land per Satellitenschüssel zu empfangen. Damit entzog er sich der Zensur und Kontrolle der nationa-

len Regierungen. Besonders seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist al-Jazeera zum populärsten Nachrichtensender in der gesamten Region avanciert: In einer Umfrage des in Dubai stationierten wissenschaftlichen Dienstleisters YouGovSiraj gaben 52 Prozent der Fernsehzuschauer an, al-Jazeera zu schauen. Nur 25 Prozent bevorzugten ihre nationalen Fernsehsender.

Seinen guten Ruf in der Region konnte al-Jazeera vor allem aufbauen, als sich die militärische Einflussnahme der USA und Israels in der arabischen Welt verstärkte: 2003 begannen die USA und ihre Verbündeten Krieg gegen den Irak zu führen; 2006 führte Israel den Libanon-Krieg und 2008/2009 den Gaza-Krieg. Während viele arabische Regime eine pro-amerikanische Haltung einnahmen und ihre Berichterstattung entsprechend anpassten, schien al-Jazeera aus „arabischer“ Sicht zu berichten und konnte diese in jedes Wohnzimmer der arabischen Welt ausstrahlen. Das kleine Golfemirat Katar versuchte auf diese Weise seinen Einfluss und seine Sichtbarkeit in der Region zu erhöhen.

Seit dem „Arabischen Frühling“ jedoch nimmt die innerarabische Kritik an dem Sender zu. Insbesondere in Ägypten wirft man ihm vor, lediglich als Instrument der katarischen Führung zu dienen. So versuche al-Jazeera mit seiner Berichterstattung und Parteinahme für islamistische Gruppierungen sich in innerägyptische Angelegenheiten einzumischen und den Verlauf des politischen Übergangs im Sinne Katars mitzugestalten. Dem Personal des Senders wird oft eine persönliche Nähe zu islamistischen Gruppierungen, wie der Muslimbruderschaft, nachgesagt.

Auch das Aufkommen des Internets hat es den Menschen in der Region ermöglicht, sich über die Informationsbarriere der Regierungen hinwegzusetzen. Es wird seit der Jahrtausendwende immer mehr Privatpersonen in der Region zugänglich. Obwohl nur wenige Haushalte eigene Internetanschlüsse und Computer haben, sind Internet-Cafés nicht nur in Städten, sondern auch in ländlichen Regionen verbreitet.

Vor allem soziale Netzwerke wie Facebook haben den Menschen neue Horizonte eröffnet. Sie haben es politischen Aktivisten ermöglicht, sich besser zu vernetzen und dabei der Kontrolle der Geheimdienste zu entkommen. In Ägypten hatten beispielsweise zwei über Facebook vernetzte Gruppen „Wir sind alle Khaled Said“ und „Die Gruppe des 6. April“ die Proteste des 25. Januars organisiert, die schließlich zum Sturz von Präsident Mubarak führten. Bereits Monate zuvor hatten diese Gruppen immer mehr Oppositionelle mobilisiert und zu verschiedenen Demonstrationen aufgerufen. Der „Arabischen Frühling“ wird aus diesem Grund oft auch als Facebook-Revolution bezeichnet.

Die Rolle des Internets im „Arabischen Frühling“ sollte jedoch nicht überbewertet werden. Es diente hier vor allem als ein Instrument, um die Menschen zu mobilisieren, und war nicht die Ursache der Proteste selbst. Vor allem Korruption, Armut, soziale Ungleichheit, politische Stagnation und willkürliche Übergriffe der Polizeiapparate, haben die Aufstände des „Arabischen Frühlings“ provoziert.

Annette Ranko

mit der darin enthaltenen berühmt gewordenen Verszeile, „Herr Präsident, Ihr Volk stirbt“, wurde zur „Revolutionshymne“ in Tunesien. Das Lied wurde aber auch in Ägypten und Bahrain viel gespielt.

Diese vier Mobilisierungskanäle zusammen bewirkten, dass die „Tage des Zorns“, zu denen die jugendlichen Protestierenden unter anderem ab dem 25. Januar 2011 in Ägypten, ab dem 12. Februar in Algerien, ab dem 17. Februar in Libyen und ab dem 20. Februar in Marokko aufriefen, schnell Breitenwirkung

entfalteten. Diese Entwicklung ist umso überraschender, weil die Mobilisierung spontan verlief und sowohl ohne nationale charismatische politische Führungspersonlichkeiten als auch ohne Ideologie auskam. Handlungsleitend waren keine ausgearbeiteten politischen Programme, sondern die Wut über die vorherrschenden Missstände. „Mehr Demokratie und Mitbestimmung“, „Freiheit und soziale Gerechtigkeit“, „Weg mit der Korruption“, „Mehr Würde“ – all dies waren Forderungen, die sich in den Demonstrationsparolen von Casablanca über Tunis und Kairo bis Bahrain nahezu einstimmig wiederfanden.

Akteure der Protestbewegung

In allen arabischen Staaten engagierten sich ähnliche Akteursgruppen in der Protestbewegung. In den einzelnen Ländern gab es jedoch Unterschiede hinsichtlich des Zeitpunktes und der Intensität, mit der sich die einzelnen Gruppen in die lokalen Proteste einbrachten.

Zu den prominentesten Protestgruppen zählten

- erstens die Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie waren in allen Staaten die Hauptträger der Protestbewegung, wobei bereits bestehende Jugendbewegungen wie die ägyptische „Bewegung des 6. April“ eine Vorreiterrolle spielten. In Marokko bildeten sie den heterogenen Kern der „Bewegung des 20. Februar“, in Ägypten und Algerien gründeten sie eigene Parteien und Jugendorganisationen. Ob sie allerdings langfristig politischen Einfluss nehmen können, ist nach den bisherigen Entwicklungen zu bezweifeln. In der Regel blieben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Akteursgruppe wegen ihrer fehlenden Institutionalisierung politisch marginalisiert;
- zweitens die Facebook-Gruppen. Diese zählten in Ägypten und in Marokko mit zu den Hauptinitiatoren der Proteste. Vor allem in Ägypten hatten sie seit 2006 im Rahmen der Opposi-

tionsbewegung *Kifaya* („Genug“), die sich gegen eine Wiederwahl Präsident Mubaraks wandte, und bei den Unruhen vom 6. April 2008 eine wichtige aktivierende Funktion. In Tunesien waren Facebook-Gruppen erst in der zweiten Protestphase von Bedeutung und in Libyen spielten sie keine Rolle;

- drittens die Gewerkschaftsmitglieder bzw. Gewerkschaften. Während sie in Ägypten und Marokko eher unbedeutend blieben, waren sie hingegen in Tunesien bereits seit Ende Dezember 2010 maßgeblich für die Ausdehnung der Proteste verantwortlich: Zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder standen dort dem Regime traditionell kritisch gegenüber und die landesweite Präsenz von Gewerkschaftsbüros stärkte ihr Organisationspotenzial. In Algerien wiederum waren nicht die Mitglieder des großen, aber staatsnahen Gewerkschaftsverbandes UGTA (*Union Générale des Travailleurs Algériens*) an den Protesten beteiligt, sondern die Mitglieder der neu entstandenen autonomen Gewerkschaften, denen die UGTA zu regierungsfreundlich handelt;
- viertens die Menschenrechtsaktivisten. Sie sind in allen Staaten mobilisatorisch und organisatorisch von Bedeutung und waren in der Regel von Anfang an bei den Pro-



Jugendliche und junge Erwachsene sind die Hauptakteure der Protestbewegungen in der Region. Jugendliche bereiten sich im Februar 2011 in Tunis auf ihren „Einsatz“ vor – die Vermummung soll sie vor Identifikation und Verfolgung durch den Repressionsapparat schützen.

testen dabei. In Libyen spielten sie bei der Organisation der am 17. Februar beginnenden „Tage des Zorns“ eine zentrale Rolle. Folglich entsandten sie auch mehrere Vertreter in den im März 2011 von den Aufständischen gegründeten neuen Nationalen Übergangsrat;

- fünftens die Islamisten. Die Mitglieder islamistischer Gruppen und Parteien wie der schließlich in Ägypten an die Macht gekommenen Muslimbruderschaft oder der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung in Marokko hielten sich

in allen Oppositionsbewegungen – mit Ausnahme Libyens – in der ersten Phase der Proteste zurück und stießen erst in einer zweiten Phase hinzu. Die islamistischen Gruppen und Parteien trugen vor allem nach Auffassung säkularer Gruppen organisatorisch wenig zu den Umstürzen bei. Dies gilt auch für die terroristische Organisation al-Qaida, die seit den 1990er-Jahren zuerst unter Führung von Osama bin Laden, seit seiner Ermordung 2011 unter Führung des Ägypters Ayman al-Zawahiri zum Sturz der arabischen

„Arabischer Frühling“ aus Sicht eines libyschen Aktivisten

[...] Moussa [Boussnina] ist ein Aktivist der ersten Stunde [...]. [Er] kam dreizehn Jahre nach dem Putsch zur Welt, mit dem Gaddafi 1969 die Macht übernahm. Ein Tripolis ohne Gaddafi-Plakate kannte er nicht. [...] Gaddafi war für ihn immer ein alter, kauziger Mann. Nicht ganz ernst zu nehmen und doch äußerst gefährlich. [...] Vater wie Mutter standen in Opposition zum Regime. Ganz privat, im Herzen. Wie so viele. Aber öffentlich schwieg man. [...]

Moussa studierte Ingenieurwesen, spezialisierte sich im Flugzeugbau – und vielleicht wäre er auf seiner Karriereleiter hochgerutscht, hätte geheiratet, Kinder gezeugt und wäre ein Familienvater geworden, der nicht mehr nur für sein eigenes Leben verantwortlich ist. Aber da verbrannte sich im vergangenen Jahr in Tunesien ein junger arbeitsloser Gemüsehändler, und einen Monat später schon flüchtete Präsident Ben Ali ins saudische Exil. [...]

„Der Erfolg der Revolution in Tunesien war in meinem Freundeskreis ein ganz großes Thema“, sagt Moussa, „wir redeten viel darüber, wir bewunderten die Tunesier und beneideten sie auch.“ Die Rebellion sprang nach Ägypten über, und nun fassten auch in Libyen, weitaus totalitärer und terroristischer regiert als seine beiden Nachbarstaaten, junge Menschen Mut.

Der Aufstand ging in Bengasi los, im traditionell rebellischen Osten des Landes. [...] Am 17. Februar, dem „Tag des Zorns“, wurden in Bengasi – nach offiziellen Angaben – 15 Menschen erschossen. Wahrscheinlich waren es doppelt so viele. Auch in Tripolis wurde am „Tag des Zorns“ kurz demonstriert. Die erste große Kundgebung aber fand drei Tage später statt. „Wir hatten uns über Facebook organisiert“, berichtet Moussa, „und kamen nachts um 23.30 Uhr in zehn Gruppen aus vier verschie-

den Richtungen auf den Platz der Märtyrer.“ Das ist der Platz, an dem Gaddafi vor sechs haushohen Plakaten mit seinem eigenen Konterfei seine öffentlichen Reden zu halten pflegte. Er hieß damals noch Grüner Platz.

„Es standen nur einige Verkehrspolizisten herum. Wir waren etwa 3000 Leute und schrien: Es lebe das freie Libyen! Es lebe Bengasi! Tod für Gaddafi! Wir hatten eine einzige rot-schwarz-grüne Fahne bei uns“, sagt Moussa, „und die trug ich. Wir pflanzten sie auf einen Telefonmast. Dort blieb sie eine Stunde lang hängen.“ Dann erst schritten die von der Verkehrspolizei alarmierten Sicherheitskräfte ein – mit Knüppeln, auch wurde vereinzelt geschossen. Es gab viele Verletzte, aber keine Toten.

Wie verabredet, versammelte man sich schon wenige Stunden später, am frühen Morgen um vier Uhr wieder auf dem Grünen Platz. Um sechs Uhr früh rückten Spezialeinheiten der Armee an. Es wurde ohne Warnung sofort scharf geschossen. „Etwa hundert Demonstranten starben“, sagt Moussa, dem es gelang, in die Gassen der Medina, der historischen Altstadt, zu entkommen. [...]

Danach war Tripolis ruhig wie ein Friedhof – bis zum August, als dem Regime in der Hauptstadt der Gnadenstoß verpasst wurde. Moussa hatte seine Arbeit am Flughafen nach der Demonstration aufgegeben und sich in den Untergrund abgesetzt, nachdem einige Freunde aus seinem engsten Umkreis festgenommen worden waren. „Vier Monate lang schlief ich mal hier, mal dort, aber nie zu Hause“, berichtet der Ingenieur, „über Facebook organisierte ich Gruppen. Ich firmierte als Omar Mukhtar. Wir hatten alle Pseudonyme.“ [...]

Ab Ende April vernetzte Moussa alias Mukhtar aus dem Untergrund den Widerstand in den einzelnen Stadtteilen von Tripolis. Als Kurier dienten

vier Frauen: eine Rechtsanwältin, eine Ärztin, eine Universitätsprofessorin und eine Friseurin. Ab Ende Juli ließ er Waffen verteilen. „Ich hatte ungefähr 50 Kämpfer unter meiner Verantwortung, denen ich Kalaschnikows und auch Handfeuerwaffen zukommen ließ, die sie dann in ihren Stadtteilen weiter verteilten“, erzählt Moussa. „Wir hatten Kontakt zu Offizieren der Sicherheitskräfte, die gegen Gaddafi waren und uns vor bevorstehenden Razzien warnten. Für eine Kalaschnikow bezahlten wir korrupten Militärs 5000 Dinar“, berichtet Moussa freimütig, umgerechnet sind das 3000 Euro [...].

Den Eltern erzählte Moussa nichts von seiner Tätigkeit im Untergrund.

„[...] [A]us Sicherheitsgründen hatte ich vier Monate lang keinen Kontakt mehr zu ihnen.“ Doch alle Vorkehrungen nützten nichts. Unter Folter packte ein Freund aus und verriet die Handynummer von „Mukhtar“. Moussa wurde geortet und vor einer Moschee verhaftet. [...] Die ersten fünf Tage verbrachte er auf dem Polizeikommissariat. „Zwei Tage lang wurde ich gefoltert“, berichtet Moussa über die Zeit seines Lebens, die er am liebsten vergessen möchte, die ihn aber täglich wieder einholt. [...] Nach fünf Tagen wurde er ins Gefängnis von Abu Salim gebracht.

Gerne hätte er nach seiner Befreiung zusammen mit den Rebellen gekämpft, sagt Moussa. Aber er konnte nicht mehr. Er kann nicht länger als drei Stunden schlafen, wacht nachts schweißgebadet auf. Gibt es keine psychologische Betreuung? Er schüttelt lächelnd den Kopf. Tausende Gefangene sind freigekommen, Tausende Rebellen sind kriegsversehrt. Woher all die Psychologen nehmen? [...]

Thomas Schmid, „Plötzlich frei“, in: Frankfurter Rundschau/Berliner Zeitung vom 2. September 2011



picture-alliance / dpa / epa - Mohamed Omar

Die Sicherheitskräfte verhalten sich ambivalent. In einigen Ländern unterstützen sie von Beginn an die Protestbewegungen, in anderen gehen sie zunächst auf Befehl der Machthaber gegen die Demonstranten vor. Handgemenge mit ägyptischen Polizeikräften im Januar 2011

Regime aufruft. Al-Qaida wurde von der Protestbewegung der Jugend genauso überrascht wie die Regierungen. Die islamistischen Gruppen und Parteien beteiligten sich in allen Staaten, in denen ab der zweiten Hälfte des Jahres 2011 politische Reformprozesse auf den Weg gebracht wurden und Wahlen zu Parlamenten (Ägypten, Marokko) oder Verfassungsgebenden Versammlungen (Tunesien) stattfanden, am angelaufenen politischen Willensbildungsprozess. Sie erreichten unter den Wählern große Zustimmung, weil ihnen der Bonus, bereits unter den alten Regimen Opposition geleistet zu haben, zu Gute kam. In Tunesien gewann die Ennahda-Partei die Wahlen, in Marokko die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung und in Ägypten die Partei der Muslimbrüder (Partei für Freiheit und Gerechtigkeit) zusammen mit der salafistischen *Nour*-Partei (Partei des Lichts). Die arabischen Medien meinten daraufhin, dass aus dem „Arabischen Frühling“ ein „islamischer Frühling“ geworden sei.

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Akteur in den Umbruchsprozessen waren – sechstens – die Sicherheitskräfte, also einerseits die in der Regel den Innenministerien unterstehenden Polizeiapparate und andererseits die von den Verteidigungsministerien kommandierten bewaffneten Streitkräfte. Nach Beginn der Proteste setzten die Regierungen zunächst die Polizei gegen die Demonstranten ein, die allerdings angesichts des Umfanges der Proteste schnell überfordert war. Die zu Hilfe gerufenen Streitkräfte rückten zwar befehlsgemäß aus und sicherten in den großen Städten Regierungsgebäude und andere neuralgische Punkte. Sie weigerten sich aber mehrheitlich, mit ihren Panzern gegen die Protestbewegung vorzugehen. Nur einzelne Militär- und Polizeieinheiten wandten sich mangels klarer Befehlsstrukturen zugunsten des alten Regimes gegen die Demonstranten. Die Militärführungen Tunesiens

und Ägyptens erklärten sich vielmehr mit den „legitimen Forderungen der Bevölkerung“ solidarisch und besiegelten damit das Ende der Herrschaft Präsident Ben Alis in Tunesien und Präsident Mubarak in Ägypten. Die Sicherung der eigenen Interessen wurde dabei allerdings nicht aus den Augen verloren, vor allem nicht vom ägyptischen Militär, das über hohe Wirtschaftsinteressen im Land verfügt. In Libyen, Jemen und Syrien war und ist wegen der unterschiedlichen Gesellschaftsstruktur die Sicherheitsarchitektur anders organisiert, Jemen und Libyen sind stark durch die Stammzugehörigkeit geprägt und Syrien durch die Herrschaft der alawitischen Minderheit. In Libyen und im Jemen standen sich folglich nicht Polizei und Armee gegenüber, sondern es rangen miteinander rivalisierende Stämme bzw. die von ihnen gebildeten Stammeseinheiten, Milizen und Militärbrigaden um die Macht. In Syrien waren es vor allem desertierte Soldaten, die den politischen Kampf der Regimegegner unterstützten, als Folge der harten Repression der Streitkräfte zur Protestbewegung überliefen und dort den Kern der bewaffneten Opposition gegen das Regime von Präsident Assad bildeten.

Armeen und Polizeidienste waren seit Beginn der Protestaktionen in ihren jeweiligen Ländern entweder beim Sturz der Staatsführung beteiligt oder sie verteidigten das Regime und versuchten, die Protestbewegung durch Repression einzudämmen. Diese ambivalente Rolle der Armeen und Polizeidienste bei den politischen Umbrüchen leitete unter arabischen Intellektuellen und in den Medien eine intensive Diskussion über das Selbstverständnis der Streitkräfte und die Notwendigkeit einer Reform des Sicherheitssektors ein. Diese Diskussion hatte jedoch angesichts der anhaltend schwierigen Sicherheitslage in allen Ländern keine nachhaltigen Effekte.



action press / Fady Adwan

Manama im März 2011: In Bahrain fordert die schiitische Bevölkerungsmehrheit vom sunnitischen Herrscherhaus einen grundsätzlichen Politikwechsel. Mit Härte und auswärtiger Unterstützung aus Saudi-Arabien und den VAE werden die Proteste niedergeschlagen.

Unterschiedliche Protestverläufe

Im Herbst 2012, fast zwei Jahre nach Beginn der tunesischen Revolution und des damit ausgelösten „Arabischen Frühlings“, hatte sich die innenpolitische Situation in den arabischen Staaten deutlich verändert (siehe Karte IV):

In drei Staaten, Tunesien, Ägypten und Libyen, kam es zum Sturz der Staatsführung, sei es durch mehrwöchige Proteste (Tunesien, Ägypten) mit mehreren Hundert Toten, sei es durch einen neunmonatigen Bürgerkrieg wie in Libyen, der mit der Tötung Gaddafis am 20. Oktober 2011 in seiner Heimatstadt Sirte endete und dem nach Angaben des libyschen Gesundheitsministers Naji Barakat vom September 2011 30 000 Libyer zum Opfer fielen. Im Jemen stimmte der seit 1978 amtierende Präsident Ali Abdullah Saleh im November 2011 nach mehrmonatigen gewaltsamen Protesten und unter Druck der Staaten des Golfkooperationsrates in einem Vertrag mit der Opposition seinem Machtverzicht und vorgezogenen Präsidentenwahlen am 21. Februar 2012 zu; aber auch sein Amtsnachfolger Mansur al-Hadi konnte den innenpolitischen Konflikt um Reformen nicht beilegen.

In Syrien kam es ebenfalls seit Mitte März 2011 zu Protesten, die sich über das ganze Land ausbreiteten und denen das Regime von Präsident Assad mit großer Härte (die UN sprach Anfang Januar 2013 von etwa 60 000 Todesopfern) begegnete, sodass die Arabische Liga im November 2011 Sanktionen gegen das Land verhängte. Sanktionen des UN-Sicherheitsrates scheiterten hingegen am Veto der beiden ständigen Sicherheitsratsmitglieder Russland und China. Das Regime seinerseits kündigte Reformen an, ließ im Dezember 2011 zum Zeichen angeblicher Normalität sogar Kommunalwahlen durchführen und organisierte Anfang 2012 eine kosmetische Verfassungsreform mit Referendum. Im April 2012 akzeptierte es eine Beobachtermission der Vereinten Nationen (UNSMIS) zur Überwachung des Sechs-Punkte-Friedensplans den der UN-Sondergesandte für Syrien, Kofi Annan, entwickelt hatte. Doch all dies erfüllte in keiner Weise die Grundforderung der

syrischen Opposition nach dem Rücktritt von Präsident Assad. Die Zunahme von Desertionen (Fahnenflucht) und Waffenlieferungen aus dem Ausland stärkten die „Freie Syrische Armee“ der Aufständischen und sorgten dafür, dass sich die anfänglich vereinzelt bewaffneten Auseinandersetzungen 2012 immer mehr zu einem umfassenden Bürgerkrieg ausweiteten.

In Bahrain fanden ab dem 14. Februar 2011 friedliche Demonstrationen und Massenproteste der überwiegend schiitischen Bevölkerung statt, bei denen auch der zentrale Platz der Hauptstadt, der Perlenplatz, besetzt wurde. Das Königshaus sah sich dadurch derart herausgefordert, dass es nicht nur mit großer Härte (mindestens 35 Tote) gegen die Demonstranten vorging, sondern zur Absicherung seiner sunnitischen Herrschaft am 14. März Truppen aus Saudi-Arabien und den VAE zu Hilfe rief. Die seither eingeleiteten moderaten Reformen wie die Erhöhung von Sozialtransfers an bedürftige Familien oder die Befürwortung eines institutionalisierten „Bahrainischen Nationalen Dialoges“ konnten die Opposition nicht beschwichtigen. Sie fordert einen grundsätzlichen Politikwechsel, verbunden mit größeren politischen Freiheiten, und eine stärkere Berücksichtigung der Anliegen der schiitischen Bevölkerungsmehrheit. Der Konflikt schwelt deshalb unter der Oberfläche weiter; seit Ende Dezember 2011 gab es bereits mehrfach neuerliche Proteste.

In Marokko, Jordanien, Kuwait und in Oman kam es zwar zu größeren, aber weitgehend friedlich verlaufenden Demonstrationen, die keine Gefahr für die Regime darstellten. Dennoch leiteten die Staatsführungen zum Teil weitreichende politische Reformen ein, zum Beispiel die Stärkung der Kompetenzen von staatlichen Menschenrechtseinrichtungen oder, wie in Marokko, eine umfassende Verfassungsreform. Außerdem bestellten sie neue Regierungen, um den Forderungen der Protestierenden entgegenzukommen und die Lage zu beruhigen.

In anderen Staaten wie Mauretanien, Sudan, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar gab es keine oder nur kleinere Demonstrationen, was allerdings nicht heißt, dass es keine Politikdefizite gibt. Trotz des fehlenden massiven politischen „Drucks der Straße“ sahen auch dort die Staatsführungen die Notwendigkeit politischer Reformen und setzten einige zumindest in Teilbereichen um, auch um bereits im Vorfeld mögliche Proteste zu unterbinden.

Die Auseinandersetzungen zwischen Staatsführung und Protestbewegung wiesen je nach Land unterschiedliche Verlaufsmuster auf. Drei der Muster sollen im Folgenden exemplarisch skizziert werden; sie zeigen, wie vielfältig das Gesicht des „Arabischen Frühlings“ war und ist.

Ägypten

In Ägypten begannen am 25. Januar 2011 die „Tage des Zorns“. Heftige Proteste in Kairo, insbesondere auf dem zentralen Tahrir-Platz, führten am 11. Februar 2011 zum Rücktritt des seit 1981 amtierenden Staatspräsidenten Mubarak. Die Macht übernahm ein neugegründeter Höchster Militärrat unter Vorsitz von Verteidigungsminister Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi, der allerdings nur widerwillig Reformen einleitete und deshalb zunehmend als Garant eines „Mubarak-Systems ohne Mubarak“ kritisiert wurde. Im März 2011 gab es zwar eine kleine Verfassungsmodifikation, die Staatssicherheitsbehörde und die langjährige Regierungspartei NDP wurden verboten



Protest in Kairo – in Ägypten beginnen die „Tage des Zorns“ am 25. Januar 2011 und führen, da das Militär sich nicht gegen die Demonstranten wendet, am 11. Februar zum Sturz des Präsidenten Mubarak.



In Libyen kommt es zu einem achtmonatigen blutigen Bürgerkrieg. Mithilfe von NATO-Luftunterstützung stürzen die Rebellen das Regime Gaddafis im Oktober 2011.



In Syrien dauert der Bürgerkrieg an. Mit Hilfe eines Großteils des Militärs wehrt sich Präsident Baschar al-Assad gegen seine Entmachtung. Rebellen suchen im Dezember 2012 Schutz vor Beschuss.



Bisher hat der Bürgerkrieg Zigtausende Tote gefordert. Trauernde auf einem Friedhof nahe Aleppo im August 2012

und die Zulassung politischer Parteien erleichtert. Eine umfassende Gewährung und Respektierung politischer Freiheiten und der von den Protestierenden geforderte Rücktritt des Höchsten Militärrates erfolgte jedoch nicht. Bereits ab dem 18. November 2011 rief die Protestbewegung daher zum „Teil II der ägyptischen Revolution“ auf und organisierte erneut mitunter gewaltsam verlaufende Demonstrationen, um die fortbestehenden autoritären Strukturen zu beseitigen. Von November 2011 bis Januar 2012 fanden immerhin in drei Phasen die vom Höchsten Militär zugesagten Parlamentswahlen statt. Aus ihnen gingen die Parteien der Muslimbrüder (Partei Freiheit und Gerechtigkeit) und der Salafisten (Partei des Lichts) mit 70 Prozent der gewonnenen Sitze als Sieger hervor. Diese Parteien waren erst nach dem Sturz Mubaraks vom zuständigen Parteienkomitee zugelassen worden.

Im Frühjahr 2012 drehte sich der Machtkampf zwischen Höchstem Militärrat, Parlament und den Muslimbrüdern als stärkster parlamentarischer Kraft um die Wahl des neuen ägyptischen Präsidenten, die für Ende Mai angesetzt worden war. Aus dieser Wahl (1. Wahlgang 23./24. Mai; 2. Wahlgang 16./17.6.) ging der Kandidat der Muslimbrüder, Mohammed Mursi, mit 52 Prozent der Stimmen knapp als Sieger hervor.

Mursi hat seit seinem Amtsantritt am 30. Juni 2012 deutlich Profil gezeigt. So hat er nicht nur den Höchsten Militärrat in die Schranken gewiesen und dessen Vorsitzenden, Feldmarschall Tantawi, als Verteidigungsminister abgesetzt, sondern auch mit der Ernennung von Hisham Qandil als neuem Premierminister am 2. August den letzten Mubarak-Getreuen in einem hohen Regierungsamt entlassen. Seither hat Präsident Mursi durch die Platzierung von Islamisten in vielen Staatsämtern seine Machtbasis ausgebaut, was Kritiker aus den Reihen der säkularen Opposition und der Protestbewegung als Bedrohung für die Werte der Januarrevolution sehen.

Zur Stärkung der Machtposition von Präsident Mursi auch gegenüber dem Ausland hat die erfolgreiche Vermittlung in der militärischen Auseinandersetzung zwischen der Hamas und Israel im November 2012 beigetragen. So gefestigt hat Mursi seinen kompromißlosen innenpolitischen Kurs fortgesetzt. Zwar musste er unter dem Druck massiver Proteste sein im November 2012 erlassenes Verfassungsdekret, das ihm zusätzliche exekutive und gesetzgeberische Kompetenzen gab, wieder zurücknehmen, doch konnte er andererseits das viel wichtigere Verfassungsreferendum durchsetzen. Im Dezember 2012 votierten bei der Volksbefragung knapp 64 Prozent der abgegebenen Stimmen (bei einer allerdings geringen Wahlbeteiligung von nur 30 Prozent) für den Verfassungstext, der kurz zuvor von der islamistisch kontrollierten Verfassungskommission ausgearbeitet worden war und die Rolle des Islam im Staate stärkt. Viele Ägypter befürchten deshalb die weitere Islamisierung Ägyptens, ja sprechen gar von einer bevorstehenden Errichtung eines Gottesstaates.

Libyen

Die am 17. Februar 2011 im ostlibyschen Bengasi laut gewordene Proteste gegen das seit 1969 bestehende Regime von Oberst Muammar al-Gaddafi wurden von den Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen. Dies führte zu einer Eskalation, sodass sich innerhalb weniger Tage ganz Ostlibyen, das sich jahrzehntelang politisch und wirtschaftlich vom Gaddafi-Regime benachteiligt gefühlt hatte, von der Herrschaft Gaddafis befreien konnte. Ein Nationaler Übergangsrat unter Vorsitz von

Mustafa Abd al-Dschalil übernahm am 5. März 2011 die politische Führung in den befreiten Gebieten und konnte sich unter anderem mit den UN-Sicherheitsratsresolutionen 1970 und 1973 internationale Unterstützung in seinem Kampf gegen das Gaddafi-Regime sichern. Der Nationale Übergangsrat verstand sich als einzig legitime Vertretung des libyschen Volkes und sah sich als Institution, die bis zur Wahl entsprechender Organe die Gesetzgebung und die Regierungsarbeit organisiert. In Westlibyen konnte Gaddafi seine Herrschaft zunächst noch halten; doch brachten Kämpfer der neu gegründeten oppositionellen Milizen mittels Luftunterstützung durch die NATO nach zum großen Teil blutigen Auseinandersetzungen immer weitere Gebiete und Städte wie Jabal Nafusa, Zawiya und Misrata unter ihre Kontrolle. Am 20. August konnte Tripolis eingenommen und am 20. Oktober Sirte, die Heimatstadt Gaddafis, von den Milizen der Aufständischen erobert werden. Gaddafi selbst wurde dabei von Milizionären gestellt und unter nicht genau geklärten Umständen am selben Tag getötet.

Der achtmonatige Bürgerkrieg fand mit der „Proklamation der Befreiung“ durch den Nationalen Übergangsrat sein vorläufiges Ende. Danach bemühten sich der Nationale Übergangsrat und die provisorische Regierung, die für Anfang Juli 2012 angesetzten Wahlen zu einem 200 Abgeordnete umfassenden Nationalkongress und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu organisieren. Die Wahlen fanden wie vorgesehen am 7. Juli 2012 statt. Die Abgeordneten wählten wenige Tage später den langjährigen Exilpolitiker Mohammed al-Magariyaf zum Präsidenten des Nationalkongresses und damit zum De-facto-Staatschef. Der Nationale Übergangsrat hat sich zeitgleich dazu aufgelöst. Der Nationalkongress soll eine neue Regierung berufen und im Herbst eine Verfassungskommission, bestehend aus je 20 Vertretern der drei libyschen Provinzen Tripolitaniens, Cyrenaika und Fezzan, bilden, die bis 2013 eine neue libysche Verfassung ausarbeiten soll.

Die erste Aufgabe wurde am 12. September mit der Wahl von Mustafa Abu Schaqr zum Premierminister erfolgreich in Angriff genommen. Die wesentlichen Herausforderungen der neuen Regierung sind der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes, die Entwaffnung der Milizen und der Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen. An der außenpolitischen Orientierung Libyens, wie sie vom Nationalen Übergangsrat eingeleitet wurde, wird festgehalten. Demgemäß sollen die Beziehungen zu den arabischen Revolutionsstaaten, vor allem Tunesien und Ägypten, ausgebaut werden und auch die Beziehungen zu denjenigen Staaten, die Libyen im Kampf gegen Gaddafi unterstützten, gestärkt werden. Dies betrifft einerseits die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien, aber auch die Türkei und Katar, das bereits 2011 den Nationalen Übergangsrat mit zwei Milliarden US-Dollar unterstützte. Deutschland, das sich an den Militäraktionen 2011 nicht beteiligte, hat seither durch seine umfangreiche Hilfe unter anderem bei der Versorgung von Kriegsverletzten wieder Boden gutgemacht. Da sowohl Magariyaf als auch Abu Schaqr lange Jahre in den USA im politischen Exil lebten, ist insgesamt in den nächsten Jahren von einer pro-westlichen Außenpolitik auszugehen.

Marokko

Nach den Machtwechseln in Tunesien und Ägypten und unter dem Druck der neu gegründeten „Bewegung des 20. Februar“ beschleunigte und intensivierte im Maghrebstaat Marokko König Mohammed VI. die bereits laufenden Reformbemü-



Unter dem Eindruck der Ereignisse in den Nachbarländern intensiviert König Mohammed VI. von Marokko seine Reformbemühungen. Am 1. Juli 2011 stimmt er – wie die allermeisten seiner Untertanen – für eine neue Verfassung, die seine Macht einschränkt.

hungen der Vorjahre. Die Forderungen der Protestbewegung wie „Das Volk will eine Reform der Verfassung“ oder „Freiheit, Würde, Gerechtigkeit“ griff der König in seiner Rede an die Nation vom 9. März 2011 auf, in der er eine umfassende Verfassungsreform ankündigte. Zugleich wurden weitere Maßnahmen zum Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und zur Stärkung der Menschenrechte ergriffen.

Die modifizierte Verfassung, die unter anderem die Rechte des Parlaments und des Regierungschefs stärkte, wurde am 1. Juli 2011 in einem Referendum mit hoher Zustimmung angenommen. Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 25. November 2011, bei denen die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung die meisten Sitze erhielt, wurde deren Führer Abdelilah Benkirane vom König zum neuen Regierungschef ernannt. Die internationalen westlichen wie auch arabischen Medien priesen den marokkanischen „Königsweg“ als gelungenen Reformprozess, was nicht heißt, dass damit umgehend alle Probleme beseitigt wären; Kampf gegen Korruption und Jugendarbeitslosigkeit erfordern Zeit.

Politische Folgen des „Arabischen Frühlings“

Die Protestbewegungen veränderten insgesamt im Nahen Osten die politischen Rahmenbedingungen. In vielen Staaten sind zum Beispiel als Folge der politischen Proteste 2011 Verfassungsgebungsprozesse eingeleitet worden, mit denen wie in Tunesien, Ägypten oder Libyen die autoritären Strukturen der gestürzten Regime überwunden oder wie in Marokko politische Reformen verfassungsrechtlich abgesichert werden sollten.

Einen vor allem quantitativen Wandel haben seit 2011 die Mediensysteme in vielen Ländern durchlaufen, wobei Tunesien und Libyen den größten Bruch mit der bisherigen Praxis aufweisen. Waren früher sowohl die Presse als auch der Rundfunk staatlich organisiert und kontrolliert, führten die Machtwechsel in beiden Staaten zu einer bislang ungekannten Pluralität im Medien-sektor. Trotz aller technischen und finanziellen Schwierigkeiten gründeten Geschäftsleute und zivilgesellschaftlich engagierte Gruppen nicht nur Dutzende neuer Zeitungen und Zeitschriften,

sondern auch zahlreiche neue Lokalradios und richteten Satelliten-TV-Kanäle ein. Auch in Staaten wie Mauretanien oder Algerien wurden unter dem Eindruck des „Arabischen Frühlings“ und des gestiegenen Reformdrucks die bisherigen staatlichen Monopole gelockert und erstmals private Fernsehsender zugelassen. Qualitativ ergaben sich indes bislang weniger Verbesserungen, weil selbst in den neuen Mediengesetzen immer noch der staatliche Kontrollgeist dominiert. So dürfen in Tunesien oder Libyen die „Prinzipien der Revolution“ nicht beschmutzt werden, ein Paragraph, der sehr viele Interpretationsmöglichkeiten zulässt, und in Ägypten brachte Kritik am Höchsten Militärrat mehrere Blogger ins Gefängnis.

Die trotz allem feststellbaren neuen Handlungsspielräume weckten unter den bislang benachteiligten ethnischen und religiösen Gruppen Hoffnung auf eine politische und gesellschaftliche Besserstellung. So forderten zum Beispiel im Zuge der Protestbewegungen die Schiiten im Osten Saudi-Arabiens erneut politische Reformen, woraufhin das saudische Königshaus einen „schiitischen Frühling“ befürchtete. Gleiches gilt für die berbersprachigen Gemeinschaften in den Maghrebstaaten, die ihre Forderungen nach mehr Rechten verstärkten. Die Ber-

ber bzw. Amazigh, wie sie sich selbst bezeichnen, fordern unter anderem, endlich das Berberische zur Amtssprache aufzuwerten. Die Kurden in Syrien und im Nordirak treten gleichfalls verstärkt für ihre Rechte ein und streben nach einer Absicherung dieser Rechte in der Verfassung.

Sorgen um ihre Zukunft machen sich dagegen angesichts der Stärkung des islamistischen Umfeldes die christlichen Kopten in Ägypten, aber auch die Christen in anderen arabischen Staaten. Die Christen lebten im Irak und in Ägypten bereits vor Beginn des „Arabischen Frühlings“ unter schwierigen Bedingungen. Der Wahlsieg der Islamisten in Ägypten, aber auch in Tunesien und Marokko und der offene Ausgang der Proteste in Syrien lässt die Christen weniger vom „Arabischen Frühling“ als vielmehr vom „Arabischen Winter“ sprechen, der für ihre Gemeinschaft anzubrechen drohe. Die Kopten befürchteten unter anderem die Erhebung einer Sondersteuer und den Zwang zum Tragen des Kopftuches und sehen die Gefahr, zu Bürgern zweiter Klasse degradiert zu werden. Nach Umfragen haben deshalb viele Kopten auch angesichts sich seit 2011 häufender physischer Übergriffe den Wunsch geäußert, nach Europa, Kanada oder Australien auszuwandern.

Wettlauf um den Einfluss in Nahost

[...] China betrachtet jede militärische Einmischung in einem anderen Land weiterhin mit Argwohn. Gleichwohl fehlte es China in vielen Staaten des Arabischen Frühlings an strategischen Interessen, die eine stärkere Mitwirkung notwendig gemacht hätten. Die Ausnahme ist Syrien: In diesem Fall hat Peking UN-Sanktionen gegen das Assad-Regime recht unverblümt entgegengewirkt. Dies ist wohl dem Wunsch geschuldet, eine ähnliche Situation wie in Libyen zu vermeiden, wo die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats von den europäischen Staaten so großzügig ausgelegt wurden, dass sie faktisch einem Regimewechsel dienten.

[...] Der Arabische Frühling aber könnte insgesamt ein strategischer Rückschlag für Peking werden. Entwickeln sich dort tatsächlich Demokratien, so dürften sie eher zum Westen als zum autoritär regierten China tiefere Beziehungen knüpfen. Aber auch islamistische Regime wären weder in Chinas noch in Russlands Sinn. Sie könnten nicht nur zu einer Radikalisierung der Politik in den jeweiligen Ländern führen, sondern auch zu breiter Unterstützung oder gar handfesten Hilfen für islamische Extremisten beziehungsweise die islamischen Bevölkerungen in der chinesischen Provinz Xinjiang oder im Kaukasus. Aus diesem Grund halten es sowohl Russland als auch China für destabilisierend, im Fall Syrien die Ablösung eines säkularen Regimes in einem mehr-

heitlich vom sunnitischen Islam geprägten Land zu betreiben.

Ebenso wichtig sind allerdings Syriens Beziehungen zu Teheran: Der Iran ist sowohl Chinas drittgrößter Öllieferant als auch wichtigster Widersacher der USA – und somit ein diplomatischer Gewinn für Peking. Hat es sich im Fall Libyens der Kritik gebeugt, so hält Peking jetzt an seiner stillschweigenden Unterstützung für das Assad-Regime fest [...]. Doch selbst im Fall Syrien obsiegt wohl Chinas Pragmatismus: Im Februar 2012 besuchte eine Delegation des syrischen Nationalen Komitees für Demokratischen Wandel vier Tage lang Peking; China begann, [...] die diplomatischen Kanäle zur Opposition zu öffnen. Einen Regimewechsel in Syrien mag China wohl nicht unterstützen. Aber es wäre gern darauf vorbereitet.

Für Russland stellt sich die Situation in Syrien deutlich anders dar als in den anderen Staaten des Arabischen Frühlings. Moskaus Ablehnung von UN-Sanktionen ist nicht nur als symbolischer Widerstand gegenüber den Forderungen der USA und Europas zu verstehen: Damaskus bleibt für Moskau ein Verbündeter von Gewicht. Syrien ist ein wichtiger Abnehmer russischer Waffen und gewährt Russlands Marine Zugang zu einer maritimen Versorgungsstation – Tartus ist der einzige Mittelmeerhafen, den die russische Marine ohne vorherige Genehmigung anlaufen kann. Im vergangenen Jahrzehnt hat Russland Syrien Waffen und anderes Material im Wert von annähernd 1,5 Milliarden Dollar geliefert. Damit ist Syrien weit davon entfernt, Russ-

lands bester Kunde zu sein – ein regelmäßiger und nützlicher ist es dennoch.

Russland befürchtet, dass sich der Rückschlag, den es in Libyen hinnehmen musste, in Syrien wiederholen könnte. In Tripolis verlor Moskau durch den Sturz Gaddafis Waffenverträge im Wert von etwa vier Milliarden Dollar und den Zugang zur Ölindustrie für die staatseigenen Giganten Gazprom und Tatneft. Schon im September 2011 bekundete die Übergangsregierung, nicht mehr am Kauf russischer Waffen interessiert zu sein, und ob Tatneft überhaupt nach Libyen zurückkehren wird, ist noch unklar. Beide Entwicklungen unterstreichen die Risiken für Russlands Geschäftsinteressen in einem gewandelten strategischen Umfeld: Wenn um die Vergabe von Handelsverträgen gerungen wird, dann zahlt sich eine langjährige Unterstützung – allerdings für einen nunmehr gestürzten Diktator – nicht aus. [...]

Da Russland der Öl- und Gasimporte nicht bedarf, die die chinesische Diplomatie in der Region antreiben, liegt sein Augenmerk mehr auf der Erschließung von Handelsmöglichkeiten und dem strategischen Wettstreit mit den USA und Europa. Vor diesem Hintergrund und als generelles Zeichen des postideologischen Zeitalters hat Moskau seine Loyalitäten recht schnell gewechselt und sich den neuen Regierungen zugewandt. [...]

Christian Le Mièr, „Die Konkurrenz schläft nicht“, in: IP Juli/August 2012, S. 41ff.; <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2012/juli-august/die-konkurrenz-schlaft-nicht>

©IP

Die regionale Ordnung nach der „Arabellion“

Der „Arabische Frühling“ 2011 hat nicht nur die Innenpolitik in zentralen arabischen Staaten grundlegend erschüttert, er hat auch zur Neugestaltung der regionalen Ordnung im Nahen Osten beigetragen. Der Sturz der Präsidenten in Tunesien und Ägypten, die Bürgerkriege in Libyen und Syrien, aber auch das Überleben der Golfmonarchien haben regionalpolitisch kurzfristig „Gewinner“ und „Verlierer“ produziert und neue Dynamiken hervorgebracht.

Durch den „Arabischen Frühling“ regionalpolitisch gestärkt erscheinen die Türkei und Katar. Die Türkei hatte bereits vor 2011 ihren Einfluss im Nahen Osten substanziell vergrößert. Der „Arabische Frühling“ verstärkte diesen Trend noch, als sich Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan frühzeitig für ein Abdanken Mubaraks in Ägypten aussprach. In Libyen und Syrien reagierte Ankara aufgrund enger Handelsbeziehungen zunächst abwartend, schwenkte dann aber – in Libyen im Mai, in Syrien im August 2011 – ganz auf die Seite der Opposition um. Die islamistischen Parteien, die in verschiedenen arabischen Ländern Ende 2011 und Anfang 2012 die Parlamentswahlen gewannen, stilisierten die Türkei zum Vorbild: die tunesische Ennahda, die marokkanische PJD und die ägyptischen Muslimbrüder sahen in der türkischen Kombination aus Islam, Demokratie und Wirtschaftswachstum nachahmenswerte Aspekte.

Wie die Türkei hatte auch das kleine Golfemirat Katar seine regionalpolitische Stellung bereits vor 2011 verbessert. Mit Hilfe seines Erdöl- und Erdgasreichtums und des Satellitensenders al-Jazeera unterstützte es von Anfang an die regierungskritische Opposition: in Tunesien, Ägypten und Jemen vor allem durch seine Finanz- und Medienmacht, in Libyen und Syrien auch militärisch. Andererseits beteiligte sich Katar an der Niederschlagung der Proteste im benachbarten Bahrain. Zusammen mit Saudi-Arabien trug es so entscheidend zum Überleben der Golfmonarchien sowie zur Stärkung konservativ-sunnitischer Kräfte in der Region bei.

Als regionalpolitische Verlierer des „Arabischen Frühlings“ erscheinen derzeit Iran und Israel. Den Sturz der Präsidenten in Tunesien und Ägypten interpretierte Iran als „islamisches Erwachen“ und stellte sie in die Tradition der eigenen islamischen Revolution

von 1979. Die Wahlsiege der sunnitisch-islamistischen Parteien in Nordafrika und das Überleben der konservativen Golfmonarchien, Irans langjähriger Rivale, bedeuten aber eher eine Schwächung Teherans im Nahen Osten. Sie wird verstärkt durch die Massenproteste gegen die Assad-Regierung in Syrien, Irans wichtigstem arabischen Partner seit Anfang der 1980er-Jahre.

Israel sieht sich durch den Verlust des jahrzehntelangen Partners Mubarak in Ägypten, das Aufkommen moderat-islamistischer Parteien in Nordafrika und die Aufwertung Palästinas als Beobachterstaat in der UNO 2012 regional noch weiter isoliert. Auch ein Sturz Assads im Nachbarland Syrien, der zu einer Machtübernahme der syrischen Muslimbrüder führen könnte, weckt Befürchtungen, dass Konflikte um die israelische Besatzung der syrischen Golan-Höhen wieder aufbrechen. Ein Ausgreifen des syrischen Bürgerkriegs in den Libanon, nach Jordanien oder in das Westjordanland würde Israel direkt und potenziell negativ betreffen.

Die Position Ägyptens in der neuen regionalen Ordnung ist ambivalent: Unmittelbar nach dem Sturz Mubaraks und der Machtübernahme durch den Militärrat war das Land aufgrund der innenpolitischen Instabilität regionalpolitisch geschwächt; in Libyen, Syrien und in der traditionell von Ägypten dominierten Arabischen Liga kam ihm nur eine Zuschauerrolle zu. Eine mögliche Rückkehr des Landes als regionaler Vermittler im Nahostkonflikt ist aber möglich, wie das „Kairoer Versöhnungsabkommen“ zwischen Fatah und Hamas im Mai 2011 und die Verhandlungen zur Freilassung des israelischen Soldaten Gilat Schalit im Tausch gegen palästinensische Häftlinge im Oktober 2011 unterstreichen.

Unter Präsident Mohammed Mursi (reg. seit Juli 2012) deutet sich bereits eine pro-aktiver und ansatzweise unabhängigere Regionalpolitik Ägyptens an. Ein Beispiel ist die erfolgreiche Vermittlung zur Deeskalation des Gaskonflikts vom November 2012, die Mursi internationale Anerkennung eintrug.

War die Regionalpolitik Ende der 2000er-Jahre noch durch eine klare Blockbildung zwischen dem pro-westlichen Lager und der anti-westlichen „Achse des Widerstands“ geprägt, so hat der „Arabische Frühling“ das Ende

dieser eindeutigen Polarisierung eingeläutet und neue Dynamiken hervorgebracht: Ägypten hat seinen früheren regionalen Einfluss noch nicht wiedererlangt, das Potenzial hierzu besteht aber.

Während Saudi-Arabien trotz des Aufstiegs Katars seine subregionale Hegemonie am Golf aufrechterhalten hat, ist Israel unter der Likud-Regierung Netanyahus aufgrund seiner kompromisslosen Haltung gegenüber den Palästinensern sowie in der iranischen Atomfrage und trotz der fast vollständigen Unterstützung durch die USA regional stark isoliert.

Die Türkei kann weiterhin auf ihre „soft power“ als positives Vorbild für viele Umbruchsländer vertrauen. Eine weitere Gewalteskalation im benachbarten Syrien hätte aber wegen des Kurdenkonflikts destabilisierende Wirkungen für die Türkei und könnte ihre neu gewonnene regionale Führungsrolle gefährden.

Syrien schließlich fällt wegen der Bürgerkriegssituation auf absehbare Zeit als eigenständiger Akteur in der Regionalpolitik aus. Das Land dient als eine zentrale Arena, in der der Kampf um die neue regionale Ordnung ausgetragen wird.

André Bank



actionpress / abaca Press

Im Fall Syrien kann sich der Weltsicherheitsrat trotz mehrfacher Vorstöße nicht zu einer einheitlichen Meinung durchringen, zu unterschiedlich sind die Interessen der fünf Vetomächte.

Auch zahlreiche Frauenorganisationen befürchten, dass unter islamistischen Regierungen die Rechte der Frauen und ihre Spielräume in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eingeschränkt werden, und dies, obwohl die Frauen einen wesentlichen Anteil an den Protesten und damit dem Erfolg des politischen Wandels hatten. Vor allem in Tunesien, wo die fortschrittlichste Frauengesetzgebung aller arabischen Staaten zu finden ist, gab es deshalb im Herbst 2011 bereits erste Demonstrationen gegen islamistische Gruppen und deren Ruf nach Wiedereinführung der Scharia. Aber auch in Libyen, wo die Frauen unter Revolutionsführer Gaddafi rechtlich und politisch begünstigt wurden, stieg die Sorge vor einer Einschränkung dieser Rechte. Konkrete Kritik wurde am Ausschluss der Frauen von politischen Ämtern in den seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes neu gegründeten politischen Gremien geübt. Die Furcht vor einer Einschränkung der Frauenrechte ist angesichts der neuen islamistisch dominierten Regierungen in Tunesien, Marokko und Ägypten auch dort feststellbar. Für die Frauen hat sich bislang die ursprüngliche Aufbruchstimmung nicht in einer verbesserten Rechtslage niedergeschlagen, im Gegenteil. Allerdings sind sie auch nicht bereit, kampfflos aufzugeben. Am 20. Dezember 2011 demonstrierten zum Beispiel in Kairo über 10 000 Frauen gegen Gewalt ihnen gegenüber und gegen die Militärherrschaft. Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2011 unter anderem an die jemenitische Journalistin Tawakkul Karman war über die allgemeine Unterstützung des „Arabischen Frühlings“ hinaus ein Zeichen der Solidarität mit den Frauen.

Reaktionen des Auslandes

Das Internationale Institut für Strategische Studien in London stellte in seinem Jahresbericht 2011 zwar richtig fest, dass der „Arabischer Frühling“ primär eine interne Auseinandersetzung und Angelegenheit der betroffenen Staaten sei; diese Auseinandersetzungen hatten jedoch zwangsläufig auch

außenpolitische Auswirkungen und beeinflussten die regionale Ordnung. Vor allem die blutigen Auseinandersetzungen in Libyen, Jemen und Syrien riefen sowohl den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Verabschiedung mehrerer Resolutionen) als auch die USA, die EU und die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) auf den Plan und zwangen sie zu einer Positionierung gegenüber den Protestbewegungen. Selbst die Liga, der seit Jahren Bedeutungslosigkeit nachgesagt wurde, reaktivierte sich unter dem Druck der Golfstaaten und traf mehrere wegweisende Entscheidungen. So ebnete die Liga dem Einsatz der NATO in Libyen ab März 2011 den Weg, indem sie die Mitgliedschaft Libyens suspendierte und mit einem Votum zugunsten eines Flugverbots für die Luftwaffe Gaddafis die Zivilbevölkerung schützte. Im Falle Syriens reagierte die Arabische Liga auf den anhaltenden Gewalteintritt der Sicherheitskräfte im November 2011 ebenfalls mit der Suspendierung der Mitgliedschaft und erhöhte damit den Druck auf das Regime Präsident Assads. Anders als in Libyen, wo sich mit Ostlibyen schnell eine große befreite Zone herausbildete, ist in Syrien eine solche Entwicklung nicht eingetreten. Die Unterstützung der Freien Syrischen Armee ist dadurch weitaus komplizierter. Den meisten in der Kontaktgruppe „Freunde Syriens“ zusammengeschlossenen Staaten, die die Aufstandsbewegung unterstützen, bleibt folglich nur die diplomatische Aktion und der Rückgriff auf Sanktionen gegen das Assad-Regime.

In den arabischen Medien gab es im Dezember 2011 zum Jahrestag des Ausbruchs der tunesischen Revolution eine intensive Debatte darüber, wer außenpolitisch zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern des „Arabischen Frühlings“ zählt. Die vorgenommenen Bewertungen konnten aber nicht mehr als vorläufig sein, weil die Herausbildung der neuen Ordnung noch im vollen Gange und längst nicht abgeschlossen ist.

Ein Beispiel mag dies illustrieren: Waren westliche politische Beobachter noch Anfang 2012 der Auffassung, dass die Türkei wegen ihrer intensivierten Kontakte zu Tunesien, Libyen und Ägypten zu den Gewinnern des „Arabischen Frühlings“ zählt, so ist nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges, der türkischen Parteinahme zugunsten der syrischen Opposition

picture-alliance / dpa / Anne-Beatrice Clasmann



picture-alliance / abaca - Etienne de Malignave



Die politischen Umbrüche bleiben nicht ohne wirtschaftliche Folgen. In Libyen und Syrien sind große Teile der Infrastruktur und der Gebäude in den Städten und Dörfern zerstört, wie hier in der syrischen Kleinstadt Asas in der Provinz Aleppo, und im libyschen Zawiyah steht die Ölförderung, der Hauptwirtschaftszweig, während der Kämpfe still.

und dem Bruch der bis dahin starken Achse Ankara-Damaskus dieser Eindruck nicht mehr ganz so eindeutig.

Bislang sind eher „Tendenzen“ zu beobachten, darunter die Intensivierung der Kooperation zwischen den Transformationsstaaten Tunesien, Libyen und Ägypten, die weitere Aufwertung Katars als außenpolitischer Akteur und die Aktivierung der ägyptischen Außenpolitik unter Präsident Mursi. Dieser setzte im Sommer 2012 mit Reisen nach China, zum Blockfreiengipfel in Teheran und zur EU nach Brüssel neue Akzente. Auch seine Vermittlertätigkeit im Konflikt um Gaza zwischen Israel und der palästinensischen Hamas zeigt, dass er Ägypten wieder zur einflussreichen Regionalmacht machen möchte. Der von den Golfmonarchien getragene Golfkooperationsrat wiederum will seine Integration beschleunigen und zugleich die Monarchien Marokko und Jordanien stärker anbinden. Abhängig von der Entwicklung in Syrien wird sich auch der Einfluss Irans im Nahen Osten gestalten. Stürzt Präsident Assad, verliert Iran einen seiner wichtigsten Verbündeten und gerät die libanesische schiitische Hisbollah in eine Insellage. Wie sich diese Tendenzen verfestigen und welche überregionalen Auswirkungen sie haben werden, wird jedoch erst die Zukunft zeigen.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Die politischen Umbruchprozesse hatten in der gesamten Region ökonomische Auswirkungen. Diese waren vor allem dort besonders schwerwiegend, wo die politischen Auseinandersetzungen länger andauerten, blutig verliefen und die Wirtschaft eine starke Außenorientierung aufwies. Am wenigsten hatten – mit Ausnahme Bahrains – die energiereichen arabischen Golfstaaten wirtschaftlich unter dem „Arabischen Frühling“ zu leiden. Nach Schätzungen arabischer Finanzanalysten verursachte der Umbruch allein 2011 Kosten in Höhe von rund 50 Milliarden US-Dollar, sei es durch direkte Kriegsschäden wie in Libyen, Syrien und Jemen oder durch indirekte Auswirkungen wie wegbrechende Exporte oder negative Rückwirkungen auf den Tourismussektor.

Letzteres war vor allem für Tunesien und Ägypten bedeutsam, weil beide Volkswirtschaften stark vom Tourismus abhängig sind. Die Folgen für den sowieso schwierigen Arbeitsmarkt waren gravierend, und die ausbleibenden Deviseneinnahmen belasteten die Zahlungsbilanz. Geschädigt wurde aber auch die Exportindustrie – insbesondere Kabel und Elektroteile für die PKW-Produktion in Europa sowie Textilien –, deren Produktion durch anhaltende Streiks zum Stillstand kam. Bis Ende 2011 verließen sogar 80 europäische Firmen Tunesien. Die Lage in Ägypten verschlechterte sich bereits 2011 so weit, dass die ägyptischen Medien feststellten, „Ägypten befinde sich am Abgrund“. Um dies zu verhindern, boten vor allem westliche Regierungen und der Internationale Währungsfonds umfangreiche Finanzhilfen an.

Vor großen wirtschaftlichen Problemen steht nach dem neunmonatigen Bürgerkrieg die neue Libysche Republik, da die weitgehend eingestellte Erdölförderung kostenintensiv wieder aufgebaut werden muss und auch die bürgerkriegsbedingten Schäden an Infrastruktur und Bausubstanz in Städten wie Zawiyah, Misrata, Sirte oder Bani Walid enorm sind. Hinzu kommen die hohen Folgekosten für die vielen Kriegsversehrten, von denen die meisten unter 30 Jahre alt sind und folglich auf lange Zeit die libyschen Sozialkassen belasten werden. Vor ähnlichen Problemen wird angesichts der Zerstörungen in den Städten Aleppo, Homs oder Hama Syrien stehen, wenn der Bürgerkrieg beendet ist; anders als Libyen mit seinen hohen Erdöleinnahmen, die allein 2012 über 50 Milliarden US-Dollar betrugen, wird das erdölarmer Syrien beim Wiederaufbau stark auf Finanzhilfe aus dem Ausland angewiesen sein.

Sobald in die arabischen Staaten wieder politische Stabilität zurückgekehrt ist, werden die weiterhin fortbestehenden Standortvorteile sie zu attraktiven Handelspartnern machen. Der Internationale Währungsfonds schätzte unter dieser Voraussetzung die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven mittelfristig als „gut“ ein und korrigierte bereits Ende 2011 die Wachstumsraten für 2012 für die meisten Staaten wieder vorsichtig nach oben. Die hohen Weltmarktpreise für Erdöl, die den arabischen Ölstaaten weiterhin hohe Deviseneinnahmen bescheren, aber auch innerarabische Solidarität (hohe Kredite zum Beispiel Katars an Ägypten, Saudi-Arabien an Marokko) tragen mit zu einer Stabilisierung bei.

Scharia und Rechtsstaat

[...] So unterschiedlich islamische Ordnungen heute formuliert werden, eines haben sie gemeinsam: Sie leiten die Grundlagen von Politik und Recht aus dem Koran und der Prophetentradition (Sunna) ab. Das geht, auch wenn viele das Gegenteil behaupten, nur über Interpretation. Nach dem Verhältnis von Islam, Menschenrechten und Demokratie zu fragen, heißt, Koran und Sunna mit heutigen Augen zu lesen: Der Koran enthält zwar Hinweise auf ein „rechtes“ Handeln und die Prinzipien einer „gerechten“ Ordnung, aber er ist keine Verfassung, und er schreibt den Muslimen keine bestimmte Staatsform vor.

Unter den Befürwortern einer islamischen Demokratie verdient eine neue, locker organisierte Bewegung Beachtung, die sich – in Abgrenzung von einem militanten Islamismus – als „Neue Mitte“ versteht und die Grundsätze „guter Regierungsführung“ mit der Wahrung kultureller Authentizität verbinden will. Ihre Vertreter finden sich in Ägypten ebenso wie in Saudi-Arabien, Tunesien oder Marokko. Nach ihrer Überzeugung legen Koran und Sunna lediglich einige allgemeine Grundsätze fest: das Beratungsprinzip schura, das politische Mitsprache, wenn nicht demokratische Teilhabe religiös verankert; die Verantwortlichkeit der Regierenden vor Gott und dem Volk, die unter anderem einen geregelten Machtwechsel garantiert, sowie die Unabhängigkeit der Justiz, die auf die Wahrung der Verfassung verpflichtet ist. Der Rest ist Verhandlungssache und den Bedingungen von Ort und Zeit anzupassen. Auch die Vertreter der „Neuen Mitte“ sehen die Scharia als Fundament muslimischen Lebens und Maßstab für die Legitimität der gesellschaftlich-politischen Ordnung. Sie gilt ihnen im Kern als Gottesrecht, dem Zugriff weltlicher Autoritäten weitgehend entzogen. So verstanden, ist der auf die Scharia gegründete Staat ein Rechtsstaat.

Der Charakter der islamischen Ordnung steht und fällt daher mit dem Verständnis der Scharia, auf dem er gründet. Das größte Potenzial liegt sicher bei denjenigen, die auf einige „allgemeine Grundsätze“ der Scharia abheben und diese mit bestimmten Grundwerten identifizieren – Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Verantwortung –, die längst Eingang in das islamische Repertoire gefunden haben. [...] Wert und Würde des Individuums lassen sich auf diese Weise koranisch begründen. Das islamische Recht geht ohnehin vom individuellen Rechtssubjekt

aus, das vor Gott und den Menschen Verantwortung trägt. Einen Pluralismus der Interessen und Meinungen hat es in der islamischen Welt stets gegeben, gerade in theologischen und rechtlichen Fragen. Im „Rahmen des Islam“ kann die Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gewährt werden; auch ein Mehrparteiensystem lässt sich islamisch begründen.

Problematisch bleibt die Idee der bürgerlichen Gleichheit und Freiheit, zumindest wenn hier die westeuropäische Gesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts den Maßstab gibt. Frauen und Nichtmuslime sind nach herkömmlichem Scharia-Verständnis den männlichen Muslimen nicht in allen Bereichen gleichgestellt. In dieser Frage ist allerdings einiges in Bewegung: Politische Rechte wie das aktive und passive Wahlrecht aller Bürger unabhängig von Religionszugehörigkeit und Geschlecht werden leichter zugestanden als die völlige Gleichstellung in zivilrechtlichen Dingen. Nicht anders war es ja lange genug in westlichen Gesellschaften. Eng bleiben die Grenzen im Bereich der religiösen, künstlerischen, akademischen und sexuellen Freiheit: Moral wird in islamischen Kreisen ganz groß geschrieben [...]. Daher ist die Geschlechterordnung im gesellschaftlichen Diskurs zentral – und nicht nur unter Islamisten.

In islamischen Verfassungsmodellen, wie wir sie etwa von den ägyptischen Muslimbrüdern kennen, verbinden sich moderne Formen politischer Artikulation und Organisation – Parteien, Verbände, Gewerkschaften, moderne Medien, Wahlen, Parlamente und Verfassungsgerichte – mit einer normativen Fundierung und funktionalen

Bestimmung, die als Gegenentwurf zum autoritären Unrechtsstaat dienen, in dessen Rahmen sie entwickelt wurden. Sie skizzieren eine konstitutionelle Präsidialrepublik, die auf der Scharia als Fundament von Moral und Recht basiert. Grundprinzipien guter Regierungsführung – Rechtsstaatlichkeit, Verantwortung und Rechenschaftspflicht, Konsultation und Partizipation – werden „im Rahmen des Islam“ und „der Scharia“ bejaht. Entscheidendes hängt davon ab, wie und durch wen dieser Rahmen definiert wird und wer über seine Einhaltung wacht. Nicht zu übersehen ist das starke Gewicht des Staates als Ordnungsmacht: Der islamische Staat, so wie er hier entworfen wird, ist ein Staat mit einer Mission. Im Innern soll er Recht und Gerechtigkeit garantieren, gerade im sozialen Bereich, und nach außen die Interessen des Islams und der umma, der muslimischen Gemeinschaft, verteidigen, die weitgehend mit den Interessen des jeweiligen Einzelstaats gleichgesetzt werden. Moralische Kategorien – etwa die Sozialbindung des Eigentums – spielen eine auffällige Rolle, immer stärker wird auch die Bedeutung von Institutionen bei der Wahrung individueller Rechte und kollektiver Interessen anerkannt. Auch den Vertretern der „Neuen Mitte“ geht es vorrangig um politische Mitbestimmung, nicht um die Ausweitung kultureller, intellektueller und künstlerischer Freiräume.

Auf der Grundlage der Scharia, so wird man schließen, soll der demokratische Rechtsstaat erbaut werden, nicht die liberale Gesellschaft.

Guðrun Krämer, „Die islamische Demokratie“, in: Die Zeit Nr. 9 vom 24. Februar 2011



In islamischen Verfassungsmodellen verbinden sich moderne Formen politischer Partizipation mit einer normativen Gesellschaftsordnung, die auf der Scharia als Fundament von Moral und Recht basiert. Präsidentschaftswahlen in Ägypten im Juni 2012

Perspektiven

Die Perspektiven der politischen Umbruchprozesse in den arabischen Staaten sind noch vollkommen offen, weil unklar ist, in welchem Umfang sich neue, demokratischere Herrschaftsstrukturen herausbilden werden. Unklar ist auch, inwieweit sich vor allem salafistische Gruppen mit ihren intoleranten Gesellschaftskonzeptionen auf Kosten pluralistischer und demokratischer Kräfte durchsetzen werden. Die Wahlsiege von islamistischen Parteien in Tunesien, Marokko und Ägypten im Spätherbst 2011 und die sich ansatzweise zeigende Intoleranz einiger islamistischer Gruppen gegenüber Frauen, Kunstschaffenden und Sufis, denen die Verbreitung unislamischer Werte und Götzenanbetung vorgeworfen wird, schürte bei vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen die Befürchtung, dass es künftig zu Auseinandersetzungen mit Islamisten kommen wird. Die massiven und vor allem von Salafisten angeführten Proteste Mitte September 2012 gegen den amerikanischen Mohammedfilm *Innocence of Muslims*, der als Beleidigung des islamischen Glaubens aufgefasst wird und der zu massiven Übergriffen auf amerikanische Einrichtungen in der ganzen islamischen

Welt geführt hat, zeigen das Mobilisierungspotenzial der islamistischen Kräfte.

Bereits 2012 ist offensichtlich geworden, dass die politischen Systeme in Nordafrika und dem Nahen Osten insgesamt heterogener geworden sind. Der früher in allen Staaten anzutreffende autoritäre Charakter ist aufgebrochen und hat sich entschärft, auch wenn der Weg zu tatsächlich demokratischen Verhältnissen möglicherweise noch lang ist. Dabei wird jedes Land entsprechend seiner Geschichte sowie seiner ethnischen und religiösen Zusammensetzung seinen eigenen Weg gehen. Etliche arabische Intellektuelle sind zudem durchaus hoffnungsvoll, dass der „Arabische Frühling“ trotz aller Risikofaktoren langfristig gesehen neue Horizonte und Entwicklungsperspektiven eröffnet, weil Jahrzehnte autoritärer Herrschaft und politischer Verkrustung überwunden wurden und sich eine neue, von der Jugend getragene Protestkultur entwickelte. Sie sprechen deswegen von einer Renaissance der Aufbruchstimmung, wie sie zuletzt im 19. Jahrhundert stattfand, und optimistisch von einem „Neubeginn der arabischen Geschichte“.



picture-alliance/dpa / ©virginie Nguyen Hoang / Wostok Press

Am ersten Jahrestag der „Tage des Zorns“ marschieren Tausende Ägypter auf den Tahrir-Platz in Kairo, um an die Ereignisse zu erinnern und das Jubiläum zu feiern. Noch haben sich nicht für alle die Forderungen und Wünsche des „Arabischen Frühlings“ erfüllt.

„Die Arabellion war absehbar“

[...] **SPIEGEL:** Monsieur Todd [...], vor vier Jahren sagten Sie zusammen mit Ihrem Kollegen Youssef Courbage die unausweichliche Revolution in der arabischen Welt voraus. [...] Auf welche Indikatoren stützten Sie denn Ihre Wahrscheinlichkeitsrechnung?

Todd: Hauptsächlich auf drei Faktoren: die schnelle Zunahme der Alphabetisierung, vor allem der Frauen, eine abnehmende Geburtenrate und einen deutlichen Rückgang des weitverbreiteten Brauchs der Endogamie, also der Heirat zwischen Cousins und Cousinen ersten Grades. Das zeigt, dass sich die arabischen Gesellschaften auf einem Weg der kulturellen und mentalen Modernisierung befanden, in deren Verlauf der Einzelne als autonomes Individuum sehr viel stärker hervortritt.

SPIEGEL: Mit der Folge?

Todd: Dass am Ende der Entwicklung die Umwandlung des politischen Systems steht, eine sich ausbreitende Demokratisierungswelle, die Transformation des Untertans in den Staatsbürger. Das folgt zwar einem globalen Trend, aber es kann dauern. [...]

SPIEGEL: Können die Krisen des Übergangs, die in der Regel auf Revolutionen folgen, den Islamisten nutzen?

Todd: Das lässt sich nicht ganz ausschließen, wenn die Macht auf der Straße liegt. Chaos gebärt den Wunsch nach einer Rückkehr von Stabilität, nach Orientierung. [...]

SPIEGEL: Es fällt auf, dass Sie die Bedeutung des religiösen und des ökonomischen Faktors in Ihrer Interpretation herunterspielen. [...]

Todd: Die islamistischen Zuckungen sind klassische Begleitelemente der Desorientierung, die jeden Umbruch kennzeichnet. Aber nach dem historischen Gesetz, nach dem Bildungsfortschritt und Geburtenrückgang eine zunehmende Rationalisierung und Säkularisierung anzeigen, ist der Islamismus eine zeitweilige Abwehrreaktion auf den Schock der Modernisierung und keineswegs der Fluchtpunkt der Geschichte. [...]

Der Grundirrtum besteht darin, die ideologischen oder religiösen Krisen in den islamischen Ländern als Erscheinungen des Rückschritts zu sehen. Es handelt sich im Gegenteil um Krisen einer Modernisierung, die die herrschenden Regime destabilisiert. Dass die Erschütterung der Religion und der Vormarsch des Fundamentalismus zeitlich zusammenfallen, ist ein geradezu klassisches

Phänomen. Zweifel und Eiferertum sind zwei Seiten derselben Entwicklung. [...]

SPIEGEL: Sind nicht auch Armut oder Wohlstand ausschlaggebend? Tunesien, Syrien, Ägypten, der Jemen verfügen nicht über sprudelnde Öleinnahmen.

Todd: Natürlich kann man mit Brot und Geld das Volk ruhigstellen – aber nur eine Weile. Revolutionen brechen meistens in Phasen des kulturellen Aufschwungs und des wirtschaftlichen Abschwungs aus. Für mich als Demografen bleibt die entscheidende Variable nicht das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, sondern die Alphabetisierungsrate. [...]

SPIEGEL: Lesen und schreiben können ja inzwischen die meisten arabischen Jugendlichen, aber wie entwickelt sich die Geburtenrate wirklich? Die Bevölkerung der arabischen Staaten ist enorm jung, die Hälfte der Bürger ist unter 25.

Todd: Ja, das liegt daran, dass die vorangegangene Generation noch so viele Kinder bekam. Inzwischen aber sinkt die Geburtenziffer teilweise dramatisch, in nur einer Generation hat sie sich in der arabischen Welt halbiert – von 7,5 Kindern pro Frau 1975 auf 3,5 im Jahr 2005. Akademikerinnen liegen knapp unter der Bestandserhaltungsquote von 2,1. Tunesien hat inzwischen eine ähnliche Geburtenziffer wie Frankreich. In Marokko, Algerien, Libyen, Ägypten sank sie unter die magische Schwelle von drei Kindern pro Frau. Das bedeutet: Junge Erwachsene stellen die Mehrheit der Bevölkerung, sie können anders als ihre Väter und Mütter lesen und schreiben, praktizieren Verhütung, leiden aber unter Arbeitslosigkeit und sozialer Frustration. Kein Wunder, dass es in dieser Welt brodeln musste.

SPIEGEL: Sind es deshalb zornige junge Männer, die die Revolution auf die Straße tragen, während es an anerkannten älteren Vordenkern und Wortführern fehlt?

Todd: [...] Die Erklärung ist banal: Junge Männer haben mehr Kraft und mehr zu gewinnen.

SPIEGEL: Warum haben die Werte der Moderne die islamische Welt so spät erreicht? Die Blütezeit der arabischen Zivilisation ging ja schon im 13. Jahrhundert zu Ende.

Todd: Es gibt eine einfache Erklärung, die den Vorteil hat, dass sie sich auch auf Nordindien und China anwenden lässt, also auf drei völlig unterschiedliche Religionsgebiete: Islam, Hinduismus und Konfuzianismus. Sie knüpft an die Struktur der traditionellen Familie dort an – mit ihrer Herabsetzung, Entmün-

digung der Frau. Und die reicht etwa in Mesopotamien weit in die vorislamische Zeit zurück. Der Religionsstifter Mohammed räumte den Frauen sogar weit mehr Rechte ein, als sie in den meisten arabischen Gesellschaften bis heute besitzen.

[...] Das patrilineare, patrilokale System, in dem allein die männliche Stammfolge gilt [...], hemmt jeden gesellschaftlichen Fortschritt. Die Entrechtung der Frau raubt ihr die Fähigkeit, ihre Kinder auf fortschrittliche, dynamische Weise zu erziehen. Die Gesellschaft verknöchert und schläft gewissermaßen ein, die Kräfte des Individuums können sich nicht entfalten. [...]

SPIEGEL: Die weibliche Emanzipation ist die Vorbedingung der Modernisierung für die arabische Welt?

Todd: Sie ist in vollem Gang. [...] Die Zahl der Vetternehen sinkt ebenso spektakulär wie die Geburtenrate [...]. Wenn über 90 Prozent der Jungen lesen und schreiben können, ein Mindestmaß an Bildung haben, hält sich auf Dauer kein traditionelles autoritäres Regime. [...]

SPIEGEL: Die Familie ist der private Raum par excellence. Wieso greifen Veränderungen ihrer Struktur zwangsläufig auf den politischen Raum über?

Todd: [...] Wenn die Autorität der Väter ins Wanken gerät, bricht meist auch die politische Macht zusammen. Denn das System der patrilinearen, endogamen Großfamilie hat sich an der Spitze des Staates reproduziert. Das Familienoberhaupt als Staatschef bringt seine Söhne und andere männliche Verwandte in Machtpositionen. [...] Die Korruption blüht, weil der Clan zum eigenen Vorteil wirtschaftet. Der Staat wird als Familienbetrieb ganz selbstverständlich privatisiert. Die Macht des Gehorsams beruht auf einer Verquickung von Loyalität, Repression und politischer Ökonomie. [...]

„Al-Qaida war schon tot“, SPIEGEL-Gespräch mit dem französischen Sozialwissenschaftler Emmanuel Todd. Das Gespräch führte Romain Leick, in: SPIEGEL 20/2011, S. 138 ff.

Literaturhinweise

Al-Khalili, Jim: Im Haus der Weisheit. Die arabischen Wissenschaften als Fundament unserer Kultur (bpb-Schriftenreihe Bd. 1184), Frankfurt a.M. 2011, 443 S.

Armbruster, Jörg: Der Arabische Frühling, Frankfurt a.M. 2011, 239 S.

Asseburg, Muriel: Moderate Islamisten als Reformakteure? (bpb-Schriftenreihe Bd. 716), Bonn 2008, 169 S.

Dies. (Hg.): Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. Berlin 2011, 67 S.

(online: http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/arabischer_umbruch.html)

Bank, André / Richter, Thomas: Autoritäre Monarchien im Nahen Osten. Bedingungen für Überleben und Zusammenbruch seit 1945, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft „Autokratien im Vergleich“, Baden-Baden 2013, im Erscheinen.

Bender, Larissa (Hg.): Syrien. Der schwierige Weg in die Freiheit, Bonn 2012, 201 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Arabische Zeitenwende. Aufstand und Revolution in der arabischen Welt (bpb-Schriftenreihe Bd. 1243), Bonn 2012, 304 S.

Dies.: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Arabische Zeitenwende (APuZ 39/2011), 64 S.; Syrien (APuZ 8/2013), 64 S.

Dies.: Reihe Informationen zur politischen Bildung Nr. 278 „Israel“, Bonn 2008, 83 S.

Croitoru, Joseph: Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007, 254 S.

El-Gawhary, Karim: Tagebuch der arabischen Revolution, Wien 2011, 237 S.

Ende, Werner u.a. (Hg.): Der Islam in der Gegenwart, München 2005, 1015 S.

Faath, Sigrid (Hg.): Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost, Berlin 2010, 252 S.

(online: <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/buchpublikationen/rivalitäten-und-konflikt>)

Fawcett, Louise (Hg.): International Relations of the Middle East, Oxford 2009, 400 S.

Fürtig, Henner (Hg.): Islamische Welt und Globalisierung. Aneignung, Abgrenzung, Gegenentwürfe, Würzburg 2001, 321 S.

Ders.: Kleine Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis zur Gegenwart, 2. aktual. Aufl., München 2004, 170 S.

Gerlach, Daniel / Meier, Christian (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen (bpb-Schriftenreihe Bd. 1287), Bonn 2012, 211 S.

Gerlach, Julia: Wir wollen Freiheit! Der Aufstand in der arabischen Jugend, Freiburg i.Br. 2011, 200 S.

Großbongardt, Annette / Pötzl, Norbert: Die neue arabische Welt. Geschichte und politischer Aufbruch (bpb-Schriftenreihe Bd. 1186), München 2011, 315 S.

Halm, Heinz: Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart, München 2010, 128 S.

Helberg, Kristin: Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land (bpb-Schriftenreihe Bd. 1298), Freiburg i.Br. 2012, 272 S.

Hourani, Albert: Die Geschichte der arabischen Völker. Von den Anfängen des Islam bis zum Nahostkonflikt unserer Tage, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 2006, 640 S.

Jaeger, Kinan / Tophoven, Rolf (Hg.): Der Nahost-Konflikt. Dokumente, Kommentare, Meinungen (bpb-Schriftenreihe Bd. 1144), Bonn 2011, 268 S.

Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt, Wiesbaden 2011, 175 S.

Kerr, Malcolm: The Arab Cold War, Oxford 1971, 174 S.

Krämer, Gudrun: Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt (bpb-Schriftenreihe Bd. 1203), München 2011, 220 S.

Dies.: Geschichte des Islam, München 2005, 334 S.

Le Monde diplomatique: Arabische Welt. Ölscheichs, Blogger, Muslimbrüder. Edition Le Monde diplomatique Nr. 11, Berlin 2011, 112 S.

Lust, Ellen (Hg.): The Middle East, Washington D.C. 2010, 685 S.

Nordhausen, Frank / Schmid, Thomas (Hg.): Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf, Berlin 2011, 224 S.

Pappé, Ilan: The Modern Middle East, 2. Aufl., London 2010, 384 S.

Perthes, Volker: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen (bpb-Schriftenreihe Bd. 1202), München 2011, 224 S.

Ders.: Iran. Eine politische Herausforderung (bpb-Schriftenreihe Bd. 754), Frankfurt a.M. 2008, 160 S.

Richter, Thomas: Autoritäre Herrschaft, materielle Ressourcen und Außenwirtschaftsreformen. Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien im Vergleich, Wiesbaden 2011, 385 S.

Rogan, Eugene: Die Araber. Eine Geschichte von Unterdrückung und Aufbruch, Berlin 2012, 736 S.

Rosiny, Stephan: Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven, „GIGA Focus Nahost 12“, Hamburg 2011, 8 S.

(online: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1112.pdf)

Ders.: Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime, „GIGA Focus Nahost 2“, Hamburg 2012, 8 S.

(online: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1202.pdf)

Schmid, Bernhard: Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten, Münster 2011, 118 S.

Schulze, Reinhard: Geschichte der Islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 2003, 469 S.

Schwedler, Jillian / Gerner, Deborah (Hg.): Understanding the Contemporary Middle East, Boulder 2008, 483 S.

Stewart, Donald: The Middle East Today. Political, Geographical and Cultural Perspectives, 2. Aufl., London 2012, 304 S.

Wippel, Steffen (Hg.): Wirtschaft im Vorderen Orient. Interdisziplinäre Perspektiven, Berlin 2005, 298 S.

Internetadressen

www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/

www.giga-hamburg.de/arab-fruehling

www.giga-hamburg.de/imes

www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers/umbruch-in-der-arabischen-welt.html

<https://dgap.org/de>

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Henner Fürtig ist Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien und Professor für Nahost-Studien an der Universität Hamburg. Er absolvierte mehrjährige Aufenthalte in Iran und Ägypten. Danach war er Leiter eines Forschungsteams am Zentrum Moderner Orient in Berlin, bevor er 2002 an das Deutsche Orient-Institut, ab 2007 GIGA Institut für Nahoststudien in Hamburg wechselte. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind die Neueste Geschichte und Politik des Vorderen Orients. Dazu erschienen zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland. Herr Professor Fürtig hat die Koordination dieser Heftausgabe übernommen.

Kontakt: henner.fuertig@giga-hamburg.de

André Bank ist Politikwissenschaftler und seit 2010 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien in Hamburg tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Autoritarismus und politische Transformation, Kriegs- und Friedensprozesse sowie der Wandel regionaler Ordnung im Nahen Osten.

Kontakt: andre.bank@giga-hamburg.de

Viola Lucas, Volkswirtin und Politologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zu ihren gegenwärtigen Forschungsthemen zählen Governance-Fragen in Autokratien, wie etwa die Fiskalpolitik und die Auswirkungen von Politikmaßnahmen auf die Persistenz von verschiedenen autoritären Regimen.

Kontakt: viola.lucas@giga-hamburg.de

Dr. Hanspeter Mattes, Diplom-Volkswirt und promovierter Politikwissenschaftler, ist stellvertretender Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien in Hamburg und Mitarbeiter des GIGA-Berlinbüros. Zu seinen gegenwärtigen Forschungsschwerpunkten zählen die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in Nordafrika sowie die Sicherheitsentwicklungen insbesondere in Libyen und Tunesien.

Kontakt: hanspeter.mattes@giga-hamburg.de

Annette Ranko, Historikerin und Politikwissenschaftlerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören der politische Islam, die ägyptische Muslimbruderschaft sowie die transnationale salafistische Bewegung.

Kontakt: annette.ranko@giga-hamburg.de

Dr. Thomas Richter ist Politikwissenschaftler und seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Seit 2011 ist er zudem Sprecher des Forschungsteams „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Stabilität und Wandel autoritärer Regime, Rentierstaats-theorie und die arabischen Golfstaaten.

Kontakt: thomas.richter@giga-hamburg.de

Dr. Stephan Rosiny ist Politik- und Islamwissenschaftler. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zuvor war er als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Islamwissenschaft der FU Berlin tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Islamismus und Politik im ostarabischen Raum.

Kontakt: stephan.rosiny@giga-hamburg.de

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn,
Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb,
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Cornelius Strobel

Gutachten und redaktionelle Mitarbeit:

Nadine Düe, Marburg; Christine Hesse, Bonn; Jutta Klaeren, Bonn; Nicolas Miehlke, Dortmund; Prof. Dr. Thomas Philipp, Emeritus für Politik und Zeitgeschichte des Nahen und Mittleren Ostens am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg; Cornelius Strobel, Bonn; Jacqueline Saida Tirai, Aachen

Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von iStockphoto (Aidar Ayazbayev, Ryan Rodrick Beiler, Joel Carillet, pete corr, Sadik Güleç, Karimphoto, Olivier Lantzendörffer, okeyphotos, PhotoTalk, vintagerobot)

Kartenteil:

mr-kartographie, 99867 Gotha

Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Druck:

STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 650 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

Februar 2013

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Anforderungen

bitte schriftlich an

Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo,
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-**Anmeldungen oder Änderungen** der Abonnement-modalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.

